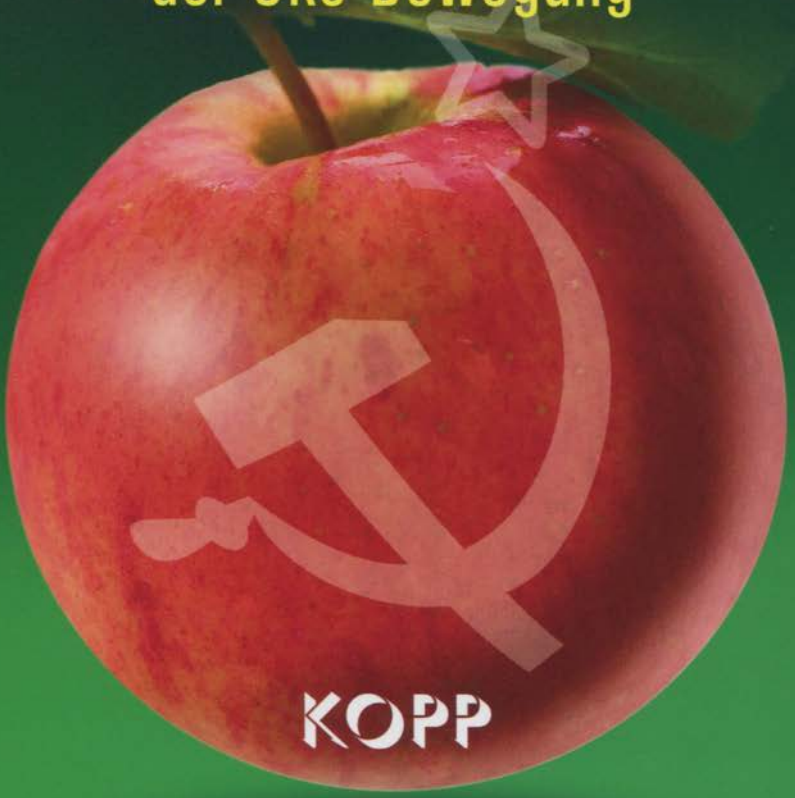
TORSTEN MANN

Rote Lügen in grünem Gewand

Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung



KOPP

Rote Lügen in grünem Gewand

1. Auflage Juli 2009
2. Auflage Februar 2010

Copyright © 2010, 2009 bei
Kopp Verlag, Pfeiferstraße 52, 72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Thomas Mehner
Umschlaggestaltung: Angewandte Grafik/Peter Hofstätter
Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis
Druck und Bindung: CPI - Clausen & Bosse, Leck

ISBN: 978-3-938516-91-1

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeicbnis
Kopp Verlag
Pfeiferstraße 52
72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (0 74 72) 98 06-0
Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www. kopp-verlag. de

Torsten Mann

ROTE LÜGEN IN GRÜNEM GEWAND

Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung

KOPP VERLAG

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 9

Teil A: Von Umweltapokalypsen und Okokatastrophen

Das Waldsterben 13

Das Ozonloch 17

Der *Brent-Spar-S*kandal 22

Wie aus der Rußpartikel-Eiszeit ein C02-Treibhaus wurde 26

Was soll das? 38

Teil B: Als die Roten grün wurden — Der kommunistische Hintergrund der Okobewegung

Die ideologische Identität der Ökobewegung 51

Was ist »gesellschaftsrelevante Wissenschaft«? 61

Die Entstehung der Okobewegung 65

Die Anti-AKW-Bewegung 70

Die Gründung der grünen Partei 75

Das Verhältnis der Grünen zur BRD 77

Das rote Programm der grünen Partei 78

Rote Lügen i m grünen Weltbild 82

Lüge 1: Der Wachstumszwang der Marktwirtschaft 82

Lüge 2: Der Westen lebt auf Kosten der Dritten Welt 84

Lüge 3: Die knappen Energiereserven 98

Der grüne Generalsekretär der KPdSU **106**

Grünfront marschiert ... **115**

... in die »Nachhaltigkeit« 118

... in die »Suffizienz« 120

... in die »globale Gerechtigkeit« 123

... und notfalls mit Gewalt 127

Teil C: Die grüne Konvergenz —
Mit der Klimaschutz-Perestroika in die sozialistische Neue Weltordnung

Die Errichtung der Weltregierung **131**

Der Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 **136**

Wer ist Maurice Strong? 142

Das revolutionäre NGO-Proletariat 146

Die Klimarahmenkonvention **151**

Der planwirtschaftliche Emissionsrechtehandel . 157

Das plan wirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz . 164

Die Agenda 2 1 . **167**

Die gesellschaftsrelevante Wissenschaft als Grundlage der Agenda 2 1 171

Die Funktion der Nicht-Regierungs- Organisationen in der Agenda 2 1 173

Weltweite Umerziehung durch die Agenda 21 175

Wie mit der Agenda 21 die Menschheit dezimiert werden soll 179

Weltweite Energieverknappung mit der Agenda 21 185

Einschränkung des Individualverkehrs mit der Agenda 2 1 187

Senkung des westlichen Lebensstandards durch die Agenda 2 1 189

Änderung der Ernährungsmuster mit der Agenda 21 194

Ökologischer Landbau mit der Agenda 21 . 195
Verstaatlichung der Wirtschaft mit der Agenda 21 198
Internationale Umverteilung mit der Agenda 21. . 199

Die Biodiversitäts-Konvention . 201

Die Erd-Charta 219

Nachwort 219

Literatur und Quellen 225

Einleitung

Kein anderes Thema beherrschte die öffentliche Debatte, das politische Geschehen und vor allem die Berichterstattung der Massenmedien in den letzten Jahren so sehr wie der Umwelt- bzw. Klimaschutz. Ununterbrochen wird der deutsche Bürger sowohl in den Printmedien als auch im Rundfunk und Fernsehen daran erinnert, dass dem Planeten eine vom Menschen verursachte Klimakatastrophe drohe, die nur abgewendet werden könne, wenn die Bürger der westlichen Industriestaaten - angeführt von verantwortungsbewussten Politikern und umsichtigen Wissenschaftlern - aktive Schritte einleiten würden, um Energie zu sparen, die Umwelt zu schützen und einen ökologisch verträglichen Lebensstil anzunehmen. Die bisherige westliche Lebensweise, so heißt es als Begründung für diese Maßnahmen, führe direkt ins globale Verderben. Und dessen erste Vorzeichen vermeint der massenmedial auf die Klimakatastrophe eingestimmte Bürger auch bereits im Alltag festzustellen. Gab es nicht in den vergangenen Jahren besonders viele außergewöhnliche Wetterereignisse wie zum Beispiel die milden Winter, die schweren Orkane *Lothar* und *Kyrill* oder die vielen Hagelschauer und Starkregen, die - wie es scheint - immer häufiger auftreten und dabei immer schwerere Schäden anrichten? Wer den Zusammenhang zwischen derartigen Wetterereignissen und dem Treibhauseffekt selbst nicht herzustellen vermag, der wird vom Wettermoderator der abendlichen Nachrichtensendung bei jeder sich bietenden Gelegenheit daran erinnert: Der Mensch ist selbst schuld am schlechten Wetter. Viele Bürger werden einen solchen Zusammenhang sicher aus der Kindheit schon kennen. Prophezeiten nicht die Eltern früher auch immer, dass es am nächsten Tag schlechtes Wetter geben würde, wenn man den Teller nicht brav leer isst? Was früher der leere Teller war, ist heute die Ökosteuer, die es brav zu zahlen gilt,

die zusätzliche Wärmedämmung von Wohngebäuden oder der neue Feinstaubfilter im Auto, den man zum Schutz der Umwelt nachrüsten lassen muss, wenn man schon unbedingt auf einem eigenen Auto besteht, anstatt sich ökologisch korrekt mit dem Fahrrad fortzubewegen. Was früher die Eltern waren, ist heute die aus Naturschutzverbänden, Umweltaktivisten und grünen Politikern bestehende Ökobewegung, die sich anmaßt, dem sonst ja angeblich mündigen Bürger das ökologisch korrekte Verhalten anzuerziehen. Und tatsächlich ist der Bürger zum Schutz der Umwelt offensichtlich gerne bereit, immer weiter steigende Steuern und Abgaben zu bezahlen und Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Welches vernünftige Argument könnte man den sich rasch vermehrenden Umweltauflagen im Angesicht der allgegenwärtigen Klimakatastrophe denn auch entgegenhalten? Schließlich dient beispielsweise das Bundesnaturschutzgesetz der früheren rot-grünen Bundesregierung nach Aussage des einstigen Bundesumweltministers Jürgen Trittin doch nur dem Schutz der Natur *»um ihrer selbst willen«*.

Was aber ist, wenn die Umwelt *»um ihrer selbst willen«* gar nicht in dem Maße und vor allem nicht mit den Mitteln geschützt werden müsste, die von der Ökobewegung unablässig gefordert werden? Existiert denn tatsächlich eine so große Bedrohung für die Umwelt, dass dadurch stetig steigende Steuern und Abgaben und immer größere Eingriffe in die indivuellen Freiheiten gerechtfertigt wären? Zwar freut sich der gegenwärtige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nach eigener Aussage besonders über die hohe Akzeptanz einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Energiepolitik, auch gilt der Umweltschutz für 93 Prozent der Bevölkerung als wesentlich, doch solche Umfrageergebnisse dürften eher die Folge jener ökologischen Umerziehung sein, der das deutsche Volk seit Jahren ausgesetzt ist, als dass sie auf objektiver Notwendigkeit beruhten oder tatsächlich dem originären Willen des Volkes entsprächen. Betrachtet man die angeblichen Umweltbedrohungen näher, was wir in den folgenden

Kapiteln tun werden, dann wird offensichtlich, dass der moderne Umweltschutz eben nicht *»um seiner selbst willen«* betrieben wird, sondern dass unter dem Deckmantel des Umweltschutzes ganz andere Ziele verfolgt werden als die, die der Öffentlichkeit weisgemacht werden.

Viele Leser werden an dieser Stelle wohl vermuten, dass - wie so häufig - das Geld die letztliche Triebfeder hinter der gegenwärtigen Umweltkampagne ist. Doch auch wenn Profitinteressen zweifellos eine Rolle spielen, ist das zugrunde liegende Motiv der Okobewegung gänzlich anders geartet. Vorweg sei nur so viel verraten: Die eigentliche Triebfeder der modernen Okobewegung ist rein ideologischer Natur.

Teil A:
Von Umweltapokalypsen und Ökokatastrophen

Das Waldsterben

Verehrter Leser, sicherlich erinnern Sie sich noch daran: Knapp drei Jahrzehnte sind vergangen, seit es — pünklich zur Gründung der neuen grünen Partei und untermalt von heftigstem massenmedialem Getöse — zu Beginn der 1980er-Jahre plötzlich über Deutschland hereinbrach: das Waldsterben.

Die Protagonisten der gerade in Mode gekommenen Ökobewegung behaupteten damals, die Schadstoffemissionen aus Industrie und Verkehr, insbesondere Schwefeldioxid und Stickoxide, würden als saurer Regen niedergehen und ein langsames Absterben der deutschen Wälder verursachen. Der deutsche Wald sei schon so stark geschädigt, dass er nicht mehr zu retten sei, und selbst bei sofortigen Gegenmaßnahmen sei Deutschland im Jahre 2000 weitgehend entwaldet. Wenn man auch die Katastrophe schon nicht mehr verhindern könne, so müsse man dennoch sofort handeln, das heißt den Hausmüll trennen anstatt ihn wie bisher zu verbrennen, ein deutschlandweites Tempolimit einführen und Kraftstoffe massiv verteuern. Bedeutende deutsche Printmedien brachten serienweise Titelgeschichten über »das stille Sterben« des Waldes und sorgten dafür, dass sich das Waldsterben rasend schnell ausbreitete, zwar nicht in Forsten und Wäldern, aber dafür in den Köpfen der deutschen Wähler und Steuerzahler, die damals ohnehin schon mit Neutronenbombe und *Pershing2,* mit gefährlichem Atomstrom und Lebensmittel-Schadstoffen irregemacht worden waren. Die größte deutsche Wochenzeitschrift prophezeite ein *»ökologisches Hiroshima«* und ein *»gigantisches globales Öko-Sterben«,* für ein anderes Magazin waren bereits 90 Prozent der Tannen nicht mehr zu retten, und eine bedeutende Wochenzeitung stellte fest: «… *am Ausmaß des Waldsterbens könnte heute allenfalls... ein pathologischer Ignorant zweifeln«.* Der wirtschaftliche Schaden durch das Waldsterben, so berichtete ein

weiteres Blatt, werde auf 440 Milliarden D-Mark geschätzt, und der Vorsitzende einer deutschen Umweltschutzorganisation war sich sicher, dass *»das Sterben der Wälder«* Deutschland stärker verändern werde *»als der Zweite Weltkrieg«*. Verantwortlich hierfür seien, darüber war sich die Ökobewegung schon damals einig, die deutsche Industrie und der westliche Lebensstandard, weshalb selbstverständlich auch ein Kommentar des notorischen Moralisten Günter Grass nicht fehlen durfte, der da lautete: *»Ob Sie in den Wald gehen oder nach Kalkutta, überall zeigt sich das Elend der Schöpfung. An Ort und Stelle kann man sich nichts mehr vormachen, fällt einem nichts literarisch Wegführendes ein, wird man stumm.«* Das Waldsterben sei ihm, so äußerte Grass noch 1999, ohnehin schon relativ früh aufgefallen, *»und auch das Gequatsche und die Untätigkeit darüber«,* denn *»die schleichende Zerstörung geht weiter«*. Dem bleibt nur zu entgegnen: Si tacuisses, philosophus mansisses[4].

Der öffentliche Druck, den Umweltbewegung, Massenmedien und Pseudointellektuelle generierten, bewirkte, dass die Bundesregierung seit 1984 jährlich einen Waldschadens- oder Waldzustandsbericht veröffentlichte, in dem seither regelmäßig zu lesen stand, dass nach wie vor keine Entwarnung gegeben werden könne, denn die Wälder seien auch weiterhin zu 60 oder 70 Prozent geschädigt. Und das trotz der inzwischen erfolgten Einführung von Pkw-Katalysatoren, des Baustopps neuer Müllverbrennungsanlagen und des kostenintensiven Abfallrecyclings. Obwohl zwischen 1984 und 1995 mehr als eine halbe Milliarde D-Mark an Steuergeldern in die einschlägige Forschung geflossen war, konnten 850 zu diesem Zweck gestartete Forschungsvorhaben noch nicht einmal den genauen Zusammenhang zwischen Luftschadstoffen und dem Waldsterben belegen.

Im Gegensatz dazu legt ein Spaziergang in einem der - allen Unkenrufen zum Trotz - auch im Jahre 2008 noch immer gedeihenden deutschen Wälder einen ganz anderen Schluss nahe, zu dem im Jahre 1995 auch schon eine Studie des Europäischen

Forstinstituts kam, nämlich, dass sich der deutsche Wald nach wie vor bester Gesundheit erfreut. Anstatt abzusterben ist das Gesamtholzvolumen der europäischen Forste in den Jahren zwischen 1950 und 1990 sogar um schätzungsweise 43 Prozent angestiegen.[5]

Nach wie vor ist die Fläche Deutschlands zu fast einem Drittel von Wäldern bedeckt, die sich im Zuge der Umwandlung landwirtschaftlicher in forstwirtschaftliche Flächen pro Jahr um durchschnittlich 540 Quadratkilometer ausdehnen.[6] Jedem selbstständig denkenden Bürger stellt sich im Angesicht dieser Fakten die Frage, wie sich die Diskrepanz zwischen der apokalyptischen Waldsterbenshysterie der 1980er-Jahre und dem gegenwärtig völlig normalen und gesunden Zustand der deutschen Wälder erklären lässt. Waren es etwa der wachsende Einfluss der Ökobewegung mit ihrem politischen Arm, der grünen Partei, und ihre zahllosen Forderungen nach Reglementierungen, Verboten und Steuererhöhungen, die den deutschen Wald vor dem Untergang bewahrten? Nein, die Antwort ist simpel: Ein flächendeckendes »Waldsterben«, wie von der Ökobewegung behauptet, hat es in Wahrheit nie gegeben! Zwar gab es in den 1980er-Jahren durchaus kranke und abgestorbene Bäume, wie es sie in der Geschichte schon immer gegeben hatte. Und auch solche, die durch menschliche Einflüsse geschädigt worden waren. Zu nennen sind hier etwa die seit der Industrialisierung bekannten Rauchschäden, die nicht an allen Baumarten, sondern ausschließlich an Fichten auftreten, die einer hohen Schwefeldioxidkonzentration ausgesetzt sind. Derartige Schäden traten jedoch so vereinzelt auf, dass lediglich 0,3 Prozent der 2,5 Millionen Quadratkilometer großen europäischen Forstfläche davon betroffen waren.[7] Fotografen und Kamerateams konnten ihre Aufnahmen vom »sterbenden Wald« daher nur in sehr begrenzten Gebieten fast ausschließlich im Harz, im Bayerischen Wald oder im Fichtelgebirge, das heißt entlang der Grenzen zum früheren Ostblock, machen, dessen volkseigene Kohlekraftwerke mit riesigen Mengen Schwefeldioxid

ungefiltert die Luft verpesteten. Doch seit dem Ende des Sozialismus und der Umrüstung oder Stilllegung der dafür verantwortlichen Kohlekraftwerke wurde auch dieses Problem gelöst, sodass inzwischen die Fichten auch in den früher geschädigten Gebieten wieder nachwachsen. Abgesehen von solchen, sehr selten auftretenden Rauchschäden sind lichte Baumkronen ein völlig natürliches Phänomen, das nicht auf eine Verschmutzung mit Luftschadstoffen oder den »sauren Regen«, sondern auf einen Nährstoffmangel des Bodens oder auf längere Trockenzeiten, wie zum Beispiel im Sommer 2003, oder besonders harte Winter wie 1978/79 zurückzuführen ist. Zudem tragen Bäume — wie Förster schon seit Generationen wissen — je älter sie werden, immer weniger Nadeln oder Blätter. So erklärt sich, dass lichte Baumkronen regelmäßig auch in Reinluftgebieten ohne jegliche Luftverschmutzung auftreten, während eine Häufung von Waldschäden entlang von Autobahnen oder in Stadtparks nicht zu verzeichnen ist. Tatsächlich konnte das amerikanische *NationalAcid Precipitation Assessment Programm* (NAPAP) in einem zehnjährigen Dauerversuch eindeutig nachweisen, dass eine Schädigung des Waldes durch »sauren Regen« eindeutig auszuschließen ist. Einen Zusammenhang zwischen lichten Baumkronen und dem »sauren Regen« herzustellen ist also ebenso abenteuerlich, als würde man versuchen, den mit den Jahren fortschreitenden Haarausfall mancher Männer mit dem früher in Kraftfahrzeugen verwendeten bleihaltigen Benzin oder der jeweiligen Distanz zum nächsten Atomkraftwerk zu erklären.

Trotz der Tatsache, dass schon in den 1980er-Jahren genügend vernünftige Wissenschaftler die Alarmprognosen der Ökobewegung als unhaltbar bezeichnet hatten, setzte sich erst in den 1990er-Jahren die allgemeine Erkenntnis durch, dass *»die Hypothese von einem großflächigen Waldsterben für die nahe Zukunft (...) verworfen werden«* kann.[8] Zu guter Letzt hielt auch die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft im Jahre 2002 fest, dass *»lichte Baumkronen wahrscheinlich kein Krank-*

heitsbild« sind, denn *»je älter ein Baum, desto schütterer seine Krone«*. Obwohl die Hypothese des »Waldsterbens« also nie auf einer realen Grundlage stand, sorgte allein der Druck der Ökobewegung dafür, dass das in den Waldschadensberichten jahrelang angewandte Verfahren, den Zustand der Baumkronen zu beurteilen, um daraus ein »Waldsterben« abzuleiten, zur jährlichen Dauereinrichtung wurde, auf deren Grundlage politische Forderungen durchgesetzt wurden.

Zieht man nach 30 Jahren »Waldsterben« Bilanz, dann fällt diese denkbar schlecht aus. Glücklicherweise nicht für den Wald, der im Gegensatz zum deutschen Staatshaushalt nicht von Krankheit und Siechtum betroffen war. Dafür aber umso mehr für die Glaubwürdigkeit der Ökobewegung und der Massenmedien sowie auch für die der deutschen Wissenschaft und der Politik. Und will man der Waldsterbenshysterie doch etwas Positives abgewinnen, dann mag sie als Lehrbeispiel dafür dienen, wie leicht sich die Öffentlichkeit im hehren Namen des Umweltschutzes in die Irre führen lässt und bereit ist, unnötige Einschränkungen und Kosten zu akzeptieren. Beispiele dafür werden uns im Verlauf dieses Buches noch öfters begegnen.

Das Ozonloch

Nur wenige Jahre nach dem Ausbruch der Waldsterbenshysterie dominierte Mitte der 1980er-Jahre eine weitere Horrormeldung die Schlagzeilen der Massenmedien: das Ozonloch.

In großer Höhe über dem Südpol habe sich, so argumentierten ökobewegte Wissenschaftler, ein Loch in der die Erde umgebenden Ozonschicht gebildet, die die Erdoberfläche normaler-

weise vor den UV-Strahlen der Sonne schütze, sodass diese nun ungehindert zur Erdoberfläche durchdringen und dort schwerste Schäden bei Mensch und Umwelt verursachen würden. Ursache des Ozonlochs sei die weit verbreitete Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die seit 1930 als Kältemittel in Kühlschränken oder Treibgas in Spraydosen und als Kunststoffschäumer eingesetzt wurden und die als sehr sicher galten, da sie weder giftig noch brennbar waren. Wie zuvor beim Waldsterben wurden auch hier sogleich die Verantwortlichen ausfindig gemacht. Mit den Worten der früheren Bundesvorsitzenden der Grünen, Jutta Ditfurth, lautete die Anklage: *»Kein Täter kann sich auf Unkenntnis berufen: Wissenschaftlerinnen warnen (...) vor der Zerstörung der Ozonschicht durch FCKW, das aus den kapitalistischen Zentren kommt. «*[10]

Angeblich würden, so die Vertreter der Ökobewegung, die auf der Erdoberfläche freigesetzten FCKW in der Atmosphäre aufsteigen, in großen Höhen unter Sonneneinwirkung Chloratome freisetzen, die wiederum Ozon (O3) in gewöhnlichen Sauerstoff (0_2) verwandelten, und so käme es zu einem stetigen Abbau der Ozonschicht und damit zum Ozonloch. Die durch dieses Loch nun auf die Erdoberfläche vordringende UV-Strahlung würde, in der Vorstellung der Ökobewegung, beim Menschen Hautkrebs und Augenleiden auslösen und die Photosyntheseleistung von Pflanzen und Meeresalgen reduzieren, was in der Folge zu Ernteverlusten und zu einem Rückgang des Fischreichtums führe. Selbst bei einem *»vollständigen Einsatzstopp von Fluorchlorkohlenwasserstoffen«,* schrieb Jutta Ditfurth im Jahre 1991, *»bestünde das Ozonloch noch Jahrzehnte«*[11].

So weit die Hypothese, die - aufmerksame Leser werden es bereits ahnen - einer näheren Betrachtung ebenso wenig standhält wie zuvor die Theorie des Waldsterbens. Tatsächlich scheitert die Mär vom FCKW-induzierten Ozonloch bereits im Ansatz, da freigesetzte FCKW größtenteils bereits am Boden von Bakterien abgebaut werden.[12] Wenn, wie Jutta Ditfurth argumentierte, die

FCKW aus den »kapitalistischen Zentren« stammen, also hauptsächlich aus der nördlichen Hemisphäre, dann bleibt zudem völlig offen, wie diese FCKW die innertropische Konvergenzzone am Äquator überschreiten sollen, wo es kein Ozonloch gibt, um sich schließlich ausgerechnet am Südpol zu sammeln, wo sie angeblich den größten Ozonabbau verursachen. Außerdem stellen die Chloratome, die durch die kapitalistischen FCKW angeblich in die Stratosphäre gelangen sollen, im Vergleich zu der natürlich freiwerdenden Chlormenge einen verschwindend geringen Prozentsatz dar. Während in der Blütezeit der FCKW-Produktion jährlich nur etwa 1,4 Millionen Tonnen Chlor hergestellt wurden, gelangten zeitgleich mehr als 600 Millionen Tonnen infolge natürlicher Meerwasserverdunstung sowie mindestens 36 Millionen Tonnen aus vulkanischen Quellen in die Atmosphäre, in Jahren mit größeren Vulkanausbrüchen noch weitaus mehr, sodass die künstlich hergestellten Chlorverbindungen mengenmäßig gar nicht ins Gewicht fallen würden, selbst wenn sie in Form der FCKW in die Stratosphäre gelangten. Ein einziger Ausbruch des Mount St. Augustine in Alaska setzte im Jahre 1976 beispielsweise mehr Chlor frei, als im gesamten Jahr zuvor weltweit in Form von FCKW produziert worden war.[13]

Grundsätzlich ist auch die Vorstellung einer konstant die Erde umgebenden Ozonschicht falsch. Schon Jahrzehnte vor dem Ausbruch der Ozonlochhysterie war der Wissenschaft bekannt, dass in der Sauerstoffatmosphäre, abhängig von der Sonneneinstrahlung, ein ständiger Prozess von Ozonaufbau und -abbau stattfindet, dass sich die Ozonschicht also in einer Homöostase, das heißt einer ständigen Selbstregulation, befindet. Dieser Sachverhalt wurde während des Internationalen Geophysikalischen Jahres 1957 auch ausgiebig erforscht. Die Ozonschicht entsteht erst durch die Sonneneinstrahlung, die 0_2 in einzelne Sauerstoffatome aufspaltet, die sich kurzzeitig zu Ozonmolekülen (O_3) verbinden, womit die harte UVC-Strahlung der Sonne gebremst wird. Würde das Ozon aus höheren Atmosphäreschichten plötz-

lich auf wundersame Weise verschwinden, dann würde die UV-Strahlung quasi automatisch auf tieferliegende Sauerstoffatome stoßen und es würde sich erneut eine Ozonschicht ausbilden. Das bedeutet nichts anderes, als dass es immer eine Ozonschicht in der Atmosphäre geben wird, solange Menschen auf Erden atmen können. Damit wäre auch schon die Erklärung gegeben, warum die Ozonwerte am Äquator, wo das Sonnenlicht senkrecht einfällt, am höchsten sind, während sich an den Polen periodische Ozonausdünnungen ergeben. Es fehlt dort in der dunklen Jahreszeit, also bei schwachem oder ganz fehlendem Sonnenschein, die zur Bildung des Ozons nötige UV-Strahlung, sodass sich an den Polen schon seit Urzeiten und ganz ohne jegliche menschliche Einflüsse in jedem Winter ein völlig ungefährliches und natürliches »Ozonloch« bildet, das sich in jedem Frühjahr mit dem Ansteigen der Sonneneinstrahlung von selbst wieder schließt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Ozonwerte an den Polen einer natürlichen Schwankung von plus/minus 15 Prozent unterworfen sind und allein von Jahreszeit und Sonnenaktivität abhängen. Chloratome, egal ob aus natürlichen oder künstlichen Quellen, haben auf diesen Prozess nicht den geringsten Einfluss.

Obwohl die Theorie eines FCKW-induzierten Ozonlochs also ein ebenso unbegründetes Hirngespinst ist wie zuvor schon das Waldsterben, führte der Druck der Ökobewegung mit Unterstützung der Massenmedien auch in diesem Fall zu einer Reihe politischer Entscheidungen von ganz erheblicher Tragweite. Zunächst führte das 1987 weltweit erlassene Verbot der Herstellung und Verwendung von FCKW dazu, dass seither Ersatzstoffe verwendet werden müssen, die nicht nur weitaus gefährlicher sind als die zuvor verwendeten FCKW, sondern deren Einsatz zudem deutlich teurer ist. So werden in Kühlschränken mittlerweile Kältemittel verwendet, die in Kombination mit Luft, das heißt bei einem Leck im Kühlkreislauf, ein explosionsfähiges Gemisch bilden, zum Teil sogar giftig und ätzend sind. Ganz im Gegensatz

dazu galten die FCKW zuvor jahrzehntelang zu Recht als »Sicherheitskältemittel«.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass das internationale Verbot von FCKW im sogenannten Montrealer Protokoll von 1987 einen internationalen Präzedenzfall darstellt, nach dessen Vorbild mittlerweile auch das Kyoto-Protokoll erstellt wurde, wovon später noch ausführlich die Rede sein wird. Festzuhalten ist hierbei, dass eine nicht vorhandene Umweltgefährdung zu einem internationalen, juristisch verbindlichen Gesetzeswerk führte, das von der UNO überwacht wird und seither in allen unterzeichnenden Staaten geltendes Recht ist, das heißt, mit dem Montreal-Protokoll unterwarfen sich alle Nationalstaaten erstmals einer internationalistischen Legislatur, die von der UNO geändert werden kann, was bedeutet, dass einem früher juristisch souveränen Staat auch gegen seinen Willen von außen völkerrechtliche Verpflichtungen auferlegt werden können. Dass dies auch tatsächlich geschieht, wird daran ersichtlich, dass das Montreal-Protokoll bereits mehrmals nachträglich verschärft und ausgeweitet wurde. Im Falle eines Verstoßes gegen das Abkommen drohen schwere Strafen. Hinzu kommt außerdem, dass im Montreal-Protokoll ein Zusatzabkommen enthalten ist, mit dem sich die westlichen Industriestaaten eine Selbstverpflichtung auferlegt haben, einen schnellen Technologietransfer in die Entwicklungsländer zu ermöglichen. Dies geschieht unter dem Vorwand, dass der Verlust herkömmlicher Kühlmöglichkeiten auf FCKW-Basis für die Entwicklungsländer ausgeglichen werden soll. Die indische Umweltministerin Maneka Gandhi hatte während der Montreal-Konferenz diesbezüglich von den westlichen Industriestaaten gefordert: *»Entweder ihr verkauft uns die Technologie (zu einem akzeptablen Preis) oder ihr ändert eure Gesetze, oder ihr ändert euer Patentrecht ..., fangt damit an.«*[44] Im Rahmen des Montreal-Abkommens wird auf Kosten der westlichen Industriestaaten also erstmals eine internationale Umverteilung von privatem Eigentum vertraglich geregelt. Verehrter Leser, dämmert Ihnen allmäh-

lich, warum gerade die politische Linke so großes Gefallen an Ökohysterien wie dem Ozonloch findet? Wir werden noch eingehend darauf zurückkommen.

Der *Brent-Spar*-Skandal

Welch enormen gesellschaftlichen Einfluss die Ökobewegung in Mittäterschaft mit den Massenmedien nach Jahren der grünen Daueragitation gewonnen hatte, wurde besonders am Beispiel des *Brent-Spar-Skandals* von 1995 deutlich.

Die *Brent Spar* war ein großer schwimmender Öltank des *Shell*-Konzerns, der von 1976 bis 1991 als Zwischenlager für Rohöl gedient hatte, bis er durch die Inbetriebnahme einer Pipeline überflüssig geworden war. Als *Shell* den 14 500 Tonnen schweren Tank außer Dienst stellte und anschließend im Nordatlantik versenken wollte, löste dies einen Proteststurm der Ökobewegung aus, die behauptete, der Tank enthalte 5000 Tonnen Restöl sowie größere Mengen Schwermetalle, die das Meer bei einer Versenkung schwer belasten würden. Der Shell-Konzern verteidigte die geplante Versenkung damit, dass die Angaben der Ökoaktivisten maßlos übertrieben seien, anstatt 5000 Tonnen Öl enthalte die Plattform lediglich 50 Tonnen Restöl; zudem bestätige ein im Vorfeld der geplanten Versenkung angefertigtes unabhängiges Gutachten die ökologische Unbedenklichkeit einer Versenkung, was auch ausschlaggebend dafür war, dass die britische Regierung der Versenkung bereits zugestimmt hatte. Ais *Shell* dem Druck nicht nachgeben wollte und an der Versenkung festhielt, wurde die Plattform umgehend von Aktivisten der Ökobewegung besetzt, deren Gesinnungsgenossen eine mehrmonatige internationale Medienkampagne entfachten, die schließlich in

dem Aufruf gipfelte, den *Shell*-Konzern zu boykottieren, woraufhin nicht nur die Umsätze an deutschen Shell-Tankstellen um bis zu 50 Prozent zurückgingen, sondern auch der Aktienkurs des Konzerns einbrach. In Hamburg wurde sogar ein Brandanschlag auf eine Tankstelle des Konzerns verübt. Daraufhin beschloss *Shell,* die renommierte unabhängige Stiftung *Det Norske Veritas* (DNV) mit einer erneuten Untersuchung der Rückstände an Bord der *Brent Spar* zu beauftragen. Noch bevor diese Untersuchung abgeschlossen werden konnte, war aus Kreisen der Ökobewegung plötzlich zu vernehmen, dass man sich geirrt habe, ihre Schätzung über die Menge der Rückstände im Tank sei grob fehlerhaft gewesen, die zuvor genannte Zahl von 5000 Tonnen Restöl war viel zu hoch, man wolle sich entschuldigen. Das wenige Wochen später veröffentlichte Gutachten der DNV-Stiftung ergab schließlich, dass die Angaben des *Shell*-Konzerns weitgehend korrekt gewesen waren — *Shell* konnte keine Verharmlosung oder Irreführung der Öffentlichkeit angelastet werden. Umgekehrt jedoch blieb bei vielen selbstständig denkenden Beobachtern dieses Skandals, so etwa beim Nachrichtenredakteur Richard Sambrook von der BBC, der Eindruck zurück, als handele es sich hierbei keinesfalls um einen Irrtum, vielmehr habe die Ökobewegung die Öffentlichkeit *»über weite Strecken an der Nase herumgeführt«*[15]. Es war nicht das erste Mal, dass der Verdacht aufkam, der vorsätzliche Betrug gehöre zur grundsätzlichen Methodik der Ökobewegung. So hatte es zum Beispiel in der Vergangenheit schon mehrmals Fälle gegeben, in denen Umweltorganisationen nachgewiesen werden konnte, dass sie die in ihren Werbefilmen dargestellte brutale Abschlachtung von Robben und Kängurus selbst in Auftrag gegeben hatten, um damit möglichst schockierende Filmaufnahmen zu erhalten, die die Spendenbereitschaft der Öffentlichkeit verstärken sollten.[16]

Anders als von der Ökobewegung behauptet, wäre bei einer Versenkung der *Brent Spar* mit Sicherheit kein Schaden für die Umwelt entstanden. Zu diesem Schluss kamen nicht nur die

Meeresforscher Evan Nisbet und Mary Fowler, denen zufolge die wenigen Rückstände an Bord der *Brent Spar* von Bakterien am Meeresboden problemlos unschädlich gemacht worden wären. Auch der promovierte Diplomchemiker Heinz Hug zieht in seinem sehr lesenswerten Buch *Die Angstrompeter* eine detaillierte Bilanz der tatsächlich zu erwartenden Umweltbelastung und kommt zu einem eindeutigen Schluss: *»Das im Nordatlantik liegende hydrothermale Schlotfeld* Broken Spur *— eines von Hunderten — speist jährlich zwischen 500000 und einer Million Tonnen Schwermetallen in das Meer ein. Das ist das 34,5- bis 69-fache des Gesamtgewichts der* Brent Spar*/ (Wo bleibt eigentlich der kritische, gesunde Menschenverstand der Ökopanikmeister?) Nicht zuletzt wegen maritimer Schlotfelder enthält Meerwasser im Verhältnis zur Kontinentaloberfläche 5000 Mal mehr Kobalt, 4000 Mal mehr Mangan, 1500 Mal mehr Nickel, 150 Mal mehr Kupfer und zehn Mal mehr Zink. Geht man irrtümlicherweise davon aus, dass sich die in der* Brent Spar *elementar vorliegenden Schwermetalle so leicht wie Kochsalz auflösen würden, wären der Bleigehalt der Nordsee (hätte man die* Brent Spar *tatsächlich dort und nicht wie vorgesehen im viel größeren Nordatlantik versenkt) um 0,0009 Prozent und der Nickelgehalt um 0,000003 Prozent angestiegen. Das war's. Da man dem Öko-Homo-sapiens-sapiens bekanntlich alles, aber auch wirklich alles, einschwätzen kann, benahm sich halb Deutschland beim* Shell-*Boykott wie eine vom Hornissenschwarm gestochene BSE-Rinderherde. Die umweltfreundlichste Entsorgung des Öltanks wäre die Versenkung im Nordatlantik gewesen. Darüber waren sich damals und sind sich heute die Fachleute einig. Für 60 Millionen Euro wurde die* Brent Spar *vor der norwegischen Küste in große Zylinder zerschnitten. Schon die Energiebilanz fällt für die Ökopharisäer katastrophal aus. Statt des von den Versenkungsgegnern behaupteten Nettoenergiegewinns von 50 000 Giga-Joule brachte die Zerlegung einen Nettoenergieverlust von 115000 Giga-Joule. Die Versenkung hätte nur eine Emission von 4000 Tonnen* CO_2, *70 Tonnen* NO_x *(Stickstoffoxide) und drei Tonnen* SO_2 *bewirkt. Im Gegensatz hierzu wurden*

bei der von Greenpeace *verlangten Zerlegung 11 000 Tonnen* CO_2, *116 Tonnen* NO_x *und 179 Tonnen SO2 in die Atmosphäre eingetragen. Statt 60 Millionen hätten die Versenkungskosten weniger als 25 Millionen Euro betragen. Würde es mit rechten Dingen zugehen, müsste* Shell *den Differenzbetrag von* Greenpeace *gerichtlich einfordern. Wegen des moralischen Ansehens und des damit verbundenen hohen Erpressungspotenzials der Ökokapellmeisterpassierte natürlich nichts. «*

Obwohl *Shell* recht behalten hatte und der im Falle einer Versenkung zu erwartende Umweltschaden minimal gewesen wäre, beugte sich der Konzern schließlich dem öffentlichen Druck und gab bekannt, die Plattform an Land zu zerlegen und zu entsorgen, was mit wesentlich höheren Kosten verbunden war. Wenige Monate später verhängte die internationale OSPAR-Konferenz ein Versenkungsverbot für Ölplattformen im Nordatlantik. Doch dies war nicht die einzige politische Konsequenz der Hetzkampagne gegen *Shell.* Tatsächlich trug die Ökobewegung mit ihrer Kampagne auch dazu bei, dass die konservative Regierung Großbritanniens, die die Genehmigung für die Versenkung erteilt und *Shell* unterstützt hatte, in den Wahlen von 1997 abgewählt wurde. Wie man sieht, blieb *Shell* trotz erwiesenermaßen falscher Anschuldigungen der Buhmann in dieser Geschichte, während gleichzeitig die Ökobewegung nicht nur im Ansehen der Öffentlichkeit stieg, sondern auch einen enormen Spendenzuwachs verzeichnen konnte. Ganze 72 Prozent der deutschen Bevölkerung, darunter der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), waren gar der Ansicht, die Protagonisten der *Ann-Shell-*Kampagne hätten den Friedensnobelpreis verdient.[18] Die sich daraus ergebende Lehre ist eindeutig. Das Schicksal von *Shell* kann jedes Unternehmen treffen, egal ob es sich im Recht befindet oder nicht. Die Ökobewegung hat dank der mit ihr kollaborierenden Massenmedien genug Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein, dass es keine Rolle mehr spielt, ob ihre Behauptungen wahr oder falsch sind. Anklage und Schuldspruch sind

identisch, ein Prozess der Wahrheitsfindung findet gar nicht erst statt. Wie diese Erfahrung lehrt, können im Namen des Umweltschutzes mittlerweile Regierungen gestürzt und Weltkonzerne niedergezwungen werden. Die grüne Inquisition - die Ökoquisition - hat sich als außerordentlich erfolgreiches Werkzeug zur Manipulation der Öffentlichkeit erwiesen, mit dem sich jede beliebige politische Forderung durchsetzen lässt, selbst wenn die aufgestellten Behauptungen noch so unbegründet und absurd sind.

Wie aus der Rußpartikel-Eiszeit ein CO_2-Treibhaus wurde

Etwa ein Jahrzehnt bevor das Waldsterben und das Ozonloch groß in Mode kamen und noch bevor die Ökobewegung zu voller Blüte entfaltet war, beherrschte die Angst vor einer globalen Abkühlung und einer neuen Eiszeit die Schlagzeilen der Massenmedien. Damals, also etwa in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre, hieß es, die hauptsächlich von der westlichen Industrie in die Atmosphäre geblasenen Stäube und Rußpartikel würden in großer Höhe die Atmosphäre verdunkeln und damit zu einer Abkühlung des Weltklimas und zu einer neuen Eiszeit führen, was katastrophale Auswirkungen auf Mensch und Natur haben würde. Während die *New York Times* berichtete, dass die Eisdecke der Pole im Jahre 1972 schon um zwölf Prozent zugenommen habe, prophezeite das *Time Magazine* 1974 eine *»neue Eiszeit«,* und *Newsweek* sprach 1975 von einer *»erkaltenden Erde«.* Auch das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete nach einem verregneten Sommer im August 1974, dass Meteorologen und Klimaforscher in fast allen Weltregionen *»schon längst«* Symptome für

eine fortschreitende Abkühlung gefunden hätten, so etwa die angeblich wachsenden Gletscher und Packeisflächen und die immer weiter nach Süden treibenden Eisberge.[20] Die Folgen dieser Abkühlung, so hieß es damals, seien bereits spürbar, und zwar in Form verstärkt auftretender Naturkatastrophen und extremer Wetterereignisse wie Orkane, Starkregen und Schneestürme, was bereits zu Ernteeinbussen geführt habe. Halte diese Abkühlung an, so warnte der Direktor des Instituts für Umweltstudien an der Universität von Wisconsin, Reid Bryson, dann werde sie demnächst *»die ganze Menschheit in Mitleidenschaft ziehen«,* das heißt *»eine Milliarde Menschen würde verhungern«*[21]. Auf eine mittelfristige Verbesserung dieser Tendenz sei kaum zu hoffen, und die Chancen für *»eine rasche Rückkehr des günstigen Klimas«* stünden *»bestenfalls eins zu 10000«*[22]. Gleichlautend prophezeite auch der US-Biologe Paul Ehrlich, dass es für die Einwohner der Monsunländer infolge der globalen Abkühlung *»keine Rettung«* mehr gebe. Nur eine rasche Hilfsaktion der reichen Industrienationen des Westens könne die Katastrophe noch abwenden.[23] Bereits zwei Jahre später schrieb der US-Autor Lowell Ponte in seinem Buch *The Cooling — Has the Next Ice Age Already Begun?,* dass die globale Abkühlung schon Hunderttausende von Menschen in der Dritten Welt getötet habe. Wenn keine Maßnahmen eingeläutet würden, wären weltweite Hungerkatastrophen, Chaos und wahrscheinlich ein neuer Weltkrieg bis zum Jahre 2000 die Folge.[24]

Noch im Jahre 1975 war in einem Artikel der *New York Times* zu lesen, dass *»eine starke Abkühlung allgemein als unvermeidbar gilt«,* aber schon 1981 war von den die Sonne verfinsternden Stäuben und der dadurch ausgelösten neuen Eiszeit plötzlich keine Rede mehr, stattdessen zitierte das Blatt einige Klimaforscher, die eine globale Erwärmung von *»beispielloser Größenordnung«* prophezeiten - und so war aus der massenmedial propagierten Eiszeit in weniger als sechs Jahren eine Erderwärmung geworden.[25] Auch der *Spiegel,* der noch im Jahrzehnt zuvor mit der Eiszeit gedroht hatte, warnte im Gleichklang mit allen ande-

ren deutschen Massenmedien plötzlich vor einer Erwärmung und begründete dies im August 1986 wie folgt: » *Weitgehend einig sind sich die Fachleute über die Ursachen des schleichenden Klimawandels: In der Stratosphäre, 15 bis 50 Kilometer über der Erdoberfläche, steigt seit Langem stetig die Konzentration von sogenannten Spurengasen, die wie ein Thermostat die Temperatur in den tieferen, erdnahen Schichten der Atmosphäre regulieren. Der zarte Gasschleier, bestehend aus Kohlendioxid (CO2), dazu aus kleineren Anteilen anderer Substanzen wie etwa Ozon, Methan oder Stickstoffoxid, wirkt auf zweifache Weise als Strahlenfilter: Er lässt die von der Sonne kommenden, kurzwelligen Lichtstrahlen passieren, hält aber die von der Erde reflektierten, langwelligen Wärmestrahlen zurück — es kommt, wie unter einem gläsernen Treibhausdach, in Erdnähe zu einem Wärmestau. Dass der im Grunde wohltätige Treibhauseffekt, der irdisches Leben überhaupt erst möglich macht, vielleicht schon bald zur Plage wird, ist der Tatkraft des Homo sapiens zuzuschreiben. Seit mehr als 150 Jahren stinken die Industriegesellschaften zum Himmel. Rund 180 Milliarden Tonnen CO2 wurden seit anno 1800 beim Verheizen fossiler Brennstoffe in die Luft gepustet; bis hinauf in die Stratosphäre herrscht inzwischen dicke Luft.* «[26] In den 1980er-Jahren galten also plötzlich nicht mehr die Stäube aus westlichen Industrieschornsteinen als eiszeitverursachende Klimakiller, stattdessen wird seither das Kohlendioxid aus eben denselben westlichen Industrieschornsteinen als Ursache für eine Erderwärmung ausgegeben. Die Folgen dieser Erwärmung, so wird behauptet, seien wieder dieselben wie zuvor auch schon im Fall der damals noch propagierten Eiszeit, nämlich Missernten, Hunger und Elend in der Dritten Welt. Halten wir also fest: Gemeinsam ist diesen beiden, ansonsten völlig gegensätzlich lautenden Katastrophenprognosen, dass erstens jeweils die westlichen Industrienationen dafür verantwortlich seien und zweitens hauptsächlich die Dritte Welt unter den angeblichen Folgen zu leiden habe. An dieser Stelle darf nicht verschwiegen werden, dass es zu diesen beiden Theorien des angeblich durch die westliche Industrie

verursachten Klimawandels eine interessante Parallele gibt, nämlich die Theorie des »Nuklearen Winters«. Diese Theorie geisterte vor allem auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er-Jahre durch die Massenmedien, zu einer Zeit also, in der noch allgemein vor einer industriestaubinduzierten Eiszeit gewarnt wurde. Dieser Theorie zufolge würden bei einem Atomkrieg infolge zahlreicher Atomexplosionen große Mengen an Ruß und Asche die Atmosphäre verfinstern, was zu einer Abkühlung des Erdklimas und zu einem nuklear ausgelösten Winter führe, der noch mehr Menschenleben fordern würde als das Kriegsgeschehen selbst. Diese Theorie wurde zwar schon bald von seriösen Wissenschaftlern und deren Vereinigungen, wie zum Beispiel dem *British Meteorological Office,* widerlegt, sie hält sich in Kreisen der Friedensbewegung jedoch bis heute.[27] Wie der im Jahre 2000 übergelaufene russische Geheimdienstoffizier Sergei Tretyakov inzwischen offenbarte, war die Theorie des »Nuklearen Winters« eine vorsätzliche sowjetische Desinformationskampagne, die das Ziel hatte, Einfluss auf die westliche Friedensbewegung zu nehmen und den Protest gegen die damals geplante NATO-Nachrüstung anzufachen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass diese Theorie nach der Abrüstung der europäischen Mittelstreckenraketen umgehend aus der Propaganda verschwand, denn sie hatte offensichtlich ihren Zweck erfüllt.

Was ist nun von der seit den 1980er-Jahren so lautstark propagierten These zu halten, dass industrielles Kohlendioxid die Atmosphäre zum Treibhaus mache und in die Klimakatastrophe führe? Um diese Frage zu beantworten, wollen wir einen Blick auf den angeblichen Mechanismus des Treibhauseffekts werfen, der in aller Kürze wie folgt lautet: Gäbe es keine Atmosphäre, dann würde die Erde durch die Strahlung der Sonne auf eine rechnerische Durchschnittstemperatur von -18°C aufgeheizt werden. Dieser Wert ist wissenschaftlich eindeutig nachvollziehbar und wird nicht bestritten, doch nun beginnt im Theoriegebilde des Treibhauseffekts die Reihe der unbewiesenen Konstrukte und

Hypothesen. Denn da es auf Erden unbestritten wärmer ist als jene rechnerischen -18 °C, hat sich die Wissenschaft im Konsensprinzip auf eine irdische Durchschnittstemperatur von +15°C geeinigt. Diese Temperatur ist zwar nicht messbar, wurde jedoch aus den Messergebnissen vieler geografisch unregelmäßig verteilter Wetterstationen als Durchschnittswert für die gesamte Erde gemittelt, das heißt, bei diesem Wert handelt es sich lediglich um eine grobe Annäherung. Der sich aus der Differenz zwischen den berechneten -18 °C und den angenäherten + 15 °C ergebende Wert einer Erwärmung um 33 °C soll nun angeblich auf dem Treibhauseffekt beruhen, der dadurch entstehe, dass die sogenannten »Treibhausgase« in der Atmosphäre, das heißt vor allem Wasserdampf, Kohlendioxid und Methan, zwar kurzwelliges, also sichtbares Licht von der Sonne zur Erde durchlassen, die von der Erde reflektierte langwellige Wärmestrahlung aber zurückhalten. Würden nun, so die Theorie, durch die westliche Lebensweise mehr »Treibhausgase« in die Atmosphäre abgegeben werden, dann würde die Konzentration dieser Gase ansteigen, und es würde noch mehr langwellige Wärmestrahlung zurückgehalten werden, das heißt, die Atmosphäre würde sich erwärmen, was, der Hypothese folgend, katastrophale klimatische Auswirkungen habe.

Wie Heinz Hug erklärt, krankt dieses Hypothesengebilde bereits im Ansatz, denn *»obwohl die diskutierten Emissions-Absorptions-Vorgänge, Atmosphäre-Erdkörper-Sonne, durchaus real sind, lässt sich nicht beweisen, dass die Anhebung der irdischen Mitteltemperatur von minus 18 auf plus 15 Grad Celsius ausschließlich auf dem Treibhauseffekt beruhen! Ein schlüssiges Experiment hierzu existiert nicht (...). Es kommt noch besser: Die Treibhaushypothese — und damit meine ich die Erwärmung um 33 Grad Celsius durch klimawirksame Spurengase — kann auch nicht falsifiziert werden.«*[28] Doch selbst wenn die Treibhaustheorie bis zu diesem Punkt korrekt wäre, bedeutet dies keinesfalls, dass eine weitere Steigerung der Konzentration von atmosphärischem Kohlendioxid auch zu einer weiteren Temperaturerhöhung führen

würde, denn die Infrarot-Absorption durch Kohlendioxid wäre bereits bei der heutigen Luftkonzentration praktisch gesättigt. Das bedeutet, selbst eine Verdoppelung des Kohlendioxidgehalts der Luft würde rechnerisch eine weitere Erwärmung von lediglich 1,2 Prozent bewirken. Lassen wir hierzu erneut Heinz Hug zu Wort kommen: *»Der Sättigungscharakter wird übrigens vom Nobelpreisträger Paul Crutzen ganz unumwunden eingestanden. Er schreibt in einem Lehrbuch: >Es gibt bereits so viel CO2 in der Atmosphäre, dass in vielen Spektralbereichen die Aufnahme durch CO2 fast vollständig ist, und zusätzliches CO2 spielt keine große Rolle mehr. < Man kann es auch so ausdrücken: Ein Treibhaus heizt sich bestenfalls geringfügig (Spurenejfekt!) stärker auf wenn man das normale Fensterglas gegen ein zehn Zentimeter dickes Panzerglas austauscht! (...) Akzeptiert man die C02-Treibhausgastheorie und rechnet nach, dann steigt die Temperatur ohne Wasserdampfverstärkung bei 100 Prozent mehr CO2 nur um 0,7 Grad Celsius und nicht um 5,8 oder gar um 11,5 Grad Celsius, wie Paniktrompeter des IPCC im Januar 2005 behaupteten.*«[29] Dies ist jedoch noch nicht der letzte Fehler, an dem die Klimakatastrophentheorie scheitert. Auch die Behauptung, der industrielle Ausstoß von Kohlendioxid habe maßgeblichen Einfluss auf die atmosphärischen Kohlendioxidkonzentration, hält einer Überprüfung nicht stand. Anders als die Ökobewegung, die UNO und das deutsche Bundesumweltministerium behaupten, steigt die atmosphärische Kohlendioxidkonzentration nämlich nicht seit der Industrialisierung stetig an, sondern sie unterliegt starken natürlichen Schwankungen. So lag der atmosphärische Kohlendioxidwert beispielsweise in den Jahren 1820 mit 440 ppm und 1855 mit 390 ppm höher als heute mit 380 ppm. Hinzu kommt, dass nur etwa 1,2 Prozent der gesamten Kohlendioxidemissionen menschlichen Ursprungs sind, was man sich vom Umweltbundesamt bestätigen lassen kann. Die restlichen 98,8 Prozent stammen aus natürlichen Quellen, vor allem von Bodenbakterien. Ein ähnliches Verhältnis gilt auch für das »Treibhausgas« Methan. Es lässt sich also

festhalten, dass der menschliche Einfluss auf den Kohlendioxidgehalt der Luft verschwindend gering ist. Das heißt, selbst wenn eine durch Kohlendioxid verursachte Klimakatastrophe drohte, hätte der Mensch darauf praktisch keinen Einfluss.

Anders als die ökobewegte Propaganda unablässig behauptet, wären höhere Kohlendioxidwerte in der Atmosphäre ohnehin kein Grund zu Besorgnis und hätten schon gar keine katastrophalen Auswirkungen auf das Nahrungsmittelangebot auf Erden, denn Kohlendioxid ist kein »Klimakiller«, sondern in erster Linie ein unverzichtbares Nahrungsmittel für Pflanzen. Weizen bringt beispielsweise erst bei einem Kohlendioxidwert von etwa 1200 ppm den höchsten Ertrag. Mit den heute in der Atmosphäre vorhandenen 380 ppm ist diese Hauptgetreidesorte also deutlich unterversorgt, was so auch für andere Nahrungspflanzen gilt. Um den Ertrag zu erhöhen, werden viele Gewächshäuser daher nicht nur beheizt, sondern auch künstlich mit Kohlendioxid begast. Würde also der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre ansteigen, dann hätte dies vor allem eine deutliche Beschleunigung und Verbesserung des Pflanzenwachstums zur Folge, was in einem höheren Nahrungsmittelangebot resultieren würde, insbesondere auch in der Dritten Welt. Das *Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change* stellt dazu fest: *»In unserem Redaktionsbeitrag vom 11. Juli 2001 haben wir experimentelle Arbeiten beschrieben, die auf Studien von Mayeux et. al. (1997) und von Idso und Idso (2000) beruhten. Aus ihnen lässt sich ableiten, dass der Luftdüngungseffekt* (durch eine höhere Kohlendioxidkonzentration, Anm. d. Autors) *zu folgenden mittleren Ertragssteigerungen geführt hat: 70% für C3-Getreide, 28% für C4-Getreide, 33% für Obst und Melonen, 62% für Hülsenfrüchte, 67% für Wurzel- und Knollengewächse und 51 % für Gemüse.«*[20] Diese Ertragssteigerungen gehen einher mit einem deutlich geringeren Wasserbedarf der Pflanzen sowie einer Verbesserung ihrer Fotosyntheseleistung und ihrer Widerstandsfähigkeit.

Unterm Strich lässt sich also festhalten, dass die Theorie einer

Klimakatastrophe durch industrielles Kohlendioxid ein ebenso an den Haaren herbeigezogenes Hirngespinst ist, wie zuvor das Waldsterben und das Ozonloch.

Aber wie verhält es sich mit der angeblich ansteigenden globalen Durchschnittstemperatur? Findet tatsächlich ein Klimawandel statt und wenn ja, wodurch wird er ausgelöst, wenn schon nicht durch industrielles Kohlendioxid? Diese Frage ist eindeutig zu beantworten, ein Klimawandel findet in der Tat statt. Dieser Klimawandel begann mit der Entstehung der Erde vor etwa 4,6 Milliarden Jahren und wird so lange anhalten, wie die Erde existiert, ohne dass es dazu menschlicher Einflüsse bedürfte. Anders als die Ökobewegung den steuerzahlenden Bürgern einreden will, ist Klima nichts Statisches, sondern lediglich die Summe aller Wetterereignisse in einer bestimmten Zeitspanne und einer bestimmten Region. Das Klima ist kein fixer, messbarer physikalischer Wert, sondern lediglich eine angenäherte Hilfsgröße, die sich ständig verändert. Setzt man also voraus, dass der Begriff Klima lediglich ein Richtwert ist, dann kann man von einem kontinuierlichen, sich über die gesamte Erdgeschichte erstreckenden Klimawandel sprechen, der sich in erster Linie durch einen ständigen Wechsel von Warm- und Eiszeiten ausdrückt, was zum Beispiel am Grad der kontinentalen Vereisung festzustellen ist. Wie jedes Schulkind weiß, war Europa in der Erdgeschichte zum Beispiel schon mehrmals von Eismassen bedeckt, deren Spuren in einigen Gegenden bis heute deutlich erkennbar sind. Schon seit etwa 50 Millionen Jahren befindet sich die Erde in einem langfristigen Eiszeitalter, dem Quartär, innerhalb dessen seit etwa 11 600 Jahren relativ warme Temperaturen herrschen. Diese interglaziale Warmphase nennt man erdgeschichtlich das Holozän. Würde man sich am erdgeschichtlichen Mittel orientieren, dann wäre die Temperatur heute also noch immer relativ zu kalt, bei gegenwärtig wieder steigender Tendenz. Selbst wenn man den Blick auf die zurückliegenden 2000 Jahre begrenzt, herrschen in Europa derzeit eher kühle Temperaturen. Im Vergleich zu heute gilt etwa die

warme Epoche zwischen 100 v.Chr. und 500 n.Chr. als das Klimaoptimum der Römerzeit, auf welches das kühlere Klimapessimum der Völkerwanderungszeit folgte. Im Anschluss daran stiegen die Temperaturen erneut an, sodass man von der Epoche zwischen 950 und 1450 als dem Klimaoptimum des Mittelalters spricht. Die damals deutlich wärmeren Temperaturen ermöglichten nicht nur die Besiedlung Grönlands (altnordisch für »Grünland«), sondern auch den Weinanbau in Ostpreußen, Pommern und Südschottland sowie den Getreideanbau in Norwegen bis fast zum Polarkreis. Damals war selbst die Wüste Namib bewohnt, was heute aufgrund ihrer extremen Trockenheit nicht möglich ist. Anschließend an das mittelalterliche Klimaoptimum begann im 15. Jahrhundert die »Kleine Eiszeit«, die sich bis 1850 erstreckte und zum Verschwinden der Wikingersiedlung in Grönland führte. Seit 1850 steigen die Durchschnittstemperaturen wieder an. Und genau mit diesen seit 1850 wieder steigenden Temperaturen versucht die UNO im Gleichklang mit der Ökobewegung seit zwei Jahrzehnten eine drohende Klimakatastrophe zu begründen, was beim einen oder anderen Individuum vielleicht mit der Unkenntnis grundlegendster klimageschichtlicher Zusammenhänge entschuldigt werden kann, im großen Rahmen aber nichts weiter ist als ein vorsätzlicher Betrug, dem eine erhebliche kriminelle Energie zugrunde liegt. Übrigens scheint es tatsächlich eine Korrelation zwischen der irdischen Durchschnittstemperatur und dem atmosphärischen Kohlendioxidgehalt zu geben. Allerdings beeinflusst nicht das atmosphärische Kohlendioxid die irdische Durchschnittstemperatur, wie von der Ökobewegung behauptet, sondern umgekehrt: Die Meere setzen bei höherer Temperatur mehr Kohlendioxid frei, sodass im Schnitt etwa 800 Jahren nach einem Anstieg der Temperatur auch ansteigende Kohlendioxidwerte festzustellen sind. Wie aus Eiskernbohrungen in der Antarktis hergeleitet werden kann, steigt erst die Temperatur und anschließend mit einem Abstand von etwa 500 bis 1500 Jahren das atmosphärische Kohlendioxid. Der

Diplomchemiker Heinz Hug kommentiert diese Tatsache sehr treffend: » *Vielfach ist im Verlauf der Erdgeschichte erst die Temperatur angestiegen und dann das CO2. Den Effekt kennt jede Hausfrau. Wie warmes Selterwasser stärker sprudelt als kaltes, geben die Weltmeere auch mehr CO2 an die Atmosphäre ab, wenn die Sonneneinstrahlung die Meere stärker aufheizt. Dies geschieht, wenn über einen längeren Zeitraum (Jahrzehnte oder Jahrhunderte) die Co2-unabhängige Wolkendichte geringer ist. Offensichtlich scheint sich das Klima nicht allzu sehr für Treibhausgase zu interessierenI«*[31]

Was bleibt da noch von der Behauptung, dass die extremen Wetterereignisse der vergangenen Jahre — man denke an die Orkane *Vivian, Wiebke, Lothar* oder *Kyrill* — auf die globale Erwärmung zurückzuführen seien? Antwort: gar nichts! Der Wetterdienst *donnerwetter.de* führte hierzu eine Untersuchung durch, die zu folgendem Ergebnis kam: *»Vor allem die These über die Zunahme der Stürme an Zahl und Lntensität wurde nach* Kyrill *wieder einmal in allen Medien verbreitet. Tatsächlich ist die Anzahl der Stürme und Orkane historisch gesehen in den vergangenen Jahren sehr niedrig. Während um 1550 pro Jahr 40 Orkane beobachtet wurden, sank die Zahl im 18. Jahrhundert auf 20 ab. Im 19. und 20. Jahrhundert pendelte die Zahl zwischen zehn und 20. In den vergangenen Jahren war es recht ruhig. Besonders nach 1995 nahm die Zahl der Orkane deutlich ab. Die Behauptung ist falschI«*[32]

Und was ist mit den Gletschern, die, wie die Ökobewegung behauptet, angeblich weltweit abschmelzen? Zwar ist es eine unbestrittene Tatsache, dass sich die Gletscher seit dem Beginn des Holozäns vor 11 600 Jahren weltweit zurückziehen, jedoch treten auch hier kurzfristige Schwankungen auf, sodass man bei Betrachtung einer nur kurzen Zeitspanne von wenigen Jahrzehnten keinesfalls von einer globalen Gletscherschmelze sprechen kann. In den Alpen haben sich die Gletscher in jüngster Vergangenheit zum Teil deutlich zurückgezogen, während sie, abhängig vom lokalen Niederschlag, in anderen Weltgegenden wie in Skandinavien oder Neuseeland sogar anwachsen. Auch in Mittel-

grönland und am Südpol wächst die Eisbedeckung. Ob das Eis am Nordpol schmilzt, ist, zumindest was den Meeresspiegel betrifft, völlig unerheblich. Warum dies so ist, wird im *Nairobi-Report v. 4.0* leicht nachvollziehbar erklärt: *»Immer wieder wird, von politisierenden Klimawissenschaftlern unwidersprochen, von Politik und Medien die Mär verbreitet, dass mit dem drohenden Abschmelzen des arktischen Meereises (Der Norpol bald eisfrei!) der Meerespiegel um mehrere Meter steigen würde und ganze riesige Küstenregionen in Europa und anderswo von Überflutung bedroht seien. Simple physikalische Tatsache aber ist: Selbst wenn das ganze arktische Meereis schmelzen würde, der Meerespiegel würde eher sinken aber nicht steigen. Warum? Das Meereis der Arktis (deshalb auch der Name Meereis) schwimmt auf dem Wasser, verdrängt also bereits mit seinem Volumen die entsprechende Wassermenge. Das ist auch als archimedisches Auftriebsprinzip bekannt und Stoff der gymnasialen Oberstufe in unseren Schulen. Wasser hat bei 4 °C seine größte Dichte; schmilzt das Eis, wird es also wärmer als 0 °C, dann würde das Wasser sich auf 1, 2 vielleicht 3 Grad erwärmen, also dichter werden und weniger Volumen beanspruchen. Folge: Der Eiskörper würde kleiner, die Menge verdrängten Wassers ebenfalls, und das Wasser würde dichter und damit weniger Volumen beanspruchen. Der Meeresspiegel könnte sogar sinken. Man kann das leicht — vielleicht am Kamin — mit einem schönen Glas Whisky mit Eiswürfeln überprüfen. Die schlechte Nachricht ist trotzdem: Ja, der Meeresspiegel steigt. Und zwar seit dem Ende der letzten Eiszeit, lag er doch vor knapp 10000 Jahren ca. 120 Meter unter dem jetzigen. Und dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. «*[33]

Nachdem nun die letzten Zweifel daran beseitigt sein dürften, dass die Kohlendioxidemissionen der westlichen Industriegesellschaft keinen Einfluss auf die Klimaentwicklung haben und schon gar keine Katastrophe bewirken, bleibt die Frage zu beantworten, welcher Faktor denn nun für den seit Urzeiten stattfindenden Klimawandel verantwortlich ist. Antwort: Es ist die Sonne! Den genauen Zusammenhang erklärt der Chemiker Heinz Hug in

seinem sehr unterhaltsam geschriebenen Buch *Die Angsttrompeter,* das jedem Leser hiermit wärmstens empfohlen sei, wie folgt: *»Die kosmische Strahlung kommt aus den Tiefen des Weltalls und besteht zu 90 Prozent aus Wasserstoffkernen (positiv geladene Protonen), die in der irdischen Atmosphäre als Kondensationskerne für Wasserdampfwirken. Je höher die Aktivität der Sonne (Sonnenflecken) ist, desto stärker wird ihr Magnetfeld und desto weniger Protonen dringen in unser Planetensystem und erreichen letztlich die irdische Atmosphäre. Aus diesem Grund bilden sich bei hoher Sonnenaktivität weniger Wolken. Die Ozeane über dem Äquatorgürtel (die Wettermaschine!) werden stärker aufgeheizt, und wir erleben eine Warmzeit. Inzwischen werden die Beweise für die solare Steuerung des Klimas immer erdrückender. Im November 2003 findet man in den* Physical Review Letters *einen Bericht über die Sonnenaktivität. Demzufolge war die Sonnenaktivität seit dem Jahr 850 noch nie so hoch wie im Zeitraum nach 1940. Anderen Messungen zufolge hat sich das Magnetfeld der Sonne in den vergangenen 100 Jahren verdoppelt. Und tatsächlich spiegelt der Magnetfluss an der Sonnenoberfläche, der die auf den Globus einwirkende kosmische Strahlung steuert, seit 1700 exakt den irdischen Temperaturverlauf wider. (...) Auch die Abkühlungsphase um 1970, die man der Industriegesellschaft mit ihren Staubemissionen anlastete, wurde vom kosmischen Strahlungsfluss verursacht. Was aber besonders wichtig ist: Noch nie seit 1700 war das solare Magnetfeld so stark wie gegenwärtig. Deshalb brauchen wir uns über die heißen Sommer und milden Winter der zurückliegenden Jahre nicht zu wundern. «*[34]

Was soll das?

»Es ist sicher, dass dieser Umweltaktionismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.«[35]
Vaclav Klaus, tschechischer Präsident, Februar 2007

Zwangsläufig stellt sich in Anbetracht der aufgezählten Fakten die Frage, wie es sein kann, dass so simpel zu widerlegende Lügen wie das »Waldsterben«, das »Ozonloch« oder die »Klimakastrophe« im öffentlichen Bewusstsein derartig aufgebauscht werden, dass sie über Jahrzehnte hinweg bestimmend für die Weltpolitik werden. Anhand der offensichtlichen Systematik und Penetranz, mit der diese Themen auf der Agenda gehalten werden, liegt der Verdacht nahe, dass der Wähler und Steuerzahler damit systematisch in die Irre geführt und vorsätzlich betrogen werden soll. Jedoch stellt sich die Frage, wer einen Nutzen davon hat und welcher Zweck damit verfolgt wird. Auch ist zunächst nicht nachvollziehbar, wieso die Massenmedien bei diesen Themen scheinbar im Gleichklang sprechen, ohne dass sich nennenswerter Widerstand aus Kreisen der Wissenschaft und Industrie regen würde. Gibt es denn keine verantwortungsbewussten Wissenschaftler mehr, die sich der Wahrheit verpflichtet fühlen und der emotionalen Agitation der Ökobewegung eine sachliche Aufklärung entgegenhalten? Doch, die gibt es sogar reichlich. Anders als die Vertreter der Ökobewegung behaupten, steht eine Mehrheit von Wissenschaftlern den ökologistischen Schreckgespenstern, mit denen seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung manipuliert wird, nicht nur skeptisch, sondern eindeutig ablehnend gegenüber. Das trifft jedoch auf die Situation in den Redaktionen der großen Zeitungen und Rundfunksender nicht zu. Offensichtlich ist es keine Maxime der deutschen Massenmedien, das Volk

objektiv zu informieren. Anders ist es nicht erklärbar, weshalb die Vertreter jener Mehrheit ökoskeptischer Wissenschaftler öffentlich kaum zu Wort kommen. Während die Deutschen seit Jahrzehnten mit grünen Propagandamythen wie dem »sauren Regen«, den »ozonschädlichen« FCKW oder dem »Klimakiller« Kohlendioxid indoktriniert werden, dürfte sicherlich nur ein verschwindend geringer Anteil der Deutschen je etwas vom »Heidelberger Appell« gehört haben, der von mehr als 4000 Wissenschaftlern, darunter 72 Nobelpreisträgern, unterzeichnet wurde. Diese Experten wollten mit diesem Appell gegen das Aufkommen einer irrationalen ökologistischen Ideologie protestierten, die auf *»pseudowissenschaftlichen Argumenten, auf falschen oder unrelevanten Daten beruht«,* die *»die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hemmt«* und *»dem wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt entgegenwirkt«.* Ebenso unbekannt ist die »Oregon-Deklaration«, in der 19 000 amerikanische Wissenschaftler die US-Regierung dazu aufforderten, sich nicht dem Kyoto-Protokoll und ähnlichen Abkommen zu unterwerfen mit der Begründung, dass der sogenannte Klimaschutz sich negativ auf die Umwelt auswirke, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt behindere und die Gesundheit sowie den Lebensstandard der Menschheit schädige. Jene Wissenschaftler, die nicht bereit sind, sich der politisch korrekten Einheitsmeinung einer drohenden Klimakatastrophe anzuschließen, werden nicht nur von den Massenmedien totgeschwiegen, sondern sie erleben bisweilen sogar eine regelrechte Verfolgung, etwa dadurch, dass ihre Finanzierung plötzlich versiegt, ihre Arbeiten lächerlich gemacht oder sie als Handlanger der Erdöllobby oder der Industrie diffamiert werden. Ein Kommentator des einflussreichen *Boston Globe* ging noch weiter und schrieb: *»Ich möchte sagen, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem es unmöglich ist, die globale Erwärmung zu leugnen. Leugner der Erwärmung sollten mit Leugnern des Holocausts auf eine Stufe gestellt werden, jene leugnen die Vergangenheit, diese leugnen die Zukunft.«*[36] Die amerikanische Wettermoderatorin

Heidi Cullen forderte gar ein Berufsverbot für alle Meteorologen, die es wagen, den gegenwärtig propagierten Treibhauseffekt in Frage zu stellen.[37]

Aber auch ganz ohne die Anwendung derartiger Sanktionen hatten klimaskeptische Wissenschaftler noch nie nennenswerten Einfluss auf die Lageberichte der UNO, die seit dem Beginn der großen Klimahysterie regelmäßig veröffentlicht werden. Der ehemalige Präsident der *U. S. National Academy of Science,* Frederick Seitz, beschrieb die Art und Weise, wie diese Berichte Zustandekommen, als die größte Korruptionsmasche, die er je erlebt habe. Wie man sich diese Masche vorstellen muss, schildert Keith Shine, ein Mitherausgeber dieser Berichte: *»Zunächst fertigten die Wissenschaftler einen Entwurf an. Dieser wurde im Anschluss daran von Politikern so lange redigiert, bis das gewünschte Ergebnis herauskam. «* Halten wir also fest: Die weltweite Kampagne zum Klimaschutz ist ganz offensichtlich nicht das Gebot ökologischer Notwendigkeit, sondern ein rein politischer Feldzug mit einer rein politischen Absicht, der mit wissenschaftlich längst widerlegten Behauptungen geführt wird! Hierbei ist besonders bemerkenswert, dass der verstorbene US-Klimatologe Roger Revelle, auf den sich die wichtigsten Protagonisten der Klimahysterie, besonders der gescheiterte US-Präsidentschaftskandidat Al Gore, gerne berufen und der als einer der Ersten einen Zusammenhang zwischen der Globaltemperatur und dem atmosphärischem Kohlendioxid konstruiert hat, kurz vor seinem Tod im Jahr 1991 eine Publikation verfasste, in der er zu folgendem ernüchternden Schluss kam: *»Die wissenschaftliche Basis des Treibhauseffekts ist viel zu unsicher, um zum gegenwärtigen Zeitpunkt drastische Maßnahmen zu rechtfertigen.«*[39] Diese Erkenntnis seines eigenen Mentors hält Al Gore jedoch bis zum heutigen Tag nicht davon ab, unter anderem mit einem eigens produzierten Film eine massive Kampagne zur internationalen Durchsetzung der Klimaschutz-Agenda zu betreiben, die ihm, gemeinsam mit dem IPCC, inzwischen sogar den Friedensnobelpreis eingebracht hat. Bleibt anzumer-

ken, dass Gores preisgekrönter Film an britischen Schulen per Gerichtsentscheid nicht mehr uneingeschränkt gezeigt werden darf, da es sich dabei nicht um eine objektive Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse handelt, sondern um ein einseitiges politisches Werk. Lehrer, die den Film dennoch zeigen und es versäumen, auf die zahlreichen darin enthaltenen Unwahrheiten hinzuweisen, machen sich somit der politischen Indoktrination schuldig, die nach britischem Recht an Schulen zu Recht verboten ist.[40] Die andere Hälfte von Gores Nobelpreis ging an das IPCC, das 1988 von der UNO gegründet wurde und seither die offizielle Aufgabe hat, *»die Risiken der Globalen Erwärmung zu beurteilen und Vermeidungsstrategien zusammenzutragen«.* Dieses Gremium produziert jene regelmäßigen Veröffentlichungen der UNO, *IPCC Assessment Reports* genannt, die laut Aussage von Keith Shine offenbar keine wissenschaftlichen Lageberichte darstellen, sondern vielmehr den Charakter politischer Handlungsanweisungen für die Unterzeichnerstaaten der internationalen Klimarahmenkonvention tragen. Auch der tschechische Präsident Vaclav Klaus ist der Ansicht, dass das IPCC kein wissenschaftliches Gremium ist, sondern eine rein politische Institution, *»eine Art Nicht-Regierungs-Organisation mit grünem Charakter. Es ist kein Forum von neutralen Wissenschaftlern oder eine ausgewogene Gruppe von Wissenschaftlern. Seine Mitglieder sind politisierte Wissenschaftler, die sich mit einseitiger Meinung und mit einseitigem Auftrag dort einfinden. «*[41]

Eine solche politische Handlungsanweisung stellte insbesondere die Kurzfassung für Entscheidungsträger dar, die vom IPCC im Vorfeld des Vierten Sachstandsberichts herausgegeben wurde und mit der man versuchte, die angebliche Bedrohung möglichst akut und dringlich erscheinen zu lassen. In krassem Widerspruch zu den wissenschaftlich gesicherten Fakten lautete die Quintessenz dieser Zusammenfassung, dass unvermeidlich eine Klimakatastrophe drohe, wenn die C02-Produktion nicht erheblich eingeschränkt werde. In ewiger Litanei beschwören UNO und

Umweltbewegung immer wieder eine Erderwärmung um bis zu 6°C und eine Häufung extremer Wetterereignisse. Sturmfluten würden zunehmen, es sei mit massivem Wassermangel und dadurch verursachten Ernteeinbußen und Hungerkatastrophen sowie mit einer erhöhten Waldbrandgefahr zu rechnen. Niedrig gelegene Länder würden durch den ansteigenden Meeresspiegel verschwinden - und so weiter, und so fort. Bis zum Jahre 2100, so heißt es weiter, seien weite Teile der Erde, insbesondere in der Dritten Welt, glattweg unbewohnbar. Und schuld daran sei einzig und allein die kapitalistische westliche Industriegesellschaft, die aufgrund ihres luxuriösen Lebenswandels nicht nur die Ressourcen der Erde verschwenderisch ausbeute, sondern aus reiner Raffgier und Bequemlichkeit die armen Entwicklungsländer ins klimakatastrophale Verderben stürze. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass auch das Bundesumweltministerium, finanziert vom deutschen Steuerzahler, dieselbe Irreführung der Öffentlichkeit betreibt: *»Durch die rapide Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre wird die Strahlungsbilanz verändert und der (...) Treibhauseffekt verstärkt. (...) So muss damit gerechnet werden, dass bedingt durch die Erwärmung der Erdoberfläche der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 um zehn bis 90 Zentimeter ansteigen wird. Dies wird die Überflutung ganzer Inselstaaten und zahlreicher tiefgelegener Küstenregionen zur Folge haben. Insbesondere in den warmen äquatorialen Klimazonen wird es durch Veränderung der Niederschlags- und Verdunstungsverhältnisse wahrscheinlich zu einer zunehmenden Austrocknung und Degradation der Böden sowie zu einem spürbaren Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und Artenvielfalt kommen. Davon werden vor allem Entwicklungsländer betroffen sein, die ohnehin schon größte Schwierigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung haben. Mit der Klimaerwärmung werden ferner Tropenkrankheiten in bisher nicht betroffene Gebiete vordringen können. Nicht zuletzt wird von den Klimaexperten eine Häufung extremer Wetterverhältnisse wie Wirbelstürme und Dürreperioden vorhergesagt. Die politische*

Verantwortung: Treibhausgasemissionen müssen weltweit möglichst rasch und nachhaltig reduziert werden.

Im Bezug zu der horrenden Gesamtsumme, die der Treibhauswahnsinn den Steuerzahler bisher schon gekostet hat und zukünftig auch weiterhin kosten wird, fallen die paar Milliarden Euro, die trotz enormer Haushaltsdefizite und riesiger Staatsverschuldung bisher in die »Klimaforschung« und die internationale Klimabürokratie fehlinvestiert wurden, kaum ins Gewicht. Der wirklich verheerende Schaden für den einzelnen Bürger und die Prosperität der gesamten westlichen Welt entsteht erst durch die politischen Konsequenzen dieser »Klimaforschung«, wenn es darum geht, jene *»nachhaltige Reduzierung«* der *» Treibhausgasemissionen«* zu erreichen, für die sich das Bundesumweltministerium *»politisch verantwortlich«* fühlt. Denn wie inzwischen allgemein bekannt ist, soll diese Reduzierung dadurch erreicht werden, dass in den reichen westlichen Industriestaaten, die ja angeblich für den Treibhauseffekt verantwortlich seien, die Energiepreise durch willkürliche Steuererhöhungen und planwirtschaftliche Maßnahmen immer weiter verteuert werden, was der Öffentlichkeit als »Anreiz« zum Energiesparen verkauft wird. Verehrter Leser, lassen Sie sich nicht täuschen: Was von den verantwortlichen Politikern verharmlosend als das »Setzen von Anreizen« bezeichnet wird, ist de facto nichts weiter als reine Nötigung in Tateinheit mit vorsätzlichem Betrug, dem Sie zum Opfer fallen. Diese »Sparanreize« sind nichts anderes als willkürliche Schikanen! Dazu zählen Energieeinsparverordnungen, Fahrverbote, die immer weitere Verteuerung der Energie- und Mobilitätskosten durch Ökoabgaben, Stromsteuern, Mineralölsteuern und Feinstaubsteuern sowie durch das preistreibende und marktfeindliche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Und ebenso die 2005 europaweit erfolgte Einführung des besonders heimtückischen »Emissionsrechtehandels«, der einen direkten planwirtschaftlichen Eingriff in das zuvor freie marktwirtschaftliche Unternehmertum darstellt, was an späterer Stelle noch ausführlich behandelt wird. Die direkte

Folge dieser »ambitionierten Klimaschutzpolitik« sind beständig steigende Kosten für Strom, Kraftstoff und Heizöl, ohne dass ein Ende der Verteuerung absehbar wäre. Ganz im Gegenteil, in Brüssel und Berlin überbietet man sich gegenseitig mit stets neuen Vorstößen zu immer weiter reichenden »Sparanreizen«, die entweder direkt jeden einzelnen Steuerzahler treffen oder von den produzierenden Unternehmen zwangsläufig an die Endkunden weitergegeben werden müssen, was sich in Form von allgemein steigenden Verbraucherpreisen nicht nur für Energie, sondern für alle Bedarfsgüter, zu deren Erzeugung oder Vermarktung Energie nötig ist, bemerkbar macht. Vor diesem Hintergrund kündigte beispielsweise der Chef des Energiekonzerns E.ON, Wulf Bernotat, im Oktober 2007 weitere Preiserhöhungen an und verwies auf die Mitschuld des Staates am steigenden Strompreis, der zu 41 Prozent aus staatlichen Lasten besteht: *»Man sollte den Menschen immer die ganze Wahrheit sagen. «*[43] Nach Aussage des früheren Bundeswirtschaftsministers Werner Müller wird der Klimaschutz die deutsche Volkswirtschaft bis zum Jahr 2020 etwa 250 Milliarden Euro kosten, jedoch erscheint diese Zahl weit untertrieben. Realistisch betrachtet muss man von einem Vielfachen ausgehen. In Kenntnis der bereits dargestellten wissenschaftlichen Fakten zum »Treibhauseffekt« wird bereits klar, dass diese Kosten unnötig sind. So richtig absurd wird es jedoch, wenn man bedenkt, dass selbst im Fall einer korrekten Treibhaushypothese mit all diesen Einsparmaßnahmen der theoretische Temperaturanstieg rechnerisch nur um einen winzigen Bruchteil abgebremst werden könnte. *»Würden alle Industrienationen CO2 gemäß Kyoto reduzieren«,* schrieb Dipl.-Ing. Peter Dietze, *»so würden nach Tom Wigley (IPCC) 0,07 °C bis 2050 erreicht. Real wären es kaum 0,02 °C und nach der COP7 (Vertragsstaatenkonferenz 2001 in Marrakesch) sowie dem Ausstieg der USA nicht einmal 0,01 °C. Klimaschutz hat also nur symbolischen Wert und wird als Groteske in die Annalen eingehen. «*[44]

Wie man sieht, kann man es drehen und wenden, wie man

will, einen effektiven Nutzen hat der »Klimaschutz« in keinem Fall, seine Konsequenzen für die Volkswirtschaft sind jedoch schlichtweg verheerend. Eine Studie der Universität Zürich setzte sich mit den zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen des »Klimaschutzes« auseinander und kam zu dem wenig überraschenden Schluss, dass die Gefahr konjunktureller Einbrüche umso weiter steigt, je mehr Kaufkraft den Bürgern mit Ökosteuern und Umweltabgaben entzogen wird. Die Folge wäre ein übermäßiges Wachstum der Geldmenge mit einer entsprechend hohen Geldentwertungs-, das heißt Inflationsrate.[45] Darüber hinaus muss man wahrlich kein Wirtschaftsexperte sein, um erkennen zu können, dass sich die gegenwärtig betriebene »Klimaschutzpolitik« auch als schwerwiegender Wettbewerbsnachteil für den Industriestandort Deutschland erweisen wird. Doch es kommt noch schlimmer, denn der »Klimaschutz« ist nicht die einzige ökobürokratische Belastung, unter der die deutsche Industrie zu leiden hat. Kaum weniger katastrophal wirkt sich etwa die im Jahre 2007 in Kraft getretene REACH-Verordnung der EU aus. Hierzu schrieb Heinz Hug schon im Jahr 2004: »*Zum Zeitpunkt, in dem die vorliegende Auflage geschrieben wurde, sieht es so aus, dass jeder mittelständische Betrieb, der auf dem flachen Lande eine Dispersionsfarbe aus toxikologisch untersuchten Einzelkomponenten zusammenmischt, nach dem REACH-Konzept die Mischung erneut toxikologisch prüfen lassen muss. Selbst Kabelhersteller der Elektroindustrie mit ihren Kunststoffisoliermaterialien wären betroffen. Da nach Angaben der EU-Kommission jeweils zwischen 85000 (>Basisbeschreibung<) und 575 000 Euro (>langfristige Prüfungen<) fällig werden, kann ein mittelständischer Betrieb an seine finanziellen Grenzen geraten! (...) Nach einer eingehenden Untersuchung der Consulting-Firma Arthur D. Little von 2002 kostet das REACH-Konzept im deutschen Industriesektor mindestens 150 000 Arbeitsplätze und 1,4 Prozent der Wertschöpfung. Sollte die Prüfung die Offenlegung von Betriebsgeheimnissen und anderen sensiblen Daten erforderlich machen, rechnet das Consulting-Unternehmen mit ei-*

nem Verlust von bis zu 2350 000 Arbeitsplätzen und 20,2 Prozent der Wertschöpfung.«[46] Ergänzend hierzu berichtet der Umweltjournalist und Buchautor Edgar L. Gärtner: *»Schon gegen Ende der 90er-)ahre gab es in Deutschland auf Bundesebene nach Angaben der Bundestagsenquete >Schutz des Menschen und der Umwelt< etwa 2000 Gesetze, knapp 3000 Rechtsverordnungen und nicht weniger als 85 000 Einzelvorschriften allein für den Umweltschutz, die keiner formellen Gesetzesfolgenabschätzung unterzogen wurden.* «[46a] Somit wird verständlich, warum energieintensive Produktionsbetriebe und von Umweltauflagen besonders betroffene Industriebranchen zwangsläufig ins Ausland abwandern müssen, wenn sie weiterhin im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen bestehen wollen. Schließlich unterliegen Staaten wie China, Indien und Russland keinen internationalen Verpflichtungen zur Kohlendioxidreduktion. Welche Auswirkungen dies auf die Arbeitslosenzahlen in Deutschland haben wird, liegt auf der Hand. Zu Recht nannte der US-Physiker John W. Brosnahan daher die Besteuerung von Kohlendioxidemissionen eine katastrophale ökonomische Dummheit.[47] Noch deutlicher wurde der kanadische Umweltminister John Baird, der sagte, dass die Einhaltung der Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls für Kanada einen wirtschaftlichen Kollaps bedeuten würde.[48] Was für Kanada gilt, trifft auch auf alle anderen marktwirtschaftlich organisierten Staaten der westlichen Welt zu, das heißt, würde man die Konzepte der Ökobewegung und die Vorgaben der internationalen Klimaschutzagenda wie geplant umsetzen, dann wäre ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenbruch der gesamten westlichen Welt unvermeidbar. All jene Politiker, die vor dem Hintergrund der aufgezählten Fakten weiterhin an der gegenwärtigen Klimaschutzpolitik festhalten und dies nicht mit schlichter Dummheit entschuldigen können, setzen sich zwangsläufig dem Verdacht aus, in Wahrheit nicht den Schutz der Umwelt, sondern vielmehr die vorsätzliche Sabotage der westlichen Marktwirtschaft im Sinn zu haben. Letztlich haben jedoch nicht nur die

westlichen Industriegesellschaften unter dem ökologistischen Irrsinn zu leiden. In dem Wahn, »erneuerbare Energien« zu fördern, setzt die ökobewegte Politik auch darauf, den Anteil von Biokraftstoffen in Diesel- und Benzinfahrzeugen von zunächst drei Prozent auf mindestens zehn Prozent zwangsweise zu erhöhen, was zunächst nicht nur teurer und aus kraftfahrzeugtechnischer Sicht reichlich fragwürdig ist, sondern zudem verheerende Folgen für das Nahrungsmittelangebot auf dem Weltmarkt hat. Denn durch den verstärkten Anbau von Pflanzen, die zur Biokraftstofferzeugung verwendet werden, stehen weniger landwirtschaftliche Anbauflächen für die Lebensmittelproduktion zur Verfügung, was zu einem verringerten Nahrungsmittelangebot und damit zu einer Verteuerung von Lebensmitteln führt, wovon im Zeitalter der Globalisierung und des Freihandels in erster Linie die ärmsten Bevölkerungsschichten in Staaten der Dritten Welt betroffen sind. Aus diesem Grund stiegen in Mexiko die Preise für das Grundnahrungsmittel Mais schon so stark, dass es bereits zu Unruhen kam. Fakt ist also, dass nicht nur die westlichen Steuerzahler, sondern auch die Völker der Dritten Welt unter den Konsequenzen einer von weltfremden Ökomanen diktierten völlig irrationalen Politik zu leiden haben, die international nicht nur die Energiepreise, sondern auch die Lebensmittelpreise willkürlich in die Höhe treibt. Derselbe ökobewegte Personenkreis, der diese Entwicklung zu verantworten hat, behauptet übrigens allen Ernstes, der Fleischkonsum in den westlichen Staaten sei nicht nur ein Auslöser des Treibhauseffekts, da Rinder bei der Verdauung angeblich zu viel Methan produzierten, sondern mit einer Reduzierung des westlichen Fleischkonsums ließe sich auch das Problem des Hungers in der Dritten Welt lösen, denn bei einem geringeren Fleischkonsum würde weniger Getreide als Viehfutter »verschwendet« und könnte dann - ganz solidarisch - mit der Dritten Welt geteilt werden. In diesem Sinne behauptete der frühere grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin, die Lebensmittel in deutschen Supermärkten seien - so

wörtlich- *»unzulässig billig«* und müssten daher durch die willkürliche Besteuerung der konventionellen Agrarwirtschaft künstlich verteuert werden. Dies würde dann dazu führen, dass der deutsche Bürger - bei höheren Preisen — weniger Fleisch und Fisch und stattdessen mehr Obst und Gemüse essen würde.[49] Gemäß grüner Planung ist die deutsche Landwirtschaft nicht mehr so zu gestalten, dass sie wie früher eine reichhaltige Versorgung mit günstigen Lebensmitteln sicherstellt, stattdessen soll der deutsche Bauer, nach Ansicht von Jürgen Trittin, vom Staat dafür bezahlt werden, *»Kulturlandschaften zu erhalten«, »Hecken anzupflanzen«* oder sich im Freizeitbereich zu engagieren und Outdoor-Sportarten als neue Erwerbsquellen zu entwickeln.[50] So viel Sinn für Bevormundung, Verknappung, Mangelverwaltung und Umverteilung, wie ihn die Protagonisten der grünen Ökobewegung an den Tag legen, war man historisch bisher nur von den roten Kommunisten im Ostblock gewohnt. Ohnehin zeigen sich auffallend viele Übereinstimmungen zwischen der früheren kommunistischen Bewegung, die in den Jahren 1989 bis 1991 so plötzlich und spurlos von der Weltbühne verschwand, und der Ökobewegung, die unmittelbar darauf, im Jahre 1992, ihre erste internationale Gipfelkonferenz feiern konnte, den sogenannten Erdgipfel in Rio de Janeiro, auf dem der Grundstein der weltweiten Klimaschutzpolitik gelegt wurde. Diese Übereinstimmungen brachte der amerikanischen Ökonom George Reisman treffend auf den Punkt: *»Die Roten behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat >Ausbeutung<, >Monopole< und Depressionen wäre. Die Grünen behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat die Zerstörung der Ozonschicht, saurer Regen und die globale Erwärmung wäre*,«[51] Die Lösung dieser Probleme, so behaupten Rote wie Grüne, sei jeweils eine internationale Bürokratie, die dem Individuum die Eigenverantwortung und die Freiheit abnimmt — was natürlich nur zu seinem Nutzen geschehe. Bei näherer Betrachtung sind nicht nur die jeweilige Methodik, die Zielsetzung und

das Feindbild sehr ähnlich - schließlich geht es in beiden Fällen gegen die kapitalistische westliche Industriegesellschaft selbst die Personen sind häufig dieselben, wie man nicht nur am grünen Spitzenpolitiker Jürgen Trittin sehen kann, der früher Mitglied im Kommunistischen Bund (KB) war, sondern auch am letzten Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, der direkt nach der Wende zum Umweltschützer mutierte, maßgeblich am Zustandekommen des Erdgipfels von 1992 beteiligt war und seither hinter den Kulissen versucht, die Weltpolitik auf grünen statt wie zuvor auf roten Kurs zu bringen. Farben sind austauschbar, die Inhalte jedoch sind dieselben. Und damit wären wir endlich bei der Beantwortung der zu Beginn dieses Kapitels gestellten Frage angelangt, nämlich, welchem Zweck die Ökomanie der vergangenen Jahrzehnte dient und wer einen Nutzen aus ihr zieht: Die neue grüne Bewegung ist in Wahrheit die alte rote Bewegung, die mit neuen Lügen versucht, ihr altes Ziel zu verwirklichen und ein weltweites sozialistisches System zu errichten, unter dem Diktat einer zur Weltregierung ausgebauten UNO. In diesem Bestreben ist der Schutz der Umwelt nicht der Zweck, sondern lediglich das Mittel.

Teil B:

Als die Roten grün wurden — Der kommunistische Hintergrund der Ökobewegung

Die ideologische Identität der Ökobewegung

»Die Umweltkatastrophe ist eine — vielleicht sogar die langfristig gefährlichste — Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse ... Wenn das so ist, so wird die Frage des Umweltschutzes zur Frage nach der Ablösung des kapitalistischen Systems, nach Beseitigung der privaten Verfügungsmacht über den Einsatz der produktiven Faktoren, nach einer humanen Zielsetzung der gesamten gesellschaftlichen Produktion, nach einem menschlicheren Verwertungszusammenhang von Wirtschaft und Technik. «[52]
Professor Dr. Gerhard Kade, Stasi-Agent und »Wirtschaftswissenschaftler«, 1972

»Die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen kann unter anderem nur mit einem tiefgreifenden ökologischen Umbau der Gesellschaft erreicht werden. Ökosozialismus ist ein möglicher Begriff.f«[53]
Peter Schott, Koordinierungsrat Umweltpolitik der SED/PDS, 1992

Eine erste Art der Umweltbewegung, damals noch als Heimatschutzbewegung bezeichnet, hatte es in Deutschland bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben. Diese war spontan entstanden. Sie wurzelte in der Romantik, der Lebensreformbewegung und der Anthroposophie und verebbte in den folgenden Jahrzehnten nach und nach, ohne dass sie eine einheitliche politische

Ausrichtung und folglich auch einen nennenswerten politischen Einfluss gehabt hätte. Kennzeichnend für diese erste Heimatschutzbewegung war, dass sie den Schutz der Umwelt und der Gesundheit als legitimen Selbstzweck verfolgte. Damit steht die Heimatschutzbewegung in krassem Gegensatz zu der zweiten Art von Umweltbewegung, die in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts aufkam und die den Schutz der Umwelt nicht als Zweck betrieb, sondern vielmehr als Mittel zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Diese neue Ökobewegung entstand im direkten Gefolge der Studentenrevolte von 1968 und war daher von Beginn an einheitlich politisch links orientiert. Auf der marxistischen Dogmatik der 68er-Bewegung aufbauend, lautete ihr Grundsatz, dass nicht nur der Arbeiter, sondern auch die Natur von der kapitalistischen Wirtschaftsweise ausgebeutet und bedroht werde. Ein Schutz der Umwelt sei folglich nur durch einen grundsätzlichen antikapitalistischen Umbau der westlichen Industriegesellschaft möglich.

Will man die Tragweite dieser gesellschaftlichen Erscheinung und die mit ihr verbundenen Forderungen richtig einordnen, dann muss man berücksichtigen, dass weder die Studentenrevolte noch die aus ihr hervorgegangene Ökobewegung spontan entstanden sind. Wie an anderer Stelle bereits ausführlich dargelegt wurde, war die 68er-Bewegung ein ausschließliches Produkt der psychologischen Kriegsführung des kommunistischen Ostblocks gegen die westliche Welt. Nachdem Nikita Chruschtschow 1956 mit dem Stalinismus gebrochen hatte, begann das sowjetische Politbüro mit der Umsetzung einer neuen Langzeitstrategie, die über Jahrzehnte hinweg schließlich zur Errichtung einer kommunistischen Weltregierung führen sollte. (Siehe hierzu das Buch *Weltoktober- Wer plant die sozialistische Weltregierung?* vom selben Autor.) Ein Aspekt dieser Strategie war die vorsätzliche gesellschaftliche Zersetzung der westlichen Staaten, beginnend in den 1960er-Jahren mit der marxistischen Aufhetzung der Jugend, die durch kommunistische Einflussagenten sichergestellt wurde, die

zuvor bereits in Schlüsselpositionen insbesondere in den Hochschulen etabliert waren. Diesen Agenten, die hauptsächlich im Umfeld der sogenannten Frankfurter Schule platziert waren, gelang in den 1960er-Jahren die Auslösung der Studentenrevolte, aus der heraus sich in den 1970er-Jahren neben dem linken Terrorismus, dem Feminismus, der Friedensbewegung, der Kirchenreformbewegung und den K-Gruppen auch die moderne Ökobewegung entwickelt hat. All diese Bewegungen stimmen in ihrer durchgängig marxistischen Grundhaltung überein, weshalb häufig inhaltliche und personelle Überschneidungen zu beobachten sind. Gemeinsam ist diesen Erscheinungen auch der anhaltende Einfluss durch kommunistische Parteien und osteuropäische Agenten, der ebenso beim Terror der RAF nachzuweisen ist wie in der Friedensbewegung und eben auch, wie nachfolgend aufgezeigt wird, in der Ökobewegung.

Tatsächlich wurde der Umweltschutz vom sowjetischen Politbüro bereits 1956 als geeigneter Vorwand für die revolutionäre Umgestaltung der westlichen Staaten und für den Aufbau einer sozialistischen Weltregierung erkannt. Bestätigt wird dies von keinem Geringeren als dem sowjetischen Politbüro-Mitglied und Ökokommunismus-Ideologen Iwan T. Frolow. Dieser schrieb in der für kommunistische Funktionäre typischen, äußerst verklausulierten Wortwahl unter der Überschrift »Sozialphilosophische Erfassung des globalen Ökologieproblems« einen sehr aufschlussreichen Artikel, der in einem Buch erschienen ist, das 1989 ausgerechnet vom »Erfinder« des Ozonlochs, Paul J.Crutzen, herausgegeben wurde. Darin wird zunächst erklärt, dass der Stalinismus die ideologische Konzeption des Marxismus entstellt habe. Frolow schreibt: *»Deshalb bestand seit dem XX. Parteitageier KPdSU (1956) eine Aufgabe auch darin, die klassischen Auffassungen wiederherzustellen, wozu auch die Ökologieproblematik gehört.«*[54] Das bedeutet, dass die sowjetische Strategie nach der Abkehr vom Stalinismus nun wieder auf klassisch marxistisch-leninistischen Kurs gebracht wurde, und zwar unter ausdrücklicher Einbezie-

hung der Ökologie. Weiter heißt es: *»Bereits in jenem Zeitabschnitt erschien eine Reihe von Veröffentlichungen, in denen das Problem des wechselseitigen Zusammenhangs und Zusammenwirkens von Mensch und Natur neu interpretiert wurde. Seit Mitte der 50er-Jahre entwickelte sich ungeachtet verschiedener sozialer Bedingungen und politischer Einstellungen eine intensive Beschäftigung mit dem Ökologieproblem, angewandt auf die Existenzbedingungen einer höherentwickelten Zivilisation.* «[55] Im Klartext bedeutet dies, dass sich die KPdSU in den 1950er-Jahren, das heißt zu Beginn der damals neuen sowjetischen Langzeitstrategie, intensiv damit beschäftigte, wie sich das Thema Ökologie für den Aufbau einer *»höherentwickelten Zivilisation«,* also nach marxistischem Verständnis einer sozialistischen Gesellschaft, instrumentalisieren ließ, und zwar ungeachtet der sozialen und politischen Ausgangslage, also nicht nur im Ostblock, sondern weltweit. Anschließend verweist Frolow auf einen nicht näher definierten *»gesellschaftlichen Widerhall«* und auf *»spürbare praktische Effekte«,* die die Diskussion der Ökologiethematik in den 1970er-Jahren gehabt habe, und weist daraufhin, dass die Bedeutung der Ökologie für den Aufbau des Kommunismus selbst vielen Kommunisten bis in die 1980er-Jahre nicht klar wurde: *»Schon die Fragestellung nach einer Priorität der Okologieprobleme wurde von den dogmatisch denkenden Vertretern der marxistischen Weltanschauung in der ganzen Welt als >Ablenkung< von den wichtigsten sozialen Problemen des Klassenkampfes abgetan. Gegenwärtig mag es ideal erscheinen, aber die Verteidigung der selbstständigen Bedeutung einer marxistischen Konzeption und die Gemeinschaftsarbeit von Philosophen* (Philosophen = kommunistische Ideologen, Anm. d. Autors) *mit Naturforschern (...) förderten in der UdSSR eine Veränderung der dogmatischen Bewusstseinsstereotypen. Verengte Betrachtungsweisen, die die Einstellung des Menschen zur Natur auf einen reinen Technokratismus, bar jeder umfassenden sozialen und humanistischen Weltsicht, reduzierten, hatten allerhand Schaden angerichtet. Bedauerlicherweise sind solche Betrachtungsweisen bis auf den heutigen Tag noch*

nicht endgültig überwunden, und somit ist die Erfassung des Ökologieproblems unter den neuen Bedingungen sich schöpferisch entwickelnder marxistischer Positionen von großer Bedeutung.«[56]

Unter *»den neuen Bedingungen sich schöpferisch entwickelnder marxistischer Positionen«* versteht Frolow nichts anderes als Gorbatschows Perestroika, die keinesfalls das Ende des Kommunismus brachte, wie gegenwärtig so oft geglaubt wird, sondern die im Gegenteil erst den Aufbau des Weltkommunismus ermöglichen wird.

Wie sich das Moskauer Politbüro den Aufbau des Weltkommunismus unter Verwendung der Ökologie im Einzelnen vorstellte, wird anhand der Veröffentlichungen des sowjetischen Kernphysikers Andrei Sacharow deutlich. Sacharow gilt als Konstrukteur der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe, wofür ihm 1954 der Stalinpreis und drei Mal der Titel »Held der sozialistischen Arbeit« verliehen wurde. Später nahm er, nach Aussage des KGB-Überläufers Anatoliy Golitsyn, im Verlauf der sowjetischen Langzeitstrategie die Rolle eines antistalinistischen Scheindissidenten ein, das heißt, er setzte sich mit seinen Veröffentlichungen scheinbar in Opposition zum sowjetischen Regime, dem er aber in Wahrheit weiterhin treu verbunden blieb. Er ermöglichte mit dieser Inszenierung, das Image des Kommunismus öffentlichkeitswirksam aufzubessern, das heißt weg vom Stalinismus hin zu einem attraktiven »reformierten Sozialismus«. (Siehe hierzu auch *Weltoktober,* S. 73 ff.) In dieser Funktion als scheinbarer Regimekritiker veröffentlichte er eine Reihe von Forderungen, die in Wahrheit exakt die Zielsetzungen der 1956 neu entwickelten sowjetischen Langzeitstrategie wiedergeben, und wies in einer 1968 erschienenen Schrift sogar wörtlich daraufhin, dass eine *»Wiederaufrichtung des Stalinismus«* in der Sowjetunion *»ein furchtbarer Schlag gegen die Anziehungskraft der kommunistischen Idee in der ganzen Welt«* wäre.[57] Damit sprach er offen aus, dass die neue sowjetische Strategie mit ihrer sorgfältig inszenierten Abkehr vom Stalinismus, wie erstmals in den 1950er-Jahren unter Chruscht-

schow und wiederholt in den 1980er-Jahren unter Gorbatschow, keine tatsächliche Abkehr vom Ziel der Weltrevolution darstellte, sondern im Gegenteil den weltweiten Sieg des Kommunismus befördern sollte. Hierzu schrieb Sacharow: *»Die Zukunft des Sozialismus hängt heute davon ab, ob es gelingen wird, ihn anziehend zu machen, ob sich die moralische Anziehungskraft der Idee des Sozialismus und der Arbeitsintensivierung als Gegengewicht gegen das egoistische Prinzip des Privatbesitzes und der Kapitalvergrößerung behaupten kann als ein entscheidender Faktor bei der ethischen Bewertung des Kapitalismus und des Sozialismus, ob die Menschen im Zusammenhang mit Sozialismus nicht in erster Linie an eine Beschränkung der geistigen Freiheit oder, schlimmer noch, an faschismusähnliche Kultregime denken werden. «*[58]

Insbesondere der Umwelt- und der Klimaschutz sollten als Argumente für die weltweite Einführung einer sozialistischen Gesellschaft herhalten und dieser ein attraktives Erscheinungsbild verleihen. Explizit begründete Sacharow seine Forderungen bereits im Jahr 1968 (!), das heißt lange bevor diese Themen im politischen Alltag des Westens auftauchten, auch mit einem angeblich anthropogenen und kohlendioxidinduzierten Treibhauseffekt: » *Wir leben in einer sich rasch verändernden Welt. Die industrielle und hydrotechnische Entwicklung, Abholzung, Nutzbarmachung von Neuland, Anwendung giftiger Chemikalien — all dies ändert auf elementare und unkontrollierte Weise das Gesicht der Welt, unseren Lebensbereich. Die wissenschaftliche Erforschung aller Wechselbeziehungen in der Natur sowie der Folgen unserer Einmischung bleibt hinter dem Tempo der Veränderungen zurück. Große Mengen von schädlichen Industrie- und Transportabfällen werden in die Luft und ins Wasser geschüttet, darunter krebserzeugende Substanzen. Wird nicht die Gefahrengrenze einmal überall überschritten werden, wie es bereits an einigen Stellen geschehen ist? Kohlensäuregas aus Kohleverbrennung verändert die hitzereflektierenden Eigenschaften der Atmosphäre. Früher oder später wird das bedrohliche Ausmaße annehmen. Aber wir wissen nicht, wann. In der*

Landwirtschaft verwendete giftige Chemikalien dringen direkt und in Form von veränderten, noch gefährlicheren Stoffen in Menschen- und Tierkörper ein und verursachen große Schäden an Gehirn, Nervensystem und blutbildenden Organen wie Leber usw. Auch hierbei kann die Sicherheitsgrenze leicht überschritten werden. Aber noch ist dieses Problem nicht erforscht, und es ist sehr schwer, alle diese Vorgänge zu überwachen. Die Verwendung von Antibiotika in der Geflügelzucht fördert die Entwicklung neuer krankheitserregender Mikroben, die gegen Antibiotika resistent sind. Ich könnte noch das Problem der Beseitigung von Reinigungsmitteln und radioaktivem Abfall, der Erosion und Versalzung des Bodens, der Wiesenüberschwemmung und der Abholzung von Wäldern auf Berghängen und Wäldern, die wasserschützende Bedeutung haben, erwähnen, von der Vernichtung von Vögeln und solchen nützlichen Tieren wie Kröten und Fröschen sowie von vielen anderen Beispielen sinnloser Verheerungen sprechen, die durch örtliche, zeitbedingte amtliche und egoistische Interessen und manchmal sogar durch bürokratische Prestigefragen hervorgerufen werden (...). Die Probleme der Geohygiene sind sehr schwierig und vielfältig, sie sind eng verflochten mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Ihre Lösung auf nationalem oder gar lokalem Wege ist daher unmöglich. Die Rettung unseres Lebensbereiches fordert nachdrücklich, dass wir die Uneinigkeit überwinden und dem Druck zeitgebundener und lokaler Interessen widerstehen. Sonst wird die Sowjetunion mit ihren Abfällen die Vereinigten Staaten vergiften und umgekehrt. Heute ist das noch eine Übertreibung, bei dem Anwachsen der Abfälle um zehn Prozent jährlich wird aber die allgemeine Zunahme in 100 Jahren 20000 Mal größer sein.«[59] Verehrter Leser, wie Sie sehen, könnte dieses Zitat zwei oder drei Jahrzehnte später ohne Weiteres auch dem Parteiprogramm der Grünen entnommen sein, denn es entspricht exakt der grünen Programmatik und Phraseologie.

Selten wird so schön belegt, dass die Wurzeln der modernen Ökobewegung in Moskau gründen. Die laut dem sowjetischen Strategieprogramm proklamierte Bedrohung durch eine Klima-

katastrophe könne, so Sacharow, nur durch eine internationale Zusammenarbeit zu sozialistischen Bedingungen verhindert werden: *»Nur weltumfassende Zusammenarbeit unter der Bedingung geistiger Freiheit, hoher moralischer Ideale von Sozialismus und Arbeit und die Beseitigung von Dogmatismus und Druck, ausgeübt von den versteckten Interessen der herrschenden Klassen, entspricht den Interessen der Wahrung der Zivilisation. Millionen in der ganzen Welt streben danach, die Armut zu beseitigen (...), sie glauben an einen Fortschritt durch die Anwendung der von der ganzen Menschheit gesammelten positiven Erfahrungen im Rahmen sozialer Gerechtigkeit und geistiger Freiheit.«*[60] Studiert man Sacharows Forderungen weiter, dann erkennt man, dass diese seit Beginn der 1990er-Jahre unter dem Vorwand des Klimaschutzes tatsächlich weltweit realisiert werden: *»Nach gründlicher wissenschaftlicher Beratung muss ein Gesetz über Geohygiene herausgegeben werden, das in der Folge mit den Bemühungen der ganzen Welt auf diesem Gebiet zusammenfließen muss.«*[61] Unschwer erkennt man hinter dieser Forderung die seit 1987 in Kraft getretenen internationalen Verträge zum Klimaschutz, wie das im Jahre 1987 verabschiedete Montreal-Abkommen, die 1992 verabschiedete Klimarahmenkonvention sowie das 1997 unterzeichnete Kyoto-Protokoll. Auch die seither betriebene Umerziehung der westlichen Völker durch eine jahrelange ökobewegte Propaganda ist offenbar Teil der sowjetischen Langzeitstrategie. Hierzu führt Sacharow aus: *»Die psychologische Einstellung der amerikanischen Bürger muss so verändert werden, dass sie freiwillig und uneigennützig, allein für hohe und entfernte Ziele, zur Erhaltung von Zivilisation und Humanität auf unserem Planeten, ihre Regierung und die weltweiten Bestrebungen zur Änderung der Wirtschaftslage, der Technik und des Lebensstandards von Millionen unterstützen. Dies würde natürlich eine deutliche Verringerung des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung der USA bedeuten. Ähnliche Änderungen der Volkspsyche und der praktischen Regierungstätigkeit müssen in der UdSSR und in anderen entwickelten Ländern erreicht werden. Nach Meinung*

des Verfassers muss in den entwickelten Ländern für die Dauer von etwa 15 Jahren eine Steuer eingeführt werden, die 20 Prozent ihres Nationaleinkommens entspricht.«[62] Eine derartige Steuer, wenn auch noch nicht in der angegebenen Höhe, existiert bereits. In Deutschland wurde sie 1999 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt und heißt seither »Ökosteuer«.

Nach dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West würde der Prozess der internationalen Zusammenarbeit, laut Sacharow, schließlich zu einer *»sozialistischen Konvergenz«* und zu einer *»Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur, (...) zur Schaffung einer Weltregierung und zum Ausgleich nationaler Widersprüche«* führen.[63] Doch mit dem Verlust der nationalen Souveränität ist die ökologisch getarnte Revolution noch nicht an ihrem Ziel, dazu bedarf es erst noch der Verstaatlichung des zuvor privaten Unternehmertums: *»Eine solche Verschmelzung setzt nicht nur weitgehende soziale Reformen in kapitalistischen Ländern voraus, sondern auch eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse, mit der Erweiterung des staatlichen und kooperativen Besitzes und gleichzeitiger Wahrung der Grundzüge der Eigentumsstruktur bei Produktionsmitteln in sozialistischen Ländern. Unsere Verbündeten auf diesem Wege sind nicht nur die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenzschicht, die an einer friedlichen Koexistenz und an sozialem Fortschritt, am demokratischen, friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus interessiert sind, wie sich dies in den Programmen der KPs verschiedener Länder spiegelt, sondern auch der reformistische Teil der Bourgeoisie. «*[64] Als Beispiele für diesen *»reformistischen Teil der Bourgeoisie«* gibt Sacharow Personen wie Cyrus Eaton, Franklin D. Roosevelt und besonders John F. Kennedy an. Heute würde er zweifellos Bill und Hillary Clinton, Al Gore und andere ökobewegte Vertreter der westlichen Politik dazuzählen. Interessant ist, und das sei an dieser Stelle nur nebenbei erwähnt, welche Alternative Sacharow zu diesem *»friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus«* andeutet: den *»Atomkrieg« als »Bedrohung des Fortbestehens der Zivilisation«*![65] Ein Schelm, wer

Böses dabei denkt und dahinter gar eine versteckte militärische Drohung vermutet.

Kehren wir nun zurück zu Gorbatschows oberstem Öko-Kommunismus-Ideologen Iwan Frolow. Dieser lieferte in seinem 1989 veröffentlichen Aufsatz eine erneute Bestätigung dafür, dass die Ökologie als Vorwand für die Errichtung einer Weltregierung verwendet wird: *»Wir gehen davon aus, dass die Menschheit eine einheitliche globale Strategie der weltweiten Entwicklung erarbeiten und in die Tat umsetzen kann, ja muss. Ihre Verwirklichung setzt die Lösung von zwei existenziellen Problemen voraus, nämlich die Sicherung des Friedens und den Erhalt der Natur, die in einer engen Wechselbeziehung zueinander stehen. Und in diesem Sinne bildet das ökologische Denken einen Bestandteil der allgemeinen Tendenz, zu einer >Globalisierung des Denkens< zu kommen, bei der die Realitäten in einem weltweiten Zusammenhang interpretiert werden und die Beziehungen >Gesellschaft — Natur< einen besonderen Stellenwert einnehmen.«*[66] Seiner Meinung nach gehöre es zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft, für die Entwicklung eines neuen Sozialismus-Bildes ökologische und humanistische Herangehensweisen zusammenzuführen, das heißt den Umweltschutz mit der sozialen Frage zu verbinden.[67] Bei diesem Prozess, und jetzt wird es interessant, nimmt, so Frolow, *»die marxistisch-leninistische Philosophie (...) traditionell die integrativen Funktionen wahr, indem sie das Zusammenwirken von Wissenschaften bei der Lösung von komplexen Problemen organisiert und lenkt, dem die prognostische Idee von Marx zugrunde liegt, die Idee der einheitlichen Wissenschaft von Mensch und Natur. Dabei kommt es besonders auf die Entwicklung einer globalen Abstimmung und Zusammenarbeit bei der Lösung der Ökologieprobleme an. Hier hat die Wissenschaft in der Sowjetunion einiges geleistet. Davon zeugen unter anderem die jahrelange Tätigkeit der Sektion für globale Probleme des wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften und die Gründung der internationalen Bewegung der Wissenschaftler >Ökoforum für den Frieden'. «*[68] Was sich hier unscheinbar anhören

mag, gibt tatsächlich die Antwort auf die Frage, wie es sein kann, dass sich naturwissenschaftlich unhaltbare Theorien wie das Ozonloch oder der Treibhauseffekt weltweit etablieren konnten. Wenn da nämlich von einer *»globalen Abstimmung und Zusammenarbeit«* die Rede ist, für die *»die Wissenschaft in der Sowjetunion einiges geleistet«* habe, dann gibt dies einen klaren Hinweis darauf, dass ökologistische Hypothesen wie das Ozonloch oder der Treibhauseffekt nach dem bekannten Muster sowjetischer Desinformationskampagnen ursprünglich in der Sowjetunion entwickelt, über kommunistische Netzwerke international verbreitet und zum nicht hinterfragbaren Dogma erhoben wurden. Um darüber hinaus verstehen zu können, was sich hinter der Phrase vom Marxismus-Leninismus verbirgt, der traditionell *»integrative Funktionen«* wahrnehme, indem er *»das Zusammenwirken von Wissenschaften bei der Lösung komplexer Probleme«* organisiere und lenke, dem eine *»prognostische Idee von Marx«* zugrunde liege, ist es unvermeidbar, sich zunächst mit dem grundsätzlichen marxistischen Verständnis von Wissenschaft und insbesondere mit dem Konzept der »gesellschaftsrelevanten« oder »kritischen« Wissenschaft vertraut zu machen.

Was ist »gesellschaftsrelevante Wissenschaft«?

»Es gibt seit Marx keine überhaupt mögliche Wahrheitsforschung und keinen Realismus der Entscheidung mehr, der die subjektiven und objektiven Hoffnungsinhalte der Welt wird umgehen können; es sei denn bei Strafe der Trivialität oder der Sackgasse. «
Ernst Bloch, kommunistischer »Philosoph«

Die objektive Wissenschaft nach westlicher Tradition, die der wertfreien Erforschung der Realität und dem Verständnis der Natur dient, gilt im kommunistischen Verständnis als »bürgerliche Abweichung«. In völligem Gegensatz zur objektiven Wissen-

schaft dient die marxistische, »kritische« oder »gesellschaftsrelevante« Wissenschaft nicht dem Erkenntnisgewinn, sondern lediglich und ausschließlich der Anpassung wissenschaftlicher Sichtweisen, Methoden und Theorien an die marxistisch-leninistische Dogmatik. Eine wissenschaftliche Theorie wird also nicht an der objektiven Realität überprüft und im Fall einer Falsifikation als unzutreffend verworfen, sondern eine wissenschaftliche Theorie wird ausschließlich an den Zielsetzungen des Marxismus-Leninismus ausgerichtet, bei gleichzeitiger Ignoranz des objektiven Sachverhalts. Folglich spielt es keine Rolle, ob eine Hypothese objektiv richtig oder falsch ist, solange sie nur dem revolutionären Umbau der Gesellschaft dient und den Sozialismus fördert, das heißt solange sie »gesellschaftsrelevant« ist. Ein marxistischer Wissenschaftler ist daher in erster Linie nicht ein Wissenschaftler, sondern er ist primär ein Marxist, der wissenschaftliche Theorien so lange fälscht und zurechtbastelt, bis sie ins kommunistische Konzept passen. Mit anderen Worten, er ist nichts weiter als ein professioneller Lügner, der die Aufgabe hat, altbekannte marxistische Lügen mit einer neuen wissenschaftlich anmutenden Tarnung zu versehen, was natürlich eine erhebliche naturwissenschaftliche Expertise erfordert, die im Erfolgsfall, wie der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov berichtet, auch regelmäßig mit der Verleihung hochdotierter internationaler Preise belohnt wird. Besonders treffend bestätigte der stellvertretende tschechoslowakische Verteidigungsminister General Cenek Hruska diesen Sachverhalt bereits im Februar des Jahres 1952, als er das Folgende ausführte: *»Es ist notwendig, dass der Marxismus-Leninismus jeden Zweig der Wissenschaft durchdringt. (...) Unser Kampf gilt auch der bewusst irreführenden reaktionären These vom >apolitischen< Charakter der Wissenschaft und ihrer >überparteilichen< Stellung (...), mit dem wissenschaftlichen Objektivismus ist endgültig Schluss zu machen.«*[70]

Das bekannteste und gleichzeitig älteste Beispiel von »gesellschaftsrelevanter Wissenschaft« dürfte zweifellos die »kritische

Theorie« der Frankfurter Schule sein, und vor diesem Hintergrund ist es keineswegs Zufall, dass die Verbreitung der »kritischen Theorie« keinerlei wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn mit sich brachte, sondern lediglich die langsame Zersetzung und den Zerfall aller von ihr infizierten Wissenschaftszweige bewirkte. Zunächst hatten sich die Vertreter der »kritischen Theorie« in den 1960er-Jahren noch darauf beschränkt, hauptsächlich die Geistes- und Sozialwissenschaften marxistisch zu infizieren und zu zersetzen, was in direkter Folge zur Entstehung der Studentenrevolte von 1968 führte. Doch spätestens im Verlauf der 1970er-Jahre wurden auch die Naturwissenschaften von der 68er-Bewegung als »gesellschaftsrelevant« erkannt, massenhaft unterwandert und mit marxistischen Lügen durchsetzt, die schließlich zum ideologischen Fundament der damals entstehenden linken Ökobewegung wurden. Insbesondere in der Begründung der Anti-Atomkraft-Bewegung spielten »gesellschaftsrelevante« Wissenschaftler eine herausragende Rolle. Der Physikprofessor und überzeugte Kommunist Jens Scheer, der in den 1960er-Jahren in der Studentenbewegung aktiv war und anschließend der KPD/ML beitrat, beschreibt die Ausgangslage, die ihn als Revolutionär zu seinem Engagement in der Anti-Kernkraft-Bewegung motivierte, wie folgt: *»Gegen Ende des Jahrzehnts war ich immer unzufrieden mit unserer sogenannten wertfreien Grundlagenforschung, dagegen trat die Forderung nach gesellschaftlicher Relevanz. Immer weniger hielt ich es aus, in der >Freizeit< mich in revolutionären Zusammenhängen zu bewegen und im Job so total abgehobene Dinge zu treiben. Wenn wenigstens ein bisschen gesellschaftlicher Nutzen zu erkennen wäre!... Dabei waren wir völlig hilflos, was die angesagte Kritik an den eigenen Fachinhalten anging. Wir fanden an unserer Physik absolut nichts zu kritisieren, außer vielleicht — auch das erst später und ganz langsam — die mangelnde gesellschaftliche Relevanz.«*[1] Erst die Anti-AKW-Kampagne der 1970er-Jahre gab ihm, genau wie zahlreichen seiner Gesinnungsgenossen, die Möglichkeit, seine revolutionären Ambitionen mit seiner beruflichen Tätigkeit zu

verbinden und mit seiner Autorität als Physikprofessor der Anti-AKW-Bewegung zum Erfolg zu verhelfen, was ihm im Jahre 1975 eine vorübergehende Suspendierung vom Dienst einbrachte. Ein weiterer Physiker und Kernkraftgegner, der oftmals als Gutachter für die Ökobewegung aktiv war, verwendete für die Beschreibung der »kritischen Wissenschaft« die folgenden, sehr verklausulierten und politisch korrekten Phrasen, die klar erkennen lassen, dass der Mann mit der marxististischen Ausdrucksweise bestens vertraut ist: *»Die Entwicklung der kritischen Wissenschaft liegt in einer Zeit erwachenden ökologischen Bewusstseins, in der klar wurde, dass wissenschaftlicher Fortschritt nicht nur positive Aspekte aufweist, sondern auch erhebliche ökologische wie soziale Probleme verursachen kann. Sie ist quasi das dialektische* (sic!) *Produkt der etablierten Wissenschaft und deren Umgang mit ihrer gesellschaftlichen Rolle. Die kritische Wissenschaft versucht also, wissenschaftliche und technische Entwicklungen und Prozesse nicht außerhalb des gesellschaftlichen Kontextes zu betrachten, sondern im Gegenteil Probleme in einen möglichst großen Zusammenhang zu stellen. Dazu gehört, dass die kritische Wissenschaft einen verabsolutierten Wahrheitsanspruch generell ablehnt* (sic!). *Aus persönlicher Sicht sind folgende Punkte zu nennen, die Antrieb waren bzw. sind, sich in die Reihe kritischer Wissenschaftlerinnen zu stellen:*

- *Die Einsicht, dass Wissenschaft nicht wertfrei neben Politik und Gesellschaft steht, sondern Teil davon ist. (...)*
- *Die Erkenntnis, dass Wissenschaft vor allem bei der Durchsetzung von Großprojekten als Herrschaftsinstrument missbraucht wird, indem Forschungsergebnisse oder Gutachten als nicht hinterfragbare Wahrheiten dargestellt und so Einwände von Betroffenen vom Tisch gefegt werden.«*[72]

Diese Zitate zeigen deutlich, dass die »kritische Wissenschaft« und ihre Verteter mit objektiver Wahrheitssuche und Wahrhaftigkeit nicht das Geringste zu tun haben und diese auch nicht anstreben, es geht lediglich um die politische und gesellschaftliche Relevanz. Mit dem Aufkommen der »kritischen Wissen-

schaft« in den 1960er-Jahren wurde auch in der westlichen Forschung die objektive Wahrheitsfindung sukzessive abgeschafft, seither gilt nicht mehr die Unterscheidung zwischen richtig und falsch als höchste Maxime der wissenschaftlichen Diskussion, sondern es gilt der revolutionäre Zweck, und dieser rechtfertigt offenbar auch so gigantische Lügen wie das Waldsterben, das Ozonloch und die Klimakatastrophe. Wenn man verstanden hat, was die Marxisten unter »kritischer« Wissenschaft verstehen, dann wird endlich auch klar, wie die Aussage des sowjetischen Politbüromitglieds Iwan Frolow zu verstehen ist, dass der Marxismus-Leninismus die *»integrativen Funktionen«* wahrnehme, indem er *»das Zusammenwirken von Wissenschaften bei der Lösung«* des Ökologieproblems organisiere, dem die *»prognostische Idee von Marx«* zugrunde liege. Dieser Vertreter des international höchsten kommunistischen Führungsstabs bestätigt damit, dass der seit fast zwei Jahrzehnten international forcierte Umwelt- und Klimaschutz eine kommunistische Lügenkampagne ist, die zur Errichtung des Weltkommunismus führen soll. Die Tatsache, dass vier Jahrzehnte nach der 68er-Revolte alle gewissenhaft arbeitenden Wissenschaftler, die sich der objektiven Wahrheitsfindung anstatt der gesellschaftlichen Revolution verschrieben haben und es daher wagen, an der Klimakatastrophe zu zweifeln, mit dem Ende ihrer Karriere rechnen müssen, offenbart, wie erfolgreich die durch die Institutionen marschierten 68er die Schaltstellen der Gesellschaft unterwandert haben.

Die Entstehung der Ökobewegung

Nach dem Ende des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, der in Deutschland das Rückgrat der 68er-Bewegung gebildet

hatte, begannen die marxistisch aufgehetzten Studenten mit Beginn der 1970er-Jahre den »Marsch durch die Institutionen«, zu dem sie von Rudi Dutschke, in Anlehnung an Antonio Gramsci, aufgefordert worden waren. Viele traten in die etablierten Parteien ein, was insbesondere die politische Positionierung der SPD und der FDP deutlich nach links verlagerte, während sich andere zu einer Reihe kommunistischer Gruppen und Kleinparteien, den sogenannten K-Gruppen, zusammenschlossen oder sich in den gerade entstehenden »neuen sozialen Bewegungen« engagierten, zu denen unter anderem die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und eben auch die Öko- und Anti-Kernkraft-Bewegung zählten.

Genau wie die 68er-Bewegung zuvor schon durch Kommunisten ins Leben gerufen worden war, so erhielten auch die verschiedenen Bewegungen, die zu Beginn der 1970er-Jahre auf die Studentenrevolte gefolgt und aus ihr hervorgegangen waren, ihre spezifische Ideologie weiterhin durch kommunistische Rädelsführer und Einflussagenten. Im Fall der Frauenbewegung waren dies zum Beispiel die amerikanische Kommunistin Betty Friedan und die französische Kommunistin Simone de Beauvoir. Wichtigster und einflussreichster Ideengeber der Ökobewegung wurde der amerikanische Kommunist Murray Bookchin. Bookchin war das Kind russischer Bolschewisten, die nach der gescheiterten Revolution von 1905 nach New York geflohen waren, und trat dort bereits als Kind im Alter von neun Jahren der kommunistischen Jugend bei. Einige Jahre später begann er, vermutlich unter dem direkten Einfluss der New Yorker Hochfinanz auf die lokale kommunistische Bewegung, sich dem Trotzkismus und der Frankfurter Schule zuzuwenden, was sich deutlich in seinen Schriften widerspiegelt, die unverkennbar auf marxistischer Grundlage stehen und anstelle des stalinistischen Klassenkampfs jene weitaus subtilere Form der Revolution zum Inhalt haben, die mit dem ökologischen Teilaspekt der neuen sowjetischen Langzeitstrategie übereinstimmt. In Bookchins 1964 erschienener Schrift *Ökologie*

und revolutionäres Denken, das die Mitbegründerin und langjährige Bundesvorsitzende der Grünen Jutta Ditfurth das *»erste radikalökologische Manifest«* nannte, das man aufgrund seiner inhaltlichen Übereinstimmung mit Marx und Engels aber ebensogut auch das erste ökokommunistische Manifest nennen könnte, schrieb Bookchin: *»Die patriarchalische Familie hat die Saat der Herrschaft in die zentralen Punkte der menschlichen Beziehungen gesät, der klassische Bruch in der antiken Welt zwischen Körper, Geist und Denken — bzw. im Grunde zwischen körperlicher und geistiger Arbeit — hat die Herrschsucht gefördert, und auch die unnatürliche Haltung des Christentums haben zu ihrem Anwachsen beigetragen. Aber erst als sich die organische Beziehung zwischen den Gemeinden — in feudaler oder bäurischer Form — in Marktbeziehungen auflösten, wurde der Planet zu einer Rohstoffquelle reduziert, die man ausbeutete. Diese jahrhundertelang währende Tendenz findet ihre schlimmste Entwicklung im modernen Kapitalismus. Entsprechend der ihr innewohnenden Wettbewerbsnatur stellt die bürgerliche Gesellschaft nicht nur die Menschen einander feindlich gegenüber, sie stellt auch die Masse der Menschheit feindlich der Natur gegenüber. So wie Menschen in Waren verwandelt werden, so wird auch jeder Teil der Natur zur Ware, einer Rohstoffquelle, die man nach Belieben bearbeiten und verkaufen kann. Die liberale Beschönigung, die man für diesen Prozess verwendet, sind >Wachstum<, >Industriegesellschaft< usw. (...) Der Plünderung des menschlichen Verstandes durch den Markt entspricht die Plünderung der Erde durch das Kapital.«*[73] Der kapitalistischen Ausbeutung der Natur, so Bookchin, könne man nur durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft begegnen. Damit lag Bookchin genau auf der Linie von Karl Marx, der bereits im 19. Jahrhundert behauptet hatte, die *»kapitalistische Produktion«* störe *»den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde«* und untergrabe die *»Springquellen allen Reichtums«,* nämlich *»die Erde und den Arbeiter«*[74]. Tatsächlich stellte Bookchin schon in den 1950er- und 1960er-Jahren nahezu alle Kernforderungen der erst ein bis zwei Jahrzehnte

später aufkommenden Ökobewegung auf. Zum Beispiel verfasste er bereits 1953 unter dem Titel *Lebensgefährliche Lebensmittel* ein Pamphlet, in dem er die vermeintlichen Gefahren chemischer Zusatzstoffe in Lebensmitteln exakt in demselben Stil dramatisierte, der seit den 1970er-Jahren kennzeichnend ist für die irrationale Angst der Ökobewegung vor E-Stoffen und Pestizid-Rückständen. Auch die andauernde grüne Panikmache vor allgegenwärtigen Umweltgiften und radioaktiver Strahlung ist schon bei Bookchin zu finden, beispielsweise schrieb er bereits im Jahre 1964: *»Ein näherliegendes Thema der Ökologie ist die starke Verschmutzung der Wasserwege auf der Erde durch den Menschen. Was hier zählt, ist nicht, dass der Mensch einen Bach, Fluss oder See verschmutzt, was er schon seit Jahrhunderten tut, sondern mehr das Ausmaß, das die Wasserverschmutzung in den vergangenen zwei Generationen erreicht hat. Fast alle überirdischen Gewässer der USA sind nun verschmutzt. (...) Tatsächlich sterben die Gewässer der Erde. Starke Verschmutzungen zerstören die Flüsse und Seen in Afrika, Asien, Lateinamerika genauso wie die schon lange missbrauchten Wasserwege der industrialisierten Kontinente. Ich spreche hier nicht nur von der radioaktiven Verschmutzung durch Atombombentests und Kernreaktoren werke, die offenbar die gesamte Flora und Fauna des Meeres betrifft, auch das Ablassen von Öl und Dieselöl in Seen wirft schwere Probleme der Verschmutzung auf und bedroht jährlich große Teile des marinen Lebens. Beispiele dieser Art können für fast jeden Teil der Biosphäre gegeben werden. Seitenweise könnte man über die Verluste an Ackerboden schreiben, die jährlich auf der Erde entstehen; über Fälle von tödlicher Luftverschmutzung in Großstadtgebieten; über die weltweite Verbreitung von Giftstoffen wie radioaktive Isotopen und Blei, über die Chemikalisierung der unmittelbaren Umgebung des Menschen — man kann beinahe sagen, seines Esstisches - mit Pestiziden, Abfällen und Nahrungszusätzen. Fügt man all diese Einzelelemente zu einem Puzzlespiel zusammen, bilden diese Angriffe auf die Umwelt eine Struktur der Zerstörung, die in der bisherigen langen Menschheitsgeschichte auf der Erde ohne*

Beispiel ist.«[75] Besonders interessant ist, was der Kommunist Bookchin schon 1964, und damit sogar noch vier Jahre vor Sacharow, über das Kohlendioxid zu wissen behauptete: *»Heute zerstört menschlicher Raubbau mehr als die Atmosphäre, das Klima, die Wasservorräte, den Boden, die Flora und Fauna eines Gebietes: Er unterbricht tatsächlich alle grundlegenden Kreisläufe der Natur und droht die Stabilität der Umwelt in weltweitem Maßstab zu untergraben. Als Beispiel für die zerstörerische Rolle des modernen Menschen wurde geschätzt, dass das Verbrennen fossiler Brennstoffe (Kohle und Öl) jährlich der Luft 600 Millionen Tonnen Kohlendioxid hinzufügt: 0,03 Prozent der Gesamtmasse in der Atmosphäre — außer, wie ich hinzufügen möchte, einer unberechenbaren Menge von Giften. Seit der industriellen Revolution ist die gesamte atmosphärische Masse von Kohlendioxid um 25 Prozent über die frühere, stabilere Menge gestiegen. Man kann gute theoretische Gründe dafür anführen, dass diese wachsende Decke von Kohlendioxid zu zerstörerischen Sturmgebieten führen wird, indem sie die Wärmestrahlungen der Erde abfängt, was schließlich das Schmelzen des Polareises zur Folge haben wird sowie steigende Seewasserstände und die Überflutung weiter Landgebiete. So weit entfernt so eine Sintflut auch sein mag, ist das sich ändernde Verhältnis von Kohlendioxid zu anderen atmosphärischen Gasen doch eine Warnung vor der Macht, die der Mensch auf das Gleichgewicht der Natur ausüben kann.«*[76]

Wie man sieht, sind die Ausführungen dieses kommunistischen Propagandisten absolut identisch mit der heutigen Klima- und Umweltschutzpropaganda, mit der der westliche Bürger und Steuerzahler inzwischen tagtäglich beschallt wird. In der revolutionären Fantasie Bookchins würde die Zerstörung der Umwelt durch den Kapitalismus schließlich zu einer grünen *»Volksrevolution der Massen«* führen, die den Kapitalismus und den Staat abschaffen würde, woraufhin Kleinkommunen und Nachbarschaftsversammlungen die Verwaltung einer dezentralisierten Gesellschaft übernähmen. Damit machte Murray Bookchin den

Ökokommunismus unter den Studenten der 68er-Bewegung populär und lieferte der entstehenden Umweltbewegung nicht nur ihr ideologisches, das heißt ihr marxistisches Grundgerüst, sondern gab auch detaillierte Lösungen für die angeblichen Gefahren vor, die sich heute ganz selbstverständlich in der Programmatik grüner Parteien wiederfinden. Die moderne Ökobewegung ist somit nichts weiter als das Produkt jahrzehntelanger kommunistischer Agitation und Desinformation.

Die Anti-AKW-Bewegung

Während noch in den 1960er-Jahren die friedliche Nutzung der Atomenergie sowohl in der Bevölkerung als auch unter den Studenten der 68er-Revolte allgemein akzeptiert war und die Kernkraft als eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiequelle für die Zukunft galt, änderte sich diese Haltung zu Beginn der 1970er-Jahre schlagartig. Plötzlich wurde der Kampf gegen die Atomenergie zur revolutionären Pflicht für all jene, die sich wenige Jahre zuvor noch dem Sturz des bundesdeutschen Gesellschaftssystems verschrieben hatten. Und so entstand beinahe über Nacht die Anti-AKW-Bewegung, die erstmals mit den Krawallen gegen das geplante Atomkraftwerk Wyhl und später mit den bürgerkriegsähnlichen Zuständen rund um die Atomanlagen Brokdorf, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf in die Schlagzeilen geriet. Diese Anti-AKW-Bewegung markierte nicht nur den Grundstein für die weitere Entwicklung hin zu der allgemeinen Ökobewegung unserer Tage, sie erfüllte im Konzept der sowjetischen Strategie auch einen ganz besonderen Zweck. Der ehemalige Offizier des Geheimdienstes der Roten Armee (GRU), Viktor Suvorov, erklärt, welchen: *»In der Führung der GRU hat*

man eine erhebliche Abneigung gegen die westlichen Atomkraftwerke, die die Abhängigkeit des Westens von einzuführenden Energieträgern (auch aus der Sowjetunion) reduzieren und den Westen unabhängig machen. Diese Atomkraftwerke gehören zu den Hauptzielen der Speznas (Speznas = Spezialkommandos der Roten Armee, Anm. d. Autors).« Da die künstliche Verknappung der Energieversorgung beim Aufbau des Weltkommunismus eine wichtige Rolle spielt, hatte Moskau natürlich größtes Interesse daran, die westliche Fähigkeit zur Selbstversorgung so weit wie möglich zu untergraben. Da Westeuropa über keine nennenswerten Erdöl- und Erdgasreserven verfügt, könnte eine Selbstversorgung des Kontinents nur durch eine flächendeckende Nutzung der Kernenergie sichergestellt werden. Darüber hinaus verfügt ein Staat mit einer entwickelten atomaren Infrastruktur auch über das Potenzial, innerhalb kurzer Zeit Kernwaffen herzustellen, die wiederum die einzige Möglichkeit für Westeuropa wären, sich im Verteidigungsfall gegen die erdrückende Übermacht der Roten Armee zur Wehr zu setzen. Die einzige Methode, mit der Moskau sowohl seine militärische Offensivstrategie als auch die energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas langfristig aufrechterhalten konnte, war der Aufbau der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung. Daher ist es keineswegs Zufall, dass kommunistische Parteien und Agenten bei ihrer Entstehung so großen Aufwand betrieben und sogar das sowjetische KGB mit sogenannten »aktiven Maßnahmen« unterstützend zur Seite stand. *»Zum Beispiel«, so* berichtete der amerikanische Autor John Barron bereits im Jahre 1974, *»hat das amerikanische Verteidigungsministerium zuverlässig erfahren, dass der KGB ernsthaft mit dem Gedanken gespielt hat, in das Wasser eines* Polaris *-Stützpunktes radioaktive Abfallstoffe zu schütten. Die >Entdeckung< dieser Verseuchung wäre weltweit als Beweis dafür zitiert worden, dass Atom-U-Boote die Umwelt gefährden. Und dieser >Beweis< wäre wiederum bei einem KGB-Propagandafeldzug gegen den Bau der neuen Trident-U-Boote, die in den nächsten Jahren das Rückgrat des westlichen Abschreckungspotenzials*

bilden sollen, verwendet worden. Der KGB hat diese spezielle Operation als technisch undurchfiihrbar aufgegeben. Aber er befasst sich weiter mit anderen Möglichkeiten, militärische und technologische Programme des Westens, die sowjetischen Interessen schaden, durch Ausnützung der Umweltschutzproblematik zu behindern.«[78] Der Schweizer Autor Luc Bürgin berichtete über eine weitere solche Aktivmaßnahme des KGB, die mit der Sabotage des Chemiekonzerns *Sandoz* begann und auf die eine Reihe weiterer Chemiehavarien im November und Dezember 1986 folgte, was zu einer folgenschweren Vergiftung des Rheins führte.[79]

Nach dem klassischen Muster der kommunistischen Volksfront wurde die Anti-AKW-Bewegung von Rädelsführern mehrerer K-Gruppen, vor allem durch KB und KPD, auf den politisch korrekten Kurs gebracht, was insbesondere bedeutete, *»dafür (zu) sorgen, dass diese Bewegung mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen verbunden wird«*[80]. Oder mit anderen Worten ausgedrückt, dass auch die bürgerlichen Mitläufer der Anti-AKW-Bewegung gegen den deutschen Staat aufgehetzt wurden. Diesen K-Gruppen entstammten auch jene »kritischen Wissenschaftler«, die mit ihrem Einfluss dafür sorgten, das Gefahrenpotenzial der deutschen Kernenergie maßlos zu übertreiben und die der Bewegung tatsächlich zugrunde liegenden politischen Absichten zu verbergen. Einen öffentlich sichtbaren Höhepunkt erreichte der kommunistische Einfluss auf die Anti-AKW-Bewegung zweifellos im Januar 1989, als hochrangige Vertreter der KPdSU und der Grünen mit »kritischen Wissenschaftlern« und Kernkraftgegnern ein Atomseminar im Wendland abhielten, an dem unter anderem auch der oberste sowjetische Ökokommunismus-Ideologie Iwan T. Frolow, die ehemalige grüne Bundesvorsitzende Jutta Ditfurth und der »kritische Wissenschaftler« Jens Scheer von der KPD teilnahmen. Mit diesem Aufwand gelang es, die vielen verschiedenen Flügel der Bewegung, zu der auch aufrichtige Naturschützer, irregeführte Christen und ganz normale Bürger zählten, in einer gemeinsamen Aktion zu organisieren. Wie es sich für eine Volksfront

gehört, bestand jedoch der harte Kern der Bewegung stets aus militanten Kommunisten, was von der deutschen Politik in den 1970er- und 1980er-Jahren durchaus verstanden wurde. Zum Beispiel sagte der frühere Ministerpräsident Schleswig-Holsteins Gerhard Stoltenberg (CDU): *»Der harte Kern besteht aus reinen Terroristen, ja sogar Verbrechern.«*[81] Und auch der damalige Chef des bayerischen Landeskriminalamts, Dr. Helmut Trometer, hielt fest, dass *»von den Zielsetzungen der RAF (...) eine klare Linie zum militanten Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage«* in Wackersdorf führt.[82] Dass sich daran bis heute nicht wesentlich viel geändert hat, wenn es nach dem beschlossenen Atomausstieg auch keine so schwerwiegenden Ausschreitungen mehr gibt wie in früheren Jahrzehnten, geht aus einer Broschüre des Bundesinnenministeriums vom April 1999 hervor, in der es heißt: *»Für viele Autonome entwickelte sich in den vergangenen Jahren der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen Atommülltransporte — der Punkt, an dem die Atomwirtschaft am angreifbarsten sei — zu einem wichtigen Aktionsfeld. Unverhohlen geben sie zu erkennen, dass das >Einklinken< in die in ihrer großen Mehrheit nichtextremistische Anti-AKW-Bewegung für sie lediglich ein taktisches Mittel ist, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen näherzukommen: > Uns geht es ... um weitaus mehr, als diesen ... Castor zu verhindern. Der Atomstaat ist lediglich ein Ausdruck der herrschenden Verhältnisse, welche die Atomenergie gegen die Interessen der Menschen hervorgebracht haben. Mit dieser Gesellschaftsordnung, die sich auf Konkurrenz, Macht- und Profitstreben gründet und dabei tagtäglich über Leichen geht, kann es für uns keinen Frieden geben — selbst wenn es eines Tages den Mächtigen gefallen sollte, alle Atomanlagen stillzulegen. ... Der Kampf würde weitergeführt, auf anderen Ebenen, in anderen Zusammenhängen. <«*[83]

Insbesondere nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 bekam die Bewegung großen Zulauf durch viele verunsicherte Bürger, die durch den kommunistischen harten Kern der Bewegung erst so richtig verrückt gemacht wurden. Ein

Beispiel dafür, welche Auswirkungen diese Agitation hatte, ist der Fall der sogenannten »Strahlenmolke«. Wenige Tage nach dem Super-GAU in Tschernobyl war infolge des damals vorherrschenden Ostwinds eine geringe Menge radioaktiven Fallouts über Deutschland niedergegangen, sodass Weide- und Ackerflächen in Süddeutschland minimal kontaminiert waren. Nach einer wochenlangen, stark emotionalisierten und völlig unsachlich geführten Diskussion wurden die Molkereien in den betroffenen Gebieten angewiesen, die Molke von der Milch abzutrennen und nicht in den Handel zu bringen, da sich in ihr Spuren von radioaktivem Cäsium-137 angereichert hatten. So fielen 5000 Tonnen »radioaktiver« Molke an, die auf 242 Eisenbahnwaggons verladen und zunächst ziellos durch die Republik kutschiert wurden, bis sich schließlich ein bewachtes Bundeswehrgelände als Zwischenlager fand. Der Vorschlag, die Molke als Dünger auf den Feldern auszubringen, da ihre Radioaktivität sogar niedriger war als die von handelsüblichem Mineraldünger, war in der aufgepeitschen Atmosphäre politisch nicht durchsetzbar. Erst nach langem Streit wurde schließlich mit 70 Millionen Mark aus den Taschen der deutschen Steuerzahler eine eigene Entgiftungsanlage gebaut, in der das Molkepulver dekontaminiert wurde, um es schließlich an die Schweine zu verfüttern, was man auch von Anfang an sorglos hätte tun können. Jedoch war es der Anti-AKW-Bewegung gelungen, das Vertrauen der Bürger zu den Behörden weit genug zu untergraben, dass diese ihre politische Handlungsfähigkeit verloren und am Ende die Hysterie über die Vernunft siegte. Auch langfristig zahlte sich die Agitation der Anti-Atomkraft-Bewegung aus, denn es gelang ihr, die Kernkraft vor der deutschen Öffentlichkeit entgegen der realen Gegebenheiten als untragbares Risiko darzustellen, was sich seit den 1980er-Jahren auch in den Wahlerfolgen der grünen Partei niederschlägt. Als Folge davon wurde zunächst der Ausbau der Kernenergie verhindert, was konkret bedeutet, dass der Großteil der geplanten deutschen Atomkraftwerke, die eine energiepolitische

Unabhängigkeit Deutschlands bei gleichzeitig niedrigen Stromkosten ermöglicht hätten, niemals gebaut wurde bzw. nach dem Bau nicht in Betrieb ging. Doch damit nicht genug, leider gelang es der Anti-AKW-Bewegung auch, den »Ausstieg aus der Kernkraft« politisch durchzusetzen, was zur Folge hat, dass die 17 sich gegenwärtig in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahre 2021 nach und nach stillgelegt werden müssen. Damit entstand der deutschen Volkswirtschaft und dem deutschen Volk ein kaum absehbarer Schaden, der allein auf das Wirken der kryptokommunistischen Ökobewegung zurückzuführen ist.

Die Gründung der grünen Partei

»Ich bedauere, dass es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins in die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit Dachlatten erledigt. «[84]
Holger Börner, hessischer SPD-Ministerpräsident, über grüne Randalierer an der Startbahn West, 1982

Nachdem im Verlauf der 1970er-Jahre und besonders im »Deutschen Herbst« von 1977 klar wurde, dass sich die bürgerliche Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik mit außerparlamentarischen Aktivitäten allein nicht beseitigen ließ, also weder mit revolutionären Krawallen, Sitzblockaden oder Hausbesetzungen noch durch Terroranschläge und auch nicht durch die politische Agitation der K-Gruppen, schlossen sich die Nachfolgebewegungen der 68er-Revolte im Januar 1980 in Karlsruhe zur neuen Partei »Die Grünen« zusammen. Dort trafen sich Kern-

kraftgegner, Umweltschützer, Feministen/innen, Friedensbewegte, Kirchenreformer und Terrorsympathisanten mit Vertretern sexueller Randgruppen und sogar einigen Konservativen, die sich auf die eine oder andere Art in die neu entstehende Partei verirrt hatten, von der linken Mehrheit aber schon bald wieder hinausgedrängt wurden. Rudi Dutschke, der »Lenin« der 68er-Bewegung, und der aus der DDR rübergemachte SED-Genosse Rudolf Bahro riefen die Mitglieder verschiedener kommunistischer Organisationen dazu auf, aus den K-Gruppen aus- und in die neue grüne Partei einzutreten. Diesem Aufruf entsprechend verließ nicht nur Antje Vollmer das Umfeld der maoistischen KPD/AO, um zu den Grünen zu wechseln, es folgten vom Kommunistischen Bund (KB) unter anderem auch Jürgen Trittin, Rainer Trampert, Jürgen Reents und Thomas Ebermann. Vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) kamen unter anderem Reinhard Bütikofer, Winfried Nachtwei, Krista Sager, Joscha Schmierer, Ralf Fücks, Winfried Kretschmann, Hermann Kuhn, Willfried Maier und Dieter Mützelburg. Auch einige der RAF-Verteidiger wurden Mitglieder der Grünen, wie zum Beispiel Klaus Croissant, Hans-Christian Ströbele und Otto Schily, der später zur SPD wechselte. Selbst einigen Mitglieder der Frankfurter Spontis, die bisher nur durch regelmäßige Prügeleien mit der Polizei aufgefallen waren, stand in der grünen Partei eine steile Karriere bevor, so beispielsweise Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Letzterer wechselte übrigens keineswegs aus umweltbewegter Überzeugung zu der grünen Partei, denn noch 1978 interessierte er sich, nach eigenem Bekunden, nicht für Atomkraftwerke, weil er sich persönlich betroffen fühle, sondern: *»Es ist allein die Einsicht in die Alternativlosigkeit zu diesem Übergang, der mich für die Grünen stimmen lässt.«* Laut der Ökosozialistin und Feministin Jutta Ditfurth wollten die damaligen Parteigründer *»das Thema Ökologie von links besetzen«*[86]. Und sie erklärte: *»Bei den Grünen schienen uns die Voraussetzungen dazu am günstigsten. «*[87]

Das Verhältnis der Grünen zur BRD

Welches Verhältnis die neu gegründete grüne Partei zur freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik hatte und offenbar nach wie vor hat, geht aus den Aussagen ihrer führenden Vertreter eindeutig hervor. Für Ex-Umweltminister Jürgen Trittin, der nach eigenem Bekunden noch nie die deutsche Nationalhymne gesungen hat, auch als Minister nicht, gibt es *»keinen Anlass, die Nachkriegs-BRD zu verklären«,* was er wie folgt begründet: *»Sie war die BRD der Wiederbewaffnung, des Kalten Krieges, der Massenverfolgung von Kommunistinnen, der Berufsverbote, des Deutschen Herbstes.«*[88] Noch deutlicher wurde Jutta Ditfurth, die noch 1991 der Ansicht war, die *»kapitalistische«* Bundesrepublik trage in sich den Kern einer *»faschistischen Gesellschaft«,* der nur mit *»antifaschistischer Arbeit«* begegnet werden könne: *» Wir brauchen alternative, linksradikale, basisdemokratische politische und soziale Milieus, die die Qualität haben, Schutz, Zusammenhalt, Selbstbewusstsein zu stärken, Identität und Widerstandskraft zu wecken, linke Milieus mit Fantasie, Intellekt und solidarischen, emanzipatorischen Strukturen. Wir wollen nicht weniger als die Hegemonie antifaschistischer Werte in der Bundesrepublik.«*[89] Auch vertritt Ditfurth die Ansicht, *»dass ökologische Politik nur als antikapitalistische Politik möglich ist. Da Mensch und Natur eng zusammenhängen, der Mensch auch Teil der Natur ist, müssen auch ökologische und soziale Politik miteinander verbunden sein.«*[90] Dieselbe Jutta Ditfurth brüstete sich übrigens damit, im September 1984 die Sprengkammern in der Frankfurter Friedensbrücke zugemauert zu haben, die im Verteidigungsfall dabei helfen sollten, den Vormarsch sowjetischer Panzerarmeen zu verzögern. Im Ostblock hätte eine vergleichbare Tat das Todesurteil bedeuten können, im friedens- und umweltbewegten Deutschland jedoch befördert sie eine politische Karriere eher, als ihr zu schaden.[91]

Das rote Programm der grünen Partei

Sehr zur Freude des Moskauer Politbüros fanden sich im 1980 beschlossenen Grundsatzprogramm der neuen Partei die Forderungen nach einseitiger Abrüstung und Austritt aus der NATO, nach Stilllegung aller Atomanlagen und nach Legalisierung der Abtreibung sowie nach Anerkennung der DDR — in der die meisten Grünen ohnehin den besseren, weil sozialistischen, deutschen Staat sahen. Diese Haltung änderte sich selbst nach dem Mauerfall nicht, und daher stand der Bundestagswahlkampf der Grünen im Wiedervereinigungsjahr 1990 auch unter dem Motto *»Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Klima.«* Es ging der grünen Partei also von Beginn an nicht darum, eine Politik im Interesse des deutschen Volkes zu betreiben, sondern sie sollte multikulturell, feministisch, antikapitalistisch und öko-sozialistisch sein. Letzterer Punkt wurde im Grundsatzprogramm von 1980 wie folgt festgehalten: *»Sowohlaus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht. Hier genau verbinden sich die Umweltschutz- und Ökologiebewegung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.* Damit lag das grüne Parteiprogramm exakt auf der ideologischen Linie von Murray Bookchin und der seit 1956 geltenden sowjetischen Langzeitstrategie, die unter anderem darauf abzielte, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes gegen das marktwirtschaftliche Privatunternehmertum des Westens vorzugehen.

Doch der Kampf gegen die Marktwirtschaft ist nicht die einzige Übereinstimmung zwischen roter und grüner Ideologie, bei näherer Betrachtung ist der kommunistische Einfluss nahezu in der gesamten grünen Programmatik zu erkennen, von der Agrarpolitik über die Energieversorgung bis zur Verkehrsplanung. So geht beispielsweise die von den Grünen angestrebte

»Agrarwende« mit ihrer Kommunalisierung der Nahrungsmittelproduktion direkt auf Murray Bookchins Forderungen von 1964 zurück.[93] Auch die Ablehnung der Atomkraft, wie von den Grünen vertreten, findet sich bereits bei Bookchin, der 1964 schrieb: *»Natürlich kann man sich nuklearen Brennstoffen zuwenden, aber allein der Gedanke an die tödlichen radioaktiven Rückstände, die irgendwo gelagert werden müssten, wenn Atomreaktoren unsere einzige Energiequelle wären, ist furchtbar genug. Schließlich würde ein Energiesystem, das auf radioaktivem Material beruht, zu einer weitverbreiteten Vergiftung der Umgegend fuhren — zuerst in kaum merkbarer Form, später aber in massiven und spürbar zerstörerischen Ausmaßen.«*[94] Heute heißt es im Programm der Grünen: *»Die Atomkraft ist keine verantwortbare Option für die Energiewirtschaft der Zukunft (...) Dieses Risiko dürfen wir nicht eingehen. Weltweit gibt es noch keine Lösung für die Entsorgung des Zehntausende von Jahren strahlenden Atommülls. Das ist unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen. «*[95]

Statt der Atomkraft forderte Bookchin eine alternative, dezentrale Energieversorgung durch Wind-, Wasser- und Sonnenkraft: *»Wir könnten versuchen, die frühere gebietsweise Energieversorgung wiederherzustellen, indem wir ein kombiniertes Energiesystem benutzen, das durch Wind-, Wasser- und Sonnenkraft gespeist wird. (...) Sonnenenergiegespeiste Apparate, Windturbinen und hydroelektrische Quellen bieten einzeln genommen noch keine Lösung für unsere Energieprobleme und die ökologische Verwüstung, die durch die herkömmlichen Brennstoffe geschaffen wurde. Aber in einer mosaikartigen Struktur, als ein organisches Energienetz, das aus Möglichkeiten des jeweiligen Gebietes entwickelt ist, könnten diese verschiedenen Energiequellen gut die Bedürfnisse einer dezentralisierten Gesellschaft erfüllen. In sonnigen Breiten könnten wir uns stärker auf Sonnenenergie stützen als auf brennbare Treibstoffe. In Gegenden mit häufigen atmosphärischen Unruhen können wir uns mehr aufWindenergiespeicher stützen; und in dafiir geeigneten Küstengebieten oder auch in Inlandgegenden mit einem guten Flussnetz würden wir*

unsere Energie aus hydroelektrischen Einrichtungen beziehen. «[96] Heute fordern die Grünen das Folgende: *»Die Zukunft der Energieversorgung ist solar und dezentral. Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme, Wasserkraft, Meeresenergie: Erneuerbare Energie ist weltweit im Überfluss vorhanden. (...) Der Wandel von der Verbrennung fossiler Energierohstoffe zu regenerativen Energien ist mehr als eine technologische Revolution. Er führt auch zu einer neuen, dezentralen Struktur der Energiewirtschaft. Gleichzeitig muss die Energieeffizienz drastisch erhöht und der Ressourcenverbrauch ebenso gesenkt werden. «*[97]

Selbst die Bekämpfung des motorisierten Individualverkehrs durch den Bau von absichtlich den Verkehr behindernden Bushaltestellen, die Verhängung sinnloser Geschwindigkeitsbegrenzungen oder totaler Fahrverbote haben einen ebenso kommunistischen Hintergrund wie die grüne Forderung nach dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Einführung von Elektro- oder Hybridautos. Hierzu heißt es bei Bookchin: *»Ich will ein Beispiel aus dem problematischen Transportbereich zitieren: Es ist schon eine ganze Menge über die schädlichen Effekte von Fahrzeugen mit Benzinmotoren geschrieben worden —die Verschwendung, ihre Rolle bei der Luftverschmutzung, der Lärm, den sie im Stadtgebiet machen, die große Zahl von Todesopfern, die sie jährlich in den großen Städten und auf den Überlandstraßen fordern. In einer Zivilisation, die in hohem Maße verstädtert ist, würde es unnütz sein, diese schädlichen Fahrzeuge durch saubere, wirksame, praktisch geräuschlose und wahrscheinlich sicherere batteriebetriebene Fahrzeuge zu ersetzen. Selbst die Besten unserer Elektroautos müssen ungefähr alle 150 km aufgeladen werden — was ihre Nützlichkeit für den Transport in den großen Städten einschränkt. In einer kleinen dezentralisierten Gemeinde dagegen wäre es möglich, diese Elektrofahrzeuge für den Verkehr in der jeweiligen Stadt oder ihrer Umgebung zu benutzen und Einschienenbahnnetze für den Transport über größere Entfernungen zu schaffen. «*

Bekanntlich maßt es sich die ökosozialistische grüne Partei

nicht nur an, dem deutschen Bürger vorzuschreiben, wie er sich bewegen darf, sie möchte ihm auch vorschreiben, wie und wo er zu wohnen hat. Und zwar nicht in einem eigenen Einfamilienhaus, wie es für bürgerliche Wohngebiete typisch ist, sondern am besten in einem Altbau im *»multifunktionalen Kiez«,* was sich in den Worten Jürgen Trittins so anhört: *»Das Konzept >Wohngebiet< versiegelt nicht nur enorm viel Fläche, sondern es erzeugt geradezu Verkehr. (...) Abschottung, das Prinzip des Wohngebiets, steht Ökologie konträr gegenüber. (...) Deshalb müssen diese Wohngebiete (...) zu lebendigen, multifiinktional genutzten Lebensräumen umstrukturiert, verdichtet werden — was keine leichte Aufgabe ist, aber die einzige Möglichkeit, Verkehr zu vermeiden. Das Einfamilienhaus am Stadtrand wäre dann nur noch eine Wohnform unter anderen im früheren Wohngebiet. Nur wenn mehr Menschen per Straße vernetzt dort wohnen, wird es gelingen, soziale und gewerbliche Infrastruktur dort anzusiedeln, sodass die Bewohner nicht mehr für jede Kleinigkeit ins Auto steigen müssen. Das offensichtlich weit verbreitete Bedürfnis nach Wohngebieten - nach Ruhe, nach Grün, nach besserer Luft — könnte man auch durch großräumige autofreie Zonen, durch mehr Bäume und Grasflächen in Städten und vor allem durch Fassadenbegrünung befriedigen. Das wären ökologisch — und wahrscheinlich auch sozial — sehr viel bessere Möglichkeiten, die Wünsche der Menschen und die Begrenztheit des Ökosystems in Einklang zu bringen, als weiter jeden Tag weitere 130 Hektar zu versiegeln.«*[99]

Diesen Plan haben die Grünen übrigens auch nicht selbst erfunden, sondern direkt von den Kommunisten übernommen. Nach Bookchins Doktrin müsse die Stadt aufgelöst und durch dezentralisierte Ökokollektive ersetzt werden. An die Stelle von suburbanen Wohngebieten würden dann *»interaktive funktionale Ökogemeinden«* treten, die Industrie und Landwirtschaft, geistige und körperliche Arbeit, Individualität mit Kollektivität verbinden würden.[100] In Bookchins Vorstellung könnten die Straßen einer Stadt abgetragen werden, um stattdessen kollektive Transportexperimente zu stimulieren und die Verkehrsüberfüllung in

Wohngebieten zu reduzieren. Der Straßenbelag würde zu künstlichen Hügeln aufgeschichtet werden und auf den frei werdenden Flächen würde man öffentliche Parks, Gärten und Plätze einrichten. Die Bewohner wären angehalten, bevorzugt zu laufen oder mit dem Fahrrad zu fahren und nur in Ausnahmefällen eines jener Autos zu benutzen, die sie künftig in einem kollektiven Car-Sharing-System gemeinsam verwalten würden. So könnte die Gesamtzahl der Pkw deutlich vermindert werden. Auch der Abfall wäre kollektiv wiederzuverwerten, um eine Verschmutzung der Umwelt und die »Verschwendung von Ressourcen« zu vermeiden.[101]

Wie man sieht, stimmen die Grünen mit den Roten nicht nur in ihren expliziten Programmpunkten überein, auch ihre Methoden sind letztlich dieselben, und diese heißen: verbieten, vorschreiben, verteuern, rationieren, Mangel verwalten, gleichmachen, sprich die Bürger schikanieren und ihre Freiheit in jeder sich bietenden Hinsicht einschränken. Dementsprechend ist das Ergebnis grüner Politik stets die Totalreglementierung aller Lebensbereiche mit Steuererhöhungen, Bürokratisierung und Planwirtschaft, eben so, wie es für einen schleichenden Sozialismus kennzeichnend ist.

Rote Lügen im grünen Weltbild

Lüge 1: Der Wachstumszwang der Marktwirtschaft

Die ökologische Begründung für den Antikapitalismus der Ökobewegung lautet, am Beispiel des Parteiprogramms der Grünen, wie folgt: *»Ausgehend von den Naturgesetzen und insbesondere von der Erkenntnis, dass in einem begrenzten System kein unbegrenz-*

tes Wachstum möglich ist, heißt ökologische Politik, uns selbst und unsere Umwelt als Teil der Natur zu begreifen. (...) Wir dürfen die Stabilität der Ökosysteme nicht zerstören. Insbesondere stellt ökologische Politik eine umfassende Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung und des Raubbaus an Naturgütern und Rohstoffen sowie zerstörerische Eingriffe in die Kreisläufe des Naturhaushalts dar. (...) Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht. (...) Das ökologische Gleichgewicht wird dem Wachstumsstreben der Wirtschaft und der Verbesserung ihrer Wettbewerbs- und Gewinnchancen geopfert. In deren Folge drohen die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis sowie steigende Arbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und psychische Verelendung. «[102] Dem ersten Teil dieser Passage kann man noch vorbehaltlos zustimmen, tatsächlich ist in einem begrenzten System kein unbegrenztes Wachstum möglich. Dies gilt selbstverständlich auch für die Wirtschaft, die tatsächlich nicht unbegrenzt wachsen kann. Die Unterstellung jedoch, dass der gegenwärtig tatsächlich vorhandene Zwang zum Wachstum vom privaten Unternehmertum oder von der Markt- bzw. Wettbewerbswirtschaft herrühre, erfüllt den Tatbestand der vorsätzlichen Täuschung und des Betrugs am deutschen Wähler. Weder der Markt noch der Privatbesitz erzwingt ein Wirtschaftswachstum. In Wahrheit ist es ausschließlich das gegenwärtig bestehende Zins-Finanzsystem, in dem Schuld- und Guthabenbeträge durch Zins und Zinseszins exponentiell anwachsen, das ein ständiges Produktions- und Wirtschaftswachstum erzwingt und gleichzeitig in die soziale Verelendung führt! Günter Hannich erklärt, warum: *»Bei einem reinen Zinssystem, ohne Wirtschaftswachstum, würde der Arbeitsertrag permanent kleiner werden — jeder müsste erkennen, dass das System fehlerhaft ist: In diesem Zusammenhang hat die Umweltbewegung leider noch nicht den wirtschaftlichen*

Hintergrund der Problematik erkannt ...«[103] Denn ohne dieses Finanzsystem würde die private Marktwirtschaft in ständiger Selbstregulation zwischen Angebot und Nachfrage bestens funktionieren, ohne dass es je zu einer Krise kommen müsste. Zwar wäre auch bei einem zinsfreien Finanz- und Wirtschaftssystem ein Wachstum möglich, allerdings nicht zwingend erforderlich. Ein solches Wachstum würde bei fehlendem Zins direkt zu einer Erhöhung des allgemeinen Wohlstands führen, ohne dass dadurch Nachteile für Dritte oder für die Umwelt entstünden. Denn anders als die Ökobewegung behauptet, steht das Sozialprodukt nicht in einem proportionalen Verhältnis zur Belastung der Umwelt. Wie die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte gezeigt hat, ist eine Steigerung des Sozialprodukts sogar bei gleichzeitig rückläufigem Schadstoffausstoß möglich.

Interessanterweise wird das Zins-Finanzsystem von der Ökobewegung nicht verurteilt. Würde es die Ökobewegung ehrlich meinen mit ihrem Argument, das gegenwärtige Wirtschaftssystem schade der Umwelt, dann würde sie ein Zinsverbot fordern. Stattdessen aber strebt sie danach, die Marktwirtschaft abzuschaffen, den Privatbesitz an Produktionsmitteln durch eine fortschreitende Besteuerung schleichend zu enteignen und so langfristig eine sozialistische Planwirtschaft zu errichten. Willkommen im grünen Kommunismus!

Lüge 2: Der Westen lebt auf Kosten der Dritten Welt

»Die kapitalistischen Metropolen leben vom Trikont, neben der Ausbeutung von Lohnabhängigen und der Natur in den kapitalistischen Metropolen. Profit lässt sich nur aus der Ausplünderung von Mensch und Natur schaffen, den beiden einzigen Quellen des Reichtums. Ohne die Beseitigung des kapitalistischen Zwangsverhältnisses lässt sich daran nichts Grundsätzliches verändern[104]
Jutta Ditfurth, langjährige Bundesvorsitzende der Grünen

»Dass wir auf Kosten der Dritten Welt leben, ist ein weitverbreitetes Vorurteil bei Linken und Grünen aller Art, weltoffenen Christen, Friedensfreunden, Menschen guten Willens von der CDU bis zur RAF, Verfassern schöngeistigen Schrifttums und deren sensibler Leserschaft, kurzum den edlen Seelen[105]
Siegfried Kohlhammer, Politikwissenschaftler

Würde heute noch die ursprüngliche, bis 1960 gültige Fassung des § 130 StGB gelten, dann würde so mancher grüne Agitator mit diesem Paragraphen in Konflikt geraten. Seit aber die »Aufreizung zum Klassenkampf« in der BRD nicht mehr unter Strafe steht, kann die Linke unter ihrem inzwischen bewährten ökologischen Deckmantel eine hemmungslose Agitation betreiben, ohne dass dies jemals juristische Konsequenzen hätte. Mit diesem Freibrief und aufgrund des völligen Fehlens jeglichen ideologischen Widerstandes ist es ihr inzwischen gelungen, in großen Teilen der Bevölkerung, bis weit in konservative und christliche Schichten hinein, marxistische Dogmen zu verankern. Ein Beispiel hierfür ist der weit verbreitete kollektive Schuldkomplex, demzufolge der reiche Westen für den sprichwörtlichen Hunger der Dritten Welt verantwortlich sei. Tatsächlich ist diese Behauptung gleich in doppelter Hinsicht falsch, denn erstens gibt es diesen pauschalen Hunger in der Dritten Welt nicht, und zweitens haben Hungerkatastrophen dort, wo sie auftreten, andere Ursachen, für die nicht »der Kapitalismus«, sondern zumeist tatsächlich der Sozialismus oder aktuell, im Zusammenhang mit der Erzeugung von Biosprit, sogar der Ökosozialismus die Verantwortung trägt, wie nachfolgend aufgezeigt wird. Doch betrachten wir zunächst, was genau die Grünen dem Westen vorwerfen. Dazu heißt es im grünen Parteiprogramm: *»Obwohl die Industrienationen seit Jahrzehnten sogenannte Entwicklungshilfe leisten, wird der Abstand zwischen den armen und den reichen Völkern immer größer. Millionen Menschen müssen verhungern, während bei uns viele an Überernährung leiden und in großen Mengen hochwertige Nahrungsmittel*

verfüttert werden oder verderben. (...) Die Ursachen dieser Entwicklung sind einzig und allein Profitinteressen. (...) Dieses Entwicklungsmodell und auch die sogenannte Entwicklungshilfe führen dazu, dass die Länder der >Dritten Welt< von den Industriestaaten ausgebeutet, ihrer eigenen Lebensformen und Ressourcen beraubt werden.«[106] Wie im ökomarxistischen Weltbild der Grünen üblich, ist also wieder die westliche Marktwirtschaft die Wurzel allen Übels in der Welt. Auch Jürgen Trittin fährt auf dieser Schiene und behauptet explizit, die marktwirtschaftlichen westlichen Staaten würden auf Kosten der Dritten Welt leben: *»Die Ressourcen verschwendende Wirtschafts- und Lebensweise in den Ländern der Nordhalbkugel ist ein Teil des Problems, sie führt zu einer Verschlechterung der Lebenssituation gerade für Menschen in vielen armen Ländern der Südhalbkugel.«*[107] Jutta Ditfurth drückt dies weit deutlicher aus und bezieht auch gleich die »Klimakatastrophe« mit in die Anklage ein: *»Für die Aufrechterhaltung des Konsummodells in den kapitalistischen Zentren werden die unterentwickelt gehaltenen Ländern ausgeraubt, vergiftet und verelendet. (...) Der kapitalistische Norden sorgt durch seine Produktionsweise dafür, dass die Atmosphäre und die Meere verseucht werden. Die Klimakatastrophe stammt aus den kapitalistischen Zentren, nirgendwoher sonst.«*[108] Auch der gegenwärtige sozialdemokratische Bundesumweltminister Sigmar Gabriel reiht sich in den Chor der Ankläger ein: *»Bereits jetzt gibt es mehr Flüchtlinge wegen der Folgen des Klimawandels als aufgrund von Krieg und Bürgerkrieg. Vor allem die Ärmsten der Armen leiden darunter, obwohl sie am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich zu machen sind.«*[109] In einer Broschüre seines Ministeriums steht zu lesen: *»Die Entwicklungsländer tragen die geringste Schuld am Klimawandel, gehören jedoch zu den Regionen der Welt, die am meisten betroffen sind. Deswegen gehört es zur Verantwortung der Industrieländer, die weniger entwickelten Länder zu unterstützen..«*[110] Wenn aber der Westen diese »Verantwortung« nicht trage und seinen Lebenswandel nicht aufgebe, so wird von grüner Seite argumentiert, dann würden die »Klimakastrophe« sowie der

Nahrungs- und Wassermangel die Dritte Welt »radikalisieren«, und es wäre mit Wellen von Armutsflüchtlingen nach Europa und nach Nordamerika zu rechnen. Auf einer in London stattfindenden Konferenz über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit warnte der frühere britische Botschafter bei den Vereinten Nationen Crispin Tickeil: *»Die Gewalt innerhalb und zwischen Gemeinschaften sowie zwischen Nationalstaaten wird möglicherweise zunehmen, weil die Gründe auf der Hand liegen.«*[111] Selbst mit einer Zunahme des Terrorismus sei dann zu rechnen, so Tickeil, denn *»wem es an Lebensmitteln und Wasser mangelt, wer nicht in Länder kann, in denen alles wunderbar zu sein scheint, wird zu Verzweiflungstaten neigen, um seine Interessen durchzusetzen«*[112].

Vor dem Hintergrund dieser Theorien erwartet das Parteiprogramm der Grünen eine *»heraufziehende Weltkrise«,* die nur durch *»neue ökologische Verhaltensweisen«* zu verhindern sei, die wie folgt aussehen sollen: *»Erst wenn die Industriestaaten auf ihre ständige industrielle Expansion verzichten, können sie ein neues Verhältnis zu den Ländern der >Dritten Welt gewinnen«*[3] Der frühere grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist so freundlich, dies näher auszuführen, sodass auch Bürger, die in der Dialektik des Ökomarxismus nicht geschult sind, besser verstehen können, was damit gemeint ist. In seinem Buch *Welt Um Welt* führt Trittin aus, dass es keine Lösung sei, wenn *»die ärmeren Länder die Wirtschaft der reichen Industrieländer nachahmen«,* das heißt selbst eine funktionierende marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung aufbauen.[114] Stattdessen müssten *»die Industrieländer«* den Anfang machen, *»ihre eigene Fehlentwicklung beheben«* und *»mit ressourcensparendem Wirtschaften beginnen«*[115]. Man müsse also die westliche Wirtschaftsleistung planmäßig beschneiden, um durch *»höhere Transfers«* an die Dritte Welt und durch ein *»sozialfaires und ökologisch zukunftsfahiges, verbindliches Regelwerk, (...) das Produktion und Konsum konsequent einbezieht«,* die globale Gerechtigkeit zu erreichen.[116] So weit die Theorie, auf die sogleich eine Drohung folgt. Denn wenn, so fährt die Argumentation der

Ökobewegung fort, der Westen nicht zu sozialistischen Umverteilungen bereit wäre und weiterhin an der Marktwirtschaft festhalte, dann drohe ein internationaler Klassenkampf, zu dem sich Joschka Fischer wie folgt ausließ: *»Die Dritte Welt wird eines nicht allzu fernen Tages zu Recht ihren Energie- und Wohlstandsanteil fordern und bekommen, freiwillig oder gewaltsam, und wehe uns, wenn bis dahin die reichen Industrieländer nicht die umweltverträglichen Energiealternativen entwickelt haben* [117] Wie man sieht, rechtfertigt die Ökobewegung mit der angeblich drohenden Umwelt- und Klimakatastrophe ein Szenario, das stark dem in der *Internationale* besungenen »letzten Gefecht« ähnelt.

Fassen wir also kurz zusammen: Die Grünen behaupten, der reiche Westen sei nur deshalb reich, weil seine Wirtschaftsordnung die arme Dritte Welt ausbeute. Anstatt in der Dritten Welt auch eine funktionsfähige Marktwirtschaft einzuführen, so heißt es, könne globale Gerechtigkeit nur erreicht werden, wenn man im Westen die Wirtschaftsleistung beschneide, den Reichtum in die Dritte Welt umverteile und ein globales Regelwerk einführe, das künftig sowohl Produktion als auch Konsum planmäßig festlegt. Die grüne Lösung für die Armut der Dritten Welt ist also die Errichtung einer globalen sozialistischen Planwirtschaft, und zwar *»freiwillig oder gewaltsam«.* Nun setzt die grüne Partei mit ihrem gesamten Parteiprogramm zwar eindeutig auf die freiwillige Errichtung sozialistischer Zustände, ihre exzessive und einseitige Abrüstungspolitik sowie ihr Einsatz für offene Grenzen und ungebremste Einwanderung lassen jedoch erkennen, dass die grüne Partei auch für den Fall einer gewaltsamen Errichtung des Sozialismus bereits die idealen Voraussetzungen schafft, mehr dazu später. Doch kommen wir nun darauf zurück, wie es um den Hunger in der Dritten Welt tatsächlich bestellt ist bzw. auf welche Ursachen der Entwicklungszustand der Dritten Welt zurückzuführen ist.

Zunächst muss festgehalten werden, dass die Vorstellung vom pauschalen Hunger in der Dritten Welt grundsätzlich falsch ist.

Tatsache ist hingegen, dass weltweit immer weniger Menschen hungern.

Den Lügen der Ökosozialisten zum Trotz verbesserte sich die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern während der letzten 30 Jahre stetig, also zeitgleich zu der florierenden westlichen Marktwirtschaft. Während im Jahre 1970 noch 35 Prozent aller Menschen in den Entwicklungsländern hungerten, lag die Zahl im Jahr 1996 bei nur noch 18 Prozent, und die Vereinten Nationen erwarten, dass sie bis 2010 auf zwölf Prozent sinken wird. Dabei ist die durchschnittliche tägliche Nahrungsaufnahme in den Entwicklungsländern von 2463 auf 2663 Kalorien pro Person angestiegen, und das ist mehr, als so manchem Amerikaner oder Europäer bleiben wird, wenn es den Grünen gelingt, ihre *»ökologische Agrarpolitik«* durchzusetzen.

Obwohl also von einem pauschalen Hunger nicht die Rede sein kann, ist es natürlich eine unbestrittene Tatsache, dass der durchschnittliche Lebensstandard in der Dritten Welt weit unter dem des Westens liegt. Doch was ist die Ursache für diese Ungleichheit? Die Grünen behaupten, dass die Kolonialisierung der Dritten Welt durch europäische Hegemonialmächte den Grundstein für die spätere Unterentwicklung gelegt habe. Gemäß der sogenannten Dependenztheorie werde die Dritte Welt bis heute von den früheren Kolonialmächten in Abhängigkeit gehalten und über versteckte, neokolonialistische Handelsmechanismen ausgeplündert. Deshalb *»müssten wir ein berechtigtes schlechtes Gewissen haben«,* behauptet zum Beispiel der Schauspieler und Äthiopienhelfer Karlheinz Böhm.[118] Doch dies ist ein *»Argument für Dumme«,* erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Lord Peter T. Bauer, denn *»ein großer Teil der Dritten Welt war nie Kolonie. Wenn Kolonialismus ein Kriterium wäre, dann zählten Kanada, Neuseeland, Australien und die Vereinigten Staaten zur Dritten Welt.«*[119] Tatsächlich lässt sich die Dependenztheorie bzw. die Neokolonialismustheorie als angebliche Ursache für die Unterentwicklung der Dritten Welt anhand der Fakten leicht widerlegen.

Bestes Gegenbeispiel sind die früheren Kolonien Taiwan und Singapur, die sich inzwischen aus eigener Kraft zu wohlhabenden Industrieländern entwickelt haben. Auch das Beispiel Hongkong beweist, dass die pauschale Aussage, der Kolonialismus habe die Unterentwicklung der Dritten Welt verursacht, falsch ist. Denn während zur selben Zeit das angrenzende China durch die kommunistische Revolution ins Elend stürzte, entwickelte sich die britische Kronkolonie Hongkong zu einem prosperierenden Industriezentrum. Umgekehrt gehören Portugal, Spanien und die Türkei heute zu den ärmeren Staaten Europas, obwohl sie in der Vergangenheit riesige Kolonialreiche besaßen. Das zeigt, dass weder eine koloniale Vergangenheit der Garant für Armut ist, noch ist eine hegemoniale Vergangenheit der Garant für Reichtum. Tatsache ist, dass die Koloniaiisierung für jedes Land andere Vor- und Nachteile brachte, was vor allem auf die unterschiedliche Politik der europäischen Kolonialmächte zurückzuführen ist. Als genereller Vorteil ist beispielsweise anzuführen, dass die Alphabetisierung vieler afrikanischer Staaten erst im Zuge der Koloniaiisierung erreicht wurde. Gleiches gilt für die Erschließung dieser Länder durch Verkehrswege, insbesondere durch den Bau von Eisenbahnen und Hafenanlagen, was eine entscheidende Vorbedingung für jede weitere wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Während die spanischen Kolonien vor allem in Südamerika tatsächlich ausgeraubt wurden und die englischen und französischen Kolonien wirtschaftlich weitgehend auf sich allein gestellt waren, blieben die Kolonien für Deutschland ein Zuschussgeschäft. Erst gegen Ende der deutschen Kolonialzeit begannen die Kolonien wirtschaftlich rentabel zu werden, weshalb Deutschland die wirtschaftliche Ausbeutung seiner Kolonien nicht vorgeworfen werden kann. Auch heute kann von neokolonialer Ausbeutung keine Rede sein. Anders als von grüner Seite behauptet wird, findet nämlich kein Netto-Ressourcenabfluss von Süd nach Nord statt, sondern im Gegenteil, die westlichen Staaten leisten einen erheblichen Konsumverzicht zugunsten der Dritten Welt.

Dies ist leicht zu überprüfen, denn für den von grüner Seite behaupteten Ressourcenabfluss wäre ein Leistungsbilanz-Überschuss erforderlich, der aber bei den meisten Entwicklungsländern gerade aufgrund ihrer schwachen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht gegeben ist. Lediglich einige Schwellenländer wie Hongkong, Malaysia oder Südkorea produzieren inzwischen einen Leistungsbilanzüberschuss, sodass sich die Frage stellt, ob diese Staaten überhaupt noch zu den Entwicklungsländern gerechnet werden können. Rechnet man diese Schwellenstaaten aus der Summe der Entwicklungsländer heraus, dann ergibt sich für die Dritte Welt, insbesondere für die afrikanischen Staaten, kein Ressourcenabfluss, sondern im Gegenteil ein deutlicher Ressourcenzustrom, das heißt die Dritte Welt wird von den reichen westlichen Staaten nicht ausgebeutet, sondern sogar in ganz erheblichem Umfang unterstützt. Obwohl die Dependenztheorie also offensichtlich falsch ist, wird sie immer wieder von grünen Marxisten und anderen linken Gutmenschen als Erklärung für die Unterentwicklung der Dritten Welt, als Beweis für die Schuld des Westens und als Argument für die Durchsetzung sozialistischer Lösungsansätze in die Debatte geworfen, das heißt, sie ist in höchstem Maße gesellschaftlich relevant. Und wie alle zwar sachlich falschen, aber gesellschaftlich relevanten Theorien, hat auch die Dependenz- bzw. Neokolonialismustheorie einen kommunistischen Hintergrund. Sie basiert auf Lenins Imperialismustheorie und ist damit nichts anderes als eine alte rote Lüge in einem neuen grünen Gewand.

Bleibt die Frage nach der wahren Ursache für die Unterentwicklung der Dritten Welt zu klären. Zwar kann man auf diese Frage keine erschöpfende Antwort geben, denn die Armut oder der Reichtum eines Landes hat stets individuelle innere Gründe, jedoch ist insbesondere der kommunistische Einfluss, der zum Ende der Kolonialzeit wirksam wurde, die häufigste Ursache für die lange Elendsgeschichte vieler früherer Kolonien. Wie der übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete,

war es Teil der sowjetischen Langzeitstrategie ab den 1960er-Jahren, das politische Vakuum auszunutzen, das sich nach dem Abzug der europäischen Kolonialmächte in vielen Drittweltstaaten ergab, um dort marxistische Revolutionen zu entfachen und so den kommunistischen Einflussbereich zu vergrößern, besonders im Hinblick auf die Sitzverteilung bei der UNO.[120] Zu diesem Zweck wurde im Oktober 1960 in Moskau die Patrice-Lumumba-Universität gegründet, die die offizielle Aufgabe hatte, Studenten aus Staaten der Dritten Welt ein kostenloses Studium zu ermöglichen. Inoffiziell diente sie aber als Rekrutierungsstelle für zukünftige Revolutionäre, die von KGB-Instrukteuren in Guerillakriegsführung ausgebildet und politisch indoktriniert wurden, um anschließend in ihrer Heimat »nationale Befreiungsbewegungen« zu gründen.

Ähnliche Universitäten bestanden auch in den anderen Ostblockstaaten. Diese von Moskau aufgehetzten »nationalen Befreiungsbewegungen« lösten in der Dritten Welt eine Vielzahl von Revolutionen und Bürgerkriegen aus, die sich in manchen Fällen, wie zum Beispiel in Angola und Mosambik, über Jahrzehnte hinzogen und Millionen Todesopfer forderten. Regelmäßig wurden diese »Befreiungsbewegungen« nicht nur durch sowjetische oder chinesische Militärberater aufgerüstet und unterstützt, die Armeen des kommunistischen Lagers griffen bisweilen auch direkt in die Kämpfe ein. So wurden beispielsweise allein im Angolakonflikt etwa 35 000 kubanische Soldaten eingesetzt, übrigens ohne dass die Friedensbewegung je dagegen protestiert hätte. Die zahlreichen Kriege und Revolutionen, die seit der sowjetischen Einmischung bis heute überwiegend mit Waffen aus kommunistischer Produktion geführt werden, sind zusammen mit den in Afrika weit verbreiteten Konflikten zwischen verschiedenen Ethnien und Stämmen, die bereits in vorkolonialer Zeit an der Tagesordnung waren, der wesentliche Grund für das Elend und den sprichwörtlichen Hunger, der in den Krisenregionen der Dritten Welt anzutreffen ist.

Wie eine Studie der Hilfsorganisation *Oxfam* ergab, verschlangen die Kosten für die afrikanischen Kriege, an denen im Zeitraum von 1990 bis 2005 fast die Hälfte aller afrikanischen Staaten beteiligt waren, etwa die gesamte Entwicklungshilfe von circa 211 Milliarden Euro. Durchschnittlich schrumpfte die Wirtschaftsleistung der afrikanischen Länder während eines Konflikts um 15 Prozent, und jährlich gingen den afrikanischen Volkswirtschaften dadurch zwölf Milliarden Euro verloren. Dies führte jeweils zu einer um 50 Prozent höheren Kindersterblichkeit, 15 Prozent mehr Menschen waren unterernährt, und die Lebenserwartung reduzierte sich um fünf Jahre.[121] Solange die von Krieg und Revolution heimgesuchten Entwicklungsländer keinen dauerhaften Frieden finden, ist daher eine wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich undenkbar. Dasselbe gilt für Staaten, in denen nach einer Revolution sozialistische Regime an die Macht kamen, die anschließend versuchten, ihre planwirtschaftlichen Marktregulierungen mit dem im Sozialismus üblichen Terror zu erzwingen.

Nachdem beispielsweise die Volkswirtschaft Mosambiks durch eine jahrelange kommunistische Revolution zugrundegerichtet wurde, basiert das Bruttosozialprodukt des Landes inzwischen zu 98 Prozent auf westlicher Entwicklungshilfe.[122] Wie der Volkswirtschaftler Richard Reichel schreibt, ist das Beispiel von Mosambik in Afrika keineswegs eine Ausnahme, sondern eher die Regel für eine planwirtschaftliche Regulierungswut, die permanent die ökonomische Eigeninitiative und die Eigenverantwortung des Individuums unterdrückt und damit direkt ins kollektive Elend führt: *»So gab es in Tansania und Äthiopien groß angelegte Umsiedlungsaktionen, die Zehntausende entwurzelten. Die damit verbundene Kollektivierung der Landwirtschaft rief Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte hervor. Das marxistische Äthiopien gibt ein besonders abschreckendes Beispiel. Die Zwangsumsiedlungsaktionen des Diktators Mengistu kosteten dort mindestens 50 000 Menschen das Leben. Andere Maßnahmen, die die Wirtschaft des*

Landes ruinierten, bestanden in der Verschleppung von Bauern und der Vernichtung der Ernten. Sogar von Bombardierungen von Märkten durch die äthiopische Luftwaffe wurde berichtet.«[123] Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, dass Äthiopien als Synonym für den Hunger der Dritten Welt gilt. Anstatt dem deutschen Bürger ein schlechtes Gewissen einzureden und damit dem globalen Sozialismus Vorschub zu leisten, täte der Äthiopienhelfer Karlheinz Böhm besser daran, die wahren kommunistischen Ursachen des äthiopischen Elends beim Namen zu nennen. Doch wie immer, wenn es um »gesellschaftlich relevante« Themen geht, hält die nüchterne Wahrheit die Anhänger der ökosozialistischen Ideologie nicht davon ab, weiterhin mit dem Finger auf den bösen Westen zu zeigen. So weist Jutta Ditfurth zwar zu Recht darauf hin, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Dritten Welt rund 190 Kriege tobten, *»bei denen mindestens 20 Millionen Menschen getötet wurden«,* aber sie unterschlägt, dass es sich dabei fast ausschließlich um Revolutionen und ihre Folgen handelte, die von marxistischen Befreiungsbewegungen auf direkten Befehl ihrer sowjetischen Gesinnungsgenossen initiiert wurden.[124] Doch die Grünen unterschlagen nicht nur die Schuld der marxistischen Befreiungsbewegungen am Elend der Dritten Welt, sie fordern in ihrem Parteiprogramm sogar explizit die Unterstützung dieser Mordbanden, während jene Regierungen, die sich zu Recht gegen den kommunistischen Terror zur Wehr setzen, in der üblichen politisch-korrekten Ausdrucksweise als »faschistisch« und »rassistisch« diffamiert werden und mit einem Wirtschafts- und Finanzboykott belegt werden sollen. Die viel zitierte Solidarität der Grünen gilt also weniger den notleidenden Menschen in den Entwicklungsländern, sondern vielmehr den lokalen Revolutionären, die diese Menschen erst ins Elend stürzen. Der übergelaufene sowjetische Geheimdienstoffizier Yuri Bezmenov hatte während seiner Dienstzeit beim KGB selbst direkt mit solchen Befreiungsbewegungen zu tun. Er schreibt: *»Wenn diese damit beginnen, ihr Heimatland zu*

destabilisieren, erschießen und ermorden sie wahllos ihr eigenes Volk. Und wenn sie das tun, dann werden sie von den gutmenschlichen Journalisten in Amerika als >Anti-Regierungs-Guerillas< oder als >linke Rebellen< bezeichnet. Manche biedern sich sogar an mit so hübschen Namen wie >Freiheitskämpfer< oder >Kämpfer für die Mehrheitsherrschaft<. Als aber die Salvadorianer sich gegen diese KGB-trainierten Verbrecher, Mörder und Vergewaltiger zur Wehr setzen wollten und zurückschossen, wie wurden sie dann bezeichnet? Als >Todesschwadrone<, als >rechte Todesschwadrone<. Dabei sind die anderen linke Todesschwadrone! Haben Sie diese Bezeichnung schon einmal in Ihren Medien gehört? Warum nicht?!«[125]

Wie der Wirtschaftswissenschaftler Lord Peter T. Bauer zu Recht feststellt, hängt materieller Wohlstand nur von einem einzigen Faktor ab: *»von den Menschen und ihrer Wirtschaftsordnung«*[126]. Wenn man das grundsätzliche Problem der Kapitalverknappung durch den Zins außer Acht lässt, unter dem gegenwärtig alle Nationen der Welt leiden, liegt die Ursache für die Unterentwicklung der Dritten Welt einzig und allein an ihrer fehlenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Um die Worte der afrikanischen Ökonomin Axelle Kabou zu zitieren, ist *»der Afrikaner (...) zwar im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten unterbezahlt, im Vergleich zu dem, was er leistet, ist er jedoch überbezahlt«*[127] . Das heißt der afrikanische Bürger besitzt deshalb nicht dasselbe Einkommen wie ein westlicher Bürger, weil er es sich im Gegensatz zu diesem nicht selbst erarbeitet. Statt auf diesen Umstand hinzuweisen, versuchen grüne und rote Sozialisten stets, den 30 bis 40 Stunden pro Woche arbeitenden Deutschen ein schlechtes Gewissen einzureden, dass sie sich einen bestimmten Wohlstand leisten können, der bei vernünftiger Steuer- und Finanzpolitik, das heißt vor allem mit einem allgemeinen Zinsverbot, noch ganz erheblich steigerbar wäre. Wäre der grünen Partei tatsächlich daran gelegen, den niedrigen Lebensstandard der Menschen in der Dritten Welt anzuheben, dann würde sie sich folgerichtig dafür einsetzen, die Leistungsfähigkeit der Volks-

wirtschaften in den Entwicklungsländern zu verbessern und dort für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Dies gelingt jedoch weder durch egalitäre Umverteilereien noch durch planwirtschaftlichen Dirigismus, sondern nur durch die Förderung eines marktwirtschaftlichen, privaten Unternehmertums in Verbindung mit einer leistungsbereiten und fleißigen Bevölkerung, die Eigeninitiative und Eigenverantwortung zeigt. Eben dies wird durch die gegenwärtig betriebene »Entwicklungshilfe« jedoch ausdrücklich nicht gefördert, stattdessen untergräbt der Transfer westlicher Hilfsgüter die örtliche Landwirtschaft und den lokalen Markt. In einem sehr lesenswerten Artikel fasste der *Spiegel*-Redakteur Thilo Thielke diese Tatsache wie folgt zusammen: *»Dass in Afrika gehungert wird, liegt vor allem daran, dass sich der kommerzielle Anbau von Lebensmitteln und der Handel damit nicht lohnen. Entweder ruiniert die Entwicklungshilfe die Preise, oder ruchlose wie korrupte Führer bestehlen das Volk. In kaum einem afrikanischen Land ist zudem privater Grundbesitz gestattet, alles gehört dem Stamm oder dem Staat. Wo kommerzielle Landwirtschaft funktionierte, wie in Simbabwe, Südafrika oder Namibia, wird sie hingegen durch die Vertreibung der weißen Siedler zerstört. Die namibische Landreform wird dabei ironischerweise sogar mit deutschen Steuergeldern finanziert. Bald werden auch diese Länder am Tropf des Rests der Welt hängen.«* Die einzige Lösung für die Unterentwicklung der Dritten Welt, nämlich Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum, wird von der Ökobewegung generell abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis auf begrenzte Ressourcen, insbesondere auf die angeblich knappen Energiereserven.

Mit eben derselben Begründung angeblich knapper Energiereserven wird seit wenigen Jahren auch die zunehmende Produktion von Biosprit gerechtfertigt. Inzwischen wird bereits ein beträchtlicher Prozentsatz der weltweiten Ackerflächen, die zuvor dem Anbau von Lebensmitteln dienten, für die Erzeugung von Biodiesel oder Bioethanol verwendet. Allein in den USA wandert bereits ein Drittel der Maisernte nicht mehr, wie früher üblich, als

Nahrungsmittelhilfe in die Zweite und Dritte Welt, sondern in die Produktion von Biokraftstoffen. Anders als vielfach behauptet wird, ist hierfür jedoch nicht eine marktbedingt höhere Nachfrage nach Biosprit verantwortlich, stattdessen liegt dem sprunghaften Anstieg der Biosprit-Produktion eine ökoplanwirtschaftliche Subventionspolitik zugrunde, die die Biosprit-Produktion jahrelang mit Steuermitteln bezuschusste und viele Bauern so zur Umstellung der Produktion veranlasste. Im Jahr 2007 lag die staatliche Förderung von Biokraftstoffen in den USA bei etwa acht Milliarden Dollar, während die EU den Anbau von »Energiepflanzen« mit jährlich 90 Millionen Euro subventionierte. Und da für den so erzeugten Biosprit eben kein Markt und keine Nachfrage existierte, musste - ebenso ökoplanwirtschaftlich - in Form der gesetzlich vorgeschriebenen Beimischungspflicht von Biosprit zu den herkömmlich an der Tankstelle erhältlichen Kraftstoffen erst ein Absatzmarkt geschaffen werden. Zukünftig soll der Anteil von Biokraftstoffen am gesamten europäischen Kraftstoffverbrauch per Verordnung von gegenwärtig zwei Prozent auf bis zu zehn Prozent im Jahr 2020 gesteigert werden, und das, obwohl ein derartig hoher Ethanolgehalt für viele Pkw-Motoren technisch ungeeignet ist.[128] Die Auswirkungen dieses ökopolitischen Irrsinns auf das weltweite Lebensmittelangebot sind offensichtlich. Durch die Biosprit-Produktion wurden die Lebensmittelpreise international an die steigenden Energiepreise gekoppelt, sodass Lebensmittel nun ebenso künstlich verteuert und verknappt werden können, wie es bereits seit längerer Zeit mit den Energiereserven geschieht. Von den steigenden Lebensmittelpreisen sind natürlich nicht nur die westlichen Verbraucher betroffen, sondern in weit schwerwiegenderem Ausmaß die Entwicklungsländer, was dort, wie zum Beispiel in Mexiko, Pakistan, Kamerun, Indonesien und Ägypten, bereits zu Krawallen führte und in Haiti sogar schon die erste Regierung zu Fall brachte. Die künstliche Lebensmittelverknappung durch den ökosozialistischen Biosprit-Wahnsinn schafft so die idealen Voraussetzungen für

eine internationale Verschärfung des Klassenkampfes und gibt linken Agitatoren somit die Möglichkeit, die altbekannte Lüge, der Westen lebe auf Kosten der Dritten Welt, erneut aufzuwärmen und noch sozialistischere Lösungen für das eigens erzeugte Problem einzufordern, beispielsweise in Form einer internationalen planwirtschaftlichen Kontrolle und Umverteilung der Lebensmittelproduktion.

Lüge 3: Die knappen Energiereserven

»Energie ist die Basis fast jeder Wertschöpfung. Der Zugang zu Energie, zum Beispiel zu Strom, entscheidet vielfach darüber, ob überhaupt Wertschöpfung beginnen kann[129]
Jürgen Trittin, Ex-Kommunist und früherer grüner Bundesumweltminister, 2002

Was ist von der Behauptung zu halten, die Erde verfüge nicht über genügend Rohstoffe, um sowohl die westliche Lebensweise aufrechtzuerhalten als auch der Dritten Welt eine marktwirtschaftliche Entwicklung und einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen? Im Vergleich zu den 1970er-Jahren haben sich die Vorräte an Aluminium, Kupfer, Blei, Nickel und Zink verdoppelt bis verfünffacht, und es werden noch weit größere Vorkommen in der Erdkruste und unter den Ozeanen vermutet, als gegenwärtig bekannt sind. Selbst wenn ein Rohstoff knapp zu werden drohte, setzt in einer funktionierenden Marktwirtschaft automatisch die Suche nach Ersatzstoffen ein, die in der Geschichte bisher stets erfolgreich verlief. So zwang die prekäre Rohstofflage während des Ersten und Zweiten Weltkriegs die deutschen Ingenieure dazu, Naturkautschuk durch synthetischen Gummi zu ersetzen und ein Verfahren zur Herstellung von Kraftstoffen durch Kohleverflüssigung zu entwickeln. Hinzu kommt, dass sich der Rohstoffbedarf durch den technischen Fortschritt

ständig verändert; so war einerseits beispielsweise Holz für den Schiffbau seit der Antike unverzichtbar, bis man während der Industrialisierung auf Metall umstieg. Andererseits gewannen Mineralöle für die chemische Industrie und als Energielieferant erst ab dem 19. Jahrhundert an Bedeutung. Gleiches gilt für Uran, das erst mit der Entwicklung der Kernkraft nutzbar gemacht werden konnte. Wie Richard Reichel nachweist, gibt es weltweit keinen Rohstoff, *»dessen Knappheit mittelfristig eine Wachstumsbremse darstellen könnte. Der* Club of Rome, *der in seiner ersten, 1972 erschienenen Studie in der Begrenztheit sich nicht regenerierender Rohstoffe eine bereits mittelfristige Wachstumsbremse sah, hat seine pessimistischen Prognosen insoweit modifiziert, als er in der 1992 veröffentlichten Folgeuntersuchung* Die neuen Grenzen des Wachstums *der Umweltbelastung einen größeren Stellenwert als begrenzendem Faktor beimisst.«*[130]

Was von der Umweltbelastung durch Kohlendioxid, sauren Regen usw. zu halten ist, wurde bereits im ersten Teil dieses Buches geklärt, kommen wir also nun zu den angeblich knappen Energiereserven, die ein Wachstum der Weltwirtschaft und damit eine allgemeine Steigerung des Lebensstandards auf Erden begrenzen oder sogar unmöglich machen würden. Bisweilen wird unter dem Schlagwort »Peak Oil« die Behauptung aufgestellt, dass das Ölfördermaximum entweder bereits erreicht sei oder kurz bevorstehe, von dem an ein steigender Erdölbedarf die weltweiten Förderkapazitäten übersteige, was zur Folge habe, dass sich Erdölprodukte immer weiter verteuerten, bis die globalen Rohölvorkommen schließlich aufgebraucht seien und Mineralöle gar nicht mehr zur Verfügung stünden. Tatsächlich sind jedoch die bekannten Erdölvorkommen heute größer denn je. Allein unter dem kanadischen Mackenzie-Delta werden etwa 174 Milliarden Barrel Öl vermutet, im Vergleich dazu besitzt Saudi-Arabien etwa 260 Milliarden Barrel. Daran wird ersichtlich, welche Bedeutung die Erschließung allein dieses Vorkommens für die Energiesituation der USA haben würde, jedoch kann es nicht

erschlossen werden, da Umweltschützer in massiver Weise dagegen vorgehen und die Ölgesellschaften mit Klagen und Rechtsstreitigkeiten überziehen.[131] Dasselbe gilt für zahlreiche weitere Vorkommen, wie etwa die riesigen Kohlevorkommen im US-Bundesstaat Utah oder die enormen Erdöl- und Erdgasvorkommen im sogenannten *Outer Continental Shelf(0*CS) entlang der US-Küsten, deren Erschließung von Präsident Bill Clinton aus Umweltschutzgründen verhindert wurde.[132] Bei einer vernünftigen Energiepolitik würde auf dem heutigen Stand der Technik auch in Deutschland kein Treibstoffmangel drohen, denn die reichen Stein- und Braunkohlevorkommen, über die das Land verfügt, könnte man nach dem bereits im Zweiten Weltkrieg angewandten Fischer-Tropsch-Verfahren zu Treibstoff verflüssigen, sodass Deutschland erst gar nicht auf den Import von Erdöl und Erdgas angewiesen wäre. Darüber hinaus gibt es die begründete Annahme, dass die sogenannten »fossilen« Energieträger Erdöl und Erdgas ohnehin in nahezu unbegrenzter Menge zur Verfügung stehen. Entgegen der etablierten Lehrmeinung, die von einer biotischen Entstehung des Erdöls ausgeht, die besagt, dass es sich bei Erdöl und Erdgas um die fossilen Reste urzeitlicher Pflanzen handle, existiert seit vielen Jahrzehnten auch eine ganz anders lautende, abiotische Theorie der Erdölentstehung, die vor allem in der Sowjetunion verbreitet war. Hierzu veröffentlichte der renommierte amerikanische Geophysiker Thomas Gold unter dem Titel *The Deep Hot Biosphere* ein Buch, in dem er die These vertrat, dass es sich bei Erdöl und Erdgas um die Stoffwechselprodukte von thermophilen Archaebakterien handele, die die gesamte obere Erdkruste bis in etwa zehn Kilometern Tiefe besiedeln. Diese Theorie würde erklären, warum bereits Erdöllagerstätten in tiefen Gesteinsschichten gefunden wurden, wo nach der herkömmlichen fossilen Entstehungstheorie keinerlei Rohölvorkommen zu erwarten wären. Auch wäre damit eine Erklärung für das Phänomen gefunden, dass sich bereits erschöpft geglaubte Ölquellen von selbst wieder auffüllten. Wenn

Erdöl also gar nicht durch sich zersetzende Pflanzenreste entstanden ist, sondern durch abiotische Vorgänge in der Erdkruste ständig neu entsteht, dann wären in tiefen, noch kaum explorierten Gesteinsschichten nahezu unbegrenzte Erdöl- und Erdgasreserven zu vermuten, was - eine funktionierende Marktwirtschaft vorausgesetzt - dauerhaft niedrige Brennstoffpreise bedeuten würde. Es scheint, als meine es der Schöpfer besser mit der Menschheit, als aus Gründen der Nachhaltigkeit zugelassen werden kann.

Vorausgesetzt, es würde anstelle des ökosozialistischen Nachhaltigkeitswahns eine vernünftige Energiepolitik und anstelle von »kritischer Wissenschaft« eine objektive Forschung betrieben, dann stünde der Menschheit in Form der Kernkraft längst eine weitere schier unbegrenzte und zudem sichere Energiequelle zur Verfügung. Speziell der Kugelhaufen- oder Hochtemperaturreaktor (HTR) wäre eine geeignete Energiequelle für die Zukunft. Anders als andere Reaktorbauformen weist der von Rudolf Schulten erfundene und allein in Deutschland entwickelte Hochtemperaturreaktor die Besonderheit auf, dass es bei ihm aus physikalischen Gründen nicht zu einer Kernschmelze kommen kann, wie dies etwa in Tschernobyl geschehen ist. Doch der Hochtemperaturreaktor ist nicht nur besonders sicher, er weist durch seinen sparsamen Uranverbrauch und die geringe Abwärme zudem eine weitaus höhere Effizienz auf als herkömmliche Reaktortypen. Darüber hinaus lassen sich Kugelhaufenreaktoren in kostengünstigen kleinen Einheiten von etwa der Größe eines herkömmlichen Transportcontainers bauen, sodass selbst ein mobiler Einsatz möglich wäre, sozusagen als atomares Notstromaggregat mit etwa acht Megawatt Leistung. Nachdem bereits mehrere Milliarden D-Mark aus Steuergeldern in die Erforschung dieses vielversprechenden Reaktortyps investiert worden waren, wurde die Entwicklung in Deutschland allein aufgrund des politischen Drucks der Anti-AKW-Bewegung im Jahr 1988 eingestellt. Joschka Fischer kommentierte die Stilllegung mit den

dummdreisten Worten: *»Der THTR war die >deutsche Reaktorlinie<, wie man ihn immer ganz stolz bezeichnete, da er eine rein deutsche Erfindung ist und weltweit eben bisher nur in Hamm-Uentrop existierte. (...) Aus die Maus mit der >deutschen Reaktorlinie<.«*[133] Deutschland hatte den Hochtemperaturreaktor zwar entwickelt, bezahlt und ungenutzt stillgelegt, jedoch gab die chinesische Regierung im Jahre 2003 bekannt, neben anderen Kernkraftwerken in den folgenden 17 Jahren auch 30 Hochtemperaturreaktoren errichten zu wollen. Als der chinesische Botschafter gefragt wurde, ob deutsche Ingenieure dabei zum Zuge kämen, antwortete er: *»Früher waren wir daran sehr interessiert. Aber weil Deutschland inzwischen nicht mehr so auf die Nutzung dieser Technik setzt, werden wir auf diesem Gebiet wohl mehr mit anderen Ländern zusammenarbeiten*[134] Das Schicksal des deutschen Hochtemperturreaktors ist lediglich ein Beispiel in einer endlosen Liste von Schäden, die der ökobewegte Irrsinn dem deutschen Volk bereits zugefügt hat und weiter zufügen wird. Wenn man die Kernenergie vernünftig weiterentwickelt und ausgebaut hätte, dann würde sie nicht nur eine umweltfreundliche, sondern auch eine sehr kostengünstige Energiequelle für die Zukunft darstellen. Außerdem wäre Deutschland dann nicht mehr von ausländischen Energieimporten abhängig. Tatsächlich war vor dem Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland und den USA sogar bereits die Rede von einer zukünftig kostenlosen Energieversorgung. Leider ist es der Ökobewegung zum Vorteil Moskaus gelungen, dies zu verhindern, sodass Deutschland inzwischen energiepolitisch erpressbar geworden ist. Mehr noch, der Ausstieg aus der Atomkraft und die planwirtschaftliche Förderung von Windrädern und Solardächern hat die Energiekosten schon so weit verteuert, dass gegenwärtig bereits alle Voraussetzungen erfüllt sind, die den grün-roten Systemveränderern mittelfristig den Aufbau einer ökosozialistischen Gesellschaft ermöglichen werden. Erinnern wir uns an die eingangs zitierte Aussage des Ex-Kommunisten Jürgen Trittin, Energie sei die

Basis fast jeder Wertschöpfung. Das stimmt, Energie ist tatsächlich die Basis fast jeder Wertschöpfung, was im Umkehrschluss bedeutet, dass ohne Energie keine Wertschöpfung oder mit wenig Energie nur wenig Wertschöpfung stattfindet. Wie jeder weiß, der sich in der kommunistischen Strategie auskennt, gibt es ohne eine künstliche Verknappung keinen Vorwand zur planwirtschaftlichen Regulierung, zur sozialistischen Umverteilung und zur revolutionären Enteignung. Dank der Ökobewegung verfügt Deutschland im Jahre 2008 zwar nicht über billige Energie im Überfluss, aber dafür über eine riesige Menge staatlich bezuschusster, lächerlich ineffizienter Windräder und Solardächer. Anders als die Ökobewegung und die grüne Partei dem deutschen Steuerzahler weismachen möchten, lässt sich die Energieversorgung Deutschlands weder mit Solar- noch mit Windkraftwerken sicherstellen. Eine simple Rechnung zeigt, dass die Sonneneinstrahlung hierzulande viel zu gering ist, um eine Investition in großflächige Solaranlagen zu rechtfertigen. Lassen wir hierzu den Naturwissenschaftler Heinz Hug zu Wort kommen: *»Rechnet man die jährliche Energieproduktion einer Solaranlage auf ihre potenzielle Volllast um, so kommt eine typische Photovoltaikanlage gerade einmal auf800 Volllastbenutzungsstunden. Zur Erinnerung: Ein Jahr hat 8760 Stunden. Für die Komplettstromversorgung Deutschlands mittels Photovoltaik benötigte man eine Fläche von der Größe Schleswig-Holsteins (7000 Quadratkilometer). Wegen der durchschnittlichen nur 15-prozentigen Verfügbarkeit der Sonneneinstrahlung müssten zur Speicherung 8 000 000 000 Tonnen übliche Bleibatterien bereitgestellt werden, die, in einer Schicht aufgestellt, die Fläche von Nordrhein-Westfalen überdeckten. Zur Herstellung der Akkus wäre, nebenbei bemerkt, das 1,6-fache der jährlichen Weltbleiproduktion notwendig. Alternativ zu Bleibatterien könnten auch 20 000 Edertalsperren errichtet werden. Damit wäre der Klimaschutz tatsächlich >ein Markt ungeahnter Größe< - für die Hersteller von Bleibatterien und für Tiefbauunternehmen. Die erforderlichen Talsperren würden übrigens die gesamte Fläche der alten Bundesländ-*

der überdecken. «[135] Auch die von Ex-Bundesminister Jürgen Trittin geförderte Windenergie gibt nicht genug her, um damit einen nennenswerten Anteil des deutschen Strombedarfs zu sichern, denn Windräder laufen durchschnittlich nur an 77 Tagen im Jahr bei Volllast, während sie rechnerisch das restliche Jahr über stillstehen. Selbst in Gegenden mit viel Wind steht einer stark schwankenden Leistung ein mehr oder weniger konstanter Energiebedarf gegenüber, sodass im Hintergrund ständig konventionelle Kraftwerke als Regelenergie mitlaufen müssen, um bei schwachem Wind die fehlende Leistung zu ergänzen. Frischt der Wind dann wieder auf, müssen die konventionellen Kraftwerke sofort vom Netz genommen werden, wobei ihr Wasserdampf sinn- und nutzlos in die Atmosphäre geblasen wird. Das heißt, beim Betrieb der Windräder wird keine konventionell erzeugte Energie gespart, sondern sie wird verschwendet. *»Weil die tatsächliche Windkraftleistung nur 14 bis 20 Prozent der Nennleistung beträgt«,* erklärt Heinz Hug, *»müssen für ein Megawatt Windenergie 0,9 Megawatt als Regelenergie am Netz bleiben. Bei deutschlandweit 12 000 Megawatt Windkraft sind folglich 10800 Megawatt Regelenergie notwendig. Somit bleiben im Idealfall maximal 1200 Megawatt als Leistung sämtlicher Windräder übrig und nicht 12 000 Megawatt, wie Trittin behauptete! Bleibt als einzige Schlussfolgerung: Windräder sind eine Hobbyenergie, mit der Nachhaltigkeitspolitiker die Wirtschaft nachhaltig an die Wandfahren.«*[136] Und genau dafür hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem neuen Naturschutzgesetz, das den Ausbau der Windkraft am gesamten Stromverbrauch auf mindestens 25 Prozent festgelegt hat, eine sichere Rechtsgrundlage geschaffen! Solche Maßnahmen kommen einer vorsätzlichen Sabotage der deutschen Wirtschaft gleich, denn die Folge sind nicht nur steigende Strompreise, sondern es kann auch direkt zu Engpässen in der Energieversorgung, also zu Stromausfällen, führen. Oder sollte man besser von Stromrationierungen sprechen, so wie sie auch aus anderen planwirtschaftlichen Staaten wie Nordkorea oder China bekannt sind? Vor genau einer solchen

Situation, also vor Netzzusammenbrüchen und Stromausfällen, warnen nicht nur die deutschen Stromkonzerne, sondern inzwischen auch der Leiter der Bundesnetzagentur. Besonders in den Sommermonaten wachse die Gefahr von Engpässen in der Stromversorgung.[137] Das Problem der stark schwankenden Energieausbeute aus Wind- und Sonnenkraftwerken ist der Ökobewegung natürlich bekannt. Als ständig bereitzuhaltender Regelenergiequelle werden von ihr keine Kohle- oder Braunkohlekraftwerke bevorzugt, denn diese seien ja besonders umweltschädlich. Stattdessen sollen Gaskraftwerke im Regelfall einspringen, um einen Netzzusammenbruch zu verhindern. Würde man jedoch einen drohenden Stromausfall von Kraftwerken abhängig machen, die ihr Gas ohne große Möglichkeiten der Zwischenspeicherung hauptsächlich direkt aus Russland beziehen, dann bedeutet das, dem Kreml den Schalter in die Hand zu geben, mit dem er in Deutschland jederzeit den Strom abschalten kann.

Festzuhalten bleibt also, dass von zu Ende gehenden Energieressourcen keine Rede sein kann, richtig nutzbar gemacht und richtig eingesetzt, wäre alles im Überfluss vorhanden. Ohne Weiteres könnte man auf die planwirtschaftliche Energierationierung und **-Zuteilung,** wie sie de facto durch das Kyoto-Protokoll realisiert wird, verzichten. Die gegenwärtig tatsächlich stattfindende Energieverteuerung und -Verknappung wird unter dem Deckmantel des Umweltschutzes erst künstlich erzeugt, und zwar zu rein politischen, das heißt zu gesellschaftsrelevanten, revolutionären Zwecken.

Der grüne Generalsekretär der KPdSU

»Die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision der Beziehungen zwischen dem Menschen und dem Planeten, auf dem er lebt, drang in unser Leben mit Tschernobyl, mit saurem Regen, mit der Erschöpfung der Ozonschicht, mit dem Treibhauseffekt, mit dem Waldsterben und dem Mangel an Süßwasser ein.«[138]
Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär,
am 22. Mai 1990

Nachdem die 68er-Bewegung im Verlauf der 1970er-Jahre ihr kommunistisches Erscheinungsbild abgelegt und sich zu Beginn der 1980er-Jahre in Gestalt der grünen Partei erfolgreich als politische Kraft etabliert hatte, vollzog sich unter dem Begriff der »Perestroika« eine ähnliche Transformation auch im Ostblock, wo aus dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, innerhalb weniger Jahre ein Umweltschützer wurde, der sich anschickte, die nationale rote Revolution der Sowjetunion unter grünem Deckmantel international auszuweiten. Während sich Gorbatschow im Jahre 1990 mit den Worten *»Ich bin jetzt, so wie ich es immer war, ein überzeugter Kommunist«* noch offen und eindeutig zum Kommunismus bekannt hatte, beantwortete er die Frage nach seinen aktuellen politischen Aktivitäten im November 1993 wie folgt: *»Ich verstecke mich nicht im Unterholz. Ich habe eine andere politische Rolle übernommen (...) Ich habe die Verbindung mit der Vergangenheit nicht aufgegeben (...) Ich arbeite an denselben Problemen wie vorher — an Neuem Denken und internationalen Beziehungen.«*[139] Dieser merkwürdige Wandel bei der gleichzeitig betonten Kontinuität verlangt eine Erklärung. Zwar ist im Westen die Vorstellung weit verbreitet, Gorbatschow habe mit der von ihm initiierten Perestroika den Kommunismus abge-

schafft, doch ist dies ein Irrtum, wie bereits die wörtliche Übersetzung des Begriffs erkennen lässt, denn Perestroika bedeutet schlicht Umgestaltung oder Umstrukturierung. Gorbatschow hielt dies im Mai 1987 ausdrücklich fest: *»In der bürgerlichen Presse wird der sich bei uns vollziehende Prozess der Demokratisierung falsch ausgelegt. Es ist erkennbar, dass mancher seine Leser und Zuhörer sehr gerne davon überzeugen möchte, dass man in der Sowjetunion die Absicht habe, sich zu guter Letzt jener Demokratie zu nähern, die im Westen herrscht. Ich würde sagen, es ist genau umgekehrt,* (sic!) *Wir entwickeln das ursprüngliche Wesen der Leninschen Prinzipien der sowjetischen sozialistischen Demokratie unter Berücksichtigung des angehäuften politischen und kulturellen Potenzials der sowjetischen Gesellschaft und des Volkes weiter. Die sozialistische Demokratie ist unser Ziel, ist Voraussetzung und ein mächtiges Instrument der Umgestaltung gleichermaßen. «*[140] Im Zuge der Perestroika wurde der Kommunismus also nicht abgeschafft, sondern er wurde einer Umgestaltung seiner Methodik unterzogen, die zwar zum Verlust seines stalinistischen Erscheinungsbilds führte und ihm stattdessen einen demokratischen Anschein verlieh, an seiner Zielsetzung jedoch nicht das Geringste änderte. Genau dieser Sachverhalt wurde von Gorbatschow in seinem Buch *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt* im selben Jahr erneut eindeutig klargestellt: *»Das Wesen der Perestroika liegt ja gerade darin, (...) dass sie die Leninsche Konzeption zum Aufbau des Sozialismus in Theorie und Praxis wieder voll zum Tragen bringt. (...) Die Perestroika ist ein revolutionärer Prozess, denn es handelt sich um einen Sprung nach vorn in der Entwicklung des Sozialismus, bei der Durchsetzung seiner Wesensmerkmale. (...) Vom Erfolg der Perestroika hängt das Schicksal des Sozialismus, hängt das Schicksal der Welt ab.«*[141] Also auch wenn sich die Vorgehensweise geändert hatte, sollte sie dennoch, wie Gorbatschow wenige Monate später nochmals ausdrücklich festhielt, zum selben alten Ziel führen: *»Im Oktober 1917 brachen wir aus der alten Welt aus, lehnten wir sie endgültig ab. Wir gehen einer*

neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir nie abweichen!« [142]

Aufmerksame Leser werden bereits erkannt haben, dass sich hinter dem Begriff Perestroika genau jene umfassende gesellschaftliche Umgestaltung verbirgt, die Andrei Sacharow schon 1968 formuliert hatte. Spätestens beim Vergleich mit Sacharows Thesen wird auch deutlich, dass die Perestroika niemals so angelegt war, dass sie auf den Ostblock begrenzt sein würde. Vielmehr sollten auch die westlichen Staaten einer gesellschaftlichen Umgestaltung unterzogen werden, die ihren Höhepunkt in einer internationalen Konvergenz zu sozialistischen Bedingungen finden würde. Laut Sacharow würde die Perestroika im Osten zu einer inneren Liberalisierung, zu einer *»Stärkung der Demokratie«,* zu *» Wirtschaftsreformen«* und zur *»Festigung des Kurses einer Weltzusammenarbeit«* führen.[143] Alle diese Punkte wurden von Gorbatschow ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre realisiert. Gleichzeitig käme es im Westen zu einem *»Sieg des linken, reformistischen Flügels der Bourgeoisie, der in seiner Tätigkeit das Programm der Annäherung (>Konvergenz<) an den Sozialismus annimmt, das heißt das Programm sozialer Reformen, friedlicher Koexistenz und der Zusammenarbeit mit dem Sozialismus in weltumfassendem Maßstab und einer Änderung der Eigentumsstruktur. «*[144] Diese *»sozialistische Konvergenz führt«,* laut Sacharow, *»zur Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur, (...) zur Schaffung einer Weltregierung und zum Ausgleich nationaler Widersprüche«* bei gleichzeitiger *»Rettung des >armen< Teiles der Welt«* durch die Einführung einer *»Steuer von 20 Prozent«,* mit der das nationale Einkommen der entwickelten Länder in die Dritte Welt umverteilt wird.[145] Spätestens an dieser Stelle wird der Verdacht zur Gewissheit, welches Ziel die seit Beginn der 1990er-Jahre hochkochende Klimaschutzhysterie in Wahrheit verfolgt. Es geht nicht um den Schutz der Natur, sondern um den Aufbau einer Weltregierung, um die Abschaffung der Nationalstaaten, um die Enteignung des Westens und um die internationale sozia-

listische Umverteilung seines Wohlstands. Auch wird deutlich, welche Rolle die umweltbewegten linken Parteien des Westens in dieser Strategie spielen: Sie sollen die nationale Souveränität ihrer Staaten freiwillig an die neu entstehende Weltregierung abtreten und so den friedlichen Aufbau des Weltkommunismus ermöglichen. Offensichtlich war es exakt diese Entwicklung, die Gorbatschow im Sinn hatte, als er 1993 davon sprach, dass er an denselben Problemen arbeite wie zuvor, an *»Neuem Denken und internationalen Beziehungen«*. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, was Gorbatschow damit meinte, als er sagte, dass er mit der Perestroika die *»Leninsche Auffassung vom Sozialismus«* wiederherstellen wollte.[146] Mittels der Perestroika ging es nicht nur darum, den Kommunismus, wie von Lenin gefordert, in internationalem Rahmen zu errichten anstatt nach stalinistischem Muster in nationalem Rahmen, sondern auch darum, für seine Errichtung leninistische Methoden zu verwenden, nämlich *»zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit«* zu greifen.[147] Wie Sie sehen, verehrter Leser, steht die moderne Ökobewegung in direkter leninistischer Tradition, und sie ist Teil der weltweiten gesellschaftlichen Umgestaltung, die bereits seit 1956 geplant war und im Februar 1986 auf dem 27. Parteikongress zur offiziellen Doktrin der KPdSU wurde.

Wenige Wochen nach diesem Parteikongress explodierte der Atomreaktor in Tschernobyl, doch statt die Öffentlichkeit über den Super-GAU zu informieren, bewahrte der KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow drei Wochen lang strengstes Stillschweigen und sprach nach den ersten westlichen Medienberichten über erhöhte Strahlungswerte, die auf eine Nuklearkatastrophe in der Sowjetunion zurückgeführt wurden, sogar von einer antisowjetischen Kampagne. Doch dieses Verhalten, das jedem westlichen Politiker die Karriere gekostet und vermutlich weitere Konsequenzen nach sich gezogen hätte, schadete Gorbatschows neuem Image als international renommierter Umweltschützer nicht im

Geringsten. Schon ein Jahr nach der vertuschten Reaktorkatastrophe sprach Gorbatschow plötzlich davon, unter der Bezeichnung »Grünes Kreuz« eine internationale Umweltschutzorganisation zu gründen.[148] Im Januar 1990 konkretisierte er diese Forderung und regte die Gründung einer internationalen Umweltpolizei an, einer Art »grüner UNO-Helme«, die die Sowjetunion mit Wissenschaftlern und Spezialisten unterstützen und finanzieren würde.[149] Zwei Jahre später, nachdem Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurückgetreten war, gründete er mit einer Anzahl seiner engsten Mitarbeiter, von denen nicht wenige aus der internationalen Abteilung der KPdSU stammten, die seinen Namen tragende Gorbatschow-Stiftung und anschließend die Organisation *Green Cross International,* als deren Präsident er seither fungiert.[150] Gerade so, als sei sein *»gesamtes früheres Leben eine Vorbereitung darauf gewesen«,* ist es das Ziel dieser Organisation, mit der sogenannten »Erd-Charta« eine weltweite Umstrukturierung der Werte herbeizuführen und eine *»nachhaltige, globale Gemeinschaft«* aufzubauen, was offenbar die moderne leninistische Bezeichnung für den Weltkommunismus ist.[151]

Seit dem Beginn der Perestroika untermauert Gorbatschow seine Forderung nach globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit mit denselben Phrasen, die bereits seit Jahrzehnten auch von der westlichen Ökobewegung vorgebracht werden. In seinen Reden und Veröffentlichungen spielt die angebliche Bedrohung der Umwelt durch Waldsterben, Ozonloch und Treibhauseffekt eine ebenso große Rolle wie das Elend der Dritten Welt, für das Gorbatschow dem amerikanischen *»Imperialismus«* mit seinen *»kolonialen Raubpraktiken«* die Schuld gibt.[1] Es sei der *»wichtigste Faktor des Weltfortschritts (...) und der revolutionären Umgestaltung«,* dieses Elend durch eine *»neue internationale Wirtschaftsordnung«* zu überwinden.[153] Seine Vorstellung, wie dies zu bewerkstelligen sei, nämlich dadurch, dass ein *»Teil der gewaltigen Summen, die die entwickelten Länder für das Wettrüsten ausgegeben hatten«,* in die Dritte Welt transferiert würde, spiegelt die Forde-

rungen Andrei Sacharows nach einem friedlichen Hinübergleiten in den Weltsozialismus wider.[154]

Genau wie Sacharow verband und verbindet Gorbatschow die Probleme des Umweltschutzes mit der Forderung nach einer Internationalisierung der Politik, so zum Beispiel im Januar 1990, als er sagte: *»Die ökologische Krise, die wir erleben, ist der überzeugende, wenn auch tragische Beweis dafür, dass die Welt tatsächlich zusammenhängend und wechselseitig abhängig ist. (...) Daraus folgt aber, dass eine entsprechende internationale Politik auch im Bereich der Ökologie nötig ist. Nur bei einer solchen Politik, nur gemeinsam können wir die Tragödie verhüten. Die Ausarbeitung einer solchen Politik wirft natürlich ungewöhnliche und keineswegs einfache Fragen auf, die zuweilen staatliche Souveränität berühren.«* [155] Es liegt auf der Hand, dass eine internationalisierte Politik die staatliche Souveränität nicht nur berührt, sondern sie begrenzt und schließlich völlig aufhebt. Bereits im Juni 1988 hatte Gorbatschow dieses Thema angesprochen und damit bereits jene Entwicklung vorweggenommen, die seit den 1990er-Jahren als Globalisierung bezeichnet wird: *»Der Internationalisierung der Wirtschaft, ja des gesamten gesellschaftlichen Lebens können wir nicht ausweichen. Und jegliches Streben nach nationaler Abgeschlossenheit kann nur zu ökonomischer und geistiger Verkümmerung fuhren. Unser Herangehen, das sozialistische Herangehen, ist anders: Wir setzen uns dafür ein, dass ein Mensch beliebiger Nationalität in jeder beliebigen Region wirklich gleichberechtigt ist, dass er überall seine Rechte und legitimen Interessen wahrnehmen kann.«* [156] Offenbar steckt selbst hinter der Globalisierung der Wirtschaft, die gegenwärtig mit einem überhandnehmenden Turbokapitalismus gleichgesetzt wird, in Wahrheit marxistisch-dialektisches Kalkül. Denn bereits im Jahre 1848 hatte Karl Marx geäußert: *»Aber im Allgemeinen ist heutzutage das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die bisherigen Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleu-*

nigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel.«[157] Offensichtlich bestimmen marxistisch-leninistische Strategeme sowohl in Form der wirtschaftlichen als auch der politischen Globalisierung die Weltpolitik der vergangenen beiden Jahrzehnte in weitaus stärkerem Maße als konservative Ideen. Auch die nachfolgende Aussage Gorbatschows vom September 1987 belegt, dass die gegenwärtige internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik bereits Jahre zuvor in der Sowjetunion vorgedacht wurde: *»Die Probleme der ökologischen Sicherheit betreffen alle, unabhängig von Armut oder Reichtum. Notwendig sind eine globale Strategie für den Umweltschutz und die rationelle Nutzung der Ressourcen. Und wir schlagen auch vor, ihre Ausarbeitung im Rahmen eines UNO-Spezialprogramms in Angriff zu nehmen. Die Staaten tauschen bereits entsprechende Informationen aus und informieren internationale Organisationen. Wir meinen, dass dieses Verfahren für rechtsverbindlich erklärt und das Prinzip der jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes sowie über ökologische Vorfälle beziehungsweise deren Verhinderung auf dem Territorium ihrer Länder eingeführt werden sollte. Die Notwendigkeit der Eröffnung einer gemeinsamen Front der wirtschaftlichen und ökologischen Sicherheit zu erkennen und mit ihrer Formulierung zu beginnen bedeutet, die Zeitzünderbombe zu entschärfen, die die Geschichte, die Menschen selbst ins Fundament des Bestandes der ganzen Menschheit gelegt haben. «*[158]

In Kenntnis des marxistischen Verständnisses von gesellschaftsrelevanter Wissenschaft und in Anbetracht des Einflusses, den die Klimaforschung gegenwärtig auf die Entwicklung der Weltpolitik ausübt, gewinnen die Worte Gorbatschows vom Juli 1986 eine völlig neue Bedeutung: *»Es ist erforderlich, dass Politik und Wissenschaft heute wie nie zuvor zusammenarbeiten. Heutzutage darf es keine Wissenschaft geben, die nicht begreift, welche politischen Folgen diese oder jene ihrer Entdeckungen und Erkenntnisse haben können. Es darf auch keine Politik geben, die sich nicht auf die*

Errungenschaften der Wissenschaft, auf ihre strenge Analyse, objektiven Einschätzungen und Prognosen stützt.«[159] Wer fühlt sich bei dieser Aussage nicht zwangsläufig an die politische Einflussnahme der Kiima-Alarmisten auf die Regierungen und umgekehrt, an die finanzielle Förderung dieser Klima-Alarmisten durch die Politik, erinnert? Selbst die beispiellose Medienkampagne, mit der die Öffentlichkeit gegenwärtig dazu erzogen wird, an den Treibhauseffekt und die Klimakatastrophe zu glauben, hat Michail Gorbatschow schon seit Jahren explizit gefordert: *»Die Massenmedien müssen eine entscheidende Rolle bei der Ökologisierung des Bewusstseins spielen, wenn es darum geht, besonnene Verbraucher heranzuziehen, die bereit sind, sich Beschränkungen aufzuerlegen, um die Biosphäre zu schützen und letztlich das Leben auf der Erde zu retten.«*[160] Diese *»ökologische Unterweisung«* soll, so Gorbatschow, *»bereits auf der Schulbank beginnen und sich ein Leben lang fortsetzen«*[161]. Die angeblichen ökologischen Bedrohungen sind für Gorbatschow der Beweis dafür, dass *»alle Staaten wechselseitig voneinander abhängig«* seien, weshalb die Welt eine gestärkte UNO brauche, deren *»Autorität unanfechtbar«* sein müsse.[162] Daher forderte er, *»dem UN-Sicherheitsrat auf diesem Gebiet Vollmacht zu erteilen«* und *»das UNO-Programm über die Umwelt zur Grundlage einer vollwertigen Weltorganisation zu machen«*[163]. Darauf aufbauend fährt er fort: *»Zahlreiche bereits bestehende internationale Konventionen könnten vereinheitlicht und ihre Umsetzung kontrolliert werden. Und die UNO könnte auch effektiven Druck auf jene Länder ausüben, die die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Abkommen, Konventionen und Protokolle über Abrüstung, Klimaveränderungen, biologische Vielfalt, Versteppung und Wasserreserven allzu lange aufschieben. Eine andere Idee, zu deren Verwirklichung ich unermüdlich aufrufe, besteht darin, nach dem Vorbild des Menschenrechtstribunals in Den Haag einen Internationalen Ökologischen Gerichtshof zu gründen, der einerseits Schiedsfunktionen wahrnehmen und andererseits sowohl Länder als auch Privatunternehmen verurteilen könnte, die der Umwelt und der*

Bevölkerung Schaden zugefügt haben.« In Gorbatschows Vorstellung sollen also internationale Umweltschutzabkommen, wie etwa das Montreal-Abkommen oder das Kyoto-Protokoll, den Grundstein einer handlungsfähigen UNO-Weltregierung legen, die die einstmals souveränen Nationalstaaten zu regionalen Verwaltungshelfern degradieren und gleichsam die nationale Rechtsprechung einer internationalen Gesetzgebung unterordnen würde. Damit könnte jedes Land und jedes private Industrieunternehmen, das sich nicht an die willkürlich festgelegten $C0_2$-Emissionsquoten der UNO-Umweltbehörde hält, fortan direkt von der UNO bestraft werden, was nichts anderes bedeutet, als dass das privatwirtschaftliche Unternehmertum endgültig abgeschafft und unter Strafandrohung einer internationalen planwirtschaftlichen Kontrolle unterworfen wäre. Doch damit nicht genug, Gorbatschow fordert nicht nur die internationale Einführung der Planwirtschaft, sondern damit verbunden auch die Einführung staatlicher Preiskontrollen, eben so, wie es im Kommunismus üblich ist. Der heutige Markt ignoriere, so führt er aus, die angeblich durch die westliche *»Konsumgesellschaft«* entstehenden Umweltschäden, weshalb er sich dafür einsetzt, *»die Kosten für gegenwärtige und künftige Umweltschäden, die durch Waren oder Dienstleistungen angerichtet werden, in deren Preis einfließen zu lassen«*[150]. Was nichts anderes heißt, als dass die von ihm angestrebte Weltregierung insbesondere in den westlichen Staaten willkürlich eine allgemeine Verteuerung und einen geringeren Lebensstandard festlegen würde, denn wir *»müssen bescheidener werden«*[166] *»Die Neuorientierung des Konsums nach der Einführung realistischerer Waren- und Dienstleistungspreise«* würde, so gibt Gorbatschow zu, *»in einigen Bereichen zu einem wirtschaftlichen Abschwung führen, doch dafür schafft sie Arbeitsplätze in anderen. Die Entstehung neuer, ökologisch unbedenklicher Industriezweige, die sich rasch entwickelnde Recyclingbranche für Industrie- und Haushaltsrückstände sowie die Einrichtung von Naturschutzgebieten und der damit verbundene Ökotourismus erfordern eine große Zahl von Arbeitskräf-*

ten.«[167] Wie Sie sehen, verehrter Leser, liegt Gorbatschow damit exakt auf derselben Linie wie der frühere grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin, der die deutschen Landwirte zu Naturschutzgärtnern oder Ökotourismusveranstaltern machen möchte und sich gleichsam für die Einführung von Preisen ausspricht, *»die alle ökologischen und sozialen Kosten spiegeln«*[168]. Auch der frühere grüne Bundesaußenminister Joschka Fischer vertritt diese Position, denn er ist der Ansicht, dass es dem *»Wirtschaftsgut Umwelt«* besser ginge, *»wenn seine Nutzung, Schädigung oder gar Zerstörung in realen Preisen ausgedrückt und erbarmungslos in harter Währung beigetrieben würde«* [169] Jedoch sollte man, um die Rangordnung unter Exkommunisten einzuhalten, natürlich besser sagen, dass das ehemalige Mitglied im Kommunistischen Bund Jürgen Trittin und der frühere »Revolutionäre Kämpfer« Joschka Fischer mit dieser Forderung auf der Linie des ehemaligen KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow liegen.

Grünfront marschiert ...

»Alle Kämpfe, die wir fuhren, sind immer Kämpfe um das Bewusstsein von Menschen.«[170]
Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Grünen, 1991

» Wir brauchen eine planetarisch-ökologische Bewusstseinsrevolution. «[170]
Michail Gorbatschow, 2007

Unbestritten konnte die Weltrevolution unter ihrer grünen Tarnung bis heute weitaus größere Erfolge erringen, als es jemals

unter dem alten klassenkämpferischen Ansatz möglich gewesen wäre. Ohne die ökologische Tarnung der grünen Partei wäre ein Polizisten verprügelnder Straßenrevolutionär ohne Schulabschluss wie Joschka Fischer niemals deutscher Außenminister geworden, genauso wenig hätte es das K-Gruppen-Mitglied Jürgen Trittin bis ins Amt des Bundesumweltministers geschafft. Übrigens würde es dieses Ministerium ohne den Zwischenfall von Tschernobyl gar nicht geben, denn es wurde erst als Reaktion auf diese Katastrophe gegründet. Darüber hinaus wären der grünen Partei ohne die zahlreichen Medienkampagnen namens »Waldsterben«, »Ozonloch« und »Treibhauseffekt« auch niemals der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und damit der Einzug in einen Land- oder Bundestag gelungen. Nun würde es den Rahmen dieses Buches sprengen, an dieser Stelle ausführlich darzustellen, wie es sein kann, dass die deutschen Massenmedien ihre Konsumenten über Jahrzehnte hinweg mit wissenschaftlich längst widerlegten Ökoschreckgespenstern belügen und in die Arme einer Politik treiben konnten, die alles andere als die Interessen des deutschen Volkes verfolgt. Allein mit der Tatsache, dass die Universitäten und die Massenmedien mit kommunistischen Agenten und Alt-68ern durchsetzt sind, lässt sich dies nämlich nicht erschöpfend erklären, wenn auch dieser Personenkreis zweifellos eine bedeutende Rolle in der Verbreitung der Ökohysterie gespielt hat. Berücksichtigt werden muss auch der direkte Einfluss der internationalen Hochfinanz, denn diese betrieb die ökologistische Irreführung der westlichen Öffentlichkeit im perfekten Gleichklang mit den Interessenvertretern Moskaus. Das Ergebnis dieser über Jahrzehnte andauernden Irreführung der Öffentlichkeit ist die Entstehung einer breiten, aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen zusammengesetzten Ökobewegung, die hauptsächlich aus idealistischen und gutgläubigen Mitläufern besteht, die von einem aus Berufsrevolutionären bestehenden harten Führungskern politisch missbraucht werden. Tatsächlich ist die moderne Ökobewegung nichts weiter als eine jener typischen Volks-

fronten, derer sich die Marxisten historisch stets bedienten, wenn sie selbst bei einem offenem Auftreten nicht mehrheitsfähig wären. Dieser Sachverhalt hört sich in Joschka Fischers Worten wie folgt an: *»Die Herausforderung und Aufgabe der Umwandlung des Industriesystems in eine ökologische Gesellschaft ist gewaltig, und deshalb wird eine Politik des ökologischen Umbaus überall dort das Bündnis mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen suchen müssen, quer zu den alten Fronten des Klassenkampfes, wo diese Interessen mit ihrem ganzen Schwergewicht zugunsten der Umwelterhaltung zu wirken vermögen.«*[172] In die so entstandene Grünfront reihen sich Kirchen und Gewerkschaften ebenso nahtlos ein wie Bürgerinitiativen und Tierschutzgruppen, die zwar zweifellos edle Ziele zu verfolgen glauben, jedoch nicht verstanden haben, dass es bei der Umgestaltung des westlichen Gesellschaftssystems um die Errichtung einer sozialistischen Neuen Weltordnung geht, in der nicht nur die industrielle Produktion, sondern letztlich alle menschlichen Lebensbereiche vom Weltstaat kommandowirtschaftlich durchorganisiert werden. Statt die wahre kommunistische Natur dieser Umgestaltung offen beim Namen zu nennen, ist in der öffentlichen Diskussion stets von »Nachhaltigkeit«, »Suffizienz« und »Gerechtigkeit« die Rede, ohne dass die Bedeutung dieser Begriffe je näher definiert werden würde. Offen ausgedrückt steht der Begriff »Nachhaltigkeit« für den planwirtschaftlichen Charakter jener gesellschaftlichen Umgestaltung, während »Suffizienz« die Senkung des westlichen Lebensstandard bedeutet und »globale Gerechtigkeit« die internationale Umverteilung des dann noch verbleibenden Wohlstands meint.

»Nachhaltigkeit sollte den Kapitalismus als Gesellschaftsmodell ablösen!«[173]
Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

Nach dem Willen des langjährigen grünen Spitzenkandidaten Joschka Fischer sind Staat und Regierung so umzugestalten, dass ihr gesamtes Handeln, insbesondere in den Bereichen *»Wirtschaft, Finanzen, Energie, Verkehr, Forschung, Wohnungsbau und Gesundheit«,* dem Geschäftsbereich Umwelt untergeordnet wird, das heißt dass das Umweltressort damit zum mächtigsten Ministerium innerhalb einer Regierung werden würde.[174] Der Umweltminister sei darüber hinaus mit einem absoluten Veto-Recht zu versehen, sodass keine Beschlüsse der Regierung ohne seine Zustimmung umgesetzt werden könnten. Denselben Ansatz vertritt auch Jürgen Trittin, der forderte, dass *»die Wirtschafts-, die Verkehrs-, Bau- und Energiepolitiker (...) künftig bei all ihren Konzepten nachweisen«* müssten, *»dass sie zum Erhalt der globalen natürlichen Lebensgrundlagen beitragen oder sie zumindest nicht gefährden. Oberstes Ziel für Verkehrs-, Bau-, Energie-, Agrar- und Wirtschaftspolitik muss es werden, eine ressourcensparendere Lebensweise zu fördern«*,[175] Damit würde das Umweltministerium zur obersten Planbehörde innerhalb einer Regierung, ähnlich der Staatlichen Plankommission in der DDR, die *»absolute Obergrenzen für den Verbrauch endlicher Ressourcen«* festlegt und diese auf die verschiedenen Sektoren Wirtschaft, Verkehr und private Haushalte aufteilt.[176] Trittin betont ausdrücklich, dass diese Obergrenzen *»niedrig«* zu sein hätten und *»noch niedriger werden«* müssten.[177]

Unter den verschiedenen Geschäftsbereichen nimmt vor allem die Energiepolitik eine herausragende Rolle ein. Diese gehöre, so Fischer, *»ganz sicher«* zur Umweltpolitik, *»denn an ihr entscheidet*

sich das Schicksal eines ökologischen Umbaus[178]. Fischer sieht in der Energiepolitik den Dreh- und Angelpunkt für die Umgestaltung der westlichen Industriegesellschaft. Denn von der Energiefrage, *»von einem rationellen, die Energieumwandlung verknappenden, umweltgerechten Energiesystem wird auch der entscheidende kulturelle Impuls ausgehen, der das Verhalten der Menschen und der Gesellschaft und ihrer verschiedenen Subsysteme grundsätzlich verändern wird«*[179]. Die Verknappung der Energieversorgung würde zu einer *»ökologischen«* Umgestaltung der Industriegesellschaften führen, die auch einen *»kulturellen Umbruch«* bzw. eine *»ökologische Kulturrevolution«* erzwänge, die *»die Gesellschaft mindestens ebenso sehr verändern«* würde, wie es die auf *»Billigenergie«* basierende *»spätkapitalistische Konsumgesellschaft in den westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg getan«* habe.[180] Diese Aussagen stammen aus dem Jahre 1989, das heißt, schon damals sprach Fischer von jener vorsätzlichen Energieverknappung und **-Ver**teuerung, die seit dem Jahre 2000 unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit und der Förderung erneuerbarer Energien bundespolitisch betrieben wird. Die parallel dazu eingeführten »Emissionsrechte« stellen darüber hinaus eine willkürliche Energierationierung durch den Staat dar, sodass das Umweltministerium klammheimlich bereits planwirtschaftliche Funktionen übernommen hat. Mit der so gewonnenen Macht kann nun die »Suffizienz« erzwungen werden, also die planmäßige Beschneidung der wirtschaftlichen Prosperität.

Wie Sie sehen, verehrter Leser, geben die Spitzenpolitiker der Grünen offen zu, dass es ihre Absicht ist, dem deutschen Volk die Grundlage seines Wohlstands zu entziehen, den es sich nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere während der Wirtschaftswunderjahre, aus eigener Kraft erarbeitet hat. Statt sich dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, wie es gegebenenfalls ihr Amtseid von ihnen verlangen würde, handeln sie entgegengesetzt zu den Interessen ihres Volkes und werden dafür noch mit fürstlichen

Bezügen belohnt, die der Steuerzahler immer mühsamer erwirtschaften muss.

... in die »Suffizienz«

Was daraus folgt, wenn man die Energie willkürlich verteuert und rationiert und die industrielle Produktion noch zusätzlich und ebenso willkürlich durch unnötige Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umweltauflagen gängelt, liegt auf der Hand. Anders als es sich manch linker Traumtänzer vorstellt, der den Unternehmern pauschal irrwitzige Gewinne auf Kosten der kleinen Leute unterstellt, kann man die Wirtschaft nicht willkürlich belasten, ohne dass jeder einzelne Bürger diese Belastung zu tragen hat. Denn der Verbraucher ist über höhere Strom-, Gas- und Treibstoffpreise nicht nur direkt von der Energieverteuerung betroffen, sondern er muss auch indirekt die höheren Produktionskosten für alle Güter des täglichen Bedarfs tragen, die die Hersteller zwangsläufig an ihn weitergeben müssen. Mehr noch, der Verbraucher wird nicht nur mit höheren Kosten konfrontiert, er muss auch um den Verlust seines Arbeitsplatzes fürchten, wenn nämlich sein Arbeitgeber aufgrund der politisch verordneten widrigen Produktionsbedingungen zugrunde geht oder, um weiterhin global wettbewerbsfähig zu bleiben, dazu gezwungen wird, die Produktion ins Ausland zu verlagern, zum Beispiel nach Osteuropa oder China, wo weder unsinnige Umweltauflagen drohen noch staatlicher Energiewucher betrieben wird. Diese Zusammenhänge sind für jeden, der mit dem volkswirtschaftlichen Einmaleins auch nur in den gröbsten Zügen vertraut ist, so offensichtlich, dass man den verantwortlichen Politikern nicht unterstellen kann, sie würden nicht wissen, was das direkte Resultat ihrer nachhaltigen Suffizienzrevolution ist, nämlich die massive Erschütterung der kollektiven westlichen Lebensgrundlagen, was zwangsläufig Massenentlassungen und die Verarmung großer

Teile der Bevölkerung zur Folge haben muss. Joschka Fischer stellte zu Recht fest, dass *»die Automobilindustrie (...) die größte, die Chemieindustrie die drittgrößte Industrie«* in Deutschland ist und dass diese beiden Branchen die größten Arbeitgeber sind. Allerdings verschwieg er, dass seine Partei mit ihrer Politik aktiv dafür sorgt, die Arbeitnehmer dieser Branchen massenhaft auf die Straße zu setzen und das Land nach und nach zu deindustrialisieren.[181]

Auch die Massenmedien versagen darin, die wahren politischen Verantwortlichen für den gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang und die steigenden Arbeitslosenzahlen beim Namen zu nennen, verweisen stattdessen auf Rekordgewinne der Konzerne oder übertriebene Managergehälter und befeuern damit den Klassenkampf, der mit der ständigen Mahnung unterlegt wird, wir alle würden ohnehin auf Kosten der Dritten Welt leben, hätten uns dafür gefälligst zu schämen und sollten uns daher freiwillig kasteien. Hatte nicht auch Gorbatschow schon gefordert, dass wir im Namen der globalen Gerechtigkeit *»bescheidener«* werden und einen sinkenden Lebensstandard in Kauf nehmen müssten?[182] Auch der gegenwärtige grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin spricht von einer vorsätzlichen Reduzierung des deutschen Lebensstandards, wenn er dazu aufruft, *»den Ressourcenverbrauch«* des Nordens mit einer *»grundlegenden ökologischen Reform unserer gesamten Lebensweise«* zu senken.[183] Doch diese Erkenntnis hat sich unter den Wählern der grünen Partei offenbar noch nicht herumgesprochen, denn wer würde noch eine Partei wählen, die offen dafür eintritt, die Ausgaben für jeden Deutschen zu erhöhen und seine Einkünfte zu reduzieren, ihn also buchstäblich ärmer zu machen? Und dies geschieht nicht etwa aus Gründen einer tatsächlichen ökologischen Notwendigkeit, sondern aus rein ideologischen Gründen, denn um die sozialistische Gleichheit herzustellen, muss der Westen erst künstlich verarmt werden! So sind Trittins Worte zu verstehen, wenn er fordert, *»die Industriestaaten«* müssten *»vorangehen, alternative*

Wirtschafts- und Lebensweisen (zu) entwickeln«, um die *»globale Gerechtigkeit«* zu erreichen.[184] Was konkret ausgedrückt zum Beispiel bedeutet, dass sich die Deutschen im Zuge der »nachhaltigen Mobilität« gefälligst ihr Auto nicht mehr leisten können. Schließlich wollte Fischer schon 1989 *»unser vom Automobil nahezu ausschließlich dominiertes Verkehrssystem grundsätzlich«* verändern. [185] *»Deshalb fördert die Bundesregierung«,* wie Trittin schreibt, *»umweltfreundliche Mobilität und verteuert Mobilität, die zulasten des Klimas geht. Zentrales Steuerungsinstrument ist die ökologische Steuerreform, (...). Hinzu kommt ab 2003 die Lkw-Maut auf Autobahnen.«*[186] Auch sollen die Deutschen nicht mehr so wohnen dürfen, wie es ihnen gefällt, schließlich hatte ja schon der kommunistische Vordenker Murray Bookchin gefordert, Städte und Wohngebiete aufzulösen und durch *»dezentralisierte Ökogemeinschaften«* zu ersetzen, die in der Vorstellung des Grünengründers Rudolf Bahro nicht mehr als 3000 Einwohner haben und von dem leben sollten, was sie selbst produzieren.[187]

Zur grünen Suffizienzrevolution gibt es übrigens eine interessante historische Parallele. Schon im Jahre 1944 hatte Henry Morgenthau ein ähnliches Konzept vorgelegt, den nach ihm benannten Morgenthau-Plan. Dieser sah nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter anderem die Demontage und Internationalisierung der deutschen Industrie, die Stilllegung des deutschen Bergbaus und die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland vor, womit der Lebensstandard des deutschen Volkes so weit abgesenkt werden sollte, dass es nur noch das nackte Leben fristen konnte. Obwohl die Siegermächte nach dem Krieg bereits mit dem Abbau der deutschen Industrie begonnen hatten, wurde der Plan im Jahr 1947 schließlich doch verworfen, nachdem die US-Regierung realisiert hatte, dass Deutschland nur als Industrieland überleben konnte. Nach den Gebietsverlusten im Osten konnten 70 Millionen Deutsche nicht allein von der Landwirtschaft leben, sodass bei einer Deindustrialisierung des Landes etwa ein Drittel der Bevölkerung hätte verhungern müssen. Au-

ßerdem hätte ein Verlust der deutschen Wirtschaftskraft ganz Europa schwer getroffen, das heute, zu Zeiten der Europäischen Union, mehr denn je von deutschen Transferleistungen abhängig ist. Interessant sind besonders die Entstehungsgeschichte und der eigentliche Zweck dieses Planes, der in Wahrheit nicht von Morgenthau stammte, auch wenn er dessen Namen trug, sondern von dem Sowjetagenten Harry Dexter White. Dieser hatte den Morgenthau-Plan im Auftrag Moskaus in der vollen Absicht erstellt, damit die Wirtschaft Westeuropas zu zerstören und Europa so für die Übernahme durch den Kommunismus reif zu machen.[188] Vor diesem Hintergrund ist es keinesfalls übertrieben, von der grünen Suffizienzrevolution als einer Neuauflage des Morgenthau-Plans zu sprechen, mit dem Unterschied, dass die grüne Suffizienz nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern den wirtschaftlichen Niedergang der gesamten westlichen Welt einschließlich der USA bezweckt, was eine Vorbedingung für die anschließende Revolution darstellt. Hierzu stellte der sowjetische ZK-Sekretär Konstantin Katuschew fest: *»Wenn wir den USA die äußeren Zügel aufzwingen können, die in unserem Plan vorgesehen sind, und wir die amerikanische Wirtschaft ernsthaft stören, werden die unteren und mittleren Klassen die Konsequenzen erleiden und sich gegen die Gesellschaft wenden, die für sie gescheitert ist. Sie werden bereit sein für die Revolution. «*[189]

... in die »globale Gerechtigkeit«

Ausgehend von der falschen Behauptung, dass der Westen angeblich seit Jahrhunderten auf Kosten der Dritten Welt lebe, zudem die meisten Ressourcen verbrauche und darüber hinaus am stärksten für die Umweltverschmutzung und den Treibhauseffekt verantwortlich sei, unter dem dann wiederum hauptsächlich die Entwicklungsländer zu leiden hätten, leitet die ökosozialistische Bewegung eine moralische Verpflichtung zur internationalen

Umverteilung des »überschüssigen« westlichen Reichtums ab. Selbst innerhalb der USA würden, wie eine Studie der *Congressional Black Caucus Foundation* im Jahre 2004 zu belegen versuchte, die Mitglieder schwarzer Haushalte 20 Prozent weniger Kohlendioxid produzieren als ihre weißen Landsleute.[190] Auch der Bundesvorsitzende der Grünen, Reinhard Bütikofer, hält die Deutschen im Vergleich zu den Chinesen beim $C0_2$-Ausstoß für die *»größten Umweltschweine«*[191]. Würde man einen derartigen Vergleich mit umgekehrtem Vorzeichen anstellen, würde dies sogleich einen antirassistischen Aufschrei auslösen. Das eigene Volk zu beschimpfen gilt in Deutschland jedoch schon seit Jahrzehnten als politisch korrekt und tugendhaft.

Zwar ist zu bezweifeln, ob nach einer erfolgreichen grünen Suffizienzrevolution überhaupt noch etwas zum Umverteilen übrig bliebe, aber Jürgen Trittin hält es dennoch für die Aufgabe der deutschen Politik, die Entwicklungshilfe in eine *»globale Strukturpolitik«* umzugestalten. Darüber hinaus seien allgemein *»neue globale Strukturen«* zu schaffen sowie *»sozialgerechte Welthandelsbeziehungen«* aufzubauen.[192] Wer die vorangegangenen Kapitel aufmerksam gelesen hat, der wird sich nicht mehr darüber wundern, dass nahezu dieselbe Forderung mit ähnlichem Wortlaut auch schon von Michail Gorbatschow gestellt wurde, nämlich *»Schuldenerlass, Erleichterung des Zugangs zu den Weltmärkten, Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen und natürlich verstärkte Hilfslieferungen«* für die afrikanischen Länder.[193] *»Die internationale Gemeinschaft«* müsse, so Gorbatschow, eine weltweite Steuerung aufbauen und *»so bald wie möglich neue Strategien ausarbeiten, die den besitzlosen, verwundbaren und marginalisierten Völkern, in erster Linie also den afrikanischen, wirtschaftliche Gleichberechtigung einräumen«*[194].

In diesem Zusammenhang fordert Trittin den Abbau der Schutzzölle für Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse, die den einheimischen Markt vor Billigimporten aus der Dritten Welt schützen. Bei einem Wegfall dieser Schutzbestimmungen

könnten die Entwicklungsländer, so glaubt er, *»zusätzlich Güter im Wert von 150 bis 200 Milliarden Dollar pro Jahr verkaufen«*[195]. Dabei lässt Trittin jedoch unerwähnt, dass diese 150 bis 200 Milliarden Dollar den einheimischen Produzenten dann verloren gingen, was den Bankrott der einheimischen Textilindustrie und den Ruin der Landwirtschaft bedeuten würde mit der Folge einer anschließenden Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Lebensmittelimporten. Eine weitere Maßnahme wäre die *»Abzweigung eines wesentlich höheren Anteils des Bruttosozialproduktes der Industrieländern an die Völker der Dritten Welt«* in Form der Entwicklungshilfe, was so bereits im grünen Parteiprogramm von 1980 gefordert wurde und die direkte Umverteilung deutscher Steuergelder an ausländische Staaten bedeutet.[196] Im Jahre 2007 bekam allein das kommunistische China, das inzwischen sehr erfolgreich deutsche Unternehmen vom Weltmarkt verdrängt und so deutsche Arbeitsplätze gefährdet, Entwicklungshilfeleistungen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler in Höhe von 67,5 Millionen Euro.[197]

Als Beispiel für ein Instrument der internationalen sozialistischen Umverteilung ist das bereits in einem früheren Kapitel erwähnte Montreal-Protokoll zu nennen, also das internationale Abkommen zum Verbot von FCKW, in dem ausdrücklich eine Verpflichtung der Industriestaaten zum Technologietransfer in die Entwicklungsländer enthalten ist. Ein weiteres Beispiel ist das Kyoto-Protokoll, oder besser gesagt der darin geregelte internationale Emissionsrechtehandel, bei dem die »reichen« Industriestaaten dazu gezwungen werden, Emissionszertifikate von »armen« Entwicklungsländern zu erwerben, um überhaupt produzieren zu dürfen. Bei diesem Geschäft erhalten die Entwicklungsländer erhebliche Summen, ohne irgendeine Gegenleistung erbringen zu müssen, im Gegenteil, sie werden vom Westen sogar dafür bezahlt, nichts aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Jeder Erwerb eines solchen Zertifikats ist somit eine reine Transferleistung. Daher nannte der kanadische Premierminister Stephen

Harper das Kyoto-Protokoll zu Recht ein *»sozialistisches Konzept«,* das dazu geschaffen ist, reiche Staaten auszusaugen.[198] Ein weiteres derartiges Instrument, dessen Einführung sowohl von Gorbatschow als auch von den führenden Vertretern der Grünen gefordert wird, ist die Kontrolle und Besteuerung internationaler Devisenströme unter dem Namen »Tobin-Steuer«. Der interessanteste Aspekt dieser Steuer ist dabei nicht, dass ihre Erlöse nach dem gewohnten sozialistischen Muster in die Dritte Welt transferiert werden sollen, sondern dass es sich dabei erstmals um eine Steuer handeln würde, die direkt von einer internationalen Organisation wie der UNO erhoben werden würde. Somit wäre die Tobin-Steuer die erste Steuer, die direkt an die im Aufbau begriffene Weltregierung zu zahlen wäre. In ähnlicher Weise wurde bereits die Erhebung von Steuern auf die Nutzung des Luftraums und der Meere gefordert, beispielsweise bei Flug- oder Schiffsreisen oder beim Warenverkehr.

Aufmerksame Leser werden sich bei dieser Aufzählung von Transferleistungen an Sacharows Forderung nach einer Steuer in Höhe von 20 Prozent des Bruttosozialprodukts erinnern, die beim *»friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus«* in den westlichen Ländern erhoben und in die Entwicklungsländer transferiert werden würde.[199] Gorbatschow ist der Ansicht, dass *»wir«* in jedem Fall eine Art internationaler Steuer wie die Tobin-Steuer brauchen: *»Denn wir benötigen enorme Mittel, um die Probleme der Trinkwasserversorgung zu lösen, um die Armut zu bekämpfen und das Erziehungswesen in den verarmten Ländern zu unterstützen, damit dort Zugang zu den neuen Technologien geschaffen werden kann.«*[200] Wenn es dabei wirklich um die Trinkwasserversorgung und die Bekämpfung des Hungers ginge, wäre natürlich nichts dagegen einzuwenden. Aber das so häufig strapazierte Klischee der stets hungernden Dritten Welt ist, wie in einem früheren Kapitel bereits aufgezeigt wurde, eine vorsätzliche Irreführung der westlichen Öffentlichkeit. In Wahrheit geht es bei der gegenwärtigen internationalen »Entwicklungshilfe« um den

Aufbau der Infrastruktur für eine Weltregierung, die schon seit 1917 das erklärte Ziel der Kommunisten war, sowie um die internationale Gleichschaltung und Umerziehung der gesamten Menschheit nach den Richtlinien der sogenannten »Agenda 21«, die auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 verabschiedet wurde.

Mit dieser Agenda 21 wird unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe ein weltweit gleichförmiges Gesellschaftssystem errichtet, das alle gewachsenen kulturellen Eigenheiten der zu entwickelnden Völker beseitigt und an ihre Stelle die »sozialistische Persönlichkeit«, den neuen egalitären Mensch setzt, dem bereits von klein auf durch »Bildungs-« und »Erziehungsmaßnahmen« ökosozialistische Denkweisen und Wertvorstellungen aufgenötigt werden, wovon an späterer Stelle noch ausführlich die Rede sein wird.

... und notfalls mit Gewalt

Als der ideologische Stammvater der modernen Ökobewegung, die 68er-Revolte, durch die Straßen randalierte, standen den aufgehetzten Studenten außer dem äußerst wirkungslosen, blanken Protest keine legalen Mittel zur Verfügung, die dazu geeignet gewesen wären, eine revolutionäre Veränderung der »herrschenden Verhältnisse« herbeizuführen und der Gesellschaft ihre Idealvorstellungen aufzuzwingen. Auch Terror und Gewalt erwiesen sich in der damaligen Situation glücklicherweise als ungeeignet, wie das Schicksal der RAF und ähnlicher Mordbanden unter Beweis gestellt hat. Der Rechtsstaat hatte das Gewaltmonopol inne, das auf die Aufrechterhaltung des grundgesetzlichen Status quo ausgerichtet war, wahrte die Rechte seiner Bürger und schützte alle Personen vor politisch motivierter Willkür. Erst nach dem Marsch der 68er durch die Institutionen änderte sich dieser Zustand allmählich mit der von ihnen verbreiteten Political

Correctness, die eine fortschreitende Beschränkung grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte bewirkt, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Tragweite stellt in diesem Zusammenhang die Einführung des Verbandsklagerechts durch die rot-grüne Bundesregierung dar. Damit sind nun Vereine oder Verbände, das heißt sogenannte Non-Government-Organisations (NGOs), befugt, nicht nur die Verletzung eigener Rechte juristisch geltend zu machen, sondern allgemein die Umwelt zu vertreten. Was in der Praxis bedeutet, dass zum Beispiel Umweltschutzgruppen gegen geplante Bauprojekte oder Betriebsgenehmigungen, beispielsweise von Straßen, Kraftwerken oder Industrieanlagen, die ihrer Ansicht nach umweltgefährdend sind, Klage erheben können, ohne selbst davon betroffen zu sein. Dies versetzt NGOs in die Lage, willkürlich und unter Missbrauch des Rechtsstaats gegen unliebsame Unternehmen oder Einzelpersonen vorzugehen und so eine Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben bzw. flächendeckend Wirtschaftssabotage zu betreiben. Ginge es nach Jürgen Trittin, dann würde man die Verbandsklage auf globaler Ebene einführen, sodass NGOs vor einem internationalen Umweltgericht gegen Einzelpersonen, Industrieunternehmen oder ganze Staaten vorgehen könnten: *»Denkbar wäre, ein solches Schiedsgericht beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzusiedeln oder im Kompetenzbereich einer weiterentwickelten UNEP.«*[201] Tatsächlich übernehmen die NGOs gemäß den Richtlinien der Agenda 21 die Funktion einer internationalen Polizei, die die Durchführung von UNO-Beschlüssen vor Ort überwachen und direkt gegen Verstöße vorgehen soll, wozu das Verbandsklagerecht die juristische Grundlage schafft. Der Skandal um die geplante Versenkung der *BrentSpar* zeigt, dass viele NGOs nur darauf warten, dass ihnen diese Möglichkeit eröffnet wird. Viele NGOs lassen keinen Zweifel daran, dass die USA dann zum hauptsächlichen Ziel ihrer Anklagen würden. Zum Beispiel erklärte der Präsident einer deutschen Naturschutzorganisation: *»Wer wie die Amerika-*

ner für 25 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgase verantwortlich ist und gleichzeitig das Klimaschutzabkommen von Kyoto boykottiert, gehört auf die Anklagebank eines noch zu schaffenden internationalen Umweltgerichtshofs. Die besondere Abneigung gegen die USA sollte nicht verwundern, schließlich galten die Vereinigten Staaten von Amerika schon seit Beginn der sowjetischen Langzeitstrategie als ihr Hauptgegner, der in ihrer Endphase politisch zu isolieren und mit einer Palette verschiedenster Methoden niederzuringen sei, zu denen auch internationale juristische Mittel gehören (siehe hierzu das Buch *Weltoktober,* S. 166 ff.).

Bisher ist die Verbandsklage noch auf den Umweltbereich beschränkt, es ist jedoch zu erwarten, dass sie künftig auch auf den Bereich von Diskriminierungs- und Meinungsvergehen ausgeweitet wird, sodass Personen, die sich dem ideologischen Diktat der ökosozialistischen Neuen Weltordnung nicht unterordnen wollen, direkt juristisch verfolgt werden können. Wie eingangs schon erwähnt wurde, werden Klimaskeptiker vor allem in englischsprachigen Medien immer häufiger mit Holocaust-Leugnern verglichen, und bisweilen erklingt sogar die Forderung nach Tribunalen für »Klimaleugner« nach dem Vorbild der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.[203]

Teil C:
Die grüne Konvergenz — Mit der Klimaschutz-Perestroika in die sozialistische Neue Weltordnung

Die Errichtung der Weltregierung

»Als ich die Politik der Glasnost und Perestroika in der UdSSR ausgerufen hatte, begann die Sowjetgesellschaft zu brodeln, und weniger als fünf Jahre später kam es zu einem radikalen Wandel auf der ganzen Erde. Die Weltkarte änderte sich, genau wie die Wertvorstellungen und die Weltpolitik. Heute verlangen Millionen Menschen eine Politik der Transparenz und Umgestaltung für unser gemeinsames Leben auf der Erde. Wir möchten, dass jeder Bewohner des >globalen Dorfes< Zugang zu Informationen über die Geschehnisse auf der Erde hat und sich an der gigantischen Perestroika des 21. Jahrhunderts beteiligt — der Umwandlung der Werte und des Bewusstseins — denn sonst sind alle Maßnahmen zum Scheitern verurteilt. «[1]
Michail Gorbatschow, ehemaliger KPdSU-Generalsekretär

Schon seit der Jalta-Konferenz im Februar 1945 hatte die internationale Hochfinanz in Kooperation mit Moskau immer wieder Versuche unternommen, die nationale Souveränität der westlichen Staaten, einschließlich der USA, abzubauen und auf die UNO zu übertragen. Bedingt durch den Umstand, dass das kommunistische Lager durch den Stalinismus und sein Erbe bis zum Ende der 1980er-Jahre politisch weitgehend isoliert war, wurden diese Versuche in den 1960er- und 1970er-Jahren hauptsächlich von den Vertretern der internationalen Hochfinanz getragen, die direkt auf die US-Regierungen einzuwirken versuchten. Einen unverkennbaren Höhepunkt erreichte dieser Einfluss während der Amtszeit Richard Nixons durch seinen Berater, den Rockefeller-Vertrauten Henry Kissinger, der laut Aussage des polnischen Überläufers Michael Goleniewski zudem im Dienst des Kreml gestanden haben soll (vgl. *Weltoktober,* S. 260 f.). Unter

diesem Einfluss stehend traf Richard Nixon zahlreiche strategische Fehlentscheidungen, die verheerende weltpolitische Konsequenzen nach sich zogen und der kommunistischen Strategie langfristig enormen Vorschub leisteten. Eine dieser Fehlentscheidungen war die Einführung des modernen marktwirtschaftsfeindlichen Umweltschutzes in die Politik der westlichen Welt. Der Hochfinanz-Experte Gary Allen schreibt hierzu: »*Während der Anhörungen über das Gesetz zur Einführung einer Nationalen Umweltschutzpolitik im Jahre 1969 im Kongress trat kein anderer als J. G. Harrar, damals Präsident der Rockefeller-Stiftung (und natürlich CFR-Mitglied), dafür ein, dass die Vereinten Nationen ein internationales Programm gegen die weltweite Umweltverschmutzung ausarbeiten. Andere Lobbyisten, die sich dem Geschrei nach mehr Staatskontrollen anschlossen, wurden von der Ford-Stiftung finanziert. Edward Rogers, der als Sprecher für den von Ford geförderten Umweltschutzverteidigungsfonds auftrat, befürwortete sogar eine internationale Kontrolle der Kraftfahrzeuge. (...) Einige Zeugen, die weniger zurückhaltend waren als ihre Hintermänner, forderten die Abschaffung des kapitalistischen Systems; andere meinten, regionale oder internationale Planungsbehörden seien notwendig, um mit dem Problem der Umweltverschmutzung fertig zu werden.* «[205] Wie aus einem NATO-Dokument hervorgeht, veranlasste Nixon in jenem Jahr auch die Aufnahme des Umweltschutzes in die Politik der übrigen NATO-Staaten, und so wurde nach der Gründung der amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA auch in Deutschland 1974 von der sozialliberalen Bundesrgierung Willy Brandts ein Umweltbundesamt geschaffen, das zunächst zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehörte, bis es dem erst ein Jahrzehnt später gegründeten Umweltministerium unterstellt wurde[206] Die angeblich drohende Umweltkrise, die die Schaffung dieser Behörden rechtfertigen sollte, wurde schon unter Nixon mit den Kohlendioxidemissionen der Industriegesellschaften in Verbindung gebracht. Dies geschah 13 Jahre, nachdem die Ökologie als Werkzeug der Revolution Einzug in die

sowjetische Langzeitstrategie gehalten hatte, vier Jahre, nachdem der Kommunist Murray Bookchin die Abschaffung des Kapitalismus mit einer durch Kohlendioxid verursachten Klimakatastrophe begründet hatte, und ein Jahr, nachdem das Sprachrohr des Kreml Andrei Sacharow die Errichtung einer Weltregierung mit derselben Begründung gefordert hatte. Zur selben Zeit begann das Thema Umweltschutz auch auf UNO-Ebene aktuell zu werden, und so fand im Jahr 1972 in Stockholm die »Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen« statt, auf der der Grundstein für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gelegt wurde. Geleitet wurde diese Konferenz von dem Rockefeiler-Vertrauten Maurice Strong, der anschließend als Exekutivdirektor die Leitung des UNEP übernahm. In seiner Eröffnungsrede warnte Strong vor der globalen Erwärmung, der Zerstörung der Wälder, dem Verlust der Artenvielfalt, den verschmutzten Weltmeeren und der Überbevölkerung und forderte bereits damals eine Energiesteuer, mit der die Errichtung einer großen UNO-Bürokratie zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung finanziert werden sollte.[207] Im selben Jahr erschien auch der berüchtigte Bericht des *Club ofRome* mit dem Titel *Die Grenzen des Wachstums*, der erstmals auf der Basis gesellschaftlich relevanter Computermodelle die These der Überbevölkerung, der knappen Rohstoffreserven und der drohenden Umweltkatastrophe wissenschaftlich zu untermauern versuchte und diese mit einer Millionenauflage vor der Weltöffentlichkeit präsentierte.

Eine notwendige Vorbedingung für den weiteren Ausbau internationaler bürokratischer Strukturen war jedoch die Überwindung des Kalten Krieges zwischen Ost und West, den der Stalinismus ausgelöst hatte und der zuletzt durch den unüberlegten Einmarsch der UdSSR in Afghanistan 1979 nochmals verschärft wurde. Erst nachdem die KPdSU unter ihrem Generalsekretär Michail Gorbatschow das Erscheinungsbild des kommunistischen Lagers in den Jahren der Wende erfolgreich umgestaltet hatte, konnte die Perestroika unter tatkräftiger Mitwirkung der interna-

tionalen Hochfinanz auf den Westen ausgeweitet werden und man konnte mit dem Aufbau einer Weltregierung beginnen. Während die Umgestaltung im Ostblock einen Prozess der Entstalinisierung bewirkt hatte, dessen Höhepunkte der Fall der Berliner Mauer, die Auflösung des Warschauer Pakts sowie die Neubezeichnung der Sowjetunion als GUS darstellten, brachte die Perestroika für den Westen die fortschreitende Auflösung der nationalstaatlichen Souveränität in einer globalisierten Welt und damit einhergehend das Ende konservativer Politik. Dieser Prozess der globalisierten Perestroika wurde von Gorbatschow bereits in den 1980er-Jahren als *»wachsende Interdependenz«* oder als *»zunehmende wechselseitige Abhängigkeit in der Welt«* bezeichnet und ausdrücklich begrüßt, denn sie bekräftige die *»gewaltige Bedeutung der Organisation der Vereinten Nationen«.*[208] Nachdem Gorbatschow den Ost-West-Gegensatz erfolgreich überwunden hatte, ging er nahtlos dazu über, eine Reform der UNO zu fordern, *»die ihre Autorität unanfechtbar machen würde«*[209] Diese Reform sollte die UNO in die Lage versetzen, sowohl legislative als auch judikative und exekutive Aufgaben zu übernehmen. Internationale Abkommen würden den Status einer globalen Gesetzgebung erhalten, deren Einhaltung durch die UNO überwacht würde. Ein internationales Justizsystems, das besonders auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Umweltschutzes tätig wäre, würde die UNO befähigen, gegen Staaten oder Einzelpersonen vorzugehen, die gegen ihre internationalen Vorgaben verstoßen oder sie nicht fristgerecht umsetzen. Sowohl Gorbatschow als auch die Vertreter der internationalen Hochfinanz argumentieren, dass nur mit einer derartig gestärkten UNO der Bedrohung der Menschheit durch Umweltverschmutzung, Ressourcenmangel, Hunger, Überbevölkerung, Terror und Rauschgifthandel begegnet werden könnte. All diese Probleme seien grenzüberschreitend und erforderten daher eine internationale Lösung. Nationale Alleingänge, so wird behauptet, führten hingegen zu Kriegen und Konflikten und seien daher grundsätzlich abzuleh-

nen. Betrachtet man die genannten Menschheitsbedrohungen jedoch näher, dann zeigt sich ein völlig anderes Bild, das keinesfalls den Aufbau eines globalen Umverteilungssystems rechtfertigt. Denn all diese Probleme existieren entweder gar nicht oder wurden als Rechtfertigung für die Errichtung einer internationalen Zentralverwaltung nach sozialistischem Muster sogar extra erzeugt. Ersteres gilt für die angebliche Klimakatastrophe, den scheinbaren Ressourcenmangel und die behauptete Überbevölkerung, denn diese Probleme existieren in der behaupteten Form schlichtweg nicht! Letzteres gilt für den internationalen Terrorismus, der genau wie der internationale Rauschgifthandel in den 1960er-Jahren nachweislich von der Sowjetunion aufgebaut wurde und seither als revolutionäre Waffe gegen den Westen eingesetzt wird (siehe hierzu *Weltoktober,* S. 205 ff.). Letzteres gilt auch für den pauschal behaupteten Hunger der Dritten Welt, für den in der Vergangenheit allzu häufig kommunistische Revolutionen verantwortlich waren, während sich gegenwärtig eine neue Hungerkatastrophe entwickelt, die auf den Biokraftstoff-Wahnsinn der Ökobewegung und die dadurch verursachte künstliche Lebensmittelverknappung zurückzuführen ist.

Noch während Gorbatschow mit der Entstalinisierung des Ostblocks beschäftigt war, setzte die UNO die »Weltkommission für Umwelt und Entwicklung« ein, deren Vorsitz die Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale Gro Harlem Brundtland übernahm und an der erneut Maurice Strong beteiligt war. Diese Kommission veröffentlichte 1987 unter dem Titel *Unsere gemeinsame Zukunft* ein ökosozialistisches Manifest, in dem erstmals das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung« definiert wurde, aus dem später die Agenda 21 hervorging. Basis dieses Konzepts war, wie Brundtland freimütig bekannte, das Programm der Sozialistischen Internationale.[210] Ihr Manifest rief dazu auf, die *»Bedürfnisse der Gegenwart«* befriedigt werden könnten, ohne *»die Bedürfnisse künftiger Generationen«* zu gefährden, was nichts anderes als eine planwirtschaftliche Kom-

plettregulierung der menschlichen Lebensweise bedeutet und einen globalen Staatsapparat nach dem Vorbild der Sowjetunion voraussetzt, der in der Lage ist, seinen entmündigten Bürgern ihre Bedürfnisse zentralverwaltet zuzugestehen oder abzuerkennen. Genau wie Gorbatschow äußerte auch Brundtland, dass *»wir im Norden zu viel konsumieren«*[211]. Offensichtlich hat die Sozialdemokratie nichts aus der Geschichte gelernt, denn sonst wüsste sie, dass sie stets dazu verdammt ist, den Steigbügelhalter des Bolschewismus abzugeben, wenn sie es versäumt, sich rigoros von ihm abzugrenzen und ihrer Politik einen konsequenten Antikommunismus zugrundezulegen.

Der Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992

Die Arbeit der Brundtland-Kommission diente als Auftakt für eine neue UNO-Konferenz, die der Entwicklung, die 1972 auf internationaler Ebene ihren Anfang genommen hatte, endlich zum Durchbruch verhelfen sollte. Erneut war es der Rockefeller-Vertraute Maurice Strong, der zum 20. Jahrestag der Stockholmer Konferenz mit der Organisation eines neuen Weltgipfels beauftragt wurde, der 1992 in Rio de Janeiro stattfinden sollte. Finanziert wurde seine Arbeit auch dieses Mal wieder durch die Stiftungen der internationalen Hochfinanz.[212] Doch anders als in den Jahrzehnten zuvor konnte Strong nun auch direkt durch die sowjetische Propaganda unterstützt werden, schließlich war das kommunistische Lager durch Gorbatschows Charmeoffensive mittlerweile gesellschaftsfähig geworden. Und so trat Gorbatschow im Januar 1990 offen dafür ein, *»dass die für das Jahr 1992 in Brasilien vorgesehene UNO-Konferenz über Umweltschutz und Entwicklung auf höchster Ebene stattfindet«*[213]. Zudem forderte er die

» Vorbereitung eines internationalen Kodex ökologischer Ethik«, der dazu dienen sollte, *»das Leben im 21 .Jahrhundert nach neuen Gesetzen aufzubauen« .*[214] Darüber hinaus verlangte er ein *»globales Aktionsprogramm zum Umweltschutz und zur rationalen Nutzung der Naturreichtümer«,* das *»den Schutz des Erdklimas, der Tier- und Pflanzenwelt unseres Planeten sowie die Wahrung der biologischen Vielfalt«* beinhalten sollte.[215] Auch wenn absichtlich der Eindruck erweckt wurde, als diene die Rio-Konferenz einer weltweiten Verständigung zum Schutz der Umwelt, ging es in Wahrheit um viel weiter reichende Ziele. Während der Vorbereitung dieses Gipfels äußerte Strong, ganz ähnlich wie Jahre später auch Jürgen Trittin, dass die Industrieländer beim Übergang in eine nachhaltige - also sozialistische - Zukunft die Führung übernehmen müssten, denn *»sie haben nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster entwickelt und davon profitiert, die unser gegenwärtiges Problem erzeugt haben. Und hauptsächlich sie haben die Mittel und die Verantwortung, sie zu ändern (...) Es ist klar, dass der gegenwärtige Lebensstil und die Konsummuster der reichen Mittelschicht— mit hohem Fleischkonsum, dem Verzehr großer Mengen von Tiefkühl- und Fertiggerichten, dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen, dem Besitz von Kraftfahrzeugen und kleinen Elektrogeräten, mit Klimaanlagen zu Hause und bei der Arbeit und mit einem Leben in Wohngebieten — nicht nachhaltig sind. Eine Veränderung ist notwendig hin zu einem Lebensstil, der weniger auf die Umwelt schädigende Konsummuster angelegt ist.*[216] Angesichts solcher Aussagen gewinnt man den Eindruck, als seien die Bürger der westlichen Welt für die Vertreter der internationalen Hochfinanz und ihre roten Genossen nichts weiter als unnötige Esser. Diesem Geist entsprechend herrschte auf dem Gipfel in Rio de Janeiro, an dem sowohl höchste Vertreter fast aller Regierungen als auch zahlreiche Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) teilnahmen und dessen Vorsitz erneut Maurice Strong übernommen hatte, eine zutiefst antiwestliche Stimmung, die sich insbesondere gegen die USA und ihren Präsidenten George Bush sen. richtete. Und das,

obwohl es doch gerade der verhasste westliche Mittelstand ist, der mit seiner Arbeitsleistung bereits seit Jahrzehnten weite Teile der restlichen Welt miternährt. Doch nach dem Willen des Vorsitzenden der Rio-Konferenz sollen die westlichen Industriestaaten ihren Wohlstand nicht nur reduzieren, sondern ihn auch in die Dritte Welt umverteilen, und zwar sowohl durch direkte Transferzahlungen als auch durch die Weitergabe technischen Know-hows. Ersteres sollte unter dem Deckmantel der 1992 verabschiedeten Klimarahmenkonvention erreicht werden, Letzteres durch einen massiven Ausbau der Entwicklungshilfe im Rahmen der sogenannten Erd-Charta und der Agenda 21.

Im Vorfeld des Rio-Gipfels veröffentlichte der *Club of Rome,* ähnlich wie schon zur Stockholm-Konferenz, erneut einen Bericht, der diesmal den passenden Titel *Die erste globale Revolution* trug und auf seinen knapp 280 Seiten den totalitären Geist des Gipfelprogramms widerspiegelt. Während im heutigen politischen Alltag üblicherweise ein regelrechter Demokratie-Fetischismus betrieben wird, heißt es darin: *»Die Demokratie ist kein Patentrezept. (...) In ihrer heute praktizierten Form ist die Demokratie fur die vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr besonders gut geeignet.* «[217] Wie anders als mit diktatorischen Mitteln könnte man die Bürger der westlichen Welt auch dazu veranlassen, ihre Lebensweise aufzugeben? Der an der Konferenz beteiligte französische Sozialist Michel Rocard erläuterte diese Absicht näher: *»Es ist notwendig, dass die Gemeinschaft der Nationen Druck und sogar Zwang ausübt gegenüber Ländern, deren* (industrielle, Anm. d. Autors) *Einrichtungen die Umwelt gefährden. Die internationalen Strukturen müssen in Zwangsmittel umgewandelt werden, zur Sanktion und zum Boykott, oder - vielleicht in den nächsten 15 Jahren — in Mittel zur völligen Beschlagnahmung aller gefährlichen Einrichtungen. Um ehrlich zu sein, streben wir nach der Berechtigung, die Umsetzung internationaler Entscheidungen kontrollieren zu können. (...) Wir brauchen eine echte Weltbehörde, der man den Folgeprozess der internationalen Beschlüsse, wie jene, die (in Rio) unter-*

zeichnet wurden, übertragen sollte. (...) Diese Behörde muss die Kapazität besitzen, dass ihre Entscheidungen befolgt werden. Daher brauchen wir Mittel der Kontrolle und der Sanktion. Aber wir beschäftigen uns nicht mit nationalen Problemen. Diese Probleme sind international. (...) Selbstverständlich muss diese übernationale Behörde eine Weltbehörde sein. Es ist genau dieser internationale Charakter, der einen Vorteil für die ärmeren Länder herstellt, die auf diese Weise von zusätzlichen Mitteln profitieren.«[218]

Apropos Demokratie: Sind Sie, geschätzter Leser, als Souverän eigentlich gefragt worden, ob Sie es wünschen, mit Ihrer Arbeitskraft und Ihren Steuergeldern die Europäische Union zu finanzieren? Etwa nicht? Sehen Sie, so demokratisch ist die globale Perestroika, in der die Bildung regionaler Zusammenschlüsse wie der EU, des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA oder der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) in Fernost nur eine Vorstufe für die Errichtung einer globalisierten Föderation ehemals souveräner Nationalstaaten unter dem Diktat der UNO darstellt.

Die Gesetzgebung derartiger überstaatlicher Zusammenschlüsse hat die bemerkenswerte Eigenart, nationalstaatliches Recht in den Hintergrund zu rücken, sodass mit einem internationalen Gesetzeserlass, der niemals demokratisch legitimiert wird, die Gesetzgebung jedes beteiligten Staates hinterrücks ausgehebelt werden kann, was bedeutet, dass der nationale Staatsapparat klammheimlich zum Verwaltungshelfer der überstaatlichen Autorität degradiert wird. Eine Absicht der Rio-Konferenz war die Neugliederung der Welt in derartige regionale Verwaltungsbezirke, was Maurice Strong damit begründete, dass so jedes Problem auf der richtigen Verwaltungsebene gelöst werden könne: *»Man braucht internationale Abkommen, wie mit dem Problem umgegangen wird, aber die Umsetzung muss national erfolgen. (...) Ich weise außerdem darauf hin, dass die UNO sich von anderen Regierungen unterscheidet — es gibt keinen direkten Zugang zu einer Verfassung und keinen Zugang zu einer Besteuerung, und das ist, als ob das*

Mandat der Bundesregierung von der täglichen Entscheidung der Länder abhinge. «[219] Doch auch an diesen Problemen, nämlich an der Erhebung einer weltweiten UNO-Steuer und an einer globalen Verfassung, wurde während der Rio-Konferenz bereits gearbeitet, glücklicherweise bisher ohne endgültiges Ergebnis. Im Gespräch mit der kanadischen Journalistin Elaine Dewar führte Streng aus, dass er sich persönlich für die Einführung einer Klimaschutzsteuer auf internationaler Ebene einsetze, doch der plausibelste Weg sei, dass die Steuer auf nationaler Ebene, abhängig vom jeweiligen nationalen Bruttosozialprodukt, erhoben wird, um anschließend an die UNO transferiert zu werden. Dabei solle ihre tatsächliche Natur, nämlich die einer Steuer an die Weltregierung, nicht offen ersichtlich sein."[220] Erinnert man sich an die Forderungen Andrei Sacharows, dann ist zu vermuten, dass diese geplante Besteuerung in der Gesamtsumme 20 Prozent des Bruttosozialprodukts betragen würde.

Die zukünftige internationale Verfassung, an der in Rio gearbeitet wurde, trägt seither den offiziellen Arbeitstitel *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung.* Ihr zugrunde liegt die sogenannte »Erd-Charta«, die ein gemeinsames Projekt von Michail Gorbatschow und Maurice Streng darstellt und deren Ratifizierung als völkerrechtlich verbindlicher Vertrag nach wie vor aussteht.

Das bislang folgenschwerste Resultat der Rio-Konferenz war die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention, aus der 1997 schließlich das berüchtigte Kyoto-Protokoll hervorging, das seither die Kohlendioxidemissionen und damit die Wirtschaftsleistung der westlichen Unterzeichnerstaaten planmäßig beschneidet. Weitere bedeutende Ereignisse waren die Unterzeichnung der Biodiversitäts-Konvention zur schleichenden Verstaatlichung von Grund und Boden sowie der Agenda 21, mit deren Richtlinien die gesamte Welt einheitlich sozialistisch durchorganisiert werden soll.

Direkt im Anschluss an die Rio-Konferenz wurde die Kom-

mission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung (CSD) gegründet, deren Aufgabe es seither ist, die Fortschritte der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung sowie der Agenda 21 zu überwachen, womit die Forderung Gorbatschows nach einer *»jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes«* aus dem Jahr 1987 erfüllt wurde[221] Dieser Kommission obliegt es auch, »den Dialog« zwischen den nationalen Regierungen und den von der UNO für wichtig befundenen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) zu fördern, womit nichts anderes gemeint ist, als den Einfluss dieser NGOs auf die Regierungen zu vergrößern. Wie Elaine Dewar berichtet, wird die Arbeit dieser Kommission ihrerseits durch eine NGO überwacht, die unter dem Namen *Earth Council* eigens zu diesem Zweck gegründet wurde. Ihr erster Vorsitzender heißt — Maurice Strong."[222]

Die Rio-Konferenz im Juni 1992 markierte den Beginn jener beispiellosen Klimaschutzhysterie, die seither die Schlagzeilen der Massenmedien bestimmt und mit der die »nachhaltige Entwicklung« zur obersten Maxime auf allen Ebenen des politischen Lebens gemacht wurde, bis hinunter in die Stadt- und Gemeinderäte, ohne dass die Masse der alltäglich davon betroffenen Menschen realisieren würde, was dies bedeutet, nämlich die schleichende Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsform und das Ende der für westliche Bürger so selbstverständlichen individuellen Freiheiten. Viele Leute bemerken zwar schmerzlich, dass ihre Ausgaben für Strom, Heizöl und inzwischen auch für Lebensmittel immer weiter steigen und dass ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind, doch den Zusammenhang mit der vorsätzlichen, »nachhaltigen« Senkung des westlichen Lebensstandards erkennen sie nicht.

Wer ist Maurice Strong?

»Ich sehe (die Weltherrschaft) als unvermeidlich an — es erscheint jetzt irreal —, aber ich sehe sie als eine Notwendigkeit.«[213]
Maurice Strong, stellvertretender Generalsekretär der UNO

Es ist keinesfalls übertrieben, von Maurice Strong als der zentralen Figur der globalen Klima- und Umweltschutzkampagne zu sprechen. Strong leitete nicht nur die Stockholm-Konferenz von 1972 und den Rio-Gipfel von 1992, sondern er war auch Vorsitzender des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und Mitglied der Brundtland-Kommission. Darüber hinaus bekleidete er auf internationaler Ebene noch zahlreiche weitere Schlüsselpositionen, von denen aus er die globale Ökobewegung und die Entwicklung der UNO nicht nur beeinflusste, sondern regelrecht steuerte. Der 1929 geborene kanadische Multimillionär, den Gorbatschow zu seinen Freunden rechnet, ist schon seit jungen Jahren ein bekennender Marxist, der sich selbst mit den Worten beschreibt: *»Von der Ideologie her bin ich Sozialist, vom Lebensstil und der Methode her ein Kapitalist.«*[214] Strongs steile Karriere begann, als er schon im Alter von 18 Jahren in New York eine Stelle bei der UNO fand, wo er mit der internationalen Hochfinanz in Kontakt kam. Dabei dürften seine verwandtschaftlichen Verbindungen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.

Maurice Strongs ältere Cousine Anna-Louise Strong war in den 1920er- und 1930er-Jahren die wohl bekannteste und einflussreichste Kommunistin Amerikas, die mit den Führern der kommunistischen Welt von Leo Trotzki bis Chou En-lai und Mao Zedong persönlich bekannt war. Schon 1921 war Anna-Lousie Strong in die Sowjetunion gereist, wo sie Mitglied der *Komintern* wurde und Lobeshymnen auf die Revolution schrieb, die in Amerika publiziert wurden. In den 1930er-Jahren heiratete sie den stellvertretenden sowjetischen Landwirtschaftsminister

Joel Shubin, der später Stalins Terror zum Opfer fiel. Anschließend reiste Anna-Louise Streng nach China, wo sie während des Bürgerkriegs zwei Jahre mit Mao Zedong und Chou En-lai verbrachte. Jahre später kehrte sie während der Kulturrevolution nach China zurück, ließ sich dort nieder und verfasste zahlreiche Bücher, in denen sie unter anderem die chinesische Besetzung Tibets als Sklavenbefreiung feierte. Als sie 1970 starb, wurde ihr Begräbnis vom damaligen Staatspräsidenten Chou En-lai persönlich organisiert, was beweist, welchen Stellenwert Anna-Louise Streng im kommunistischen China genoss.

Die Familie Streng war in den Kreisen der internationalen Hochfinanz also nicht unbekannt, als Maurice Streng 1947 zur UNO kam, wo er unter anderem David Rockefeller vorgestellt wurde, mit dem ihn anschließend eine lebenslange Freundschaft und Geschäftsbeziehung verband. Im Laufe der Jahre lernte er weitere Mitglieder der Rockefeller-Dynastie kennen, stieg ins Ölgeschäft ein und wurde stellvertretender Minister in Kanadas Entwicklungshilfeministerium. Während dieser Zeit war Streng, ganz im Sinne der Rockefeller-Dynastie und des Kreml, auch aktiv daran beteiligt, eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und dem Westen herzustellen.[225] Im Jahre 1971 avancierte Streng schließlich zum Treuhänder der Rockefeller-Stiftung, die an der Finanzierung der beiden wichtigsten UNO-Umweltkonferenzen beteiligt war, und behielt diese Position bis 1977.[226] Darüber hinaus war er unter anderem Vizepräsident des *World Wildlife Fund* (WWF), Berater der Weltbank, Vorsitzender des *World Resources Institute,* stellvertretender Vorsitzender beim Weltwirtschaftsforum und UNO-Sondergesandter für Nordkorea. Im Vorfeld des Rio-Gipfels war es Maurice Strongs Mitarbeiterstab, der die internationale Klimarahmenkonvention, das Biodiversitätsabkommen, die Erd-Charta und die Agenda 21 vorbereitete.[227] Mehrmals war Streng sogar als Kandidat für den Posten des Generalsekretärs der UNO im Gespräch, zuerst sollte er auf Wunsch der Sowjetunion und Chinas 1992 der Nachfolger von

Perez de Cuellar werden, dann 1997 auf Initiative zahlreicher Drittweltländer der Nachfolger von Boutros Boutros-Ghali.[228] Unter Kofi Annan wurde Strong schließlich stellvertretender Generalsekretär, was ihm im Hintergrund die volle Handlungsfreiheit beim Ausbau der UNO einbrachte, während Annan im Licht der Öffentlichkeit stand.

Strong machte nie einen Hehl daraus, welchem politischen Lager seine Sympathien gelten. Genauso wie seine Cousine hat auch Maurice Strong beste Beziehungen nicht nur nach Moskau, sondern ebenso nach Peking. Seiner Ansicht nach ist es Zeit, dass die Volksrepublik China die USA als führende Supermacht der Erde ersetzt, und offenbar nutzt Strong die ihm zur Verfügung stehende Macht, diese Entwicklung nach Kräften zu beschleunigen.[229] So versuchte er zum Beispiel gemeinsam mit dem Hochfinanz-Spekulanten George Soros, den amerikanischen Automarkt mit billigen Autos aus chinesischer Produktion zu überfluten, was zur Folge hätte, dass die amerikanischen Hersteller *Ford, Chrysler* und *General Motors* vom einheimischen Markt verdrängt würden. *General Motors* reagierte darauf mit einer Klage wegen Produktpiraterie.Das Duo Strong und Soros versuchte auch eine Wiederwahl Präsident George W. Bushs zu verhindern, denn die USA unter Bush sind in den Augen von Strong *»das größte Risiko für die ökologische Gesundheit der Welt«*[231].

Doch Strong arbeitet nicht nur an der politischen Gleichschaltung der Welt, sondern er setzt sich zusammen mit Michail Gorbatschow auch für eine Art Ökumene der Weltreligionen ein, für die er in der Nähe von Crestone, Colorado, ein Zentrum gegründet hat, die *Baca Grande Ranch.* Von dort aus soll nach einem wirtschaftlichen und ökologischen Kollaps angeblich eine neue materialistische »Spiritualität« ausgehen, in der alle Weltreligionen mit der Ökologie als zentralem Element vereint wären. Es bleibt zu spekulieren, wie das Glaubensbekenntnis einer solchen Weltreligion der Ökologie aussehen könnte. Zum Beispiel könnte der sogenannte »ökologische Fußabdruck« zu einem Maß-

stab werden, nach dem künftig Sünden und Tugenden bemessen werden. Tatsächlich erklärte Strong in einem Interview, dass er schon lange geplant habe, einen Umweltindex zu erstellen: *»Dann können die Leute ihre eigene Umweltleistung auf einem Index messen, wie sie es auf andere Weise auch tun. Und dann können sich die Leute gegenseitig herausfordern; die Jugend kann politische Führer und Geschäftsleute auffordern: >Wie ist euer Umweltindex? < Mit anderen Worten, wie hoch ist deine Belastung für die Umwelt?«*[232]

In einem anderen Interview im Jahr 1990 wurde Strong die Frage nach seinen unerfüllten Plänen gestellt. Er antwortete, dass er vorhabe, einen Roman mit folgendem Inhalt zu schreiben: *»Jedes Jahr versammelt sich das Weltwirtschaftsforum in Davos, Schweiz. Mehr als tausend Direktoren, Premierminister, Finanzminister und führende Akademiker kommen im Februar zusammen, um ein Treffen zu veranstalten und die wirtschaftliche Agenda für das kommende Jahr festzulegen. Was wäre, wenn eine kleine Gruppe von Weltpolitikern zu dem Schluss käme, dass die größte Gefahr für die Erde von den reichen Ländern ausgehe? Und dass diese reichen Länder, wenn die Welt überleben soll, ein Abkommen unterzeichnen müssten, das sie dazu verpflichtet, ihre Umweltbelastung zu reduzieren? Werden sie das tun? Werden die reichen Länder zustimmen, ihre Umweltbelastung zu reduzieren? Werden sie zustimmen, die Erde zu retten? Die Gruppe kommt zu dem Schluss, dass sie dies nicht täten. Die reichen Länder werden es nicht tun. Sie werden sich nicht ändern. Um also den Planeten zu retten, beschließt die Gruppe, dass es die einzige Hoffnung für den Planeten wäre, wenn die Industriegesellschaften zusammenbrechen. Ist es nicht unsere Verantwortung, dies herbeizuführen?*

Die Gruppe der Weltpolitiker gründet eine Geheimgesellschaft in der Absicht, einen weltweiten Kollaps herbeizuführen. Es ist Februar. Sie sind alle in Davos. Das sind keine Terroristen — das sind Weltpolitiker. Sie haben ihre Positionen in den weltweiten Waren- und Aktienmärkten bezogen. Durch ihren Zugang zu den Aktienbörsen, zu den Computern und den Goldvorräten erzeugen sie eine Panik.

Dann sorgen sie dafür, dass die Märkte nicht schließen. Sie blockieren das Getriebe. Sie haben Söldner, die den Rest der Weltpolitiker in Davos als Geiseln halten. Die Märkte können nicht schließen. Die reichen Länder ... ?«[233] Es wird berichtet, dass Strong bei diesen Worten eine Bewegung mit den Fingern machte, so, als ob er eine Zigarette aus dem Fenster schnippen wolle. Zur Erinnerung: Maurice Strong ist derjenige, unter dessen Führung die 1992 in Rio unterzeichneten internationalen Verträge entworfen wurden, einschließlich der Klimarahmenkonvention, die gegenwärtig die Weltwirtschaft in die Krise treibt!

Das revolutionäre NGO-Proletariat

»Die Kräfte, die Regierungen, Staaten und internationale Behörden anspornen, sind die sich rasch herausbildende Weltbürgergesellschaft und die Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen, das heißt letzten Endes die verantwortungsbewussten und motivierten Bürger der Erde. «[234]
Michail Gorbatschow, ehemaliger KPdSU-Generalsekretär

Dass die Ökobewegung zu Beginn der 1970er-Jahre nicht spontan entstanden ist, sondern sich personell hauptsächlich aus 68ern zusammensetzte, deren Revolte zuvor durch kommunistische Agenten entfacht worden war, wurde bereits in vorangegangenen Kapiteln dieses Buches beschrieben. Auch wurde schon dargestellt, dass bereits im Vorfeld der Stockholm-Konferenz von 1972 über die Kanäle der internationalen Hochfinanz direkt auf die westlichen Regierungen Einfluss ausgeübt wurde, was zur Gründung der ersten Umweltschutzbehörden führte. Parallel dazu kam es auch zur Bildung der ersten Bürgerinitiativen, deren Ziel die Beeinflussung der öffentlichen Meinung war, mit der dann wiederum Einfluss auf die örtliche Politik ausgeübt werden konnte. Auskunft über die Umstände, unter denen es zur Entstehung

und Vernetzung dieser Bürgerinitiativen kam, gab der Staatssekretär Günter Hartkopf, der von 1963 bis 1983 im FDP-regierten Bundesinnenministerium Dienst tat. Hartkopf führte aus, dass die damals gegründeten Umweltbehörden allein keine großen gesellschaftlichen Veränderungen bewirken können, *»weil als Gegner fortschrittlichen Umweltschutzes große finanzkräftige Wirtschaftsorganisationen mit Verbündeten innerhalb und außerhalb der Verwaltungseinheiten vorhanden sind. Zur Organisation des Umweltschutzes und damit zur Unterstützung der Umwelt bedarf es daher einer Lobby, die außerhalb von Verwaltung und Parlament Forderungen für Umweltschutz erhebt und damit in Politik und Medien gehört wird.«*[235] Dieses Zitat bestätigt zunächst, gegen wen sich der Gesellschaftsumbau richtet, der von der internationalen Hochfinanz verordnet und von den Kommunisten durchgeführt wird. Ihr Gegner ist das mittelständische Privatunternehmertum. Dieses zu bezwingen gelingt offenbar nur durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, die anschließend gegen den industriellen Mittelstand in Stellung gebracht wird. Früher nannte man ein solches Vorgehen »Aufreizung zum Klassenkampf«. Doch Hartkopf wird noch deutlicher: *»Nachdem zu Beginn der eigentlichen bundesdeutschen Umweltpolitik eine solche potente Gegenseite nicht vorhanden war, musste sie geschaffen werden. (...) Es waren (...) Beamte, die den Plan vorwärts trieben, örtliche Bürgerinitiativen zu einem Dachverband zusammenzuschließen, und die die Gründungsversammlung und noch einiges finanzierten. (...) Eine Mitgliedschaft von rund vier Millionen Bürgern kann jederzeit mobilisiert werden und bildet daher ein beachtliches Potenzial, an dem die Politik nicht vorbeigehen kann.«*[236] Für den ökorevolutionären Umbau der westlichen Staaten reicht der Einfluss der internationalen Hochfinanz, also der *»Druck von oben«,* allein nicht aus, es braucht noch den *»Druck von unten«* durch die Aufwiegelung der Bevölkerung. Diese Aufgabe, die in den 1970er-Jahren auf nationaler Ebene noch die Bürgerinitiativen erfüllten, übernehmen seit den 1990er-Jahren in der inzwi-

schen globalisierten Welt die sogenannten Nicht-Regierungs-Organisationen, abgekürzt NGOs, die oftmals aus den früheren Bürgerinitiativen hervorgegangen bzw. mit ihnen identisch sind.

Um, wie es heißt, eine *»Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an internationalen Prozessen«* vorzutäuschen, nahmen am Erdgipfel in Rio de Janeiro neben den 172 Regierungsvertretern auch 2400 Vertreter derartiger NGOs teil, während weitere 17 000 »Beobachter« am gleichzeitig stattfindenden NGO-Forum anwesend waren. Selbstverständlich waren alle NGOs, die für diesen Gipfel zugelassen wurden, bereits im Vorfeld handverlesen, das heißt, dass nur solche Gruppen teilnehmen konnten, die mit den ideologischen Zielen der UNO grundsätzlich übereinstimmten. Manche NGOs werden, wie Staatssekretär Hartkopf erläuterte, von ihren nationalen Regierungen finanziert, andere beziehen die für ihre Aktivitäten notwendigen Finanzmittel direkt von den Stiftungen der internationalen Hochfinanz. Gary Allan erklärt, woher genau diese Gelder stammmen: *»Die hauptsächlichen Geldgeber für diese angeblich spontan entstandene Bewegung waren die zahlreichen Rockefeller-Stiftungen, die von Rockefeller kontrollierte Ford-Stiftung, die von Rockefeller kontrollierte Carnegie-Stiftung und die mit Rockefeller verflochtene Mellon* (Gulf-OiL-*Stiftung. (...) Die Nummer eins unter den Geldgebern für die Ökologiebewegung ist die Ford-Stiftung, deren Beiräte fast durchweg Mitglieder des CFR sind. Sie hat Millionen von Dollars in alle möglichen Bewegungen zur Bevölkerungsplanung und Umweltkontrolle hineingesteckt. «*[237] Aufmerksame Leser werden sich daran erinnern, dass der Vorsitzende der großen UNO-Umweltkonferenzen Maurice Strong in den 1970er-Jahren selbst Treuhänder der Rockefeller-Stiftung war. Das bedeutet, dass die Masse jener Bürgerinitiativen und NGOs, die dem Rio-Gipfel durch ihre Teilnahme einen Anschein von demokratischer Legitimation verleihen sollten, nur deshalb anwesend waren, weil sie von den Veranstaltern eigens zu diesem Zweck gegründet und finanziert wurden. Die in Rio anwesenden NGOs waren keine Repräsen-

taten des Volkes oder einer »Weltbürgergesellschaft«, wie Gorbatschow sich auszudrücken pflegt, sondern sie waren die Repräsentanten ihrer Geldgeber, eigens bezahlte Jubelbürgerinitiativen. Zu genau diesem Schluss kam jedenfalls die kanadische Journalistin Elaine Dewar, der Maurice Strong ganz offen Einblick in die Vorbereitung seines Erdgipfels gewährte. Sie schreibt: *»Es schien so, als wolle er, dass ich die volle Bedeutung seiner Arbeit verstehe, dass ich verstehe, wie er komplex miteinander verbundene Gruppierungen leitet, wie er die PGOs, GOPs, die Wirtschaftslobbies und all die anderen Gruppen managt, die sich selbst NGOs nennen und die zum Beispiel zum Erdgipfel kamen. Eindeutig betrachtete er sie als politische Hebel, die er einsetzen könne, um öffentlichen Druck auf die nationalen Regierungen im eigenen Land auszuüben — ohne dabei gesehen zu werden. (...) Wie Unkraut bildeten sie echte Graswurzelbewegungen, weil sie Geld, Politik oder beides von Regierungen und großen Stiftungen erhielten. Es spielte keine Rolle, dass sie nur wenige Mitglieder hatten: Sie hatten die Mittel. Durch eine konstante Öffentlichkeitsarbeit und Werbung gaben sie den Spielraum der öffentlichen Debatte vor. Sie legten die öffentliche Meinung fest, welche die Regierungen berücksichtigen mussten. Sie beförderten die Agenda, die Strong haben wollte. Es wurde für mich zu einer Art Spiel, die Verbindungen zwischen den PGOs, welche die Weltherrschaftsagenda verbreiteten, und Maurice Strong zurückzuverfolgen.* «[238] Die Logik ist leicht zu durchschauen: Wenn es in der Öffentlichkeit keine ausreichende echte Unterstützung für die Errichtung einer globalen ökosozialistischen Diktatur gibt, dann muss diese Unterstützung eben künstlich erzeugt werden. Sträubt sich die Regierung eines Staates gegen die »Global Governance« der UNO, dann steht ein Heer bezahlter NGOs Gewehr bei Fuß, um öffentlichen Druck auf diese Regierung auszuüben. Das gegenwärtig bekannteste Opfer dieser Methode ist der frühere US-Präsident George W. Bush, der sich permanent weigerte, die amerikanische Nation dem Diktat des Kyoto-Protokolls und des internationalen Gerichtshofs un-

terzuordnen, was das Heer gleichgeschalteter, linker NGOs mit einer penetranten Protestkampagne gegen ihn beantwortete, wie sie zuvor nur Ronald Reagan erlebt hatte. Verehrter Leser, schlagen Sie bei Gelegenheit doch mal den Begriff »Global Governance« in einem Lexikon nach, zum Beispiel in einer bekannten freien Internet-Enzyklopädie. Entsprechend dem Grad der gesellschaftlichen Relevanz des jeweils zu Rate gezogenen Lexikons werden Sie vermutlich eine Definition finden, in der von »kooperativer internationaler Problemlösung« auf der Basis von »Freiwilligkeit«, von »Konsens« usw. die Rede ist. Die wörtliche Übersetzung von »Global Governance« bedeutet jedoch schlicht »Weltherrschaft« und gibt exakt den Kern der Sache wieder. Bleibt noch zu erwähnen, dass diese künstlich erzeugen NGO-Strukturen gemäß den Richtlinien der Agenda 21 auf nationalstaatlicher Ebene mit eigener Autorität und politischem Einfluss versehen werden sollen, das heißt, dass sie eine aktive Rolle bei der Errichtung einer einförmigen sozialistischen »Weltbürgergesellschaft:« spielen werden. Nicht umsonst wurde Strong im Anschluss an den Rio-Gipfel Vorsitzender des *Earth Council,* dessen erklärte Absicht es ist, die Einbindung seiner eigenen NGO-Marionetten in die Politik der einzelnen Nationalstaaten zu überwachen.[23'] Historisch könnte man die Funktionsweise dieser NGOs mit denen einer Räteherrschaft vergleichen, die parallel zu den offiziellen staatlichen Strukturen errichtet und nach und nach mit größerem Einfluss versehen wird. Das aus dem Russischen entlehnte Fremdwort für »Räte«-Regierung, das sei nur nebenbei erwähnt, lautet übrigens »Sowjet«-Regierung. So schließt sich der Kreis zu der eingangs zitierten Aussage von Michail Gorbatschow über die *»sich rasch herausbildende Weltbürgergesellschaft und die Vielzahl nichtstaatlicher Organisationen«,* denn, so fuhr er fort, die Menschheit könne sich weder *»bei der Lösung von Umweltproblemen noch beim Aufbau einer neuen Weltordnung ausschließlich auf Politiker verlassen. In unserer Epoche des Umbruchs müssen die Menschen weltweit ihre Bemühungen bündeln und eine globale*

Gesellschaft hervorbringen, die Einfluss auf Regierungen und Wirtschaftskreise ausüben und sie zwingen kann, bei ihren Entscheidungen ökologische und soziale Faktoren zu berücksichtigen.«[240] Beim friedlichen Hinübergleiten in den Weltsozialismus, nach Art von Andrei Sacharow, spielen die von Strong koordinierten Nicht-Regierungs-Organisationen offenbar die Rolle des revolutionären Proletariats, das die etablierte Gesellschaftsordnung durch den kontinuierlichen Aufbau eines internationalen Parallelstaats schleichend entmachten soll.

Die Klimarahmenkonvention

»Kyoto stellt die erste Komponente einer echten Weltregierung dar.«[241]
Jacques Chirac, ehemaliger französischer Staatspräsident

Das am weitesten fortgeschrittene und daher bis heute auch folgenschwerste Projekt des Rio-Gipfels war die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention. Obwohl es damals wie heute keine naturwissenschaftlich fundierte Notwendigkeit für ein derartiges Abkommen gab, war es ihr offizielles Ziel, nach dem Vorsorgeprinzip, das heißt ausdrücklich auch ohne jede wissenschaftliche Begründung, eine *»gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems«* zu verhindern. Inoffiziell aber wurde mit dieser Konvention das Ziel verfolgt, schleichend eine globale sozialistische Planwirtschaft zu errichten, die es ermöglicht, den westlichen Volkswirtschaften solche *»äußeren Zügel«* aufzuerlegen, die, laut Aussage des ZK-Sekretärs Konstantin Katuschew, im Verlauf der sowjetischen Langzeitstrategie dazu geeignet sind, der Sabotage der westlichen Industriegesellschaft zu dienen.[242]

Zunächst war die Klimarahmenkonvention noch vage gehalten, was ein Berater Maurice Strangs mit den Worten kommentierte, die Unverbindlichkeit der Konvention spiele keine Rolle, denn in ihr seien Zwangsmittel verborgen, die sich zum richtigen Zeitpunkt noch entwickeln würden[243] Auch Jessica Tuchman Matthews vom *World Resources Institute,* einer Rockefeller-finanzierten NGO, kommentierte, dass die Konvention das Potenzial habe, *»die Regierungen in weitaus größerem Umfang als andere internationale Abkommen zu einer Änderung ihrer Innenpolitik zu zwingen«*[244]. Von welchen verborgenen Zwangsmitteln Strongs Berater gesprochen hatte, wurde erst im Verlauf der regelmäßig stattfindenden UN-Klimakonferenzen deutlich, die zur Weiterentwicklung der Klimarahmenkonvention dienten, insbesondere während der 1997 in Kyoto stattfindenen 3. UN-Klimakonferenz, die das sogenannte Kyoto-Protokoll hervorbrachte. Darin wurden erstmals völkerrechtlich verbindliche Höchstmengen für den Kohlendioxidausstoß der Industrieländer international festgelegt. Dies kommt einem globalstaatlichen Eingriff in das zuvor freie westliche Unternehmertum gleich, da der Kohlendioxidausstoß auf dem gegenwärtigen Stand der Technik und insbesondere beim Verzicht auf die Kernkraft direkt mit dem Energieverbrauch zusammenhängt, der wiederum die Grundlage jeglicher Wertschöpfung ist. Das Kyoto-Protokoll ist somit der erste globalplanwirtschaftliche Erlass der im Aufbau begriffenen Weltregierung, dessen Umsetzung durch die laufenden UN-Klimakonferenzen organisiert und gewährleistet wird. Nach dem bewährten Vorbild des Rio-Gipfels nehmen an diesen Klimakonferenzen nicht nur die Delegierten der nationalen Regierungen, also in erster Linie die Umweltminister, sondern regelmäßig auch eine riesige Anzahl von NGO-Vertretern teil, die eine demokratische Teilnahme der allgemeinen Bevölkerung vortäuschen und, mit den Worten der »Roten Heidi«, der deutschen Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, den Regierungen beim Klimaschutz *»Dampf«* machen.[245] Es ist zu erwarten, dass dieser Prozess schließ-

lich zur Etablierung einer permanenten globalstaatlichen Planbehörde auf UNO-Ebene führen wird.

Nach den Planvorgaben des Kyoto-Protokolls ist der »Treibhausgas«-Ausstoß der westlichen Industrieländer im Zeitraum von 2008 bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 zu senken. Wohlgemerkt gilt diese Vorgabe nur für die westlichen Industrieländer, während Russland und der Ukraine keinerlei Reduktionen vorgeschrieben werden und das kommunistische China, ebenso wie die gesamte Dritte Welt, sowieso vom Kyoto-Protokoll ausgenommen sind. Für die EU war eine durchschnittliche Senkung der Emissionen um insgesamt acht Prozent vorgesehen. Aufgeteilt auf die einzelnen europäischen Staaten ergibt sich somit für Deutschland eine Senkung um ganze 21 Prozent, während beispielsweise von Frankreich keinerlei Reduktionen erwartet werden und Spanien, als weiteres Beispiel, seine Emissionen sogar um 15 Prozent steigern darf. Offiziell werden diese verschiedenen Vorgaben mit dem unterschiedlichen Entwicklungsniveau der jeweiligen Staaten erklärt, was unter Beweis stellt, dass dem Kyoto-Protokoll jenes egalitäre, dirigistische Denken zugrunde liegt, das für den Sozialismus kennzeichnend ist.

Voller Stolz verkündete Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, dass Deutschland nicht nur europaweit, sondern international ein Vorreiter beim Klimaschutz sei, der seine Reduktionsverpflichtung von 21 Prozent bis zum Jahr 2012 *»sicher einhalten«* werde. Gleichzeitig weise er alle Versuche zurück, den *»Klimaschutz kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen zu opfern«*[246]. Ähnlich wie bereits im Fall der rot-grünen Bundesregierung mag man sich angesichts solcher Äußerungen fragen, ob Deutschland von der gegenwärtigen schwarz-roten Regierungskoalition vorsätzlich in die wirtschaftliche Katastrophe geführt wird oder ob solchen eklatanten Fehlleistungen nur bloße Unfähigkeit zugrunde liegt. Tatsächlich überbietet das rot geführte Bundesumweltministerium die Klimaschutzvorgaben seines grünen Vorgängers sogar noch,

denn während Trittins Ministerium die deutsche Wirtschaft im Zeitraum von 2008 bis 2012 mit einer Verringerung von »lediglich« zehn Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr zu gängeln plante, schreibt Gabriels Ministerium nun 15 Millionen Tonnen Reduktion pro Jahr fest.[247] Gabriel ist sogar der Ansicht, es bestehe kein Zweifel, *»dass sich Klimaschutz auch volkswirtschaftlich auszahlt«*[248]. Ein volkswirtschaftlicher Nutzen durch den deutschen Klimaschutz entsteht ganz sicher im Ausland, von wo künftig all das importiert werden muss, was in Deutschland nicht mehr zu vernünftigen Bedingungen produziert werden kann. Jedoch entsteht ein solcher Nutzen sicher nicht für die deutschen Bürger, die den grünen Irrsinn nicht nur mit ihrem Geld, sondern immer häufiger auch mit ihren Arbeitsplätzen bezahlen müssen. Hinzu kommt, dass die meisten der übrigen EU-Staaten nicht annähernd denselben Ehrgeiz zur Selbstkasteiung an den Tag legen und ihre Reduktionsvorgaben bis 2012 daher ohnehin nicht einhalten werden. Konsequenzen haben diese Staaten nicht zu befürchten, denn Sanktionsmechanismen sieht das Kyoto-Protokoll zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass Deutschland erneut die Hauptlast tragen wird, wenn die EU-Kommission in der Fortsetzung des Kyoto-Protokolls bis 2020 plant, die EU-weiten Treibhausgasemissionen um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 abzusenken. Der frühere Parteiführer der Kommunistischen Arbeiterpartei Portugals und gegenwärtige EU-Kommissionspräsident Jose Barroso nannte diesen Plan *»das ambitionierteste Klimaschutzpaket der Welt«*[249].

Da das Kyoto-Protokoll nur in Kraft treten konnte, wenn mindestens 55 Staaten die Klimarahmenkonvention ratifizieren würden, drohte es an der Weigerung George W. Bushs zunächst zu scheitern. Allein die 2004 erfolgte Ratifizierung durch Russland erbrachte die für ein Inkrafttreten nötige Mehrheit. Ganz im Gegensatz zu den USA hat Russland durch das Kyoto-Protokoll jedoch keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erwarten, denn

während die amerikanische Wirtschaft zu einer Reduzierung ihrer Emissionen um sieben Prozent verpflichtet gewesen wäre, darf Russland seinen Ausstoß sogar um 32 Prozent erhöhen oder — falls es dazu aufgrund seiner seit Sowjetzeiten chronisch maroden Wirtschaft nicht in der Lage ist - die ungenutzten Emissionsquoten im internationalen Emissionshandel künftig verkaufen. Somit profitiert Russland gleich in doppelter Hinsicht vom internationalen Klimaschutz, denn es exportiert einen Großteil jener fossilen Energieträger, insbesondere Erdgas, für deren Verbrauch die westlichen Staaten künftig auch noch Emissionsrechte erwerben müssen, sobald sie die ihnen willkürlich zugestandenen Emissionsquoten übersteigen. Volkswirtschaftlich ergibt sich dadurch, wie Hans-Wilhelm Schiffer, der Leiter der Abteilung Energiewirtschaft der RWE Power AG, erklärt, *»ein massiver Einkommenstransfer aus der EU nach Russland«* [250] Falls Westeuropa die Kernenergie konsequent weiterentwickelt und ausgebaut hätte, wäre ein solches Geschäft heute nicht möglich, das heißt, die Anti-AKW-Bewegung war für Moskau eine gute Investition. Doch es geht noch weiter, denn unter dem »Joint Implementation«-Konzept sieht das Kyoto-Protokoll vor, dass die westlichen Industrieländer ihre Reduktionspflichten zum Beispiel auch durch die Finanzierung moderner Energieversorgungssysteme in den früheren kommunistischen Ostblockstaaten erfüllen können. Dasselbe gilt im Rahmen des »Clean Development Mechanism«-Konzepts auch für Entwicklungsländer, das heißt, die westlichen Industrieländer sollen sich durch einen umfassenden Technologietransfer in die Dritte Welt von ihrer Emissionsschuld freikaufen können, selbstverständlich ohne auch nur die geringste Gegenleistung dafür zu erhalten. Der westliche Steuerzahler, dem früher stets weisgemacht wurde, seine Steuergelder dienten dem Bau von Straßen und der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen, wird im Rahmen des »Klimaschutzes« also dazu verpflichtet, dieselben Leistungen nicht nur in seinem eigenen Land, sondern weltweit zu erbringen. So funktioniert globaler Sozialismus.

Ganz nebenbei dient das Kyoto-Protokoll auch als Protektionsmaßnahme für die künftige kommunistische Weltmacht China, denn das chinesische Wirtschaftswunder wird vom Kyoto-Protokoll ausdrücklich nicht erfasst. Westliche Unternehmer, die in ihren eigenen Staaten von Umweltauflagen erdrückt werden, sind somit geradezu eingeladen, ihre Produktion nach China zu verlagern. Jedoch sollten sich diese Unternehmer im Klaren sein, dass es zu den Grundlagen der kommunistischen Ideologie gehört, alle privaten Produktionsmittel früher oder später zu verstaatlichen. Nicht umsonst schrieben Marx und Engels bereits im *Kommunistischen Manifest. »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.«*[251]

Da das Kyoto-Protokoll im Jahr 2012 ausläuft, wird gegenwärtig bereits ein Nachfolgeabkommen vorbereitet, in dem noch strengere Reduktionsziele vorgegeben sind, schließlich sollen die Industrieländer nach Ansicht der Europäischen Union bis zum Jahre 2050 ihre Emissionen um ganze 60 bis 80 Prozent unter das Niveau von 1990 reduzieren.[252] Dieses Nachfolgeabkommen soll nun den Emissionshandel stufenweise auch auf die Dritte Welt ausweiten und den Technologietransfer weiter intensivieren. Hierzu schreibt das Bundesumweltministerium: *»Ideen, wie die einzelnen Stufen ausgestaltet werden können, gibt es reichlich. Entwicklungsländer könnten sich zum Beispiel verpflichten, weniger Treibhausgase auszustoßen. Wenn sie ein festgelegtes Ziel erfüllen, werden sie von der internationalen Gemeinschaft belohnt — etwa durch Zertifikate, mit denen sie am Emissionshandel teilnehmen können. Umgekehrt droht keine Sanktion, wenn sie ihr Ziel nicht erreichen: Durch die Selbstverpflichtung können sie also nur gewinnen (No-lose- Targets). «*[253]

Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass der europäische und

insbesondere der deutsche Steuerzahler nicht gewinnen kann, sondern nur bezahlen muss, was man auch als No-win-Target bezeichnen könnte, um den Jargon des deutschen Bundesumweltministeriums beizubehalten. Vielleicht sollte man Sigmar Gabriel bei Gelegenheit an seinen Amtseid erinnern, mit dem er geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden! In Anbetracht der bereits sichtbaren Schäden, die das Kyoto-Protokoll der deutschen Volkswirtschaft zugefügt hat, wirkt die folgende Passage aus einer Broschüre seines Ministeriums jedenfalls wie blanker Zynismus: *»Auch in Zukunft wird es sich lohnen, in den Klimaschutz zu investieren, sowohl hier in Europa als auch in Entwicklungsländern.«*[254]

Der planwirtschaftliche Emissionsrechtehandel

»Der internationale Klimaschutz operiert bereits mit einer absoluten Obergrenze für Emissionen und mit Verschmutzungsanteilen, die einzelnen Ländern zugewiesen werden. (...) Das Verursacherprinzip müssen wir aber nicht nur für Staaten einfuhren, sondern für alle globalen Akteure, für internationale Konzerne ebenso wie für Verbraucher aus der globalen Oberschicht.«[255]
Jürgen Trittin, ehemaliger grüner Bundesumweltminister

Von der Öffentlichkeit nur unzureichend beachtet, wurde in Kyoto nicht nur der Weg für den internationalen Emissionsrechtehandel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bereitet, sondern auch für den Emissionsrechtehandel zwischen einzelnen Industrieunternehmen, wie er am 1. Januar 2005 innerhalb der Europäischen Union etabliert wurde. Im Jahr zuvor war dafür von der rot-grünen Bundesregierung in Form des deutschen Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes bereits die rechtliche Grundlage geschaffen worden. Parallel dazu kam es zur Einrichtung der Deutschen Emissionshandelsstelle DEHSt im

damals von Jürgen Trittin geführten Bundesumweltministerium. Die Aufgabe dieser Behörde ist es, die Summe der Emissionsrechte, die Deutschland im Rahmen des Kyoto-Protokolls zugestandenen wurden, an die Unternehmen aufzuteilen, die Emissionsmengen dieser Betriebe zu erfassen, sie zu prüfen und zu veröffentlichen. Das heißt, die DEHSt übernimmt ähnliche planwirtschaftliche Funktionen wie früher die Staatliche Plankommission (SPK) der DDR, deren Aufgabe es war, die gesamte kommunistische Volkswirtschaft zu planen, die Planaufgaben auf die einzelnen Betriebe aufzuteilen und ihre Durchführung zu kontrollieren. Für die Bearbeitung und Ausstellung der entsprechenden Zertifikate berechnete die Behörde im Zeitraum von 2005 bis 2007 - rechtswidrig - einen Stundensatz von sage und schreibe über 25 000 Euro, sodass für einzelne Industrieunternehmen durchaus eine Gebührensumme von einer halben Million Euro entstehen konnte. Wohlgemerkt umfasst diese Summe lediglich die amtlichen Bearbeitungsgebühren zur Ausstellung des Zertifikats, nicht den »Marktpreis« des Zertifikats an sich.[256] Während die Produktion der kommunistischen Volkswirtschaft früher in Fünfjahresplänen vorgeschrieben wurde, werden auch gegenwärtig die durch das Kyoto-Protokoll festgelegten Emissionsquoten in fünfjährigen »nationalen Allokationsplänen« (NAP) vorgeschrieben. Eine Ausnahme hiervon stellt der erste nationale Allokationsplan (NAP1) dar, der von 2005 bis 2007 nur drei Jahre umfasste. Obwohl das Wirtschaftssystem Deutschlands formell noch immer als Marktwirtschaft gilt, wird hiermit praktisch die gesamte produzierende Wirtschaft der direkten Kontrolle einer staatlichen Planbehörde unterworfen, was einer schleichenden Verstaatlichung des zuvor freien Privatunternehmertums gleichkommt und Andrei Sacharows Forderung nach einer *»grundlegenden Änderung der Besitzverhältnisse, mit der Erweiterung des staatlichen und kooperativen Besitzes«* in die Tat umsetzt.[257]

Eine marktwirtschaftliche Tarnung erhält dieses vollständig planwirtschaftliche System durch die Einrichtung von Klima-

börsen, an denen jene Emissionszertifikate, die zuvor vom Staat ausgegeben wurden, wie Wertpapiere gehandelt werden können. Dieser Handel findet in Europa an der *European Energy Exchange* (EEX) statt. Auch in den USA, wo aufgrund der Weigerung George W. Bushs bisher noch keine Emissionsrationierung staatlich erzwungen wird, wurde bereits eine entprechende Börse geschaffen, die *Chicago Climate Exchange,* an der Unternehmen auf freiwilliger Grundlage bzw. unter dem öffentlichen Druck grüner NGOs seit dem Jahre 2003 Emissionszertifikate handeln können. Im Vorstand der *Chicago Climate Exchange* sitzt eine Person, die den Lesern dieses Buches inzwischen reichlich vertraut sein dürfte: Maurice Strong.

Im ersten nationalen Allokationsplan (NAP1) von 2005 bis 2007 wurden zunächst etwa 1800 Kraftwerke und Industrieanlagen in Deutschland zur Teilnahme am Emissionsrechtehandel verpflichtet, das heißt, dass deren maximaler Energieverbrauch durch eine begrenzte Anzahl zunächst noch kostenlos zugeteilter Emissionszertifikate rationiert wurde. Wie es hieß, sollte damit »ein Anreiz« für die betroffenen Unternehmen geschaffen werden, Kohlendioxid bzw. Energie einzusparen, um überschüssige Emissionszertifikate an der Börse verkaufen zu können. Jene Unternehmen, die hingegen mehr Energie verbrauchten, als ihnen zugeteilt worden war, wären dazu gezwungen, die fehlenden Emissionsrechte an der Börse nachzukaufen. Sigmar Gabriel ist der Ansicht, so entstehe ein Emissionshandel, *»bei dem derjenige am meisten verdient, der am wenigsten das Klima schädigt. Investitionen in moderne Technik, erneuerbare Energien und weniger Treibhausgase lohnen und rechnen sich. Die Verschmutzung der Luft bekommt einen Preis, der endlich Eingang findet in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung des Unternehmens. Marktwirtschaft pur also.«*[258] Nun mag man darüber spekulieren, ob der Bundesumweltminister die deutschen Bürger vorsätzlich hinters Licht führen will oder ob ihn die völlige Unkenntnis wirtschaftspolitischer Grundbegriffe zu solchen Aussagen verleitet. Fakt ist: Wenn der

Staat willkürlich vorschreibt, wie viel ein Betrieb zu produzieren hat bzw. wie viel Energie er dabei verbrauchen darf, dann wird die Wirtschaft nicht durch den Markt reguliert, sondern planmäßig und zentralverwaltet. Mit dem Zwang zum Emissionsrechtehandel wird die Freiheit des Unternehmers gewaltsam eingeschränkt, denn wenn er gegen die staatlichen Planvorgaben verstößt, indem er mehr Kohlendioxid emittiert, als er durch Zertifikate berechtigt ist, dann drohen drastische Geldstrafen von bis zu 100 Euro pro unbefugter Tonne Kohlendioxid. Darüber hinaus werden die Namen der Verantwortlichen im Bundesanzeiger veröffentlicht, das heißt, Kohlendioxidsünder werden öffentlich an den Pranger gestellt und den Repressionen grüner NGOs ausgesetzt. Welche Konsequenzen dies haben kann, wurde 1995 anhand des *Brent-Spar-Skandals* deutlich.

Eine direkte Folge bereits der ersten Runde des Emissionszertifikatehandels war, dass viele energieintensive Anlagen von ihren Betreibern nach der Zuteilung ihrer Emissionsrechte kurzerhand geschlossen wurden, um die Produktion anschließend im Ausland wiederaufzunehmen, wo sie keiner planwirtschaftlichen Energierationierung unterliegt. Dieses Vorgehen versprach Großkonzernen sogar einen kurzfristigen Gewinn, denn damit konnte nicht nur vermieden werden, dass bei florierender Produktion gegebenenfalls Emissionszertifikate nachgekauft werden müssten, sondern die durch die Schließung eingesparten Emissionsrechte konnten auf dem europäischen Emissionsmarkt auch noch gewinnbringend verkauft werden. Auf diese Weise sank die Anzahl der zum Emissionshandel verpflichteten deutschen Unternehmen im Zeitraum von 2005 bis 2008 von etwa 1800 auf 1625, was entsprechende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatte. Im Zeitalter des ökosozialistischen Wahnsinns lässt sich mit der Einstellung der Produktion und dem Verkauf von »Produktionsberechtigungsscheinen« kurzfristig mehr Gewinn und ein höherer Aktienkurs erzielen als mit produktiver Leistung. Langfristig führt ein solches Vorgehen natürlich in den gesamt-

gesellschaftlichen Ruin, aber das ist im Zuge der grünen Suffizienzrevolution ja auch das erklärte Ziel, wir sollen schließlich »bescheidener« werden. Derartige Entwicklungen sind nur in einer Gesellschaft möglich, die jahrelang tatenlos zusieht, wie verkappte Kommunisten durch die Institutionen marschieren und die Macht an sich reißen, um die vielzitierte »Krise des Kapitalismus« herbeizuführen und damit schließlich ihren offen auftretenden roten Gesinnungsgenossen den Weg bereiten.

Mit dem Beginn des zweiten nationalen Fünfjahresallokationsplans (NAP2), der die Jahre 2008 bis 2012 umfasst, wurde die Menge der Emissionszertifikate plangemäß um etwa 15 Prozent reduziert, was einer willkürlichen Kürzung der Energieversorgung in gleicher Höhe entspricht. Hinzu kommt, dass nicht mehr alle Deutschland zur Verfügung stehenden Emissionszertifikate kostenlos zugeteilt wurden, sondern acht Prozent von den Unternehmen kostenpflichtig ersteigert werden müssen, was sich — wie nicht anders zu erwarten war - vor allem in Form unmittelbar ansteigender Strompreise auch für den Endverbraucher bemerkbar machte. Wie es nach Ablauf des zweiten Fünfjahresallokationsplans weitergehen soll, wurde bereits anhand eines Gesetzesentwurfs der Europäischen Kommission deutlich, der vorsieht, Emissionszertifikate künftig nicht mehr kostenlos zuzuteilen, sondern in vollem Umfang an die Unternehmen zu versteigern.[259] Eine Studie der RWE Power AG kam zu dem Ergebnis, dass der Emissionshandel die Privathaushalte ab 2013 mit zusätzlichen Stromkosten in Höhe von 500 Euro pro Jahr belasten wird. Der staatlich verursachte Kostenanteil am Strompreis wachse dadurch von heute etwa 40 Prozent auf 50 Prozent, was einem jährlichen Gesamtschaden für die Volkswirtschaft von etwa 23 Milliarden Euro entspricht.[260] Darüber hinaus bestehen Pläne, den Emissionsrechtehandel auf weitere Branchen auszuweiten, bis zuletzt auch Privathaushalte und der Individualverkehr zum Handel mit Emissionszertifikaten verpflichtet werden. Schließlich ist es die erklärte Absicht Jürgen Trittins, auch *»die*

Verbraucher aus der globalen Oberschicht« in die Pflicht zu nehmen, und dazu gehört per ökosozialistischer Definition auch der deutsche Durchschnittsbürger.[261] Wegweisend sind hierbei die 2007 gesetzlich eingeführte Energieausweispflicht für Gebäude und die Umweltplakettenpflicht für Kraftfahrzeuge, die in Verbindung mit dem derzeit entwickelten Mautsystem ein effektives Überwachungssystem ermöglichen wird. Schon seit 2004 sind sowohl Haushalte als auch der Verkehr in §4 des Zuteilungsgesetzes (Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007) ausdrücklich aufgeführt. Das bedeutet, dass der Betrieb eines Kraftfahrzeugs oder einer Gebäudeheizung künftig vom Besitz der entsprechenden Emissionszertifikate abhängig gemacht werden kann, die selbstverständlich zunächst erworben werden müssen. Hinzu kommen weitere willkürliche Umweltauflagen, wie etwa die Pflicht zur kostenintensiven Wärmedämmung bei Neubauten und Altbausanierungen oder die ebenso willkürliche Pflicht zur Nachrüstung von Feinstaubfiltern für Holzofenheizungen, die im Gegensatz zu Öl- und Gasheizungen steuerlich bisher nicht erfasst wurden. Die Folge wird sein, dass der Besitz eines eigenen Wohnhauses oder eines eigenen Pkw für viele Deutsche finanziell kaum mehr zu bewältigen sein wird. Tatsächlich stellten die Protagonisten der Ökobewegung schon vor Jahren klar, dass ihrer Ansicht nach der Privatbesitz von Einfamilienhäusern in Wohngebieten ebenso wenig »nachhaltig« ist wie der motorisierte Individualverkehr. Wieso sollte der Deutsche auch ein eigenes Auto und ein eigenes Wohnhaus besitzen, wenn zum Beispiel eine *»Nomadin in der Sahelzone«,* auf die Jürgen Trittin in seinem Buch Bezug nimmt, sich diesen Luxus nicht leisten kann?[262] Wie man sieht, haben die zugrunde liegenden Motive mit Natur- und Umweltschutz nicht das Geringste zu tun, vielmehr geht es um die ideologisch verordnete *»globalgerechte Teilhabe an Lebenschancen«,* die in der westlichen Hemisphäre offensichtlich nur durch die Reduzierung des Lebensstandards und die schleichende

Enteignung sowohl der privaten Produktions- und Transportmittel als auch der privaten Wohngebäude erreicht werden soll.

Jene Leser, die Andrei Sacharows Forderungen aufmerksam studiert haben, werden bereits ahnen, was mit den Einnahmen geschehen soll, die der Staat durch den Verkauf der Emissionszertifikate einnimmt: Auch sie sollen als Entwicklungshilfe in die Dritte Welt transferiert werde.[263] Wörtlich heißt es in einer Broschüre des Bundesumweltministeriums: *»Die Entwicklungsländer tragen die geringste Schuld am Klima wandel, gehören jedoch zu den Regionen der Welt, die am meisten betroffen sind. Deswegen gehört es zur Verantwortung der Industrieländer, die weniger entwickelten Länder zu unterstützen — bei der Minderung ihrer Emissionen und bei der Anpassung an den Klimawandel. Daher soll - so hat es die Staatengemeinschaft beschlossen — der Transfer von klimafreundlichen Technologien und Know-how von Industrieländern in Entwicklungsländer verstärkt werden. Zudem wurden drei internationale Klimaschutzfonds aufgelegt, die vor allem in den ärmsten Ländern Klimaschutzaktivitäten und Anpassungsmaßnahmen finanziell unterstützen sollen.«*[264] Der für das Bundesumweltministerium an »langfristigen Klimakonzepten« arbeitende Professor Felix Ekardt geht noch weiter und fordert darüber hinaus *»deutlich verschärfte«* Klimastandards, nämlich *»am besten als eine globale Öko- bzw. Energiesteuer«,* die *»erhebliche Finanzhilfen an die Entwicklungsländer«* bereitstellen würde.[265] Dies entspricht nicht nur exakt dem Parteiprogramm der Grünen, demgemäß die Einnahmen aus der Emissionsrechtevergabe zur Entschuldung der Dritten Welt verwendet werden sollen, sondern auch den Vorstellungen Michail Gorbatschows, die dieser bereits in den 1980er-Jahren, das heißt in seiner Funktion als Generalsekretär der KPdSU, formuliert hatte.[266] Im Zuge der globalen Perestroika werden so, völlig unbemerkt von der steuerzahlenden westlichen Öffentlichkeit, die Umweltministerien zu Ökoplanbehörden umgestaltet, während die Entwicklungshilfeministerien zu globalen Umverteilungsbehörden revolutioniert werden.

Das planwirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz

Neben dem zwangsweisen Emissionsrechtehandel ist das sogenannte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im Jahre 2000 von der rot-grünen Bundesregierung erlassen wurde, ein weiteres Beispiel dafür, wie in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Deckmantel des Umweltschutzes schleichend eine sozialistische Planwirtschaft errichtet wird. Auf Kosten der Allgemeinheit fließt die Umverteilung dieses Mal jedoch nicht in die Dritte Welt, sondern direkt in die Taschen der ökobewegten Wählerschaft.

Offizielles Ziel des EEG ist es, den Ausbau von Energieversorgungsanlagen zu fördern, die aus sogenannten erneuerbaren Energiequellen gespeist werden. Neben der Biomasse und der Wasserkraft sind dies vor allem jene Solaranlagen und Windräder, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes leider immer häufiger das Landschaftsbild verschandeln. Das EEG legt fest, dass den Besitzern derartiger Anlagen über einen bestimmten Zeitraum (20 Jahre bei Wind- und Solarenergie) ein fester Mindestankaufspreis pro Kilowattstunde des erzeugten Stroms gesetzlich garantiert wird, den der Netzbetreiber dem Anlagenbesitzer zu zahlen hat. Entgegen den Grundsätzen einer Marktwirtschaft übt der Staat mit dem EEG also eine direkte marktverzerrende Preiskontrolle aus. Selbstverständlich liegt der gesetzlich vorgeschriebene Ankaufspreis für Ökostrom weit über dem Preis herkömmlich erzeugten Stroms. Wäre es anders, dann müsste man den Ökostrom nicht kommandowirtschaftlich fördern, denn in einem sich selbst regulierenden Markt setzt sich stets durch, was sich ideal bewährt. Während der Erzeugungspreis für Strom aus Atom- oder Kohlekraftwerken im Jahre 2003 bei durchschnittlich nur drei bis vier Cent pro Kilowattstunde lag, kostete die Kilowattstunde aus Windenergie acht Cent und aus Solarenergie sogar ganze 49 Cent. Solarstrom ist also 14 Mal so teuer wie Atomstrom und wäre unter Marktbedingungen keineswegs wettbewerbsfähig. Jedoch wird der Netzbetreiber mit dem EEG ausdrücklich dazu gezwun-

gen, Ökostrom bevorzugt in sein Netz einzuspeisen, was den Anteil teuren Ökostroms an der gesamten Strommenge so zwangsweise erhöht. Hinzu kommt das bereits erörterte Regelenergieproblem, denn die Netzbetreiber müssen stets konventionell erzeugte Regelenergie in Reserve halten, um damit bei fehlendem Wind bzw. Sonnenschein einen Netzzusammenbruch zu verhindern. Als logische Konsequenz dieser staatlichen Misswirtschaft steigen natürlich die Energiekosten, die der Endverbraucher zu tragen hat, während die Besitzer der völlig unwirtschaftlichen Solaranlagen und Windräder mit diesem Geld subventioniert werden. Da sich Letztere ihre Anlagen nicht selten aus öko-ideologischen Gründen angeschafft haben, findet durch das EEG also eine Umverteilung vom Durchschnittsverbraucher zum Ökosympathisanten statt, und damit zu genau jener Zielgruppe, aus der die grüne Partei ihre Stimmen erhält. Natürlich verbrauchen die Besitzer solcher Anlagen ihren ökologisch erzeugten Strom niemals selbst, vielmehr wird der teure selbsterzeugte Ökostrom geschäftstüchtig ins Netz eingespeist, um den eigenen Bedarf gleichzeitig mit stets verfügbarem billigem Netzstrom zu decken, das maximiert den Profit. Treffend urteilt Heinz Hug hierzu: *»Argerlicherweise zählen Grünen-Wähler vielfach zu den Besserverdienenden, von denen mancher ökoschizoid mit seinem Crossover-SUV samt Wohnwagen 3000 Kilometer im Urlaub abspult oder mit dem Porsche bei Aldi vorfährt. Zur Beruhigung des Gewissens montieren dieselben ökokosmetische Solarzellen auf das Bungalowdach, die durch das EEG eine fette Rendite abwerfen. Bezahlen tun's immer die anderen. Weil aber Rentner und Arbeitslose auch Strom verbraucher sind, hat das zur Folge, dass besser verdienende Ökos sich ihre Hobbyenergie vom kleinen Mann bezahlen lassen: die perfekte Umverteilung von unten nach oben — hin zu den Bessermenschen. «*[287] Nach Angaben des Bundesumweltministeriums betrugen allein im Jahr 2006 die durch das EEG verursachten Mehrkosten für den Stromverbrauch 3,7 Milliarden Euro. Doch damit nicht genug. Wie hirnrissig das EEG in letzter

Konsequenz ist, wird erst daran deutlich, dass die Herstellung der subventionierten Solaranlagen mehr Energie verbraucht, als sie bei hiesigen Wetter- und Sonnenscheinbedingungen während ihrer gesamten technischen Lebensdauer normalerweise erzeugen. Hier wird also eine Energieart mit negativer Energiebilanz gefördert, und erneut entsteht der Verdacht, dass es sich beim EEG um einen Versuch handelt, die deutsche Energieversorgung vorsätzlich zu sabotieren. Völlig unverständlich erscheint, dass der deutsche EEG-Schwachsinn im Ausland zahlreiche Nachahmer findet. Angeblich dient er bereits in 47 Staaten als Vorbild für eigene Gesetzentwürfe.[241] Al Gore schlug selbst in den USA ein ähnliches Einspeisegesetz mit staatlich kontrolliertem Ankaufspreis vor, und er erhoffte sich davon - entgegen jeder Vernunft —, langfristig alle zentralen Kraftwerke überflüssig zu machen.[269] Murray Bookchin hätte seine Freude daran. Etwas bescheidener, aber dennoch nicht realistischer geben sich die Protagonisten der Ökobewegung diesseits des großen Teichs. Denn wenn es nach Jürgen Trittin geht, soll bis zum Jahr 2050 »nur« die Hälfte des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen stammen.[270] Nordkoreanische Verhältnisse mit regelmäßigen Stromausfällen und -rationierungen wären die sichere Folge davon.

Zwar wächst der öffentliche Unmut über die steigenden Energiepreise, doch der offensichtliche Zusammenhang zum Emissionshandel und dem EEG wird nach wie vor nicht hergestellt. Stattdessen verstehen es die Sozialisten stets, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke auszunutzen und für die von ihnen selbst verursachten Probleme noch sozialistischere Lösungen anzubieten. Auch dem deutschen Umweltminister Sigmar Gabriel fiel angesichts der steigenden Energiekosten nichts Besseres ein, als den deutschen Energieversorgern flächendeckend einen *»Sozialtarif für bedürftige Menschen«* abzuverlangen, denn *»in einem so reichen Land wie Deutschland darf es keine Energie- oder Brennstoffarmut geben«*[271] Man fragt sich, ob solche Fehlleistungen tatsächlich noch mit Unfähigkeit zu erklären sind oder ob

man vielmehr revolutionäres Kalkül dahinter vermuten muss? Der geneigte Leser möge sich seine eigene Meinung dazu bilden!

Die Agenda 21

»Im Interesse der heutigen und künftigen Generationen werden in der UdSSR die notwendigen Schritte eingeleitet zum Schutz und zur wissenschaftlichen, rationellen Nutzung des Landes und seiner Bodenschätze und Wasserreserven, sowie des Pflanzen- und Tierreichs, zur Erhaltung der Reinheit von Luft und Wasser, zur Sicherstellung der Fortpflanzung des natürlichen Reichtums und zur Verbesserung der menschlichen Umwelt.«
Artikel 18 der Verfassung der Sowjetunion, 1977

»Die Regierungen sollten soweit angebracht in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung verabschieden, die unter anderem auf der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse aufbaut, insbesondere soweit diese die Agenda 21 betreffen. (...) Zu den Zielen dieser Strategie sollte es gehören, eine sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklung bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcenbasis und der Umwelt zum Nutzen künftiger Generationen sicherzustellen.«
Artikel 8.7, Agenda 21, 1992

Ein weiteres Projekt, das 1992 in Rio de Janeiro international auf den Weg gebracht wurde und wie kein anderes Dokument sowohl den Ungeist dieser Konferenz wiedergibt als auch von der

unglaublichen Hybris ihrer Hintermänner zeugt, ist die sogenannte Agenda 21, die den Plan einer nachhaltig-sozialistischen Gleichschaltung der gesamten Menschheit darstellt und die geplante weltweite Perestroika auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bis ins Detail regelt, das heißt von der obersten Ebene der UNO über die Nationalstaaten, die Kommunen und Gemeinden bis hinein in die Familien. Unter dem Deckmantel von Umweltschutz und Entwicklungshilfe wird darin ein weltweit gleichförmiges Gesellschaftssystem vorgegeben, das die gewachsenen kulturellen und nationalen Eigenheiten der verschiedenen Völker auf Erden ignoriert sowie beseitigt und an ihre Stelle ein einförmiges egalitäres Menschenbild setzt, das der »sozialistischen Persönlichkeit« - die im kommunistischen Ostblock als erzieherisches Ideal galt - zum Verwechseln ähnlich sieht. In 40 Kapiteln schreibt die von Edgar L. Gärtner als Light-Version des »wissenschaftlichen Sozialismus« bezeichnete Agenda 21 detailliert vor, wie alle wesentlichen Politikbereiche nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industriestaaten unter der Maxime von »Nachhaltigkeit« und »Suffizienz« umzugestalten sind, wie diese Umgestaltung finanziert werden soll und wer sie zu kontrollieren hat.

Bei näherer Betrachtung ist die Agenda 21 unschwer als Teil jenes *»UNO-Spezialprogramms«* zu erkennen, das der KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow im Sinn hatte, als er im September 1987 eine *»globale Strategie für den Umweltschutz und die rationelle Nutzung der Ressourcen«* forderte, die international *»für rechtsverbindlich erklärt«* und mit einer *»jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes«* verbunden werden sollte.[272] Auch Al Gore hatte in seinem zeitgleich zur Rio-Konferenz erschienenen Buch *Wege zum Gleichgewicht* einen »globalen Marshallplan« beschrieben, der inhaltlich mit den Vorgaben der Agenda 21 übereinstimmt. Doch weder Gorbatschow noch Gore sind die wahren Urheber der Agenda 21, denn die Vorgeschichte dieses Programms lässt

sich bis zum Jahr 1977 und bis in die Kreise der internationalen Hochfinanz zurückverfolgen. In jenem Jahr erschien unter dem bezeichnenden Titel *Die unvollendete Agenda* (engl.: *The Unfinished Agenda)* ein Strategieprogramm, das von der Rockefeller-Brothers-Stiftung finanziert wurde und an dessen Ausarbeitung eine ganze Anzahl von NGO-Funktionären beteiligt war. Darüber hinaus finden sich in der Liste der an der Entstehung beteiligten Personen neben Vertretern der Hochfinanz-Dynastien Rockefeiler und Rothschild unter anderem auch so illustre Gestalten wie die früheren Chefs der US-Umweltbehörde (EPA) William Ruckeishaus und William Reilly, Dennis Meadows vom *Club of Rome* sowie der bereits bekannte kommunistische Ur-Ideologe der Ökobewegung Murray Bookchin. Der Inhalt dieses Strategieprogramms ist weitgehend identisch mit der 1992 unterzeichneten Agenda 21, jedoch ist die offiziell verabschiedete Version in offenbar vorsätzlich irreführender und beschwichtigender Weise langatmig, unverständlich und politisch korrekt formuliert, während das Strategieprogramm von 1977 die zugrunde liegenden Motive und Zielsetzungen weitaus offener und unverblümter zu erkennen gibt. Im Wesentlichen geht es darin um die Kontrolle der Weltbevölkerung durch Abtreibung und Sterilisation, die weltweite Rationierung der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung, die massive Beschneidung des Individualverkehrs, die Einschränkung des Konsums und die Einführung der Planwirtschaft. Begründet werden diese Ambitionen mit denselben Lügen, mit denen auch heute offiziell versucht wird, den grün-roten Gesellschaftsumbau zu rechtfertigen. So findet sich in der unvollendeten Agenda nicht nur die Legende von den die Ozonschicht zerstörenden FCKW, sondern es wird auch behauptet, der Westen beute durch fallende »*Terms of Trade«* die Entwicklungsländer aus, weshalb die westlichen Staaten und insbesondere die USA in der Verantwortung stünden, ihren Lebensstandard zu beschneiden und international »gerecht« umzuverteilen."[273] Selbst die von den Grünen aufgestellte unwahre Be-

hauptung, ihre Art des Umweltschutzes schaffe Arbeitsplätze, anstatt sie zu vernichten, findet sich fast wörtlich bereits in den Seiten des Rockefeller-Strategieprogramms.[274]

Statt einer **wachstumsorientierten** Marktwirtschaft, die **nach** einer kontinuierlichen Verbesserung des gesamtgesellschaftlichen Lebensstandards strebt, sei eine »Steady State Economy« ohne jegliches Wachstum auf niedrigem und suffizientem Niveau anzustreben. Die Verfasser der unvollendeten Agenda stellten unmissverständlich klar, dass es bei ihrem Strategieprogramm um die weltweite Umgestaltung der Gesellschaft vom Überfluss zur Mangelwirtschaft geht. Die Knappheit betreffe alle Bereiche, das Land, das Wasser, die Luft, die Ressourcen, die Lebensmittel und das Kapital.[275] Der aufmerksame Leser wird sich erinnern, dass es eine objektive und natürliche Knappheit an diesen Ressourcen weder in den 1970er-Jahren gab noch gegenwärtig gibt und eine echte Knappheit mittelfristig auch nicht zu erwarten ist. Folgt man der Logik der Agenda-Protagonisten, dann entsteht vielmehr der Verdacht, dass diese Verknappung erst ebenso künstlich herbeigeführt werden soll, wie sie am Beispiel des Geldes durch den parasitären Effekt des Faktors Zins vorsätzlich erzeugt wird. Gleichsam ist die sich gegenwärtig abzeichnende Lebensmittelverknappung **und -Verteuerung** nicht aus einer natürlichen Entwicklung heraus entstanden, sondern sie ist die Folge des künstlich propagierten Biosprit-Wahnsinns, für den keinerlei objektive Notwendigkeit besteht. Man muss also vermuten, dass die Lebensmittelverknappung keine Nebenwirkung der Biospriterzeugung ist, sondern vielmehr ihr beabsichtigter Hauptzweck, der als Vorwand für die Einführung einer sozialistischen Zentralverwaltung benötigt wird. Unmissverständlich heißt es in der unvollendeten Agenda: *»Der Ubergang vom Uberfluss zum Mangel an Allgemeingütern erfordert einen tiefgreifenden Wertewandel. Im Überfluss sind das Eigeninteresse und der Individualismus die Schlüssel für Erfolg und Wachstum. Im Mangel sind die überlebenswichtigen Werte genau gegensätzlich: Da ist es das wichtigste Interesse jedes*

einzelnen Individuums, die Interessen der Gemeinschaft über seine eigenen zu stellen; nur dadurch sind Überleben und Stabilität möglich. All jene, die in der gemeinsamen Umwelt des Planeten leben, erfahren jetzt den Übergang vom Überfluss zum Mangel. Die unmittelbar anstehende Herausforderung ist nicht die physische Grenze des Wachstums (...), sondern die Herausforderung zu einer grundlegenden Umgestaltung der menschlichen Werte.« [76] Das Rockefeller-Strategieprogramm, aus dem schließlich die Agenda 21 hervorging, ruft also zur Kollektivierung des menschlichen Lebens auf anstelle der Individualisierung. Besser hätten das weder Marx noch Lenin oder Mao formulieren können. Charakterisiert wird die Suffizienzwirtschaft der unvollendeten Agenda durch die folgenden vier Eigenschaften: *»1) eine konstante menschliche Population; 2) ein konstanter Bestand (oder Vorrat) an Waren, einschließlich Kapital; 3) das Niveau dieser beiden Bestände wird konstant gehalten, sodass es ausreicht für ein gutes Leben und nachhaltig istfür eine lange Zukunft; 4) die Konsumrate von Material und Energie wird auf das für die menschliche Bevölkerung niedrigstmögliche Niveau reduziert. Die Geburtenrate ist auf niedrigem Niveau gleich groß wie die Todesrate, sodass die Lebenserwartung hoch ist.«* [77] Daraus wird klar ersichtlich, dass es bei der Agenda nicht einfach um Umweltschutz und Entwicklungshilfe geht und dass selbst die gezielte Verarmung der westlichen Welt noch nicht das letzte Ziel ihrer Hintermänner ist. Es geht buchstäblich um die Totalregulierung des menschlichen Lebens auf Erden, einschließlich der Herrschaft über Leben und Tod. Die Hintermänner der Agenda möchten sein wie Gott!

Die gesellschaftsrelevante Wissenschaft als Grundlage der Agenda 21

In der Agenda 21 und ihrem unvollendeten Entwurf konzentriert sich das gesamte Ideengut der Ökobewegung, und so darf es nicht

überraschen, wenn man darin unschwer genau jenes Konzept von »gesellschaftsrelevanter« Wissenschaft wiederfindet, das in den 1960er-Jahren die pseudowissenschaftliche Grundlage für die entstehende Ökobewegung legte. Wörtlich heißt es zum Beispiel in Artikel 35.3, *»ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit«* soll *»nicht als Entschuldigung dafür dienen, Maßnahmen hinauszuzögern, die in sich selbst gerechtfertigt sind«.* Damit wird offen zugegeben, dass nicht größtmögliche Objektivität der Zweck dieser Art von Wissenschaft ist, sondern *»in sich selbst gerechtfertigte«* gesellschaftliche Relevanz. Dies geht bereits aus der Überschrift des 35. Kapitels hervor, die da lautet *»Die Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung«.* Die nachhaltigsozialistische Entwicklung der Welt ist also das Maß aller Dinge, der die Wissenschaft dienstbar gemacht werden soll. Und auch wenn die Theorie der anthropogenen Klimakatastrophe wissenschaftlich nicht belegt werden kann, überbrückt man die fehlende reale Notwendigkeit schlichtweg mit dem sogenannten »Vorsorgeprinzip«: *»Bei Maßnahmen, die sich auf komplexe Systeme beziehen, die noch nicht voll verstanden worden sind und bei denen die Folgewirkungen von Störungen noch nicht vorausgesagt werden können, könnte der Vorsorgeansatz als Ausgangsbasis dienen.«* (35.3) Dem sich anschließenden Artikel 35.6, der von der Verbesserung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Bevölkerung und Entscheidungsträgern handelt, ist zu entnehmen, dass die nach dem Vorsorgeprinzip arbeitende gesellschaftlich relevante Wissenschaft den Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) offenbar die Argumente liefern soll, die diese in die Lage versetzen, öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, unter anderem wenn es darum geht, *»die bestehenden Produktions- und Konsummuster zu verändern«* (35.6.c.).

Die Funktion der Nicht-Regierungs-Organisationen in der Agenda 21

Ein maßgebliches Ziel der Agenda 21 ist die Einbindung von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) in die politische Entscheidungsfindung auf allen Hierarchieebenen von der UNO bis in die Kommunen und damit die flächendeckende Untergrabung der traditionellen Staatsordnung (vgl. 1.3, 8.3, 27.1-13, 28.1-7). Dies gilt nicht nur für private Umweltgruppen und Entwicklungshilfeorganisationen, sondern, wie vielfach explizit betont wird (zum Beispiel in 24.3), auch für feministische Gruppierungen. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um beliebige Bürgerinitiativen, sondern um genau jenes NGO-Proletariat, das nach dem bewährten Verfahren der Rio-Konferenz handverlesen wurde und künftig stärker vernetzt werden soll, um seine *»Leistungsfähigkeit als Handlungsträger bei der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung verstärkt zur Geltung zu bringen«* (vgl. 38.44, 27.4, 38.42). Zu diesem Zweck sollen die staatlichen und örtlichen Behörden eine *»möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit«* mit den NGOs herstellen (27.4). Falls nötig sind nationale Gesetze zu ändern, *»um die Einrichtung von Beratungsgruppen durch nichtstaatliche Organisationen zu ermöglichen«* (27.13). Das heißt, die Agenda 21 sieht die Gründung von NGO-Räten vor, die staatlichen Stellen beigeordnet werden. Wie dies in der Praxis aussehen könnte, geht beispielsweise aus einer vom Dritte-Welt-Haus Bielefeld herausgegebenen Schrift hervor, in der es unter der Überschrift »Zukunftsfähigkeit braucht neue Politikformen« heißt: *»Über (...) Beteiligungsforen hinaus könnte auch ein unabhängiges Gremium von kompetenten Persönlichkeiten, ein ökologischer Rat, eine nützliche Ergänzung unseres parlamentarischen Systems sein. (...) Gerade weil im politischen Tagesgeschäft die längerfristigen Perspektiven oft verloren gehen, soll dieser ökologische Rat auf die Folgen von bestimmten Entscheidungen hinweisen und notwendige Reformen/Maßnahmen anmahnen. Gegenüber der*

Regierung könnte er mit einem (vorläufigen) Vetorecht ausgestattet werden, das es ihm ermöglicht, solche Maßnahmen der Exekutive zu stoppen, die den Geboten einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklunggrob entgegenlaufen.«[2 78]

Darüber hinaus sieht der Artikel 27.13 vor, nationale Gesetze dahingehend abzuändern, dass diese NGOs in die Lage versetzt werden, *»sich mit rechtlichen Mitteln für die Wahrung des öffentlichen Interesses einzusetzen«*, was unschwer als die Forderung nach Einführung der Verbandsklage erkannt werden kann. Die Einführung der Verbandsklage in Deutschland war also ein von der Agenda 21 geforderter Zwischenschritt auf dem Weg in die Öko-Räterepublik. Hinzu kommt, dass diesen NGOs gemäß Artikel 23.2 auch *»Zugangzu umweit- und entwicklungsrelevanten Informationen«* gewährt werden soll, *»die sich in Händen nationaler Behörden befinden, wozu auch Informationen über Produkte und Aktivitäten gehören, die signifikante Auswirkungen auf die Umwelt haben oder wahrscheinlich haben werden, sowie Informationen über Umweltschutzmaßnahmen«* (vgl. 27.9.g, 38.14). Das bedeutet, dass privaten Organisationen Informationen über Industrieunternehmen oder Einzelpersonen zugänglich gemacht werden sollen, deren Produktions- oder Lebensweise vielleicht Auswirkungen auf die Umwelt *»haben oder wahrscheinlich haben werden«,* woraufhin diese Organisationen unter anderem mit dem Mittel der Verbandsklage direkt dagegen vorgehen können. Auf diese Weise wird privaten NGOs als Voraussetzung für die Errichtung eines Öko-Terrorregimes praktisch Behördenstatus verliehen. Der aufmerksame Leser wird sich erinnern, dass zum Beispiel das Emissionshandelsgesetz bereits die Veröffentlichung von Umweltsündern vorsieht.

Die Öko-Politkommissare der NGOs werden im Rahmen der Agenda 21 nicht nur dazu befähigt, gegen Unternehmen und Einzelpersonen vorzugehen, ihnen kommt sogar eine Kontrollfunktion gegenüber den nationalstaatlichen Behörden zu: *»Das System der Vereinten Nationen (...) soll in Absprache mit nicht-*

staatlichen Organisationen Maßnahmen ergreifen, a) um transparente und wirksame Mittel zu entwerfen, damit auch nichtstaatliche Organisationen (...) an dem Prozess zur Überprüfung und Evaluierung der Umsetzung der Agenda 21 auf allen Ebenen beteiligt werden, und um ihren Beitrag dazu zu fördern; b) um die Ergebnisse der Prüfsysteme und Evaluierungsverfahren nichtstaatlicher Organisationen in einschlägigen Berichten des Generalsekretärs an die Generalversammlung und alle einschlägigen Organisationen der Vereinten Nationen (...) zu berücksichtigen« (38.43). Das bedeutet, dass diese weder demokratisch noch juristisch legitimierten Nicht-Regierungs-Organisationen exekutiver Teil eines Weltregierungssystems werden, das die Aktivitäten der nationalstaatlichen Behörden im Hinblick auf die Umstrukturierung der Gesellschaft gemäß den Vorgaben der Agenda 21 überwacht. Ihnen soll, wie Artikel 8.21.d vorschreibt, sogar Einfluss auf die nationalstaatliche Gesetzgebung gewährt werden. Wörtlich heißt es, Einzelpersonenen und Gruppen sollen *»an der Ausarbeitung und am Vollzug von Gesetzen und Rechtsverordnungen für den Bereich Umwelt und Entwicklung«* beteiligt werden.

Auf diese Weise entsteht parallel zum Nationalstaat - ausschließlich von der UNO legitimiert — ein internationalistisches, ökorevolutionäres Rätesystem, das sowohl exekutive als auch legislative Funktionen in sich vereint und dem die nationalen Behörden Rechenschaft leisten müssen (vgl. 27.1. 27.6., 27.8., 38.44).

Weltweite Umerziehung durch die Agenda 21

»Angesichts unserer sich rasch ändernden Existenzbedingungen und des möglichen Auftauchens neuer Gefahren sollte die ökologische Unterweisung bereits auf der Schulbank beginnen und sich ein Leben lang fortsetzen. Jedes Kind muss sich als Bürger nicht nur seines Landes, sondern der gesamten Erde

fühlen, solidarisch denken und handeln und ökologische Kenntnisse sowie praktische Fertigkeiten für das Leben und die Arbeit in seiner Region erwerben.«[279]
Michail Gorbatschow, früherer KPdSU-Generalsekretär

»Das fünfte strategische Ziel schließlich ist der Aufbau eines kooperativen Bildungsplans für die Aufklärung der Weltbevölkerung über die globale Umwelt - zunächst durch die Einrichtung eines umfassenden Programms zur Untersuchung und Überwachung der heute sich abspielenden Veränderungen, das die Angehörigen aller Länder und vor allem die Schüler einbezieht; und zweitens durch massive Anstrengungen zur Verbreitung von Wissen über lokale, regionale und strategische Umweltbedrohungen. Diese Bemühungen haben letztlich das Ziel, neue Denkweisen über die Beziehung zwischen Zivilisation und Umwelt zu fördern. «[280]
Al Gore, ehemaliger US-Vizepräsident

Sowohl Michail Gorbatschow als auch Al Gore forderten eine internationale Kampagne zur grünen Umerziehung der Menschheit, wie sie auch in der Agenda 21 eine wesentliche Rolle spielt. Schon 1977 war in ihrem unvollendeten Entwurf davon die Rede, dass die Öffentlichkeit mit großem Aufwand »erzogen« werden müsste, da die angestrebte Suffizienzrevolution sonst keine öffentliche Unterstützung fände. Ausdrücklich wird dabei die Massenwirkung der Medien, insbesondere des Fernsehens, betont, aber auch eine Veränderung der Lehrpläne sei *»dringend erforderlich, in der ökologische Denkweisen, die knappen Ressourcen, die Wirkung von Schadstoffen, die menschliche Sexualität und Methoden der Schwangerschaftsverhütung hervorgehoben werden«.*[281]

Wiederzufinden ist die Forderung nach weltweiter ökosozialistischer Umerziehung vor allem im 36. Kapitel der Agenda 21, das unter der Überschrift »Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung« steht. Darin heißt es beispielsweise: *»Bildung ist eine*

unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinanderzusetzen. Während die Grunderziehung den Unterbau fiir eine umweit- und entwicklungsorientierte Bildung liefert, muss Letzteres als wesentlicher Bestandteil des Lernens fest mit einbezogen werden. Sowohl die formale als auch die nichtformale Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen fiir die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen. Sie sind auch von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines ökologischen und eines ethischen Bewusstseins sowie von Werten und Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind (...).« (36.3) Die weltweite Indoktrination dieser nachhaltig-sozialistischen »Werte« und Einstellungen soll, genau wie bereits 1977 gefordert, nicht nur durch eine Änderung der Lehrpläne an den Schulen sichergestellt werden (36.5.b), sondern ausdrücklich auch unter Zuhilfenahme der Medien, der Unterhaltungs- und Werbebranche sowie über Theatergruppen erfolgen, wie in Absatz 36.10.e zu lesen ist: *»Die Länder und das System der Vereinten Nationen sollen eine kooperative Beziehung zu den Medien, populären Theatergruppen sowie der Unterhaltungs- und der Werbebranche pflegen, indem sie im Rahmen von Gesprächen deren Erfahrungen mit der Beeinflussung von öffentlichen Verhaltens- und Verbrauchsmustern zu ergründen versuchen und von deren Methoden umfassenden Gebrauch machen. Diese Zusammenarbeit würde auch der aktiven Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umweltdiskussion Auftrieb geben.«* Der letzte Satz offenbart, wie sich die Drahtzieher der Agenda 21 die Beteiligung der Öffentlichkeit vorstellen. Die Öffentlichkeit gilt hierbei nicht als Souverän, sondern als Objekt der massenmedialen Umerziehung, das anschließend, wenn es bereits ökosozialistisch auf Linie gebracht wurde, an der »Umweltdiskussion« beteiligt wird, um Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben. In

36.lO.f wird dies weiter ausgeführt: »… *die Länder sollen in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft Möglichkeiten für den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien mit hoher Breitenwirkung schaffen. Die staatlichen und kommunalen Bildungsbehörden und die einschlägigen Organisationen der Vereinten Nationen sollen gegebenenfalls den Einsatz audiovisueller Mittel insbesondere durch den Einsatz mobiler Anlagen im ländlichen Raum verstärken, indem sie Fernseh- und Rundfunkprogramme für Entwicklungsländer produzieren, die örtliche Bevölkerung mit einbeziehen, interaktive multimediale Methoden zum Einsatz bringen und moderne Methoden mit traditionellen Formen der Kommunikation verknüpfen.«* Auch die gesellschaftsrelevante Wissenschaft soll, wie in Artikel 5.13 vorgeschrieben wird, an der massenmedialen Umerziehung der Menschheit beteiligt werden, indem *»die Ergebnisse von Forschungsarbeiten, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung befassen«,* in Zeitschriften, Medien, auf Workshops usw. weitergegeben werden, um *»das öffentliche Bewusstsein vermehrt«* zu *»schärfen«.* Selbst NGOs sollen ihren Beitrag zur Umerziehung leisten. In Artikel 36.5 wird den Bildungsbehörden zum Beispiel empfohlen, Lehrkräfte, Verwaltungsfachleute, Bildungsplaner und Erzieher durch NGOs ökologisch und »nachhaltig« schulen zu lassen. Offizielles Ziel dieser Umerziehung ist es, *»eine bessere Motivation und ein stärkeres Engagement für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern«* (36.8) sowie *»Einstellungen, Wertvorstellungen und Handlungsweisen«* zu stärken, *»die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind«* (36.9). Neben Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen sollen ausdrücklich auch feministische Gruppierungen zur Umerziehung beitragen (36.5.1), denn als ein Erziehungsziel im Sinne der »nachhaltigen Entwicklung« wird ausdrücklich die umfassende Bevorzugung des weiblichen Geschlechts herausgestellt. Dazu heißt es zum Beispiel in Artikel 36.5.m, *»die Regierungen und die Bildungsbehörden sollen die Ausbildungschancen von Frauen in nicht traditionellen Bereichen fördern und eine stereotype Ausrichtung der Lehrpläne nach der*

Geschlechtszugehörigkeit abschaffen. (...) Der Bildung/Erziehung junger Mädchen und der Durchführung von Programmen zur Förderung der Alphabetisierung von Frauen ist dabei Vorrang einzuräumen« (vgl. 5.62, 6.27.**C,** 24.3.**C,** 25.l4.d, 36.10.k). Das heißt, im Rahmen der Agenda 21 soll der Menschheit nicht nur ein ökosozialistisches Weltbild zwangsweise anerzogen werden, dieses Weltbild ist darüber hinaus auch feministisch geprägt.

Wie mit der Agenda 21 die Menschheit dezimiert werden soll

» Wir sind einfach zu viele geworden, wir Menschen, zu viele und zu mächtig, als dass wir auf die kollektive Daseinsvorsorge durch eine technokratische Administration tatsächlich verzichten könnten. «[282]
Joschka Fischer, ehemaliger grüner Außenminister

Nach Ansicht des ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore ist der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Rettung der globalen Umwelt die Stabilisierung der Weltbevölkerung. In seinem 1992 erschienenen Buch *Wege zum Gleichgewicht* schrieb er: *»Bei keiner anderen Frage wird so deutlich, wie dramatisch sich die Auswirkungen der Menschheit auf die globale Umwelt verändert haben, und nichts zeigt besser die Notwendigkeit einer wirklich globalen Lösung, die strategisch geplant wird. «*[283] Doch wie nahezu das gesamte Programm seines Buches, stammt auch die Forderung nach staatlicher Planung der Weltbevölkerung ursprünglich nicht von ihm selbst. Schon seit der Veröffentlichung des *Club-of-Rome*-Berichts *Die Grenzen des Wachstums* zu Beginn der 1970er-Jahre verbreiteten die Vertreter der internationalen Hochfinanz und ihre ökosozialistischen Helfershelfer die Ansicht, die Erde sei überbevölkert. Die Weltbevölkerung habe, so wird seither unablässig behauptet, eine Größe erreicht, bei der die irdischen Res-

sourcen nicht mehr ausreichen würden, um die Menschheit weiterhin zu ernähren. Daher mache es die Bevölkerungsentwicklung vor allem in der Dritten Welt nötig, Strategien zu entwickeln, mit denen das Bevölkerungswachstum stabilisiert werden könnte, das heißt mit denen die Geburten- und Todesraten aneinander angeglichen werden könnten, um so langfristig die Weltbevölkerung konstant zu halten.

Kein Geringerer als John D. Rockefeller III. persönlich hatte im August 1974 auf der Weltbevölkerungskonferenz der UNO in Bukarest verkündet: *»Ich bin nach Bukarest gekommen, um dringend nach einer tiefgehenden und genauen Untersuchung all dessen, was auf dem Felde der Bevölkerung zu tun ist, zu rufen. Ich habe meine Meinung geändert und glaube nun, dass Familienplanung allein nicht ausreicht.«*[284] Tatsächlich tritt die Rockefeller-Dynastie vor allem in den USA schon seit Jahrzehnten als Befürworter und Geldgeber der »Familienplanung« in Erscheinung, zu deren Methoden ausdrücklich auch die Abtreibung zählt. Es darf spekuliert werden, welche Methoden Rockefeiler im Sinn hatte, als er davon sprach, dass die Familienplanung allein nicht ausreiche, um das angebliche Problem der Überbevölkerung zu lösen. Wie Gary Allen berichtet, befürwortete Rockefeller schon damals eine Bevölkerungspolitik nach kommunistischem Vorbild, wie etwa in China, wo der Staat entscheidet, ob ein Ehepaar Kinder bekommen darf, und wenn ja, wie viele. Allen Ehepaaren, die sich nicht an die behördlich genehmigte Zahl von Geburten halten, drohen schwere Strafen bis hin zu staatlich erzwungenen Schwangerschaftsabbrüchen und Sterilisationen. Auch in der westlichen Welt gab es bereits ähnliche Vorstöße. So forderte beispielsweise der australische Professor für Geburtshilfe, Barry Walters, eine Strafsteuer in Höhe von jährlich 500 Euro für Ehepaare mit mehr als zwei Kindern, denn jedes neugeborene Baby sei eine potenzielle Quelle für Treibhausgas-Emissionen, die nicht nur durch die Atmung aufträten, *»sondern auch durch Verschwendung wertvoller Ressourcen«*[285]. Darüber hinaus, so Walters weiter, könnte Bür-

gern, die verhüten oder sich sterilisieren lassen, ein Bonus auf die Einkommensteuer gewährt werden.

Auch im unvollendeten Entwurf der Agenda 21 von 1977 wurde der Kontrolle der Weltbevölkerung entscheidende Bedeutung beigemessen. Das Rockefeller-Strategieprogramm rief zu einer nationalen wie internationalen Politik auf, deren Ziel nicht nur die Stabilisierung, sondern sogar die Reduzierung der Weltbevölkerung sein sollte, und zwar unter anderem durch die Verbreitung von Verhütungsmitteln und Schwangerschaftstests sowie die Einrichtung staatlicher Sterilisations- und Abtreibungskliniken.[286]

Mit diesen Methoden, die stark an den Kaufman-Plan erinnern, der die Zwangssterilisierung aller Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg vorsah, soll sichergestellt werden, dass die Geburtenrate die Todesrate nicht übersteige.[287] Wörtlich heißt es darin: *»Die Regierungen beeinflussen das Bevölkerungswachstum jedesmal, wenn sie die wirtschaftlichen und sozialen Zustände beinflussen, von denen Einzelfamilien betroffen sind. Solche Regierungsfunktionen wie die Steuerpolitik, die Wohnungspolitik, die Gesundheitspolitik, der Straßenbau und die Bildung beeinflussen stets das Einkommen von Familien, ebenso wie ihre Erwartungen, Kosten und die Wohnortwahl — und betreffen auf diese Weise auch die Familienplanung. Es steht außer Frage, dass die Regierungspolitik die Geburten- und Todesraten beinflussen kann. Die Frage ist lediglich, ob dieser Einfluss zufällig und unberechenbar oder sorgfältig überlegt und auf die übrige Sozialpolitik abgestimmt wird.*[288] Schon in ihrem ersten Entwurf sah die Agenda also eine staatlich-planwirtschaftliche Kontrolle der menschlichen Fortpflanzung vor. Neben der Etablierung von Sterilisation und Abtreibung wurde eine weitere sehr interessante Methode der staatlichen Bevölkerungsplanung genannt, die gegenwärtig auch in Deutschland politisch höchst aktuell ist: die vorsätzliche Auflösung der Geschlechterrollen, auch bekannt als »Gender Mainstreaming«. Dazu hieß es bereits 1977: *»Jeder Aufwand sollte unternommen*

werden, um ein Rollenmodell zu bewerben und zu verbreiten, in dem junge Mädchen regelmäßig Frauen sehen, die alle Arten von Berufen ausüben, einschließlich Positionen von Verantwortung und Autorität. «[289] Die Auflösung der traditionellen Geschlechterrollen, die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Einführung der staatlichen Sozialfürsorge habe, so wird ausdrücklich betont, einen indirekt negativen Einfluss auf die Fruchtbarkeit, weshalb diese Maßnahmen in weltweitem Rahmen dazu geeignet wären, die Bevölkerungszahlen zu reduzieren.[290] Darüber hinaus soll es als positiv dargestellt werden, nicht zu heiraten und keine Kinder zu bekommen, zum Beispiel mit dem Argument, dass dadurch Freiraum bleibe, sich kreativ auszuleben, anstatt sich mit der Verantwortung einer Familie zu belasten.[291] Die steuerliche Bevorzugung der Familie sei abzuschaffen.[292] Stattdessen sollten staatliche Kinderhorte eingerichtet werden, was, zusammen mit anderen Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Familie und Karriere ermöglichen sollte.[293] Damit man solche Forderungen ideologisch richtig einordnen kann, sollte man wissen, dass die Einbindung der Frau in das Erwerbsleben bereits von Marx und Engels als Vorbedingung für die von ihnen geplante Zerstörung der kleinbürgerlichen Familie genannt wurde, die wiederum das Ende des Privatbesitzes bedeuten würde.

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum in der 1992 unterzeichneten Agenda 21 so großer Wert auf die umfassende Bevorzugung des weiblichen Geschlechts und auf die Einbindung feministischer Nicht-Regierungs-Organisationen in die internationale ökosozialistische Umgestaltung gelegt wird. Neben zahllosen Artikeln zur Begünstigung der Frau in allen Politikbereichen findet sich in der Agenda 21 ganz selbstverständlich auch die Forderung nach Einrichtung von Kinderhorten und Kindertagesstätten (36.5.m, 5.32), denn Hausfrauen gelten als *»benachteiligte Bevölkerungsgruppe«* (5.21), sowie nach Erhöhung des Anteils der Frauen, *»die als Entscheidungsträger, Planer, Manager, Wissenschaftler und technische Berater mit der Konzipierung,*

Ausarbeitung und Umsetzung einer auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Politik und entsprechender Programme befasst sind« (24.3.a). In Artikel 5.48 heißt es ganz offen: *»Besondere Aufmerksamkeit gebührt der wichtigen Rolle der Frauen in Bevölkerungs-/Umweltprogrammen und bei der Erzielung nachhaltiger Entwicklung. Bei Projekten sollen Möglichkeiten einer Verknüpfung sozialer, ökonomischer und ökologischer Vorteile für Frauen und ihre Familien genutzt werden. Die Stärkung der Rolle der Frauen ist von elementarer Bedeutung und soll durch Erziehung, Ausbildung und eine Politik, die den Frauen einen vermehrten Anspruch und Zugriff auf eigenes Vermögen, Menschen- und Bürgerrechte, Arbeitserleichterungen, Beschäftigungsmöglichkeiten und die Mitgestaltung von Entscheidungsprozessen gewährt, gewährleistet werden. «* Selbst der Zusammenhang zwischen der Vermännlichung des weiblichen Rollenmodells und der Geburtenrate wird in der Agenda 21 angesprochen, wenn auch nicht in derselben Offenheit wie zuvor in ihrem unvollendeten Entwurf In Artikel 5.12 heißt es: *»Das Bewusstsein fur die grundlegenden Wechselbeziehungen zwischen der Verbesserung der Stellung der Frau und der Bevölkerungsdynamik soll geschärft werden, insbesondere durch verbesserten Zugang fur Frauen zu Bildungsmöglichkeiten, Programme im Rahmen der primären Gesundheitsversorgung und der Frauenheilkunde, wirtschaftliche Unabhängigkeit und wirksame, gleichberechtigte Beteiligung und Mitgestaltung von Frauen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen.«* Im 24. Kapitel, unter der Überschrift »Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung«, wird selbst die *»gerechte Aufteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau«* durch die Regierungen vorgeschrieben (24.3.d), ebenso wie die *»Ausräumunghartnäckiger negativer Vorstellungen, Klischees, Einstellungen und Vorurteile in Bezug auf Frauen durch Herbeiführung eines Wandels in den Sozialisationsmustern, in den Medien, in der Werbung sowie im formalen und nonformalen Bildungswesen«* (24.3.i). Artikel 24.3.g regelt die Einrichtung ländlicher Bankensysteme, und zwar ausschließlich

für Frauen, um ihnen *»vermehrten Zugang zu Krediten, landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Geräten zu verschaffen«.* Diese bis ins letzte Detail geregelte weltweite Begünstigung der Frau soll durch Frauenbüros, Frauengruppen und feministische NGOs vor Ort durchgesetzt und kontrolliert werden (24.3.b). Obwohl die Agenda 21 keine allzu unterhaltsame Lektüre darstellt, lohnt es sich, das gesamte Kapitel 24 aufmerksam zu studieren und mit den zahlreichen anderen Artikeln zu vergleichen, in denen die Frau explizit bevorzugt wird (vgl. 5.17, 5.37, 5.46, 6.27**.C,** 10.16, 25.l4.d, 30.24, 36.5.m, 38.25.f.).

Besondere Erwähnung verdient darüber hinaus der Artikel 6.21, in dem es heißt, *»besondere Aufmerksamkeit gebührt auch der pränatalen Gesundheitsfürsorge, damit sichergestellt ist, dass gesunde Kinder geboren werden«.* Denn dieser Artikel lässt die Frage offen, was mit den ungeborenen Kindern geschehen soll, die im Rahmen jener pränatalen Gesundheitsfürsorge als »nicht gesund« diagnostiziert werden. Wer die Befürwortung der Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle in der unvollendeten Agenda kennt, ahnt, welches Schicksal diesen Kindern zugedacht ist. Dieser Artikel soll offenbar regeln, dass *nur* gesunde Kinder bzw. nur Kinder, die als gesund diagnostiziert wurden, geboren werden.

Wie die Praxis zeigt, ist zu vermuten, dass neben den genannten Methoden zur Bevölkerungskontrolle noch weitere Maßnahmen angewandt werden, die nicht auf eine Reduzierung der Geburtenzahlen, sondern auf eine vorsätzlich Anhebung der Sterberaten abzielen. Zum Beispiel ist es eine noch viel zu wenig bekannte Tatsache, dass seit der Entdeckung der »Germanischen Neuen Medizin« durch den deutschen Arzt Dr. Ryke Geerd Hamer im Jahre 1981 nicht nur der Krebs besiegt ist, sondern auch eine Heilung für die häufigsten anderen Todesursachen wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen gefunden wäre.[293a] Jedoch wird diese Erkenntnis seit fast drei Jahrzehnten systematisch unterdrückt, stattdessen fallen Jahr für Jahr Hunderttausende von Menschen völlig unnötig einer malignen Onkologie zum Opfer.

Die Schulmedizin, insbesondere die Onkologie, ist offensichtlich eine außerordentlich »gesellschaftsrelevante Wissenschaft«.

Weltweite Energieverknappung mit der Agenda 21

Unter Verweis auf die angeblich knapp werdenden Energiereserven, insbesondere an Erdöl und Erdgas, forderte das Rockefeller-Strategieprogramm bereits 1977 eine ökologische Energiewende, die, was widersinnig erscheint, mit dem Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb eines Jahrzehnts eingeleitet werden sollte.[294] Explizit wurde damals gefordert, die damals aktuelle Entwicklung von Brutreaktoren, besser bekannt als »Schnelle Brüter«, einzustellen und jegliche Schritte hin zu einer Plutoniumwirtschaft aufzugeben.[295]

Mit derselben Behauptung, mit der die Grünen auch heute noch ihre Forderungen nach allgemeinen Preissteigerungen begründen, wurde in der unvollendeten Agenda bereits die Einführung einer Ökosteuer verlangt, denn die Preise für Energieträger wie zum Beispiel Erdgas seien »unvernünftig niedrig«. Daher sei eine steigende Steuer auf fossile Energieträger nötig, die diese so weit verteuere, dass erneuerbare Energien wettbewerbsfähig würden. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollten dem Ausbau erneuerbarer Energien zufließen."[296] Ausdrücklich war damals auch schon die Rede vom Aufbau einer dezentralen Biosprit-Erzeugung und von der Nutzung von Solarenergie und Biomasse.[297]

Diese Programmpunkte finden sich auch in der 1992 unterzeichneten Fassung der Agenda 21 wieder. Beispielsweise schreibt der Artikel 9.12.d vor, man müsse *»die Erforschung, Entwicklung, Transfer und Anwendung von Technologien und Verfahren für umweltverträgliche Energieträger — einschließlich neuer und erneuerbarer — unterstützen, wobei den Entwicklungsländern besondere Beachtung gebührt«.* Diese sollen, wie Artikel 7.51.a.ii regelt, *»nationale Aktionsprogramme zur Förderung der integrierten Ent-*

wicklung von energiesparenden und erneuerbaren Energie-Technologien erarbeiten, insbesondere für die Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windenergie und Biomasse«. Was letztlich auf die internationale Einführung eines Aktionsprogramms nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes hinausläuft, dessen verheerende Wirkung auf die Energiekosten und -Versorgung bereits in einem früheren Kapitel ausführlich dargestellt wurde. Tatsächlich ist ein die Energie verknappender und verteuernder Effekt, wie er dem EEG zu eigen ist, ausdrücklich erwünscht, denn in der unvollendeten Agenda heißt es: *»Die umfassende Frage, wie unsere Gesellschaft aussehen soll und wie viel Energie ihre Prozesse erfordern, lautet, wie viel Energie angemessen ist und inwieweit unbelebte Energie menschliche Arbeitskraft ersetzen soll. Die Menschheit und die menschlichen Werte werden durch zu wenig Energie mitunter weniger gefährdet als durch zu viel, wenn sie nicht mit Selbstdisziplin einhergeht. Unsere wichtigsten Empfehlungen lauten daher: Um die gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Kosten einer weiteren zentralen Elektrifizierung zu vermeiden, sollte jeder Aufwand unternommen werden, Energie nur in der Qualität zur Verfügung zu stellen, die für die anstehende Aufgabe benötigt wird, und keine hochwertige Elektrizität oder wertvollen Treibstoffe für unwichtige Zwecke zu verbrauchen. «*[298] Nach dem Willen jener Philanthropen, die für die Ausarbeitung der Agenda verantwortlich sind, sollen die Menschen künftig also keine *»hochwertige Elektrizität«* oder *»wertvollen Treibstoffe«* mehr für Arbeiten verschwenden, die auch mit menschlicher Muskelkraft erledigt werden können. Ohnehin stehe den USA, so wird behauptet, ebenso wie anderen Industriestaaten *»bereits jetzt weit mehr Elektrizität zur Verfügung, als sie thermodynamisch* (sic!) *rechtfertigen können«*[299].

Einschränkung des Individualverkehrs mit der Agenda 21

»Der Abschied von der Hegemonie des Automobils in den modernen Industriegesellschaften wird allerdings mit der schwierigste Teil einer jeden ökologischen Umbaupolitik werden. (...) Dieser Abschied wird daher schwierig und schmerzhaft und quälend werden, aber er ist nichtsdestotrotz unausweichlich.«[300]
Joschka Fischer, ehemaliger grüner Bundesaußenminister

Wenn es nach den Rädelsführern der Ökobewegung ginge, dann wäre der Privatbesitz von Kraftfahrzeugen in einer nachhaltig-ökosozialistischen Gesellschaft gänzlich abgeschafft, und die Möglichkeiten zur Fortbewegung wären auf öffentliche Verkehrsmittel, das heißt auf Busse und Bahnen oder allenfalls ein kollektives »Car-Sharing« beschränkt. In diesem Sinn rief das Rockefeller-Strategieprogramm 1977 dazu auf, allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkungen einzuführen, den Ausbau des Straßenverkehrsnetzes einzustellen und stattdessen das Eisenbahnnetz sowie den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen.[301] Wiederzufinden ist diese Forderung in Artikel 9.15.a der Agenda 21. Darin heißt es, die UNO, die NGOs, die Privatwirtschaft und die Regierungen sollten *»kostengünstige, leistungsfähigere, weniger umweltbelastende und mehr Sicherheit bietende Verkehrssysteme, speziell aufeinander abgestimmte ländliche und städtische Massenverkehrsmittel sowie umweltverträgliche Straßennetze entwickeln«.* Ähnlich lautend werden in Artikel 7.52 *»städtische Verkehrskonzepte«* gefordert, die *»öffentliche Verkehrmittel mit hoher Besetzungsdichte begünstigen«.* Was zwangsläufig zum Nachteil des Indivialverkehrs geschieht, etwa durch Pkw-Fahrverbote in Innenstädten, die vorsätzliche Reduzierung der Anzahl von Parkplätzen, den Rückbau von Bushaltebuchten oder andere Schikanen, unter denen der Autofahrer zu leiden hat. Darüber hinaus sollen die Länder auch nicht motorisierte Beförderungsarten unterstützen (7.52.c), *»indem sie für sichere Rad- und Gehwege in Innenstadt- und Vor-*

Stadtbezirken sorgen«. In demselben Kapitel wird übrigens auch eine *»nachhaltige Siedlungsentwicklung«* festgelegt, die das Ziel hat, eine *»angemessene Unterkunft für alle«* und die *» Verbesserung des Siedlungswesens«* zu erreichen. Erinnert man sich an die Aussage Maurice Strongs, das Leben in Wohngebieten sei *»nicht nachhaltig«,* dann keimt der Verdacht, dass es im Zuge des *»nachhaltigen Siedlungswesen«* mit dem eigenen Haus im Grünen für den Normalbürger wohl bald vorbei sein wird und er sich mit einer *»angemessenen Unterkunft«* in einem suffizienten Plattenbau nach realsozialistischem Vorbild begnügen darf.

Wie Joschka Fischer eingangs feststellte, erheben sich gegen die nachhaltige Kollektivierung der Mobilität jedoch große Widerstände in der Bevölkerung, sodass dieses Bestreben bisher in keinem westlichen Land durchsetzbar war. Mit diesem Problem setzte sich im Jahre 1997 auch die Arbeitsgruppe *Agenda 21/ Nachhaltige Entwicklung* in Angela Merkels Bundesumweltministerium auseinander und schlug vor, unter Zuhilfenahme der Werbung *»die gemeinsame Nutzung eines Pkw (Car-Sharing) mit einem so hohen Symbolwert (zum Beispiel ökologische Verantwortung, Gemeinschaftssinn und soziale Kompetenz) zu versehen, dass das Fahren mit dem privaten Pkw demgegenüber in die Nähe eines egoistischen, gemeinschaftsschädigenden Verhaltens gerückt würde«*[302] Offenbar erwies sich jedoch auch dieser Ansatz als Fehlschlag, denn nach wie vor ist es nicht gelungen, dem deutschen Volk das Autofahren auszutreiben, trotz der in den vergangenen Jahren massiv gesteigerten Kraftstoffpreise. Den Benzinpreis durch eine starke Besteuerung massiv zu erhöhen, zum Beispiel bis auf fünf Mark pro Liter - wie die Grünen seit den 1980er-Jahren fordern -, findet sich ebenso in Rockefellers unvollendeter Agenda wie der Feinstaub, der, anders als der »saure Regen« oder andere Phantombedrohungen von Umwelt und Gesundheit, erst vor wenigen Jahren Einzug in die öffentliche Propaganda gehalten hat.[303] Dieser Feinstaub, der im Straßenverkehr hauptsächlich durch Dieselmotoren entsteht, löse, so heißt es plötzlich, nicht

nur Allergien und Asthma aus, sondern sei auch verantwortlich für Lungenkrebs und Mittelohrentzündung und fordere dadurch jährlich 370 000 Todesopfer, weshalb man dieser Gefährdung umgehend mit der im Oktober 2006 erlassenen Feinstaubverordnung entgegenwirken musste. In vielen Städten wurden daraufhin Umweltzonen eingeführt, die je nach Fahrzeugart nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr befahren werden dürfen, womit man dem Ziel, das Auto zu verbieten, zumindest regional einen großen Schritt näher gekommen ist. Einen weiteren Schritte in diese Richtung wird sicherlich das gegenwärtig so aufwendig entwickelte deutsche Maut-System bringen, mit dem früher oder später zweifellos die satellitengestützte Überwachung jedes einzelnen Fahrzeugs möglich sein wird.

Senkung des westlichen Lebensstandards durch die Agenda 21

Am deutlichsten tritt die planwirtschaftliche und dirigistische Konzeption der Agenda 21 in ihrem vierten Kapitel zutage, das der *»Veränderung der Konsumgewohnheiten«* gewidmet ist und einerseits die *»gezielte Auseinandersetzung mit nicht nachhaltigen Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten«* (4.l.a) regelt und andererseits die *»Entwicklung einzelstaatlicher Politiken und Strategien zur Förderung von Veränderungen bei nicht nachhaltigen Konsumgewohnheiten«* (4.1.b) vorschreibt. Begründet wird dieses Vorhaben wie folgt: *»Während in bestimmten Teilen der Welt übermäßig konsumiert wird, bleiben die Grundbedürfiisse eines großen Teils der Menschheit unbefriedigt. Dies fuhrt zu überhöhten Ansprüchen und einer auf Dauer nicht vertretbaren Lebensweise der wohlhabenden Bevölkerungsanteile (...) Eine Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten setzt eine aus mehreren Elementen bestehende Strategie voraus, die sich gezielt mit den Fragen des Bedarf und der Deckung der Grundbedürfnisse der Armen befasst und die dem Abbau, der Verschwendung und der Ubernutzung begrenzter*

Ressourcen im Rahmen des Produktionsprozesses entgegenwirkt« (4.5). Kurz gesagt schreibt dieses Kapitel vor, dass die Bürger der westlichen Industriestaaten gefälligst weniger konsumieren sollen, und es weist an, auf welche Weise dieser Konsumverzicht herbeigeführt werden muss. In Artikel 4.17 heißt es, die Regierungen sollen sich *»in den kommenden Jahren (...) in Zusammenarbeit mit entsprechenden Organisationen bemühen, folgende grob umrissenen Zielvorgaben zu verwirklichen: a) Förderung der Effizienz von Produktionsprozessen und Reduzierung des verschwenderischen Verbrauchs im wirtschaftlichen Wachstumsprozess unter Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer; b) Schaffung innenpolitischer Rahmenbedingungen, die einen Umstieg auf nachhaltigere Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten begünstigen; c) Bestärkung von Werten, die nachhaltige Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten fördern, sowie einer Politik, die den Transfer umweltverträglicher Technologien in die Entwicklungsländer unterstützt.«* Im Klartext bedeutet dies, die Regierungen sollen in ihrem nationalem Wirkungsbereich a) Ressourcen verknappen bzw. verteuern, b) eine effektiv wirtschaftshemmende Politik betreiben und c) die ökosozialistische Umerziehung ihrer Bevölkerung veranlassen und das Eigentum ihres Volkes großzügig in die Dritte Welt umverteilen. Blättert man einige Kapitel weiter, dann erfährt man, dass dem weiblichen Bevölkerungsanteil auch bei diesem Unterfangen eine besondere Funktion zugedacht ist, denn in Kapitel 24.3.h heißt es, der Staat solle Programme einleiten *»zur Stärkung des Verbraucherbewusstseins und der aktiven Beteiligung von Frauen unter Hervorhebung ihrer führenden Rolle bei der Herbeiführung der für den Abbau oder die Abschaffung nicht nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmuster notwendigen Veränderungen, insbesondere in den Industrieländern, um auf diese Weise Anstöße zu Investitionen in umweltverträgliche Produktionsprozesse zu geben und eine umweit- und sozialverträgliche industrielle Entwicklung herbeizuführen«.* Zwar bleibt rätselhaft, warum ausgerechnet Frauen dabei eine besondere Rolle spielen sollen, jedoch

ist klar, dass sich unter der bewusst kryptischen Formulierung *»Stärkung des Verbraucherbewusstseins«* die staatliche Regulierung des Konsumverhaltens der westlichen Bürger verbirgt mit der Absicht, Konsumgüter, die als nicht *»sozialverträglich«* erachtet werden, durch willkürliche Steuern- und Abgabenerhöhungen vorsätzlich so weit zu verteuern, dass die Nachfrage einbricht, womit die Wirtschaftsleistung und der Lebensstandard der westlichen Industriestaaten gesenkt wird, der Westen also vorsätzlich ärmer gemacht wird. Als hierfür *»geeignete wirtschaftspolitische Instrumente«* werden in Artikel 4.25 ausdrücklich *»Umweltabgaben und -steuern, Pfand/Rückgabesysteme usw.«* genannt, mit denen bereits gewisse Fortschritte in der *»Beeinflussung des Konsumverhaltens«* erzielt worden seien. Wer würde da nicht sofort an die Einführung des Dosenpfands durch die rot-grüne Bundesregierung denken? Tatsächlich sprach sich der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin in seinem Buch ausdrücklich für eine *»qualitative Veränderung aller Produktions- und Verbrauchsweisen«* aus mit dem erklärten Ziel, Preise einzuführen, *»die alle ökologischen und sozialen Kosten spiegeln«.* Er ergänzte, dass die rot-grüne Bundesregierung mit der Ökosteuer, der Lkw-Maut und anderen Instrumenten begonnen habe, *»die Preise den realen Kosten anzunähern«*[304]. Vor diesem Hintergrund klingt es wie eine Verhöhnung der Bürger, wenn Trittin behauptet, dank der ökologischen Steuerreform lohne *»es sich nun für jeden, in verbrauchsarme Elektrogeräte, Energiesparlampen, effiziente Heizkessel und bestmögliche Wärmedämmung in Gebäuden zu investieren«*[305]. In Wahrheit kann keine Rede davon sein, dass es sich »lohnen« würde; die Bürger werden durch die willkürlichen und durch nichts gerechtfertigten Steuer- und Abgabenerhöhungen schlichtweg dazu genötigt! Wie Artikel 4.24 verdeutlicht, befand sich die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer »ökologischen Steuerreform« voll auf der Linie der Agenda 21, anstatt eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu betreiben. Darin heißt es: *»Ohne den Anreiz über die Preise und bestimmte Marktsignale (...) erscheint es*

wenig wahrscheinlich, dass in nächster Zukunft wesentliche Veränderungen in den Verbrauchs- und Konsummustern eintreten werden« (vgl. 8.27,8.31,30.9).

Doch die Agenda 21 gibt sich mit einer bloßen Verteuerung nicht zufrieden. Wie bereits eingangs erwähnt, soll der Staat laut Artikel 4.1 auch erfassen, wo in der Gesellschaft Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten bestehen, die gegen die nachhaltig-sozialistischen Leitlinien der Agenda 21 verstoßen. Die so gesammelten Informationen sollen gemäß Artikel 4.10 und Artikel 8.21 in Datenbanken festgehalten und, wie Artikel 8.4.f und Artikel 23.2 regeln, den mit exekutiven Funktionen versehenen NGO-Politruks zur Verfügung gestellt werden, was erneut der Errichtung eines totalitären grünen Terror- und Spitzelsystems Vorschub leistet. Sollten Sie, verehrter Leser, einen schlechten Umweltindex aufweisen - ähnlich der Idee von Maurice Strong, etwa weil Sie zu viel Fleisch konsumieren, ein zu leistungsstarkes Auto fahren oder in einer unzureichend isolierten Wohnung leben -, dann könnten Sie eines nicht allzu fernen Tages von einer lokalen Umweltgruppe öffentlich an den Ökopranger gestellt werden. Tatsächlich widmete die Arbeitsgruppe *Agenda21 /Nachhaltige Entwicklung* des Umweltbundesamts in ihrem Leitfaden *Nachhaltiges Deutschland* der *»Entwicklung von Indikatoren für einen nachhaltigen Konsum«* ein ganzes Kapitel.[306]

Wie so häufig stammte die Idee, die Lebenshaltungskosten in der westlichen Welt unter ökologischem Deckmantel willkürlich zu verteuern, ursprünglich nicht von Jürgen Trittin, auch nicht von Al Gore oder Michail Gorbatschow, sondern sie ist mit denselben Phrasen, die in der Diskussion auch heute noch verwendet werden, bereits im Rockefeller-Strategieprogramm zu finden.[307] Auch Al Gores Forderung nach einer Strafsteuer für Produkte, die aus nicht-recyceltem Material hergestellt wurden, findet sich nahezu wörtlich bereits in der unvollendeten Agenda.[308] Dasselbe gilt wie gesagt auch für Trittins Dosenpfand, denn schon 1977 hatten die Urheber des Rockefeller-Strategie-

Programms gefordert, die gesetzlichen Grundlagen für die Wiederverwertung von Getränkedosen mittels eines Pfandsystems zu schaffen und bestimmte Dosen ganz zu verbieten.[309] Das Recyclingsystem sei darüber hinaus auf alle anderen Arten von Waren auszuweiten, einschließlich auf Verpackungsmaterial, elektronische Geräte, Kraftfahrzeuge, Gebäude und sogar auf militärische Waffensysteme.[310] Dagegen ist auf den ersten Blick nur wenig einzuwenden, wieso sollte man Abfälle und ausgediente Gerätschaften nicht wiederverwerten? Doch die Wiederverwertung zum Beispiel von verschrotteten Kraftfahrzeugen funktioniert bereits seit Jahrzehnten hervorragend und wird schlicht durch den Markt reguliert, ohne dass es dazu eines besonderen Umweltdiktats bedürfte.Tatsächlich zielt diese Strategie nicht darauf ab, die reine Wiederverwertung zum Zwecke des Umweltschutzes zu organisieren, sondern vielmehr geht es darum, das Privateigentum einzuschränken bzw. letztlich abzuschaffen. In einem Buch mit dem Titel *Wohlstand durch Vermeiden,* veröffentlicht vom früheren umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Müller, das die zu schaffende »Effizienzrevolution« in einem künftig nachhaltigen Deutschland beschreibt, heißt es beispielsweise: *»Statt individuelles Eigentum wird nur ein Nutzungsrecht für die Dienstleistung eines Produkts erworben, zum Beispiel Car-Sharing oder gemeinsamer Waschsalon. Die Möglichkeiten zur gemeinsamen Nutzung sind prinzipiell für alle nur zeitweilig genutzten langlebigen Konsumgüter gegeben, zum Beispiel auch in der Form des Ausleihens oder des Leasings von Werkzeugen, Segeljachten, Rasenmähern etc. ... (...) Bereits bei der Mehrfachnutzung und beim Recycling werden die Grenzen zwischen Verkauf und individualisiertem Konsum verschoben. Neue Kommunikations-, Vertrags- und Finanzierungsformen werden notwendig, um ein Car-Sharing zu organisieren. Insofern ist die Effizienzrevolution, wie sie hier verstanden wird, in der Regel nicht allein eine technologische Revolution, sondern auch eine Änderung der Lebensstile, die die bisherigen Formen von Nutzung, Eigentum und Besitz tangieren.«*[311]

Das Privateigentum abzuschaffen war bisher ausschließlich das Ziel der Kommunisten, inzwischen erheben die Umweltschützer diese Forderung. Doch wer die vorangegangenen Kapitel bisher aufmerksam gelesen hat, wird sich über die unzähligen Parallelen zwischen Rot und Grün nicht mehr wundern.

Änderung der Ernährungsmuster mit der Agenda 21

Zur Veränderung der Konsumgewohnheiten, wie in Kapitel 4 der Agenda 21 geregelt, gehört auch eine *»Änderung der Ernährungsmuster«,* zumindest nach Ansicht der Arbeitsgruppe *Agenda 211 Nachhaltige Entwicklung* beim Umweltbundesamt. Denn diese hatte in ihrem 1997 veröffentlichten Leitfaden aus Umweltschutzgründen und aus *»Solidarität mit den weniger entwickelten Ländern«* ausdrücklich eine *»Verringerung des nationalen Fleischverbrauches«* gefordert.[312] Ziel sei es, den Fleischverzehr der Deutschen um 30 Prozent, den Eierverbrauch um 20 Prozent und den Milchkonsum um zehn Prozent zu reduzieren.[313] Der dazu erforderliche *»Struktur- und Bewusstseinswandel«* soll *»verbraucherseitig«* durch *»Bildung und Kommunikation«* erreicht werden. Mit anderen Worten, das sonst ja angeblich mündige und souveräne Wahlvolk soll durch eine entsprechende Umerziehung, die, wie aus dem Leitfaden mehrmals hervorgeht, ausdrücklich auch über die Werbung zu erfolgen hat, dazu dressiert werden, weniger Fleisch zu essen. Den aufmerksamen Leser wird es nicht überraschen zu erfahren, dass diese staatlich verordnete Reduzierung des Fleischkonsums bereits ein Programmpunkt des Rockefeller-Strategieprogramms von 1977 war. Als Maßnahmen schlug die unvollendete Agenda damals eine Luxussteuer auf Fleisch und Fertiggerichte vor sowie eine Kontrolle der Haustierbestände.[314] Tatsächlich ist eine derartige Luxussteuer auf Fleisch bereits in der Diskussion, vor allem in Neuseeland, wo sie unter dem Namen »Flatulent Animal Tax« bekannt ist, zu deutsch »Tierfurzsteuer«.

Im Sommer 2003 gab die neuseeländische Regierung bekannt, dass die Gasemissionen von landwirtschaftlichen Tieren zum Zwecke des Klimaschutzes künftig besteuert werden sollen, und zwar mit neun Cent pro Schaf und 54 bis 72 Cent pro Rind, was bei Durchschnittsfarmern zu einer zusätzlichen Steuerlast von mehreren hundert Dollar führt, die diese selbstverständlich an die Endverbraucher durch höhere Fleischpreise weitergeben müssen[315] Diverse NGO-Politruks forderten sogar bereits die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Emissionsrechtehandel. Derartige Bestrebungen, den Verbrauchern den Appetit auf Fleisch zu verderben, sind in allen Staaten der westlichen Welt zu beobachten, und es besteht kein Zweifel, dass massenmedial aufgeblasene Schreckgespenster wie BSE oder die Vogelgrippe dabei ungemein unterstützend wirken.

Ökologischer Landbau mit der Agenda 21

Die dirigistische Veränderung des menschlichen Konsumverhaltens und insbesondere des Fleischverzehrs ist eng verbunden mit der von den Grünen seit Jahren propagierten Agrarwende hin zu einem »ökologischen Landbau«. Die Idee hierzu kam wie üblich nicht von den Grünen selbst, sondern stammte ursprünglich aus dem Umfeld der internationalen Hochfinanz und der von ihr gesponsorten Agenda 21. In Artikel 32.6 werden die Regierungen der einzelnen Länder dazu aufgefordert *»die Durchführung von Programmen für eine nachhaltige Existenzsicherung, eine nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, eine nachhaltige Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme, eine nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft und die integrierte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen«* zu gewährleisten sowie *»Preissetzungsmechanismen, handelspolitische Maßnahmen, steuerliche Anreizt und andere politische Instrumente, welche die Entscheidung des einzelnen Bauern im Hinblick auf eine effiziente und nachhaltige*

Nutzung natürlicher Ressourcen beeinflussen«, zu fördern. Mit anderen Worten, die Regierungen werden angewiesen, den Ökolandbau einzuführen und ihn mit all den angeführten Mitteln, einschließlich *»Preissetzungsmechanismen«,* zu fördern, was am einfachsten durch planwirtschaftliche Preiskontrollen gelingen würde, wie sie im Kommunismus üblich sind.

In Artikel 32.4 werden erneut die Frauen besonders hervorgehoben, und zwar im Zusammenhang damit, die Entscheidungsfindung im Agrarbereich hin zu lokalen und kommunalen Organisationen zu verlagern, was den Eindruck erweckt, die Agenda 21 strebe eine Landwirtschaft unter der Kontrolle regionaler Matriarchate an. Die Forderung nach Dezentralisierung durch Schaffung lokaler und dörflicher Organisationen, die in Artikel 32.5 wiederholt wird, lässt eindeutig den Einfluss Murray Bookchins erkennen.

Was die Folgen eines solchen ökologischen Agrarwandels wären, wurde von der Arbeitsgruppe *Agenda 21/Nachhaltige Entwicklungen* Angela Merkels angeblich christdemokratisch geführtem Umweltbundesamt im Jahr 1997 erklärt: *»Nachhaltigkeit erfordert seitens der Gesellschaft einen Wertewandel, denn nachhaltige Nahrungsmittelproduktion steht nicht für billige Massenproduktion. Die Eckpunkte eines nachhaltigen Konsumstils sind dabei Regionalorientierung, Sparsamkeit, Qualität statt Quantität, Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit. (...) Der Verbraucher entscheidet durch seine bewusste Kaufentscheidung darüber mit, welche Landbewirtschaftungsformen sich langfristig durchsetzen werden. Dies bedingt die Bereitschaft, etwas höhere Lebensmittelpreise für Produkte aus dem ökologischen Landbau zu bezahlen.* «[316] Dieselben Phrasen hörte man wenige Jahre später auch aus Renate Künasts grün geführtem Landwirtschaftsministerium, sodass sich der mündige Bürger zwangsläufig die Frage stellen muss, warum er denn noch zur Wahl gehen soll. Denn selbst wenn eine andere Partei die Regierung stellt, wird doch offensichtlich nach wie vor dieselbe Politik betrieben wie zuvor. Und zwar genau jene Politik, die

die Vertreter der internationale Hochfinanz bereits Jahre zuvor im Strategieprogramm der Agenda 21 bzw. in ihrem unvollendeten Entwurf von 1977 festgelegt haben. Letzteres Dokument sah für die Landwirtschaft eine Reduzierung des Einsatzes von Düngemitteln vor, und zwar mit der abenteuerlichen Begründung, dass Stickstoffdünger einen Abbau der Ozonschicht verursache.[317] Zwar konnte sich die Mär vom Dünger als Verursacher des Ozonlochs bis heute noch nicht durchsetzen, die Forderung nach einer Erlaubnispflicht für den Einsatz von Düngemitteln wird von der Arbeitsgruppe *Agenda 21/Nachhaltige Entwicklung* des Umweltbundesamtes inzwischen jedoch mit dem Schutz der Gewässer begründet.[318] In der unvollendeten Agenda, die weitaus deutlicher die zugrunde liegenden Absichten zu erkennen gab als ihre spätere offizielle Version, wurde darüber hinaus gefordert, den Verbrauch fossiler Energien in der Landwirtschaft zu reduzieren, und zwar durch den verstärkten Einsatz menschlicher statt maschineller Arbeitskraft.[319] Vor diesem Hintergrund könnte die achte Forderung des *Kommunistischen Manifests,* nämlich der *»gleiche Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau«,* doch noch Realität werden.[320]

Dass es weder eine industrielle noch eine ökosozialistische Landwirtschaft braucht, um reiche Erträge auch ohne einen übermäßigen Arbeits- und Düngemitteleinsatz zu erzielen, stellt das von Sepp Holzer entwickelte landwirtschaftliche System der Permakultur eindrucksvoll unter Beweis. Doch genau wie in der Medizin werden die wichtigen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die eine wirkliche Lösung für die Probleme der Menschheit im Einklang mit der Natur bringen würden, aus rein ideologischen Gründen systematisch verschwiegen und unterdrückt.

Der Angriff auf das private Unternehmertum ist in der offiziellen Version der Agenda 21 besonders mild formuliert im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Entwurf. Das verwundert nicht, schließlich gilt es, die gegenüber der kommunistischen Bedrohung erfolgreich eingeschläferte mittelständische Bourgeoisie nicht frühzeitig zu alarmieren. So ist in der Fassung von 1992 in Kapitel 30 lediglich sehr allgemein gehalten davon die Rede, die Privatwirtschaft solle *»die Rolle des Umweltmanagements als eine der höchsten unternehmerischen Prioritäten und als Schlüsseldeterminante für eine nachhaltige Entwicklung anerkennen«* (30.3), was auf die bereits dargestellte Einpreisung *»ökologischer Kosten«* zum Zwecke der allgemeinen Verteuerung hinausläuft (vgl. 30.9). Zudem wird die Privatwirtschaft zur jährlichen Rechenschaftslegung *»über ihre umweltrelevanten Tätigkeiten sowie über ihre Energie- und Ressourcennutzung«* (30.10) und zur Gründung *»nationaler Räte für nachhaltige Entwicklung«* aufgefordert (30.24). Und als ob das nicht schon genug wäre, wird von den Regierungen in Artikel 30.19 die Begünstigung *»nachhaltiggeführter Unternehmen«* verlangt.

Ganz im Gegensatz dazu formulierte die unvollendete Agenda von 1977 im Hinblick auf die Wirtschaft ihr Ziel wesentlich deutlicher, denn hier wurde unverblümt die Gründung einer wirtschaftlichen Plankommission empfohlen, die unverzüglich durch führende Vertreter von Umwelt-NGOs vorbereitet werden sollte. Auf die politischen Verhältnisse in den USA bezogen, solle diese Plankommission ein umfassendes Vorladungsrecht bekommen und selbst sowohl vom Präsidenten als auch vom Kongress unabhängig sein. Ihre Mitglieder würden nicht vom Volk gewählt, sondern vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats für eine 25-jährige oder sogar noch längere Amtszeit ernannt. Damit hätte diese Plankommission eine ähnliche Stellung und Funktion wie die US-Notenbank *Federal Reserve* und würde analog zu deren Geld- und Währungspolitik die Wirtschaftspolitik der Na-

tion betreiben, indem sie regelmäßige Volkswirtschaftspläne erstellen und damit die langfristigen Aktivitäten der Regierung koordinieren würde.[321] Diese Forderung nach einer zentralen Wirtschaftsplanung erinnert nicht nur an die aus dem kommunistischen Lager bekannten Fünfjahrespläne, sondern insbesondere auch an die »Nationalen Allokationspläne« (NAP), die innerhalb der EU inzwischen zum politischen Alltag gehören und von denen im Zusammenhang mit dem Emissionsrechtehandel bereits die Rede war.

Internationale Umverteilung mit der Agenda 21

Das Kapitel 33 schreibt vor, wie die weltweite Perestroika finanziert werden soll. In Artikel 33.13 heißt es, *»die Finanzierung der Umsetzung der Agenda 21«* habe in den Industrieländern über *»den eigenen öffentlichen und privaten Sektor des jeweiligen Landes«,* das heißt also mit dem Geld der Bürger und Steuerzahler, zu erfolgen. In Entwicklungsländern jedoch, die ihre eigene Umgestaltung nicht selbst finanzieren können, *»ist die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit eine Hauptquelle der Fremdfinanzierung«.* Dort zahlen die Umsetzung der Agenda 21 also auch die westlichen Bürger und Steuerzahler. Dazu seien *»beträchtliche neue und zusätzliche Finanzierungsmittel erforderlich«.* Wie diese neuartigen Finanzierungsformen aussehen sollen, wird in Artikel 33.16 erläutert. Darin heißt es: »… *neue Formen der Beschaffung neuer öffentlicher und privater Finanzierungsmittel sollen erkundet werden, insbesondere (...) b) der Einsatz wirtschafts- und steuerpolitischer Anreize und Mechanismen; c) die Eignung handelbarer Emissionszertifikate; d) neue Formen der Mittelaufbringung und freiwillige Beiträge von privater Seite, einschließlich nichtstaatlicher Organisationen; e) die Neuverteilung von Ressourcen, die gegenwärtig für militärische Zwecke vorgesehen sind«.* Die Gelder zur ökosozialistischen Umgestaltung des gesamten Planeten sollen

vom Westen also durch den Emissionshandel, durch steuerlich absetzbare Spenden und durch den Verzicht auf eine militärische Rüstung aufgebracht werden. Das erinnert erneut an Andrei Sacharow, der bereits 1968 die Forderung erhoben hatte, in den Industrieländern müsse zum Zwecke des friedlichen Hineinwachsens in den globalen Sozialismus *»eine Steuer eingeführt werden, die 20 Prozent ihres Nationaleinkommens entspricht«.* Und er ergänzte: *»Eine solche Maßnahme würde automatisch zu einer bedeutenden Einschränkung der Rüstungsausgaben führen. «*[322] Diese Maßnahme würde also gleichzeitig, sozusagen als willkommener Nebeneffekt, die westliche Welt gegenüber einer kommunistischen Aggression wehrlos machen. Mit dem westlichen Verzicht auf die Möglichkeit zur Selbstverteidigung soll also der sozialistische Umbau der ganzen Welt finanziert werden. Selbst Lenin hätte sich das nicht besser ausdenken können.

Doch die Agenda 21 geht noch weiter: Es soll nicht nur das Geld der westlichen Steuerzahler in die Dritte Welt umverteilt werden, auch ihr geistiges Eigentum und ihre Technologie werden verweltstaatlicht. In Artikel 34.14.a heißt es ausdrücklich, dass der Zugang der Entwicklungsländer zu *»wissenschaftlichen und technologischen Informationen, einschließlich Informationen über Technologien, die dem Stand der Technik entsprechen«,* sichergestellt werden müsse. Dieser Zugang sei zu fördern, zu erleichtern und wo nötig auch zu finanzieren (34.14.b). In privater Hand befindliche Technologien sollen, wie Artikel 34.18.e regelt, kommerziell aufgekauft werden, um nichtkommerziell in die Dritte Welt transferiert zu werden, notfalls mittels *»Zwangslizenzen, unter Berücksichtigung einer gerechten und angemessenen Entschädigung«.* Mit Artikel 34.18.e wird also ein Szenario denkbar, in dem eine staatliche Stelle private Patente mit Steuergeldern bei *»angemessener Entschädigung«* zwangsweise aufkauft und dem Rest der Welt kostenlos zur Verfügung stellt. Spätestens an dieser Stelle wird klar, was Sacharow seinerzeit als *»grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse mit der Erweiterung des staatlichen und kooperati-*

ven Besitzes« meinte, die durch *»soziale Reformen«* in den *»kapitalistischen Ländern«* erreicht werden sollten[323] (vgl. 9.12.d; 33.1; 33.3; 33.7; 34.10).

Die Biodiversitats-Konvention

»Niemand darf... des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden. Privateigentum darf nicht ohne angemessene Entschädigung für öffentliche Zwecke eingezogen werden.«
5. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten

»Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.«
Artikel 14, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Analog zur Agenda 21 wurde in Rio de Janeiro auch die sogenannte Biodiversitats-Konvention verabschiedet, die zwar viele inhaltliche Übereinstimmungen mit der Agenda 21 aufweist, unter dem Deckmantel des Schutzes der Artenvielfalt jedoch hauptsächlich darauf abzielt, weltweit den Privatbesitz von Grund und Boden schleichend zu verstaatlichen. Im Vergleich zum »Klimaschutz«, der in der Klimarahmenkonvention geregelt wird, ist der durch die Biodiversitäts-Konvention in Gang gesetzte Prozess bislang weniger weit fortgeschritten, sodass ihre Forderungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch relativ unverbindlich gehalten sind. Ähnlich wie die Agenda 21 hat jedoch auch die Biodiversitäts-Konvention eine lange Vorgeschichte, die in die Kreise der internationalen Hochfinanz zurückreicht, sodass so-

wohl ihre Methoden als auch ihre Absichten anhand einschlägiger Publikationen eindeutig nachvollzogen werden können. Während die wesentlichen Inhalte der Agenda 21 bereits in der »unvollendeten Agenda« von 1977 zusammengefasst wurden, tauchte das der Biodiversitäts-Konvention zugrunde liegende Ideengut erstmals im Jahr 1973 in einer Schrift auf, die den Titel *The Use of Land: A Citizens'Policy Guide to Urban Growth* trug und die vom *Rockefeller Brothers Fund* finanziert wurde. Dabei handelte es sich um den Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe, deren Vorsitz kein Geringerer als Laurence D. Rockefeiler innehatte und die vom ersten Chef der amerikanischen Umweltbehörde EPA, William K. Reilly, herausgegeben wurde. Auch in der unvollendeten Agenda finden sich bereits wesentliche Elemente, die mittlerweile das Grundgerüst der Biodiversitäts-Konvention bilden. So wurde darin zum Beispiel *»empfohlen«,* eine Politik mit dem Ziel zu verfolgen, die *»natürliche Diversität«* der Landschaft, der Fauna und Flora in größtmöglichem Ausmaß zu schützen. Besondere Anstrengungen müssten unternommen werden, so hieß es, um weite Teile der natürlichen Landschaft zu erhalten, und zwar sowohl in Form von unberührter Wildnis als auch in Form von Nationalparks, Feuchtgebieten, Mehrzweckflächen, Erholungsgebieten, Weideland, Ackerland und schließlich Stadtgebieten.[324] Zu Letzteren werden auch historische, kulturelle oder architektonische Stätten gezählt, die es ausdrücklich zu schützen gelte. Die Erhaltung von Lebensräumen zum Zwecke des Artenschutzes sei eine essentielle Voraussetzung für den Schutz der Diversität, weshalb Naturschutzgebiete landesweit und flächendeckend eingerichtet werden müssten.[325] Das mag sich zunächst sehr vernünftig anhören. Im Bericht der Rockefeller-Arbeitsgruppe *The Use of Land* wird jedoch ausdrücklich betont, dass ein solcher flächendeckender »Naturschutz« nur unter der Bedingung möglich wäre, dass langfristig eine andere Haltung im Bezug zu Grund und Boden Verbreitung fände. Wörtlich heißt es: *»Wir brauchen eine Landethik, die das Land als eine Ressource betrachtet, deren falsche Nut-*

zung ebenso schädliche Auswirkungen nach sich ziehen kann wie die Verschmutzung der Luft und des Wassers und die daher einen ähnlichen Schutz rechtfertigt. «[326] Was konkret bedeuten soll, dass ein effektiver Schutz dieser Ressource nicht möglich wäre, ohne eine Veränderung des Rechts auf privaten Grundbesitz. Dieses Recht, das im fünften Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung ausdrücklich gewährleistet ist und auf den sich die amerikanische Justiz in einschlägigen Gerichtsverfahren häufig bezieht, gilt den Verfassern des Rockefeller-Berichts als *»veraltet«.* Stattdessen sollten Grund und Boden grundsätzlich staatlich verwaltet werden.[327]

Während der Amtszeit Ronald Reagans, in der sozialistische und kollektivistische Politikansätze sowohl in den USA als auch in der gesamten westlichen Welt keine Chance hatten, wurde der Entwurf der Biodiversitäts-Konvention unter dem Einfluss von Maurice Strong durch diverse NGOs im Umfeld der UNO aktuell gehalten und weiterentwickelt, bis sie schließlich 1992 als internationales Abkommen unterzeichnet wurde.

Bei näherer Betrachtung des Vertragstextes der Biodiversitäts-Konvention erkennt der aufmerksame Leser bereits nach wenigen Zeilen, dass diesem Vertragswerk dasselbe »gesellschaftlich relevante« Wissenschaftsverständnis zugrunde liegt, das auch die Basis der Agenda 21 und der Klimarahmenkonvention ist. So wird bereits in der Präambel eingestanden, dass ein *»allgemeiner Mangel an Informationen und Kenntnissen über die biologische Vielfalt«* herrscht. Aber auch wenn verlässliche wissenschaftliche Untersuchungen über die behauptete Bedrohung der Artenvielfalt nicht vorliegen, dürfe *»das Fehlen einer völligen wissenschaftlichen Gewissheit nicht als Grund für das Aufschieben von Maßnahmen zur Vermeidung oder weitestgehenden Verringerung einer (...) Bedrohung dienen«,* womit zugegeben wird, dass die angebliche Bedrohung der Artenvielfalt, mit denen die Maßnahmen der Biodiversitäts-Konvention gerechtfertigt werden, objektiv-wissenschaftlich nicht erwiesen sind und somit keine reale Notwendig-

keit für die geforderten Maßnahmen besteht - abgesehen von der »gesellschaftlichen Relevanz« natürlich. Diese wird zwar nicht explizit erläutert, doch fährt man mit der Lektüre der Biodiversitäts-Konvention fort, wird jedem selbstständig denkenden Menschen schnell klar, dass die Forderungen der Konvention größte Relevanz für den angestrebten sozialistisch-egalitären Umbau der Gesellschaft haben. So wird beispielsweise wenige Zeilen später die *»wichtige Rolle der Frau bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt«* hervorgehoben sowie die *»Notwendigkeit einer vollen Beteiligung der Frau auf allen Ebenen der politischen Entscheidung und Umsetzung im Bereich der Erhaltung der biologischen Vielfalt«* betont, ohne dass auch nur ansatzweise erläutert würde, welcher auch nur entfernte Zusammenhang zwischen der *»wichtigen Rolle der Frau«* und der Artenvielfalt in der Natur bestehen soll. Ein solcher Zusammenhang besteht schlicht nicht, jedoch ist die Forderung nach femi-marxistischer Gleichsetzung der Geschlechter, wie bereits aus der Agenda 21 bekannt ist, offenbar *»in sich selbst gerechtfertigt«*[328]. Dasselbe gilt für die schon in der Agenda 21 geforderte Umverteilung des westlichen Wohlstands in die Dritte Welt. Denn die Umsetzung der Biodiversitäts-Konvention in den Entwicklungsländern soll, wie mehrfach erklärt wird, von den Industrieländern bezahlt und durch umfangreiche Technologietransfers ermöglicht werden (Präambel; Artikel 1; 8.m; 9; 16; 20; 21), ohne dass dadurch den Geberländern ein größeres Mitspracherecht hinsichtlich der Verwendung der Mittel zustünde als den Empfängerländern (Artikel 31). Ebenso finden sich in der Biodiversitäts-Konvention in Artikel 13 auch die bekannten Forderungen nach allgemeiner Umerziehung der Bevölkerung sowie die als »Anreizmaßnahmen« bezeichnete Nötigung zur Einhaltung der Konventionsforderungen (Artikel 11).

Nach dem bereits bewährten Muster wird dem NGO-Proletariat erneut eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Konvention beigemessen. So heißt es bereits in der Präambel: »… *bei*

der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile« sei eine *»internationale, regionale und weltweite Zusammenarbeit zwischen Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen und dem nichtstaatlichen Bereich«* zu fördern. Was dies konkret bedeutet, ist im Rockefeller-Bericht *The Use of Land* nachzulesen. Zu einer Zeit, als die heute aktiven NGOs entweder noch gar nicht existierten oder zumindest noch völlig unbekannt waren, forderte der Bericht die Gründung und Unterstützung entsprechender Umweltschutzorganisationen, die durch private Spenden und staatliche Zuschüsse finanziert werden sollten. Deren Aufgabe sei es, als Anwälte der Umwelt und als Berater von Behörden aufzutreten sowie in Rechtsstreitigkeiten als Sachverständige zur Verfügung zu stehen, wenn es darum geht, die private Nutzung von Grund und Boden einzuschränken. Ausdrücklich forderte der Rockefeller-Bericht in diesem Zusammenhang eine Umkehr der Beweislast, das heißt, dass bei geplanten Bauprojekten oder ähnlichen Vorhaben vom Unternehmer zunächst der Nachweis erbracht werden müsse, dass das Projekt keine Umweltbelastung darstellt.[329] Diese Beweisumkehr, die im völligen Widerspruch zu rechtstaatlichen Grundsätzen steht, findet sich in Artikel I4.1.a der Biodiversitäts-Konvention wieder. Darin heißt es, jede Vertragspartei werde *»geeignete Verfahren einfuhren, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung ihrer geplanten Vorhaben, die wahrscheinlich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben, vorschreiben mit dem Ziel, diese Auswirkungen zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, und gegebenenfalls die Beteiligung der Öffentlichkeit* (gemeint sind NGOs; Anm. d. Autors) *an diesen Verfahren ermöglichen«.* Erneut wird damit der Errichtung einer internationalen NGO-Räterepublik zulasten der traditionellen nationalstaatlichen Strukturen der Weg bereitet.

Die Besonderheit der Biodiversitäts-Konvention, die sie von den anderen, während des Erdgipfels unterzeichneten Verträgen unterscheidet, ist, dass sie die unterzeichnenden Staaten dazu

zwingt, ein spezielles System strikt reglementierter Naturschutzzonen einzurichten. In Artikel 8 heißt es hierzu, jede Vertragspartei werde *»a) ein System von Schutzgebieten oder Gebieten, in denen besondere Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt notwendigsind, einrichten; (...) c) biologische Ressourcen von Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schutzgebiete regeln oder verwalten, um ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten«* sowie *»e) um den Schutz der Schutzgebiete zu verstärken, die umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung in den angrenzenden Gebieten fördern«.* Zunächst wurden die Art und vor allem das Ausmaß dieser Naturschutzzonen vertraglich noch nicht näher definiert. In einem 2002 verabschiedeten Zusatz zur Biodiversitäts-Konvention, der den Titel »Globale Strategie zum Schutz der Pflanzen« (GSPC) trägt, wurden jedoch erstmals auch spezifische Ziele festgelegt, zu denen ein *»nachhaltiger Schutz von mindestens zehn Prozent aller ökologischen Regionen der Erde«* zählt (Artikel 12.iv), sowie die *»Gewährleistung des Schutzes von 50 Prozent der für die Pflanzenvielfalt wichtigsten Gebiete«* (Artikel 12.v) und die *»Bewirtschaftung von mindestens 30 Prozent aller Produktionsflächen im Einklang mit der Erhaltung der Pflanzen vielfalt«* (Artikel 12 .vi). Wie weit diese Ambitionen noch reichen können, wird am Beispiel mehrerer NGOs deutlich, die in den USA zum Schutz der Biodiversität bereits ernsthaft die Einrichtung von Wildparks mit einer Gesamtfläche von bis zu 50 Prozent des nordamerikanischen Kontinents fordern. Demzufolge wäre die Hälfte des heute noch hauptsächlich privaten Landbesitzes zu verstaatlichen und in öffentlich verwaltete Naturschutzzonen umzuwandeln, in denen sich zwar Tiere frei bewegen könnten, in denen jedoch menschliche Tätigkeiten stark eingeschränkt bis vollständig verboten wären. In der unvollendeten Agenda wurde diesbezüglich gefordert, die Nutzung von Teilen dieser Flächen selbst als Naherholungsgebiete so weit einzuschränken, dass sie mit privaten Kraftfahrzeugen nicht mehr befahren werden dürften und Über-

nachtungsmöglichkeiten nur außerhalb der Parks zur Verfügung gestellt würden.[330] Tatsächlich ist in vielen Nationalparks der USA mittlerweile selbst die Benutzung von Fahrrädern verboten. Der Rockefeller-Bericht *The Use ofLand* fordert darüber hinaus, die Besucherzahlen streng zu limitieren, was Erinnerungen an die aus der Sowjetunion bekannten »geschlossenen administrativ-territorialen Gebilde« weckt, die von der Bevölkerung ohne Sondergenehmigung nicht betreten werden durften.[331] Da viele Naturschutzgebiete in aller Welt mittlerweile zum UNESCO-Welterbe gehören und immer häufiger von internationalen NGOs verwaltet werden, könnte man diese Flächen künftig eher als das Hoheitsgebiet der entstehenden weltweiten NGO-Räterepublik betrachten und weniger als herkömmliche Nationalparks im Sinne des Begriffs, denn die nationalstaatliche Souveränität über diese Gebiete wird mit dem Fortschreiten des Biodiversitäts-Prozesses immer weiter schwinden, während gleichzeitig immer größere Flächen als Naturschutzgebiete beansprucht werden. Gegenwärtig bedecken Naturschutzgebiete etwa 17 Prozent des Territoriums der Vereinigten Staaten. Der größte Teil davon liegt im traditionell dünn besiedelten Alaska. Wollte man jedoch die von Umweltschützern geforderten 50 Prozent erreichen, dann wäre die gezielte Entvölkerung bewohnter Landstriche unumgänglich. Wie der *Spiegel* im Oktober 2007 berichtete, wurden diesbezügliche Vorschläge sogar bereits in Deutschland laut. In einer Studie eines Forschungsinstituts wurde empfohlen, die Bewohner spärlich besiedelter Gegenden in den neuen Bundesländer, die ohnehin unter einem starken Bevölkerungsschwund leiden, durch Prämien zum Abwandern zu bewegen und die entvölkerten Landstriche gezielt in Wildnis zurückzuverwandeln.[332] Letzte Klarheit darüber, dass der Prozess der Biodiversitäts-Konvention nicht dazu dient, eine angebliche Bedrohung der Artenvielfalt abzuwenden, sondern vielmehr dazu, privaten Grundbesitz zu verstaatlichen, die Eigentümer zu enteignen und sie ihrer Niederlassungsfreiheit sowie ihrer Wirtschafts- bzw. Berufsfreiheit zu be-

rauben, verschafft die Lektüre des Rockefeller-Leitfadens *The Use ofLand,* in dem nicht nur dargelegt wurde, welche Landschaftsgebiete in öffentliches Eigentum überführt werden müssten, sondern auch, auf welche Weise dies geschehen könnte. Dazu zählen nicht nur Flächen mit wertvollen Ökosystemen, einzigartigen Küsten und Wäldern oder historischen Sehenswürdigkeiten, sondern auch Gebiete, die künftig — streng reglementiert — als öffentliche Erholungsgebiete zu nutzen wären, ebenso wie fruchtbare Agrarflächen, die als Pufferzonen zwischen den verbleibenden menschlichen Siedlungsgebieten und der unberührten Wildnis fungieren sollten.[333]

Als geeigneter Weg der Verstaatlichung wird einerseits der Kauf privater Flächen durch den Staat vorgeschlagen, wobei besonders hervorgehoben wird, die Bodenpreise durch eine frühzeitige Nutzungsreglementierung vor dem Kauf nicht *»unnötig teuer«* werden zu lassen.[334] Andererseits soll die gesetzliche Einschränkung privater Besitzrechte bewirken, dass Grund und Boden nominell zwar in privaten Händen bleiben könnten, dem Besitzer jedoch weniger Nutzungsrechte, insbesondere keinerlei Erschließungsrechte verbleiben würden. Auch der strategische Kauf kleiner Parzellen durch den Staat, die durch ihre Lage die Verwirklichung größerer privater Vorhaben blockieren würden, wird ausdrücklich vorgeschlagen.[335] Als weitere Methoden zur schleichenden Verstaatlichung von Grund und Boden wird neben der behördenwillkürlichen Durchsetzung *»öffentlicher Rechte«* auf privaten Grundstücken auch die Möglichkeit zur Spende privaten Grundbesitzes an den Staat oder an NGOs empfohlen. Als »Anreiz« hierfür soll die Absetzbarkeit von der Einkommensteuer oder die Möglichkeit zur Verrechnung mit Steuerschulden gelten.[336] Gleichzeitig wird dazu aufgerufen, den Verkauf von Grundstücken stärker zu besteuern, denn dies würde den »Anreiz« zur Spende noch weiter erhöhen.[337] Selbstverständlich wird im selben Atemzug gefordert, die auf diese Weise beschenkten NGOs als gemeinnützig anzuerkennen und somit von der Steuer

zu befreien.[338] Wörtlich heißt es: *»Der Bodenmarkt, wie er heute funktioniert, ist das hauptsächliche Hindernis für einen effektiven Schutz privater freier Flächen. Um einen dauerhaften Schutz zu erreichen, sollten freie Flächen so vollständig wie möglich von den Marktkräften isoliert werden, die heute unerbittlich zur Erschließungdrängen. Ein Weg für die Eigentümer von freien Flächen, dieses Ziel zu erreichen, ist, dass sie ihre Besitzrechte aufgeben oder verkaufen. Ein weiterer Weg für lokale oder staatliche Verwaltungen ist, die Erschließung von freien Flächen zu untersagen, um sicherzustellen, dass die Eigentümer sie in der bisherigen Form weitererhalten.«*[339]

Um den damit einhergehenden bürokratischen Aufwand bewältigen zu können, schlägt der Leitfaden die Gründung einer Treuhandschaft für Grund und Boden vor, ähnlich einer staatlichen Bodenplankommission oder einer Art Boden-Zentralbank, die die Auswahl geeigneter Flächen sowie ihre Umwandlung in Naturschutzgebiete durchführen würde.[340] Diese Bodenplanbehörde ähnelt in ihrer Funktion der bereits in der »unvollendeten Agenda« geforderten Wirtschaftsplanbehörde. Zu ihren konkreten Aufgaben gehöre die Bestandsaufnahme und Verwaltung aller Umweltschutzzonen, zu denen neben herkömmlichen Naturschutz- und Grundwasserschutzgebieten ausdrücklich auch denkmalgeschützte Gebäude sowie landwirtschaftliche Flächen, kleinere Städte und ländliche Gebiete und sogar die Städteplanung in Ballungszentren gezählt werden, sodass ihr Verwaltungsbereich letztlich das gesamte Territorium eines Staates bzw. einer Verwaltungseinheit einschließt.[341] Diese Behörde würde unabhängig vom jeweiligen Eigentümer festlegen, welche Gebiete als Wildniszonen deklariert und damit zu quasi-verbotenen Zonen erklärt werden würden, auf welche Weise und mit welchen Mitteln landwirtschaftliche Flächen zu bewirtschaften seien und ob bzw. zu welchen Bedingungen Freiflächen als Baugebiete erschlossen werden dürfen. Ganz ähnlich wie im früheren kommunistischen Ostblock sollte auf diese Weise zentralverwaltet sichergestellt werden, dass durch eine private Nutzung der Ressource

Grund und Boden keinerlei Schäden für die Ökosysteme und die menschliche Gemeinschaft entstehen könnten.[342] Um wichtige ökologische und kulturelle Stätten zu schützen, müssten - so wörtlich - *»harte Einschränkungen«* in der Nutzung privaten Landbesitzes verhängt werden.[343] Denn Besitz bringe Verpflichtungen mit sich, *»welche die Gesellschaft definieren kann und die Besitzer respektieren müssen«*[344]. Das wichtigste Mittel für die Kontrolle des Bodens seien Gesetze und Verordnungen und erst in zweiter Linie der Kauf durch den Staat.[345] Wie sich dieser Ansatz auswirkt, ist bereits heute, auch in einem frühen Stadium des Konventions-Prozesses, klar ersichtlich. Seit Jahren werden die Rechte privater Grundstückseigentümer in der gesamten westlichen Welt immer weiter eingeschränkt und bei Verstößen drastische Sanktionen verhängt, was nicht nur Mineralölkonzerne auf der Suche nach neuen Erdölvorkommen betrifft, sondern zunehmend auch Bauern, Viehzüchter, Forstunternehmer und selbst einfache Gartenbesitzer. Zum Beispiel ist es den Grundstückseigentümern in vielen deutschen Kommunen mittlerweile verboten, auf ihrem Gelände stehende Bäume zu fällen, sofern diese eine bestimmte Höhe oder einen bestimmten Stammdurchmesser überschreiten. Gegebenenfalls müssen kostenpflichtig Sondergenehmigungen eingeholt werden, andernfalls drohen erhebliche Geldstrafen und häufig die Auflage einer Neupflanzungspflicht. Denunzianten, die in den USA einen Verstoß gegen die Artenschutzverordnung zur Anzeige bringen, dürfen sogar auf einen Judaslohn hoffen, was bei weiterer Verschärfung der Biodiversitäts-Konvention der Errichtung eines Öko-Terror- und Spitzelsystems Vorschub leistet. Doch damit nicht genug, der Rockefeller-Bericht *The Use oft Land* schlägt sogar die Errichtung eines »Erschließungsrechtehandels« analog zum $C0_2$-Emissionsrechtehandel vor, der Bauherren vor der Grundsteinlegung eines neuen Bauprojektes zusätzlich zum Erwerb des Bauplatzes auch dazu verpflichten würde, ausreichend Erschließungsrechte anzukaufen.[346] Der Effekt dieses Systems wäre, dass Eigentümer von

Freiflächen oder denkmalgeschützten Gebäuden ihre »Erschließungsrechte« auf dem »Erschließungsrechtemarkt« an Bauherren verkaufen könnten und somit Geld beziehen würden, ohne dafür irgendeine Leistung zu erbringen, ganz so, wie es im Sozialismus üblich ist.[347]

Allzu viele private Bauherren wird es in einer nachhaltigen Zukunft, wie sie sich die Verfasser der Rockefeller-Strategieprogramme und die Hintermänner der Biodiversitäts-Konvention vorstellen, ohnehin nicht geben. Schließlich soll die neu zu schaffende Bodenplanbehörde auch die Siedlungs- und Städteplanung übernehmen und willkürlich über die Bewilligung von Bauvorhaben entscheiden dürfen, und zwar ausdrücklich im Hinblick darauf, eine zunehmende »Versiegelung von Grünflächen« zu verhindern. Wie man sich eine nachhaltige Siedlungsplanung vorzustellen hat, wird in *The Use ofLand* klar beschrieben, und auch Maurice Strong stellte ja eindeutig fest, dass das Leben in traditionellen Wohngebieten nicht nachhaltig sei. Details seien dem Leser an dieser Stelle erspart, ein Vergleich mit den aus dem Realsozialismus bekannten Plattenbausiedlungen, deren aktuelle politisch korrekte Bezeichnung offenbar »Mehrgenerationenhäuser« lautet, genügt vollkommen, um einen Eindruck davon zu erhalten, wie die auf engstem Raum geballten Wohnanlagen der Zukunft aussehen sollen, die jeweils von staatlich regulierten Agrarflächen und anschließenden riesigen Naturschutzgebieten mit beschränktem Aufenthalts- und Nutzungsrecht umgeben wären. Private Kraftfahrzeuge soll es dann sowieso kaum noch geben, sodass die mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrad zu bewältigenden Wege zur Arbeitsstätte kurz gehalten werden müssten, ganz so, wie es sich schon in der Sowjetunion bewährt hat. Interessanterweise heißt es in *The Use of Land* ausdrücklich, dass eine Ölkrise die Attraktivität einer solch dichten, dezentralen Siedlungsweise attraktiv erscheinen lassen würde.[348] Diese Ansicht teilt offenbar auch Jürgen Trittin, denn *»wenn die Treibstoßpreise die Umweltkosten widerspiegeln«, so*

schreibt er, dann werde *»die >Stadt der kurzen Wege< wieder attraktiver«*[349]. Das langfristige Ziel sei, *»Arbeiten und Wohnen wieder zusammenzufiihren, um unnötigen Verkehr zu vermeiden«*[350].

Wenn man nicht wüsste, was sich hinter dem Konzept der Suffizienz und der Nachhaltigkeit verbirgt, dann könnte man es in diesem Zusammenhang als »glücklichen« Zufall bezeichnen, dass die Energiepreise seit einigen Jahren tatsächlich rasant ansteigen! Nach der Lektüre dieses Buches und in Kenntnis der ökosozialistischen Strategie ist jedoch klar, dass dahinter kein Zufall, sondern ganz bewusster Vorsatz steckt und dass sowohl der Klimaschutz als auch die damit einhergehende Energieverknappung letztlich ausschließlich dem Zweck dient, auf nichtmilitärische Weise weltweit eine vollständig sozialistische Gesellschaftsform zu errichten. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Biodiversitäts-Konvention, wie in Artikel 37 festgehalten wird, keinerlei Ausnahmen und Vorbehalte zulässt und künftig bei Verstößen auch Sanktionen folgen werden, auch wenn ein entsprechender Mechanismus bisher noch nicht in die Konvention eingearbeitet wurde.

Die Erd-Charta

»Die Erd-Charta ist eine Erklärung der grundlegenden ethischen Prinzipien für den Aufbau einer gerechten, nachhaltigen und friedlichen Weltgesellschaft. «[351]
Steven Rockefeller, Mitglied der Rockefeller-Dynastie

»Mithilfe der Erd-Charta möchten wir die Menschen aufrütteln und zum Kampf um ihre eigene Zukunft mobilisieren. Unsere

Charta kann die ethischen und moralischen Orientierungspunkte liefern, die an der Schwelle des neuen Jahrtausends so dringend benötigt werden. «[352]
Michail Gorbatschow, ehemaliger KPdSU-Generalsekretär

Das letzte bedeutende Projekt, das während des Erdgipfels 1992 in Rio de Janeiro auf den Weg gebracht wurde, ist die sogenannte Erd-Charta. Dabei handelt es sich um eine Deklaration grundlegender ökosozialistischer Leitsätze, die künftig, als eine Art neuer »Zehn Gebote«, das verbindliche Grundgesetz des sich im Aufbau befindlichen Weltstaates darstellen sollen.

Zwar wird die Entstehung der Erd-Charta offiziell meist auf den sogenannten Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 zurückgeführt, doch ursprünglich stammt sie aus derselben Quelle, aus der auch die Agenda 21 und die Biodiversitäts-Konvention hervorgegangen sind. Die Gestalt eines international zu ratifizierenden Abkommens nahm sie jedoch erst im Vorfeld des Erdgipfels an, und zwar aufgrund der persönlichen Initiative Michail Gorbatschows und Maurice Strongs bzw. ihrer Organisationen Internationales Grünes Kreuz und *Earth Council.* Trotz beträchtlichen Aufwands gelang es den Veranstaltern des Erdgipfels nicht, die Erd-Charta im Jahr 1992 als völkerrechtlich verbindlichen Vertrag durchzusetzen. Stattdessen kam es lediglich zur Verabschiedung der unverbindlichen *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung,* die in der Folge zu einem rechtswirksamen Abkommen ausgebaut werden sollte. Begleitet vom öffentlichen Druck des NGO-Proletariats wurden zwischen 1995 und 1999 neue Anläufe unternommen, die ihren Höhepunkt schließlich im Juni 2000 in der Veröffentlichung einer endgültigen Fassung fanden, deren Ausarbeitung zuvor von keinem Geringeren als Steven Rockefeiler persönlich koordiniert worden war. Doch obwohl die Erd-Charta seither in ihrer endgültigen Form vorliegt und sie im Jahr 2002 auf dem Weltgipfel für

nachhaltige Entwicklung in Johannesburg erneut zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte, wurde sie bislang nicht rechtswirksam verabschiedet. Stattdessen konzentrierte man sich zunächst auf ein langfristig angelegtes internationales Bildungs- bzw. Erziehungsprogramm, das die Erd-Charta in aller Welt bewerben und ihr dadurch mehr öffentliche Unterstützung verschaffen sollte. Wie es im Vorwort einer deutschen Übersetzung der Erd-Charta, herausgegeben vom *Earth Council,* heißt, sind die Ziele der Erd-Charta-Initiative seither: *»Die Verbreitung, Unterzeichnung (endorsement) und Umsetzung der Erd-Charta durch die Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Regierung zu fördern; Mut zu machen und Hilfen zu geben, damit die Erd-Charta in Schulen, Universitäten, Glaubensgemeinschaften und in anderen Zusammenhängen eingesetzt wird; die Unterstützung und Anerkennung der Erd-Charta durch die Vereinten Nationen zu erreichen suchen.«* Es geht also um die weltweite Verbreitung der Erd-Charta als moralische, ethische und sogar als spirituelle Basis des menschlichen Zusammenlebens in der »einen Welt«. Laut Steven Rockefeller liegt in der Verbreitung der Erd-Charta, in deren Wortlaut kein Platz für Gott ist, die *»große spirituelle Herausforderung des 21. Jahrhunderts und ein Pfad zu individueller Erfüllung, sozialer Transformation und ökologischem Wohlergehen«*[353]. Sie diene in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen vom Individuum bis zur Staatsführung als *»wertvolles erzieherisches Mittel«,* das den Menschen dabei helfe, *»global und holistisch«* zu denken.[354] Wie ihre Verfasser betonen, sei sie dazu geeignet, einen Dialog zwischen den Kulturen und Religionen über gemeinsame Werte und eine globale Ethik anzufachen, Hoffnung zu schöpfen und ein Weltbürgerbewusstsein im Sinne eines nachhaltigen, gerechten und *»erleuchteten«* Lebens zu fördern und damit, mit den Worten einer Repräsentantin der Erd-Charta-Kommission, *»die Erde und den Geist des Menschen zu heilen«*[355]. Mit diesem Universalanspruch maßt sich die Erd-Charta somit genau jene Stellung als Maxime menschlichen Handelns an, die im westlichen Kulturkreis bislang

den biblischen Zehn Geboten vorbehalten war. Gorbatschow forderte alle Menschen, deren Handeln Auswirkung auf die Umwelt habe, dazu auf, sich mit Leib und Seele der Charta zu verschreiben, und er sagte mit Verweis auf die geforderte Reduzierung des Konsums in der westlichen Welt, die Veränderung des Lebens in Übereinstimmung mit den Leitsätzen und Werten der Charta werde sich für die Menschen als schwieriger erweisen als die Veränderung durch die Perestroika.[356] Diese Aussage wird in ihrer vollen Tragweite erst verständlich, wenn man sich bewusst macht, dass mit der Erd-Charta die völkerrechtliche Grundlage für den Weltkommunismus gelegt wird, auch wenn dieser Begriff in ihrem Wortlaut selbstverständlich nicht zu finden ist. Tatsächlich könnte man die Erd-Charta inhaltlich zutreffend als das neue *Kommunistische Manifest* bezeichnen, denn sie ebnet völkerrechtlich den Weg für die Errichtung eines globalen kommunistischen Systems, das nicht auf die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Individuums setzt, sondern mit dem die intellektuelle Bevormundung, die zentralverwaltete Planwirtschaft und die egalitäre Umverteilerei zur internationalen Programmatik erhoben werden.

Ähnlich wie in der Agenda 21 werden schon in der Präambel der Erd-Charta die *»vorherrschenden Muster von Produktion und Konsum«,* womit natürlich nichts anderes als die westliche Marktwirtschaft gemeint ist, als Ursache von Umweltverwüstung, Artensterben und Raubbau ausgegeben, die *»unser Gemeinwesen«,* also das Kollektiv, untergrabe. In völliger Ignoranz wirtschaftlicher Zusammenhänge wird beklagt, dass die *»Erträge der wirtschaftlichen Entwicklung«* nicht *»gerecht verteilt«* würden, worunter selbstverständlich jener egalitäre, materialistische Gerechtigkeitsbegriff verstanden wird, der seit jeher die Grundlage des Marxismus ist. Das *»Bevölkerungswachstum«* wird als Belastung für die *»ökologischen und sozialen Systeme«* dargestellt, die *»die Grundlagen globaler Sicherheit«* bedrohen würden. Diese Probleme seien nur durch *»eine gemeinsame Vision von Grundwerten«* zu lösen, wie sie in den nachfolgenden 16 Punkten der Erd-Charta *»für einen nachhalti-*

gen Lebensstil« formuliert werden, an die sich jeder Einzelne, alle Organisationen, Unternehmen, Regierungen und übernationale Einrichtungen zu halten hätten. Die anschließenden Punkte 1 und 2 rufen dazu auf, die Erde und das Leben zu achten und ein Leben in Verständnis, Mitgefühl und Liebe zu führen, und es ist schwer, diesen Inhalten zu widersprechen. Jedoch scheint bereits in Punkt 3 erneut die altbekannte marxistische Grundhaltung durch, wenn darin der Aufbau einer *»gerechten, partizipatorischen, nachhaltigen undfriedlichen demokratischen Gesellschaft«* gefordert wird, denn dieselben Phrasen von Gerechtigkeit, Teilhabe, Frieden und Demokratie, bei bewusstem Verzicht auf die Begriffe Freiheit und Eigenverantwortung, bilden seit jeher das Gerüst kommunistischer Propaganda. Schon in Punkt 5 erkennt man, warum man zu Recht den Begriff der Freiheit vermisst, denn in Abschnitt a) wird dem Dirigismus und der Bevormundung das Wort geredet, wenn gefordert wird, *»auf allen Ebenen Pläne und Regeln für eine nachhaltige Entwicklung«* anzunehmen, damit diese, natürlich nur zum Schutz der Umwelt, *»integraler Bestandteil aller Entwicklungsinitiativen werden«.* Abschnitt b) verlangt *»den Bestand und die Neueinrichtung von Naturschutzgebieten und Biosphären-Reservaten (...), auch von Wildnisgebieten und geschützten Ozeanen«,* was in Kenntnis der hintergründigen Absichten der Biodiversitäts-Konvention auf die Einschränkung der menschlichen Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit hinausläuft. In Punkt 6 der Erd-Charta finden wir das bereits einschlägig bekannte Konzept der »gesellschaftsrelevanten Wissenschaft« wieder, denn darin wird *»bei begrenztem Wissen«* und *»wo wissenschaftliche Kenntnisse fehlen«* zur Anwendung des » *Vorsorgeprinzips«* geraten. Punkt 7 fordert die planwirtschaftliche Reglementierung von Produktion, Konsum und *»Reproduktion«,* was bedeutet, dass auch die menschliche Fortpflanzung planwirtschaftlich, also durch den Staat, organisiert werden soll, und zwar unter Zuhilfenahme des *»Gesundheitswesens«,* um so eine *»gesunde und verantwortliche Fortpflanzung«* zu fördern (7e.). Darüber hinaus ruft Punkt 7

auch zur internationalen Umverteilung von Technologie (7c.; vgl. 8a.), zur willkürlichen Verteuerung von Konsumgütern und Dienstleistungen (7d.), zum Energiesparen (7b.) und zu einem materiell suffizienten Lebenstil auf (7f.). In Punkt 10 sollen die planwirtschaftliche Kontrolle über *»wirtschaftliche Tätigkeiten und Einrichtungen auf allen Ebenen«* sichergestellt und *»die gerechte Verteilung von Reichtum innerhalb und zwischen den Nationen«* gefördert werden. Hinter Punkt 11 über die *»Gleichberechtigung der Geschlechter«* verbirgt sich die feministisch-marxistische Gleichsetzung der Geschlechter und ihre egalitäre Einbindung in die Arbeitswelt. Gemäß Punkt 12 sind auch alle anderen Unterschiede zwischen Rassen, Klassen, Hautfarben, sexuellen Orientierungen, Religionen, Sprachen, nationaler und ethnischer Zugehörigkeit gleichzumachen. Punkt 14 lässt erkennen, dass die *»Werte«* der Erd-Charta, die für eine *»nachhaltige«* Lebensweise notwendig sind, über ein weltweites Bildungs- und Erziehungssystem, das die Massenmedien einbezieht, jedem Erdenbürger *»lebenslang«* eingeimpft werden sollen. Zu guter Letzt spricht Punkt 16 von einer *»Kultur der Toleranz«,* unter der man zweifellos die repressive Toleranz nach Art der Frankfurter Schule verstehen darf, die nicht für politisch Andersdenkende gilt, die die sozialistischen Leitlinien der Erd-Charta nicht anerkennen wollen. Derselbe Punkt fordert zudem die Abrüstung und Umwandlung militärischer Einrichtungen für friedliche Zwecke. Wer den strategischen Hintergrund kommunistischer Abrüstungsinitiativen kennt, weiß, dass derartige Forderungen lediglich die Entwaffnung der Bourgeoisie und damit die Abschaffung der westlichen Verteidigungsfähigkeit sicherstellen sollen für den Fall, dass der Westen sich doch noch weigert, am *»friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus«* nach Sacharow teilzunehmen. Im Nachspann der Erd-Charta werden die Nationen der Welt dazu aufgefordert, *»ihre Bindungen an die UNO«* zu erneuern, die internationalen Verträge zu erfüllen sowie die Umsetzung der Erd-Charta *»zu einem internationalen, rechtlich verbindlichen Instrumentfur*

Umwelt und Entwicklung« anzunehmen oder, mit anderen Worten, ihre nationalstaatliche Souveränität freiwillig dem Diktat der UNO unterzuordnen.

Während der Veröffentlichung der Erd-Charta im Juni 2000 in Den Haag hielt Steven Rockefeiler eine Ansprache, in der er ausdrücklich auf den Propheten Jesaja des Alten Testaments Bezug nahm: *»Vor mehr als 2500Jahren hatte der Prophet Jesaja eine Vision des Weltfriedens, die Gerechtigkeit für alle und Gleichheit für die Armen betonte, und er stellte sich einen Geist des Respekts für das Leben vor und wie die Gewaltlosigkeit die ganze Welt durchdringt. >Man wird niemand Schaden tun noch verderben auf der ganzen Welt<, schrieb Jesaja. (...) Die Erd-Charta ist eine Erklärung fundamentaler ethischer Prinzipien für den Aufbau einer gerechten, nachhaltigen und friedlichen Weltgesellschaft.«*[357] Wenn die Protagonisten der Erd-Charta schon dabei sind, die Bibel zu Rate zu ziehen, wären sie, anstatt überholten alttestamentarischen Heils- und Messiaserwartungen nachzuhängen, besser beraten, das Neue Testament und speziell die Apokalypse zu studieren, denn dort würden sie eine Beschreibung dessen finden, was das Ergebnis ihres weltrevolutionären Bestrebens sein wird.

Nachwort

Seit Beginn der 1990er-Jahre, das heißt unmittelbar seit dem offiziellen Ende der Konfrontation zwischen Ost und West, bestimmt der Ökosozialismus immer stärker sowohl die massenmediale Berichterstattung als auch das politische Geschehen in der westlichen Welt. Nachdem der Kommunismus bereits überwunden geglaubt war, sollen auch heute noch ausgerechnet sozialistische Lösungsansätze den Schutz der Umwelt sicherstellen, und das in Anbetracht der verheerenden Umweltschäden, die der Realsozialismus in den Staaten des früheren Ostblocks angerichtet hat - von den ungefiltert die Luft verpestenden Kohlekraftwerken der europäischen Ostblockstaaten über die radioaktiv verseuchten Gebiete rund um Tschernobyl und Tscheljabinsk bis zum austrocknenden Aralsee in der Sowjetunion. Gleichzeitig durchdringt das femi-marxistische Konzept des Gender-Mainstreaming, von Politik und Massenmedien forciert, alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. Und es steht zweifelsfrei fest, dass die wesentlichen Elemente dieser Politik bereits vor mehr als drei Jahrzehnten nicht nur Teil der sowjetischen Langzeitstrategie waren, wie Andrei Sacharow und Iwan Frolow offenbarten, sondern dass sie auch in den Strategieprogrammen der internationalen Hochfinanz nachgewiesen werden können, auf denen jene internationalen Verträge basieren, die während des Erdgipfels in Rio de Janeiro 1992 unterzeichnet wurden und mit denen seither die gesellschaftliche Perestroika des ganzen Planeten betrieben wird. Zwei Jahrzehnte nach dem angeblichen Ende des Kommunismus betreiben die meisten Regierungen der westlichen Staaten, ganz unabhängig von ihrer jeweiligen parteipolitischen Einfärbung, keine souveräne Politik mehr. Stattdessen wird der Nationalstaat immer enger in die Zwangsjacke überstaatlicher Gebilde eingebunden, während sich seine führenden Repräsentan-

ten auf die Funktion von Verwaltungshelfern einer internationalen Bürokratie reduzieren, die ihrem Wesen nach zweifelsfrei sozialistischer Natur ist, ohne dass dies in der öffentlichen Debatte jemals in Frage gestellt oder auch nur zur Sprache gebracht würde. Und so erfolgt, neben den zahllosen als Umweltschutzinitiativen getarnten Umverteilungs- und Regulierungsmaßnahmen, der gegenwärtig betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung nicht, weil dazu eine objektive Notwendigkeit bestünde oder weil das deutsche Volk dies so wünschte, sondern weil die Verstaatlichung der Kindeserziehung, wie sie bereits im *Kommunistischen Manifest* gefordert wurde, in der Agenda 21 explizit vorgeschrieben wird.

Manch ein Leser mag sich fragen, wieso ausgerechnet die Repräsentanten der internationalen Hochfinanz sich so engagiert dafür einsetzen, dass kommunistische Konzepte Einzug in die westliche Politik halten und damit der schleichenden Errichtung einer kollektivistischen Gesellschaftsform Vorschub leisten. Dies erscheint auf den ersten Blick widersinnig, schließlich gibt der Kommunismus doch vor, »die Kapitalisten« entmachten zu wollen. Doch diese Frage klärt sich spätestens dann, wenn man die Entstehung der kommunistischen Ideologie und insbesondere die Hintergründe der Oktoberrevolution von 1917 näher betrachtet. Dann zeigt sich, dass die rote Revolution ein ursprüngliches Projekt eben dieser internationalen Hochfinanz ist, mit dem sie bereits seit Generationen versucht, die alte Weltordnung souveräner, marktwirtschaftlicher Nationalstaaten abzuschaffen und durch einen internationalen Sozialismus in einer Neuen Weltordnung zu ersetzen. Der internationale Kommunismus bekämpft in Wahrheit nicht die aus Großbankiers bestehende Hochfinanz, sondern die aus traditionellen Familienunternehmen bestehende mittelständische Wirtschaft, die seit jeher das Rückgrat der westlichen Schaffenskraft und des darauf basierenden Wohlstands bildet. Daher ist es kein Zufall, dass eben dieser Mittelstand in erster Linie unter den Gängelungen des modernen Umweltschut-

zes zu leiden hat. Je weiter jedoch die künstliche Verknappung und Verteuerung aller lebenswichtigen Ressourcen durch den Ökosozialismus fortschreitet, umso mehr werden auch die unteren Schichten davon betroffen. Doch statt die wahren Ursachen der Probleme beim Namen zu nennen, wird der wachsende Unmut in der Bevölkerung von linken Agitatoren für eine weitere Verschärfung des Klassenkampfes genutzt und gegen die privaten Unternehmen sowie die marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung gerichtet. Für die mittelständische Wirtschaft und alle konservativen Institutionen der Gesellschaft, insbesondere die Kirchen, wäre es daher höchste Zeit, sich gegen die schleichende grün-rote Kollektivierung der menschlichen Lebensgrundlagen zur Wehr zu setzen, den ökosozialistischen Lügenkampagnen, die in Gestalt des »Waldsterbens«, des »Ozonlochs« und der »Klimakastrophe« daherkommen, eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung entgegenzuhalten und die Politik dazu zu zwingen, der kommunistischen Bedrohung konsequent zu begegnen. Allein die Rücknahme der zahlreichen ökologistischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre, die Abschaffung der zahllosen unsinnigen Umweltauflagen, die die Bürger und die mittelständische Wirtschaft gängeln, vor allem aber der Ausbau der Kernkraft und das Ende der hirnrissigen Förderung von Wind- und Solarenergie, die einen maßgeblichen Anteil an der Entstehung der gegenwärtigen Energiekrise haben, sowie der Ausstieg aus all jenen internationalen Verträgen, die für Deutschland lediglich Nachteile und Beschränkungen bringen, können künftig die Unabhängigkeit und das Überleben der Nation sicherstellen. Zu einer sinnvollen und am Wohl des deutschen Volkes orientierten Politik gehört auch die ersatzlose Schließung sowohl des Umwelt- als auch des Entwicklungshilfeministeriums. Denn wie die 1950er-Jahre mit ihrem sprichwörtlichen Wirtschaftswunder gezeigt haben, gedeiht die Bundesrepublik ohne diese kryptokommunistischen Ministerien besser, deren Funktion sich zusehends auf die planwirtschaftliche Regulierung und internationale Umvertei-

lung deutschen Volksvermögens konzentriert und die den Bürgern nutzlos zur Last fallen. Darüber hinaus gehört auch die ursprüngliche, bis 1960 geltende Fassung des §130 StGB, der die »Aufreizung zum Klassenkampf« unter Strafe stellte, wiederhergestellt und konsequent auf alle Arten kommunistischer Agitation angewandt, zu denen ausdrücklich auch die momentan allgegenwärtige Klimaschutzpropaganda gehört.

Wenn jedoch die internationale Perestroika und die sozialistische Konvergenz unter dem Deckmantel des Umweltschutzes, die mit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro ihren Anfang nahm, noch weiter fortschreitet, dann droht KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow mit seiner Ankündigung recht zu behalten — dann geht die Menschheit tatsächlich *»der Welt des Kommunismus«,* dem Weltkommunismus, entgegen.[358] Dann hätte die sowjetische Langzeitstrategie ihr Endziel des *»friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus«* erreicht.[358] Jedoch darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass zu dem Konzept der friedlichen Errichtung des Weltkommunismus, wie sie gegenwärtig unter dem Deckmantel des Umweltschutzes betrieben wird, auch eine militärische Alternative besteht, die offenbar auch Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges nach wie vor aktuell gehalten wird. Auskunft hierüber gaben eine Reihe kommunistischer Überläufer, die in den zurückliegenden Jahrzehnten die Seiten gewechselt haben und Details darüber veröffentlichten, welche Entwicklung zu erwarten wäre, wenn das Konzept der friedlichen sozialistischen Konvergenz scheitert bzw. wenn im Laufe der entstehenden Krise in den westlichen Staaten wieder eine Trendwende hin zu einer konservativen und patriotischen Politik einsetzen sollte. Wie der tschechoslowakische General Jan Sejna berichtete, wurde in diesem Fall die Entfachung regionaler Kriege, vor allem in Europa, das heißt eine Invasion durch die Rote Armee, in Betracht gezogen, um damit moskaufreundlichen Parteien an die Macht zu verhelfen.[360] Der 1992 übergelaufene KGB-Offizier Stanislav Lunev gab ergänzend hierzu an, dass auch ein militäri-

scher Überraschungsangriff gegen die USA, an dessen Vorbereitungen er selbst beteiligt war und der ausdrücklich mit einem massiven Kernwaffeneinsatz eingeleitet würde, jederzeit möglich wäre. Zu einer Zeit, in der sich der Westen im ewigen Frieden wähnt, er seine Streitkräfte immer weiter reduziert und in sinnlosen Kleinkriegen wie in Afghanistan, im Irak oder auf dem Balkan verheizt, stellen die russischen und chinesischen Armeen ständig neue strategische Waffensysteme in Dienst und führen auch Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges regelmäßig gemeinsame Militärmanöver durch, in denen unter anderem die atomare Zerstörung der westlichen Hemisphäre geübt wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt eine Passage aus der Präambel der Erd-Charta eine völlig neue Bedeutung, denn darin heißt es: *»Entweder bilden wir eine globale Partnerschaft, um für die Erde und füreinander zu sorgen, oder wir riskieren, uns selbst und die Vielfalt des Lebens zugrunde zu richten.«* In Kenntnis der militärischen Alternative zum friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus wird dem aufmerksamen Leser die verborgene Drohung nicht entgehen, die mit ähnlich lautenden Andeutungen Andrei Sacharows übereinstimmt.[361] Schon in den 1980er-Jahren warnte der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn davor, dass sich der Westen eines Tages in einer Situation wiederfinden könnte, in der ihm nur die Wahl bleibt, freiwillig seine traditionelle Lebensweise, seine individuellen Freiheiten und seinen selbst erarbeiteten Wohlstand aufzugeben und sich dem Diktat einer zur Weltregierung ausgebauten UNO unterzuordnen oder sich *»der Aussicht auf atomares Chaos und Krieg«* zu stellen.[362] Doch unabhängig davon, ob der letzte Schritt zur Errichtung des Weltkommunismus auf friedlichem oder militärischem Weg erfolgt, könnte dies die Völker nicht vor einem Blutvergießen nach dem Muster aller kommunistischer Machtübernahmen bewahren. Denn für die Vertreter der konservativen Gesellschaftsschichten in Westeuropa und den USA war in der letzten Phase der Konvergenz, so Golitsyn, die Errichtung von Umerziehungslagern geplant.[363] *»Der*

Klassenkampf«, schreibt Golitsyn, *»wird noch sein blutiges Schlachtfest bekommen«*[364]. Dasselbe Schicksal droht jedoch, wie Yuri Bezmenov unmissverständlich klarstellt, auch den politisch aktiven Vertretern des idealistischen linken, grünen, gutmenschlichen Lagers, die der sozialistischen Revolution durch ihre wissentliche oder unwissentliche Kollaboration den Weg bereitet haben und die nun glauben, die neue ökosozialistische Gesellschaft selbst gestalten zu können. Bezmenov berichtet, diese Linken seien *»nur für den Prozess der Subversion einer Nation nützlich. Sobald ihre Arbeit getan ist, werden sie nicht mehr gebraucht. Sie wissen zu viel. Sobald sie sehen, dass der Marxismus-Leninismus an die Macht kommt, setzt die Ernüchterung ein, und sie werden offensichtlich vor den Kopf gestoßen sein. Sie glauben, dass sie selbst an die Macht kämen. Das wird natürlich nicht passieren. (...) Wenn sie künftig sehen, was die wunderschöne Gesellschaft der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit in der Praxis bedeutet, werden sie selbstverständlich dagegen revoltieren. Das werden sehr unglückliche, frustrierte Menschen, und das marxistisch-leninistische Regime toleriert diese Leute nicht, daher werden sie zu Regimegegnern werden. Aber anders als in den gegenwärtigen Vereinigten Staaten gibt es im künftigen marxistisch-leninistischen Amerika keinen Platz mehr für Regimegegner. (...) In der Zukunft werden diese Leute einfach zerquetscht wie Kakerlaken, und niemand wird auf ihre wunderbaren noblen Ideen von Gleichheit etwas geben. Das verstehen sie nicht, und es wird natürlich der größte Schock für sie werden«* zu erkennen, dass es ihr Schicksal ist, *»an die Wand gestellt und erschossen«* zu werden, sobald die Kommunisten die Macht an sich gerissen haben.[365]

Wer mehr Details über die kommunistische Langzeitstrategie erfahren möchte, dem sei das Buch *Weltoktober — Wer plant die sozialistische Weltregierung?* vom selben Autor empfohlen.

Literatur und Quellen

Black Gold Stranglehold
Autoren: Jerome R. Corsi, Craig R. Smith,
WND Books, 2005

Black is Beautiful, Communism is not
Autor: Tomas Schuman,
Almanac, 1985

Börsenkrach und Weltwirtschaftskrise
Autor: Günter Hannich,
Kopp Verlag, 2001

Cloak of Green
Autorin: Elaine Dewar,
James Lorimer & Company Publishers, 1995

Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise
Autor: James R. Huntley,
NATO Informationsabteilung, 1972

Das Ende des blauen Planeten
Autoren: Paul J. Crutzen, Michael Müller,
C H . Beck Verlag, 1990

Das Netz der kommunistischen Frontorganisationen
US-Informationsdienst, Bad Godesberg 1955

Das waren die Grünen
Autorin: Jutta Ditfurth,
Econ Taschenbuch, 2001

Der ökologische Anarchismus Murray Bookchins
Autorin: Cornelia Wicht,
Verlag Freie Gesellschaft, 1980

Der tägliche Ökohorror
Autor: Heinz Hug,
Verlag Wolfgang Brune, Leipzig 2004

Der Umbau der Industriegesellschaft
Autor: Joschka Fischer,
Eichborn Verlag, 1989

Die Angsttrompeter
Autor: Heinz Hug,
Signum Verlag, 2006

Die erste globale Revolution
Autoren: Alexander King, Bertrand Schneider,
Goldmann, 1993

Die Insider, Band II
Autor: Gary Allen,

Verlag für Außergewöhnliche Perspektiven, 1995

Entwicklungsland Deutschland

Dritte Welt Haus Bielefeld, Bund für Umwelt und Naturschutz, Misereor,
Peter Hammer Verlag, 1997
Environmental Overkill
Autorin: Dixy Lee Ray,
Regnery Gateway, 1993

Gefahr aus der Mitte
Autor: Jürgen Trittin,
Verlag Die Werkstatt, 1993

Greenpeace — Umweltschutz ohne Gewähr
Autoren: Ivar A. Aune, Nikolaus Graf Praschma,
Neumann-Neudamm, 1996

KGB
Autor: John Barron,
Scherz Verlag, 1974

Krebs und alle sogenannten Krankheiten — Kurze Einführung in die Germanische Neue Medizin
Autor: Dr. med. Mag. theol. Ryke Geerd Hamer,
Amici di Dirk, 2005

Lebe wild und gefährlich
Autorin: Jutta Ditfurth,
Kiepenheuer & Witsch, 1991

Markt oder Moral
Autor: Richard Reichel,
Fischer Taschenbuch Verlag, 1994

Mein Manifest für die Erde
Autor: Michail Gorbatschow,
Campus Verlag, 2003

Meine Vision
Autor: Michail Gorbatschow,
Horizonte Verlag, 1. und 2. Auflage, 1989 und 1990

Mesmerized by the Bear
Autor: Raymond Sleeper,
Dodd, Mead&Co., 1987

Nachhaltiges Deutschland
Umweltbundesamt,
Erich Schmidt Verlag, 1997

Öko-Nihilismus
Autor: Edgar L. Gärtner
TvR-Medienverlag, 2007

Öko Optimismus
Autoren: Dirk Maxeiner, Michael Miersch,
Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1996

Oktober und Umgestaltung: Die Revolution geht weiter
Autor: Michail Gorbatschow,
APN-Verlag, 1987

Pssst... streng vertraulich
Autor: Luc Bürgin,
Kopp Verlag, 2006

Schrittmacher der Sowjets
Autor: George N. Crocker,
Europäischer Buchclub, 1960

Speznas
Autor: Viktor Suworow,
Dissberger Verlag, 1989

The European Union Collective
Autor: Christopher Story,
Edward Harle, 2002

The Perestroika Deception
Autor: Anatoliy Golitsyn,
Edward Harle, 1998

The Unfinished Agenda
Autor: Gerald O. Barney,
The Rockefeller Brothers Fund, 1977

The Use of Land
Autor: William K. Reilly,
The Rockefeller Brothers Fund, 1973

Toward a New World Order
Autor: Donald S. McAlvany,
Western Pacific Publishing Co. 1992

Umgestaltung und neues Denken fur unser Land undflir die ganze Welt
Autor: Michail Gorbatschow,
Dietz Verlag, 1987

Umwelt und Gesellschaft
Autor: Murray Bookchin,
Verlag Association, 1974
(Originalausgabe: *Ecology and Revolutionary Thought,* Februar 1965)

... und auch nicht anderswo!
Redaktion Atom Express,
Verlag Die Werkstatt, 1997

We Will Bury You
Autor: Jan Sejna,
Sidgwick & Jackson, 1982

Wege zum Gleichgewicht
Autor: Al Gore,
Fischer Taschenbuch Verlag, 1994

Welt Um Welt
Autor: Jürgen Trittin,
Aufbau Verlag, 2002

Wie ich mir die Zukunft vorstelle
Autor: Andrej D. Sacharow,
Diogenes Verlag, 1968

Wohlstand durch Vermeiden
Autoren: Michael Müller, Peter Hennicke,
Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1994

[1] *Welt Um Welt,* S. 198
[2] *Öko-Optimismus,* S. 264 f.
[3] *Lübecker Stadtzeitung,* Ausgabe 75 vom 18.05.1999, »Pferdefuß nicht verschweigen«
[4] »Wenn Du geschwiegen hättest, so wärst Du ein Philosoph geblieben.«
[5] *novo-magazin.de,* Nov./Dez. 2005, »Begrabt das Waldsterben«
[6] *Öko-Optimismus,* S. 266
[7] *Die Angsttrompeter,* S. 86
[8] Ebenda, S. 86
[9] Ebenda, S. 84
[10] *Lebe wild und gefährlich,* S. 176
[11] Ebenda, S. 175 f.
[12] *Environmental Overkill,* S. 35
[13] Ebenda
[14] Ebenda, S. 49 f.
[15] *NeueZuercher Zeitung,* 08.09.1995, »An der Nase herumgeführt«
[16] *The New American,* 19.11.1990, »Greenpeace Wages Redwar«; *Öko-Optimismus,* S. 250
[17] *Die Angsttrompeter,* S. 67 ff.
[18] *Greenpeace,* S. 149 f.
[19] *Whistleblower,* March 2007, S. 15, 29
[20] *Der Spiegel,* 12.08.1974, »Katastrophe auf Raten«
[21] Ebenda
[22] Ebenda
[23] Ebenda
[24] *Whistleblower,* March 2007, S. 9 f.
[25] Ebenda, S. 8
[26] *Der Spiegel,* Titel, 11.08.1986, »Das Weltklima gerät aus den Fugen«
[27] *Mesmerized by the Bear,* S. 347
[28] *Die Angsttrompeter,* S. 220
[29] Ebenda, S. 223 f., 244
[30] *Nairobi Report v.4.0,* »Die Klimakatastrophe - was ist wirklich dran?«
[31] *Die Angsttrompeter,* S. 237
[32] Die Neue Epoche, 03.04.2007, »Der $C0_2$-Schwindel, Teil II«
[33] *Nairobi Report v.4.0,* »Die Klimakatastrophe - was ist wirklich dran?«

[34] *Die Angsttrompeter,* S. 241 f.
[35] *Die Neue Epoche,* 31.03.2007, »Der $C0_2$-Schwindel, Teil I«
[36] Ebenda,
[37] *Whistle blower,* March 2007, S. 25
[38] *Die Angsttrompeter,* S. 245
[39] *Die Angsttrompeter,* S. 249
[40] *Worldnetdaily.com,* 21.12.2007, »Hundreds of scientists reject global warming«
[41] *Hospodrsk noviny* (tschechisches Finanzblatt), 09.02.2007, Interview mit Vaclav Klaus
[42] Bundesumweltministerium, »Klimaschutz - Die größte umweltpolitische Herausforderung der Menschheit«, Stand August 2005
[43] *Welt.de,* 27.10.2007, »E.on-Chef spricht von weiterer Preiserhöhung«
[44] Dipl.-Ing. Peter Dietze, »Deutschland auf dem Weg in ein nachhaltiges Energie-Dilemma«
[45] *Vertrauliche Mitteilungen,* 17.07.2007
[46] *Der tägliche Ökohorror,* S. 300 f.
[47] *Worldnetdaily.com,* 21.12.2007, »Hundreds of scientists reject global warming«
[48] *Whistleblower,* March 2007, S. 19
[49] *Welt Um Welt,* S. 151, 154
[50] Ebenda, S. 151 ff.
[51] *WorldnetDaily,* 28.08.2002, »Mutant Marxists in the >Heart of Darkness««
[52] *Die Angsttrompeter,* S. 112 f., zitiert Gerhard Kade in Manfred Glagow (Hrsg.): *Umweltgefdhrdung und Gesellschaftssystem,* 1972, S. 90 ff.
[53] *Die Ökopharisäer,* S. 76, zitiert Peter Schott, »Umweltpolitische Diskussion in der PDS«, in: *Streitschrift ökologische Trendwende, Kommunikationsblatt der umweltpolitischen Gruppen in der PDS,* Nr. 1, Juli 1992, S. 1
[54] Das Ende des blauen Planeten, S. 144 f.
[55] Ebenda
[56] Ebenda, S. 145 f.
[57] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 63
[58] Ebenda, S. 66
[59] Ebenda, S. 34 ff.
[60] Ebenda, S. 11
[61] Ebenda, S. 88 f.
[62] Ebenda, S. 32 f.
[63] Ebenda, S. 82 ff.
[64] Ebenda, S. 78 ff.

[65] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 15
[66] *Das Ende des blauen Planeten,* S. 150 f.
[67] Ebenda, S. 150
[68] Ebenda, S. 150 f.
[69] Ernst Bloch, »Das Prinzip Hoffnung«
[70] *Das Netz der kommunistischen Frontorganisationen,* S. 24 f.
[71] *... und auch nicht anderswo!,* S. 177
[72] Ebenda, S. 220 f.
[73] *Umwelt und Gesellschaft,* S. 9 f.
[74] *Das Kapital,* Erster Band, S. 528-530.
[75] *Umwelt und Gesellschaft,* S. 7 f.
[76] Ebenda
[77] *Speznas,* S. 80
[78] *KGB,* S. 39 f.
[79] *Pssst... streng vertraulich,* S. 43 ff.
[80] *... und auch nicht anderswo!,* S. 23
[81] *Das waren die Grünen,* S. 59
[82] *... und auch nicht anderswo!,* S. 166
[83] Bundesinnenministerium, April 1999, Broschüre *Militante Autonome*
[84] *Der Spiegel,* 04.11.1985, »Diese Koalition ist gut für unser Land«
[85] *Das waren die Grünen,* S. 112; *Die Angsttrompeter,* S. 283
[86] *Das waren die Grünen,* S. 79 f.
[87] Ebenda
[88] *Gefahr aus der Mitte,* S. 7
[89] *Lebe wild und gefährlich,* S. 374, 381
[90] Ebenda, S. 101 f.
[91] *Das waren die Grünen,* S. 152
[92] Grundsatzprogramm der Grünen von 1980
[93] *Umwelt und Gesellschaft,* S. 17
[94] Ebenda, S. 16 f.
[95] Grundsatzprogramm der Grünen von 2002
[96] *Umwelt und Gesellschaft,* S. 16 f.
[97] Grundsatzprogramm der Grünen von 2002
[98] *Umwelt und Gesellschaft,* S. 18
[99] *Welt Um Welt,* S. 139 f.
[100] *Der ökologische Anarchismus Murray Bookchins,* S. 65
[101] Ebenda, S. 62
[102] Grundsatzprogramm der Grünen von 1980
[103] *Börsenkrach und Weltwirtschaftkrise,* S. 65
[104] *Lebe wild und gefährlich,* S. 161 f.

[105] *Öko-Optimismus,* S. 363, zitiert Siegfried Kohlhammer: *Auf Kosten der Dritten Welt?,* 1993

[106] Grundsatzprogramm der Grünen von 1980

[107] *Welt Um Welt,* S. 13

[108] *Lebe wild und gefährlich,* S. 132, 174

[109] Sigmar Gabriel: »Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz«

[110] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Klimaschutz lohnt sich: Das Kyoto-Protokoll umsetzen und ausbauen,* S. 20

[111] *Welt.de,* 25.01.2007, »Klimawandel ist ein idealer Nährboden für Terrorismus«

[112] Ebenda

[113] Grundsatzprogramm der Grünen von 1980

[114] *Welt Um Welt,* S. 13

[115] Ebenda, S. 15

[116] Ebenda, S. 24

[117] *Der Umbau der Industriegesellschafi,* S. 80 f.

[118] *Markt oder Moral?,* S. 20

[119] Ebenda, S. 20

[120] *We will buryyou,* S. 106 f.

[121] *Spiegel online,* 11.10.2007, »Afrikas Kriege verschlingen komplette Entwicklungshilfe«

[122] *Öko-Optimismus*, S. 370

[123] *Markt oder Moral?,* S. 207

[124] *Lebe wild und gefährlich,* S. 140

[125] *Black is Beautiful,* S. 16 ff.

[126] *Markt oder Moral?,* S. 191

[127] *Öko-Optimismus,* S. 368

[128] *Wirtschaftswoche,* 28.04.2008, »Nahrungsmittelkrise - der globale Albtraum«

[129] *Welt Um Welt,* S. 130

[130] *Markt oder Moral?,* S. 153f.

[131] *Black Gold Stranglehold,* S. 151 f.

[132] Ebenda, S. 178

[133] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 68 f.

[134] *Die Angsttrompeter,* S. 303

[135] Ebenda, S. 255 ff.

[136] Ebenda, S. 255 ff.

[137] *Spiegel online,* 02.04.2008, »Oberster Energieaufseher warnt vor Blackouts«

[138] *Meine Vision,* 2. Auflage, S. 132 f.

[139] *The New American,* 30.10.1995, »Global Gorby«; *The European Union Collective,* S. 40

[140] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 15 f.

[141] Umgestaltung und neues Denken für unser Land und flir die ganze Welt, S. 39, 59, 69

[142] *Oktober und Umgestaltung: Die Revolution geht weiter,* S. 79

[143] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 82 ff.

[144] Ebenda

[145] Ebenda

[146] *Meine Vision,* 1. Auflage S. 14

[147] W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke,* Band II, Berlin (Ost) 1953, S. 701

[148] *Mein Manifest flir die Erde,* S. 80

[149] *Meine Vision,* 2. Auflage, S. 135 f.

[150] *The European Union Collective,* S. 118

[151] *Mein Manifest fur die Erde,* S. 78

[152] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 114

[153] *Meine Vision,* 2. Auflage, S. 130

[154] *Mein Manifest für die Erde,* S. 39 f.

[155] *Meine Vision,* 2. Auflage, S. 134

[156] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 116

[157] Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels vom 09.01.1848 in der Demokratischen Gesellschaft zu Brüssel; Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* Band 4, S. 444-458

[158] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 119

[159] Ebenda, S. 123

[160] *Mein Manifest für die Erde,* S. 74

[161] Ebenda, S. 75

[162] Ebenda, S. 85 und S. 64

[163] Ebenda, S. 66 ff.

[164] Ebenda, S. 66 ff.

[165] Ebenda, S. 69

[166] Ebenda, S. 70

[167] Ebenda, S. 69

[168] *Welt Um Welt, S. 70 (.*

[169] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 94

[170] *Lebe wild und gefährlich,* S. 357

[171] Franz Alt, *sonnenseite.com,* 2007, Gorbatschow: »Deutschland wird Öko-Weltmacht«

[172] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 114 f.

[173] *TAZ,* 09.10.2006, »Politik nutzt Energiesparpotentiale nicht«

[174] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 141
[175] *Welt Um Welt, S. 109 i.*
[176] Ebenda, S. 72
[177] Ebenda, S. 72
[178] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 142
[179] Ebenda, S. 81 f.
[180] Ebenda, S. 81 f.
[181] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 88 f.
[182] *Mein Manifest fur die Erde,* S. 70
[183] *Welt Um Welt,* S. 28
[184] Ebenda, S. 15
[185] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 81 f.
[186] *Welt Um Welt,* S. 136
[187] *Environmental Overkill,* S. 203
[188] *Schrittmacher der Sowjets,* S. 190 ff.
[189] *We will bury you,* S. 154
[190] *Whistleblower,* March 2007, S. 21
[191] *Focus online,* 27.02.2007, »Die größten Umweltschweine«
[192] *Welt Um Welt,* S. 88
[193] *Mein Manifest fur die Erde*, S. 62 f.
[194] Ebenda
[195] *Welt Um Welt,* S. 89 f.
[196] Grundsatzprogramm der Grünen 1980
[197] *Focus.de,* 26.03.2008, »Deutsche Politiker wollen China den Hahn zudrehen«
[198] *Whistleblower,* March 2007, S. 19
[199] Wie ich mir die Zukunft vorstelle, S. 79 ff.
[200] *Mein Manifest fur die Erde,* S. 147 f.
[201] *Welt Um Welt,* S. 172
[202] AFP, 14.08.2002, »Deutscher Naturschutzring wirft USA »Krieg gegen die Natur« vor«
[203] *Whistleblower,* March 2007, S. 36
[204] *Mein Manifest fur die Erde,* S. 98
[205] *Die Insider II,* S. 186
[206] *Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise,* S. 6 ff.
[207] *Cloak of Green,* S. 279
[208] *Meine Vision*, 2. Auflage, S. 149
[209] *Mein Manifest für die Erde,* S. 64
[210] *Environmental Overkill,* S. 4 f.
[211] Ebenda
[212] *Cloak of Green,* S. 293

[213] *Meine Vision,* 2. Auflage, S. 136 f.
[214] Ebenda
[215] Ebenda
[216] *Environmental Overkill,* S. 4 f.
[217] *Die erste globale Revolution,* S. 129
[218] *Environmental Overkill,* S. 8 ff.
[219] *Cloak of Green,* S. 294 f.
[220] *Cloak of Green,* S. 294 f.
[221] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 119
[222] *Cloak of Green,* S. 404 f.
[223] Ebenda, S. 295
[224] *Die Angsttrompeter,* S. 104
[225] *Cloak of Green,* S. 271
[226] Ebenda, S. 277
[227] Ebenda, S. 253
[228] Ebenda, S. 284; *sovereignty.net,* Januar 1997, »Henry Lamb - Maurice Strong: The new guy in your future!«
[229] *Die Neue Epoche,* 16.05.2007, »Der $C0_2$-Schwindel, Teil IV«
[230] *Wnd.com,* 12.06.2006, »Globalists back China«
[231] *Covenant Syndicat,* Volume 2, No. 75,8. July 1998, »The Strong Scent of Tyranny«
[232] *Corporateknights.ca,* 01.10.2004, »Interview with Maurice Strong«
[233] *Toward a New World Order,* S. 328 f.
[234] *Mein Manifest fur die Erde,* S. 77
[235] *Die Angsttrompeter,* S. 57 f.
[236] Ebenda
[237] *Die Insider II,* S. 186 f.
[238] *Cloak of Green,* S. 296
[239] Ebenda, S. 404 f.
[240] Mein Manifest fur die Erde, S. 80
[241] *Whistleblower,* March 2007, S. 5
[242] *We will bury you,* S. 154
[243] *Environmental Overkill,* S. 7 f.
[244] Ebenda
[245] *Faz.de,* 13.12.2007, »Tummelplatz der Aktivisten«
[246] Sigmar Gabriel: Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz
[247] Ebenda
[248] Bundesministerium fiir Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Klimaschutz lohnt sich - Das Kyoto-Protokoll umsetzen und ausbauen,* S. 26

[249] *Aol.de,* 23.01.2008, »Klimaschutz soll jeden 156 Euro pro Jahr kosten«
[250] *Aol.de,* 13.07.2008, »Klimaschutz kostet Deutsche 500 Euro pro Jahr«
[251] *Manifest der Kommunistischen Partei,* Fassung von 1890
[252] Bundesministerium fur Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Klimaschutz lohnt sich - Das Kyoto-Protokoll umsetzen und ausbauen,* S. 21 f.
[253] Ebenda, S. 23
[254] Ebenda, S. 24 f.
[255] *Welt Um Welt,* S. 104
[256] *Spiegel.de,* 06.02.2008, »Behörde berechnet Stundensatz von 25 000 Euro«
[257] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 78 ff.
[258] Sigmar Gabriel: »Deutschland bleibt Vorreiter beim Klimaschutz«
[259] *Spiegel.de,* 10.01.2008, »Milliardenstrafen für Schmutzkraftwerke«
[260] *Aol.de,* 13.07.2008, »Klimaschutz kostet Deutsche 500 Euro pro Jahr«
[261] *Welt Um Welt,* S. 104
[262] Ebenda, S. 13
[263] *Augsburger Allgemeine,* 23.05.2007, »Erlöse aus Emissionshandel für Afrika-Hilfe«
[264] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Klimaschutz lohnt sich - Das Kyoto-Protokoll umsetzen und ausbauen,* S. 20
[265] *ZRP - Zeitschrift fur Rechtspolitik,* 18.07.2008, »Für einen Neuansatz im Klimaschutzrecht«
[266] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 116
[267] *Die Angsttrompeter, S.AAL*
[268] Franz Alt, *sonnenseite.com,* 04.07.2007, »Deutsches EEG hat weltweit 47 Nachahmer«
[269] *sonnenseite.com,* »Al Gore schlägt deutsches Einspeisegesetz fiir die USA vor«
[270] *Welt Um Welt,* S. 121
[271] *Welt online,* 18.01.2008, »Gabriel fordert Sozialtarif beim Strom«
[272] *Meine Vision,* 1. Auflage, S. 119
[273] *The unfinished agenda,* S. 156 f.
[274] Ebenda, S. 145
[275] Ebenda, S. 155
[276] Ebenda, S. 156 f.
[277] *The unfinished agenda,* S. 149 f.
[278] *Entwicklungsland Deutschland,* S. 131
[279] *Mein Manifest für die Erde,* S. 75

[280] *Wege zum Gleichgewicht,* S. 308 ff.
[281] *The unfinished agenda,* S. 151
[282] *Der Umbau iler Industriegesellschaft,* S. 147
[283] *Wege zum Gleichgewicht,* S. 310 f.
[284] *Die Insider II,* S. 169
[285] *Welt online,* 10.12.2007, »Babysteuer soll den COi-Ausstoß verringern«
[286] *The unfinished agenda,* S. 29
[287] Ebenda, S. 38 f.
[288] *The unfinished agenda,* S. 25 f
[289] Ebenda, S. 29
[290] Ebenda, S. 11 f.
[291] Ebenda, S. 29 f.
[292] Ebenda, S. 29 f.
[293] Ebenda, S. 11 f.
[236a] Siehe hierzu: Dr. med. Mag. theol. Ryke Geerd Hamer: *Krebs und alle sogenannten Krankheiten — Kurze Einfuhrung in die Germanische Neue Medizin,* Amici di Dirk Verlag, 2005
[294] Ebenda, S. 66
[295] Ebenda, S. 67
[296] Ebenda, S. 147 f.
[297] Ebenda, S. 15, 65
[298] Ebenda, S. 60
[299] Ebenda, S. 60 f.
[300] *Der Umbau der Industriegesellschaft,* S. 84
[301] *The unfinished agenda,* S. 15 f.
[302] *Nachhaltiges Deutschland,* S. 243
[303] *The unfinished agenda,* S. 15, 66, 89
[304] *Welt Um Welt,* S. 28, 99
[305] Ebenda, S. 124
[306] *Nachhaltiges Deutschland,* S. 245
[307] *The unfinished agenda,* S. 147 f.
[308] *Wege zum Gleichgewicht,* S. 343 ff.; *The unfinished agenda,* S. 73 f.
[309] *The unfinished agenda,* S. 71 f.
[310] Ebenda
[311] *Wohlstand durch Vermeiden,* S. 129
[312] *Nachhaltiges Deutschland,* S. 171 und S. 167
[313] Ebenda, S. 167
[314] *The unfinished agenda,* S. 40 f.
[315] *Bwl-Bote,* 10.07.2003, »Keine Satire: Die Furzsteuer kommt«

[316] *Nachhaltiges Deutschland,* S. 170
[317] *The unfinished agenda,* S. 40 f., 48
[318] *Nachhaltiges Deutschland,* S. 169
[319] *The unfinished agenda,* S. 65 und S. 46 f.
[320] Karl Marx und Friedrich Engels, *Das Kommunistische Manifest,* 1892
[321] *The unfinished agenda,* S. 136 f.
[322] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 32 f.
[323] Ebenda, S. 78 ff.
[324] *The unfinished agenda,* S. 106
[325] Ebenda
[326] *The Use of Land,* S. 7
[327] Ebenda, S. 23 f.
[328] Agenda 21, Artikel 35.3
[329] *The Use of Land,* S. 24 f.
[330] *The unfinished agenda,* S. 114
[331] *The Use of Land,* S. 109 f.
[332] *Spiegel online,* 02.10.2007, »Abzugsprämie soll Dörfer entvölkern«
[333] *The Use of Land,* S. 105 f.
[334] Ebenda, S. 111
[335] Ebenda, S. 135 f.
[336] Ebenda, S. 19 f.
[337] Ebenda, S. 113
[338] Ebenda, S. 19 f.
[339] Ebenda, S. 21
[340] Ebenda, S. 22
[341] *The unfinished agenda,* S. 117 f.
[342] Ebenda, S. 115 f.
[343] *The Use of Land,* S. 23 f.
[344] Ebenda, S. 15 f.
[345] Ebenda, S. 136 f.
[346] Ebenda, S. 139
[347] Ebenda, S. 141 f.
[348] Ebenda, S. 88
[349] *Welt Um Welt,* S. 137
[350] Ebenda
[351] Steven Rockefeiler, Ansprache beim *Earth Charter Launch,* 29.06.2000, Den Haag
[352] *Mein Manifest für die Erde,* S. 95
[353] Steven Rockefeller, Ansprache beim *Earth Charter Launch,* 29.06.2000, Den Haag

[354] Steven Rockefeller, Ansprache beim *Earth Charter Launch,* 29.06.2000, Den Haag

[355] Kamla Chowdhry, Ansprache beim *Earth Charter Launch,* 29.06.2000, Den Haag

[356] Ansprache beim *Earth Charter Launch,* 29.06.2000, Den Haag

[357] Ebenda

[358] *Oktober und Umgestaltung: Die Revolution geht weiter,* S. 79

[359] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 79 ff.

[360] *We will bury you,* S. 107 f.

[361] *Wie ich mir die Zukunft vorstelle,* S. 15 ff., 82

[362] *The Perestroika Deception,* S. 46

[363] Ebenda

[364] Ebenda, S. 40

[365] Edward Griffin, »Soviet subversion of the free press — a conversation with Yuri Bezmenov«

Dieses Buch belegt, dass die »Klimakatastrophe« genau so eine Lüge ist wie zuvor schon das »Waldsterben« und das »Ozonloch«. Der grünen Politik liegen nicht etwa ökologische Absichten zugrunde, sondern rein ideologische Motive, die ausschließlich darauf abzielen, die Marktwirtschaft der westlichen Nationalstaaten in den Ruin zu treiben. An ihrer Stelle soll ein globaler Umverteilungsstaat nach dem Vorbild der Sowjetunion errichtet werden, der von einer zur Weltregierung ausgebauten UNO planwirtschaftlich kontrolliert wird.

Fortsetzung auf hinterer Klappe

Das Buch reißt den Protagonisten der Öko-Bewegung die Maske vom Gesicht. Es dokumentiert ihre Herkunft, ihre politischen Anschauungen und die verblüffenden Ähnlichkeiten zwischen den Planungen der einstigen sowjetischen Kommunisten und – was kein Widerspruch ist – der US-amerikanischen Hochfinanz anhand von zahlreichen Zitaten und Quellen. Unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes droht die größte Umverteilung von Wohlstand in der Geschichte der Menschheit – und eine Neue Weltordnung, die die Freiheit des Einzelnen nach den Prinzipien des Sozialismus massiv beschränken will.

Umschlaggestaltung: Peter Hofstätter, www.Angewandte-Grafik.de
Motiv: © matton Images

Die politischen Ziele der Klima-Apokalyptiker

Kein anderes Thema beherrscht die öffentliche Debatte, das politische Geschehen und vor allem die Berichterstattung der Massenmedien in den letzten Jahren so sehr wie der Umwelt- bzw. Klimaschutz. Trommelfeuerartig wird der deutsche Bürger daran erinnert, dass dem Planeten eine vom Menschen verursachte Klimakatastrophe drohe, die nur abgewendet werden könne, wenn die westlichen Industriestaaten aktive Schritte einleiten würden, um Energie zu sparen, die Umwelt zu schützen und einen ökologisch verträglichen Lebensstil annehmen.

Die Nationalstaaten sollen immer enger in die Zwangsjacke überstaatlicher Gebilde eingebunden werden. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, befinden wir uns auf dem Weg in eine ökosozialistische Diktatur, die jedem einzelnen Menschen vorzuschreiben gedenkt, wie er zu leben und zu arbeiten hat.

»Kyoto stellt die erste Komponente einer echten Weltregierung dar.«
Jacques Chirac, ehemaliger französischer Staatspräsident

»Es ist sicher, dass dieser Umweltaktionismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.«
Vaclav Klaus, tschechischer Präsident

ISBN 978-3-938516-91-1
9 783938 516911